



Deutsche Juden zum Libanon-Krieg S. 25

# Arbeiterkampf

Jg. 12 Nr. 224 23.8.82

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM

Pfänder-DM 6

**AEG**  
Ein Gigant  
wird liquidiert  
Seite 14

## Die PLO verläßt Beirut

## — aber kein Frieden im Nahen Osten

Nach wochenlangem Belagerung und Bombardierung Westbeiruts ist ein Abkommen über den Abzug der PLO in mehrere arabische Staaten zustande gekommen.

Bombardierung Westbeiruts ist ein Abkommen über den Abzug der PLO in mehrere arabische Staaten zustande gekommen. Es steht zu befürchten, daß Israel während des Abzugs neue Provokationen versuchen wird, um Westbeirut doch noch zu besetzen und die PLO-Führung in die Hand zu bekommen.

Selbst wenn der Abzug der PLO wie vereinbart abgeschlossen werden kann, bedeutet dies keineswegs ein Ende des Krieges im Libanon:

- + Israel hat angekündigt, seine Truppen würden im Libanon bleiben, bis alle „ausländischen Truppen“ — Syrer und Palästinenser im Osten und Norden Libanons — das Land verlassen haben. Die vollständige Vertreibung der PLO aus dem gesamten Libanon wird spätestens nach dem Abschluß der PLO-Deportation am Beirut der nächste Konfliktpunkt werden.
- + In Beirut und anderen Teilen des Libanons wird nach dem Abzug der PLO ein Feldzug der libanesischen Faschisten (mehr oder weniger offen unterstützt von Israel) zur Liquidierung der libanesischen Linken, die mit der PLO zusammengearbeitet hatte, beginnen. Zudem besteht im Libanon die Gefahr eines allgemeinen Bürgerkrieges und einer „Verwischung“ der israelischen Besetzung großer Teile des Landes.
- + In den meisten arabischen Ländern, in die die palästinensischen Kämpfer jetzt deportiert werden, sind sie alles andere als willkommen. Es ist zu befürchten, daß in einigen dieser Länder schon bald Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Palästinenser beginnen werden.

Forts. auf Seite 2



4. September:  
Großdemonstrationen  
an 4 Standorten gegen die  
Wiederaufbereitung

Dieses Land  
ist **UNSER** Land  
gemeinsam  
auf zum **Widerstand**  
gegen die atomare  
Gefahr



Nachdem Gorleben als WAA-Standort schon nicht mehr als „politisch durchsetzbar“ galt (Albrecht), hat die DWK inzwischen drei weitere WAA-Standorte benannt (in Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern). Überall hat dies zu Protestbewegungen in diesen Regionen geführt, an den jeweiligen Standorten fanden Demonstrationen mit über 10.000 Menschen statt. Die Benennung eines WAA-Standortes ist heute gleichbedeutend mit dem Startschuß für einen breiten Volkswiderstand, der getragen ist von der Überzeugung: Was die in Gorleben und Wetten (wo die WAA nun auch nicht mehr hin soll) geschafft haben, schaffen wir überall auch! (s. dazu auch AK 218, S. 30/31)

Da auch in Gorleben trotz der inzwischen feststehenden Ungeeignetheit des Salzstockes munter an dem Projekt eines Endlagers für Atom Müll festgehalten wird, wird neben den drei WAA-Standorten am 4. September auch in Gorleben demonstriert. Mit diesem Aktionstag soll nicht nur die Stärke der regionalen Proteste demonstriert werden, sondern der Kampf gegen die geplante Entsorgung und den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft zu einem Anliegen der gesamten Anti-AKW-Bewegung gemacht werden. Mehr als 100.000 Menschen werden schon jetzt bei diesen Aktionen erwartet. Den Argumenten der Atombetreiber zufolge brauchen „wir“ unbedingt eine WAA als eine Art „Recycling“ für den anfallenden Atom Müll. Mit dieser Verdammungskampagne soll darüber hinweggetäuscht werden, daß die WAA tatsächlich den Müllberg verdoppelt.

Tatsächlich brauchen die Atombetreiber eine WAA, um  
a.) ihre Position im internationalen Konkurrenzkampf der Atomgroßmächte zu verbessern,  
b.) endlich den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft zu schaffen, denn die WAA soll den Atom Müll aus den AKWs für die Schnellen Brüder aufbereiten,  
c.) sich die Option offenhalten, binnen kürzester Zeit einmal Atomwaffen produzieren zu können.

Die WAA- und Entsorgungsplanung der Atombetreiber mildert nicht das Atomproblem, sondern verschärft es im Gegenteil. Deshalb rufen wir dazu auf, bundesweit die folgenden Demonstrationen am 4.9. mit allen Kräften zu unterstützen.

## Die SPD ist am Ende

Ein geschichtlicher Abschnitt läuft seinem Ende entgegen. Vorausgegangen war diesem Abschnitt der Zusammenbruch der Innen- und Außenpolitik der CDU/CSU nach mehr als 15-jähriger Stabilität. Mit der Hereinnahme sozialdemokratischer Politiker in die Bundesregierung Ende 1965 („Große Koalition“) begann eine Phase sozialdemokratischer Regierungspolitik in Bonn. Seit 1969 verwaltete die SPD die Bonner Geschäfte gemeinsam mit der FDP. Viele Versprechen und Erwartungen waren mit diesem Wechsel verbunden. Der Konflikt zwischen der traditionellen Rechtspolitik der CDU/CSU und den weit verbreiteten Reform-Erwartungen hatte seinen Höhepunkt 1972, als ein Mißtrauensvotum der CDU/CSU im Bundestag abgelehnt wurde und die

anschließenden Neuwahlen einen Triumph der SPD brachten. 1972/73 war aber nicht nur der Höhepunkt, sondern auch der Wendepunkt sozialdemokratischer Regierungspolitik: Zunehmend ging die SPD dazu über, Reform-Ansätze wieder einzukassieren, den Polizeistaat massiv auszubauen und gezielte Schläge gegen die Basis einer reformatorischen Politik zu richten. Symbol dieses Kurzes sind die Berufsverbote. Seit der Wende 1972/73 hat die SPD nicht mehr mit einem positiven Reform-Programm geworben, sondern sich nur noch als das etwas kleinere Übel im Vergleich zur CDU/CSU angeboten. Aber welche Werbestimmung würde sich von dem Slogan „Blindes schmeckt immer noch besser als Scheiße“ einen Erfolg versprechen? Inzwischen hat die SPD vollständig abgewirtschaftet.

Der Wechsel in Bonn ist vorprogrammiert und nur noch eine Frage weniger Monate oder Wochen. Es ist kein Faktor sichtbar, der die SPD nach der voraussehbaren Niederlage in Hessen noch vor dem Absturz auch in Bonn bewahren könnte. Der Wechsel könnte unterschiedliche Formen annehmen (willer Partnerwechsel der FDP oder Neuwahlen), aber vermeidbar ist er kaum noch. Ein interessantes Datum ist in diesem Zusammenhang das Jahresende 1983, wenn planmäßig die Stationierung der neuen NATO-Mittelstrecken-Raketen beginnen wird. Für das etablierte Parteiensystem wäre es günstiger, wenn die SPD dieses große Ereignis bereits als Oppositionspartei erleben würde.

Forts. auf Seite 10

Demonstration in Kaisersesch (Rheinland-Pfalz), 4.9., 15 Uhr.  
Demonstration durch den Ort, Abschlußkundgebung und Volksfest am Kirnplatz

Demonstration in Regensburg (bei Schwandorf/Bayern) am 4.9., Beginn der Aufstellung: 10 Uhr, Abmarsch Regensburg, „Stadthof“, 11 Uhr

Demonstration in Frankenberg/Hessen am 4.9., 14 Uhr, Ort ist auf den Zufahrtsstraßen nach Frankenberg ausgeschildert

Demonstration und anschließende Belagerung in Gorleben am 4.9., Sammelpunkte in drei Dörfern um 9.30 Uhr, Kundgebung am Zwischenlagerbauzaun um 11 Uhr, Beginn der 24-stündigen Belagerung des Zwischenlagerwalls: 13 Uhr.



# Die PLO verläßt Beirut

Fortsetzung von S. 1

## Abzug der PLO aus Westbeirut

Insgesamt sollen 12.000 Mann, neben der PLO auch syrische Truppen und Einheiten der von Syrien kontrollierten „Palästinensischen Befreiungsarmee“ (PLA), innerhalb von 14 Tagen Beirut verlassen. Das Abkommen beruht nicht auf der Anwesenheit von PLO-Kämpfern (und syrischen Truppen) in anderen Teilen des Libanon. Doch ist zu befürchten, daß Israel zu einem fortgeschrittenen Zeitpunkt des Abzugs (d.h. wenn sich nur noch wenig palästinensische Kämpfer gemeinsam mit der PLO-Führung in Beirut befinden) ein Junktim zwischen Beirut und dem übrigen Libanon versuchen könnte.

Der Abzug aus Westbeirut erfolgt weitgehend zu den von Israel diktierten Bedingungen. Als Schutzmacht dieses Abkommens tritt de facto die NATO, insbesondere die USA, auf. Von früheren Aussagen und Forderungen der PLO (die PLO werde sich nur in andere Gebiete des Libanon, nicht aber ins Ausland zurückziehen; es müsse zumindest eine „symbolische“ politische Präsenz der PLO in Beirut erhalten bleiben) mußte das meiste aufgegeben werden.

Erzwingen hat Israel den Abzug der PLO durch eine wochenlange Belagerung, Aushungerung und Bombardierung Westbeiruts. Noch kurz vor dem letzten Waffenstillstand, als bereits fast sämtliche Punkte der Abzugsvereinbarung feststanden, flog die israelische Luftwaffe noch einmal drei Tage lang die bisher schwersten Angriffe gegen Westbeirut. Israel kommentierte diese barbarischen Angriffe, die vor allem die Zivilbevölkerung trafen, folgendermaßen: Ziel sei nicht die totale Zerstörung der PLO, sondern die Demonstration der israelischen Absicht, „das Spiel nicht nach den Regeln der PLO zu spielen“.

Nach den schweren Angriffen auf Westbeirut am 12.8. erklärte PLO-Sprecher Bassam Abu Sharif: „Wir haben alle möglichen und denkbaren Konzessionen gemacht, weil wir Beirut vor der Zerstörung retten wollten. Wir wollen nicht, daß die Libanesen uns eines Tages vorwerfen, daß wir die Ursache für den Verlust ihrer Hauptstadt gewesen sind.“ Abu Iyad, der zweite Mann nach Arafat, äußerte: „Wir sind immer bereit gewesen, eine politische Lösung zu akzeptieren, nicht weil wir Angst haben zu kämpfen, sondern weil Beirut gerettet werden muß.“ Die letzten Angriffe hätten nicht ohne Einverständnis der USA durchgeführt werden können. „Wir fragen uns, wie die USA den Abzug palästinensischer Kämpfer garantieren könnte, wenn sie nicht in der Lage sind, den Waffenstillstand durchzusetzen.“ (16).

Nach der Übereinkunft der PLO mit der libanesischen Regierung und dem amerikanischen Unterhändler Habib über den Abzug der PLO-Kämpfer gab PLO-Chef Jassir Arafat der „Le Monde“ (7) ein Interview, das die nächsten politischen Schritte andeutet: In dem Interview wiederholt Arafat noch einmal, daß er alle UN-Resolutionen anerkennet, die die palästinensische Frage betreffen. Auf die Frage nach Akzeptierung der UN-Resolution 242 antwortete Arafat: „Sie wissen ohne Zweifel, daß diese Resolution unser Problem einzig und allein als Flüchtlingsproblem behandelt. 1977 hat uns die Carter-Administration vorgeschlagen, die Resolution zu akzeptieren; unter Geltungmachung all unserer Vorbehalte hätten wir diesen Vorschlag unter drei Bedingungen akzeptiert: die Eröffnung von Gesprächen zwischen den Vereinten Nationen und der PLO; die Anerkennung der Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung; die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Unnütz darauf hinzuweisen, daß die Gespräche abgebrochen wurden. Seitdem hat der Nationalrat mehrere Beschlüsse gefaßt, die diese Resolution betreffen. Übrigens, seit wann ist Beginn zum großen Verteidiger der Resolution 242 geworden? Vergessen wir nicht, daß er im August 1970 die Regierung der Nationalen Einheit verlassen hat (8), um gegen Golda Meir Anerkennung der Resolution 242 zu protestieren, was der man, wie er sagte, den Rückzug aus den besetzten Gebieten herauszuringen könnte.“ Zur Nationalcharta der PLO und zum bewaffneten Kampf erklärte Arafat: „Wir haben mehrere Male durch unsere Nationalrat bekräftigt, daß der bewaffnete Kampf nicht der einzige Weg darstellt (9). Man hat viel über diese Charta (10) gesprochen und man hat versucht, sie tendenziell zu interpretieren. Um diesen Mehrdeutigkeiten heute ein Ende zu setzen, schlage ich heute vor, nach diesem Krieg ein Kolloquium, bestehend aus palästinensischen, israelischen und arabischen Denkern zusammenzurufen, um von Grund auf alte Probleme zu untersuchen. Dieses Kolloquium könnte vielleicht irgendwo in Europa stattfinden unter der Regie einer Organisation oder einer politischen Partei, die durch allseitige Übereinstimmung ausgewählt wurde.“ Auf die Frage nach der politischen Haltung der arabischen Welt: „Ich habe seit dem Scheitern der Konferenz in Fez (11) nichts anderes erwartet. Mehrere arabische Länder haben vorgeschlagen, unsere Truppen aufzunehmen, aber es handelt sich dabei nur um eine provisorische Präsenz. Wohin werden wir danach gehen? Die ganze Welt muß sich mit diesem Problem im Verlauf einer internationalen Konferenz befassen, die alle betroffenen Länder und auch die Großmächte umfassen könnte, nach Ende des jetzigen Krieges.“

Die israelische Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie unter keinen Umständen bereit sei, die PLO anzuerkennen und sie als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Eine Rückgabe der besetzten Gebiete kommt für die Zionisten gleichfalls nicht in Frage, die sich ja gerade von dem Schlag gegen die PLO im Libanon versprechen, die Autonomiegespräche voranzutreiben. Da die PLO politisch und militärisch geschwächt sei, werde die Autonomie-Idee mehr Unterstützung in Westjordanland und im Gaza-Streifen finden. Außerdem habe man keinen Zweifel daran, daß die USA ihrem Versprechen von 1973 treu bleiben werde, die PLO nicht anzuerkennen (12).

Die Palästinenser im neuen Exil

Die Führer und Kader der PLO werden in verschiedene arabische Länder zerstreut: Arafat will das Hauptquartier der PLO beim Sitz der Arabischen Liga in Tunis aufschlagen, Ägypten, Syrien, Irak, Jordanien und wahrscheinlich auch Südjemen werden jeweils eine gewisse Zahl von Kämpfern aufnehmen. Bis auf Südjemen wird die PLO erfahrungsgemäß in keinem Staat politische oder gar militärische Aktivitäten entfalten können. Syrien hatte immer schon ein taktisches Verhältnis zur PLO und zum palästinensischen Befreiungskampf gehabt, wie besonders der libanesischen Bürgerkrieg und das jetzige Stillhalten angesichts der israelischen Invasion zeigen. In Syrien selbst gibt es große palästinensische Flüchtlingslager, vor allem bei Damaskus. Diese Lager wurden während diesem Krieges besonders von der syrischen Armee kontrolliert und umstellt. Israel, das zunächst den Abzug der Kämpfer nur in entlegene arabische Staaten billigen wollte, kompromittierte beide Staaten hätten nicht auf die Notwendigkeit der Gründung eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates hingewiesen. Jordanien und andere Länder der gemäßigten Front würden eher die Möglichkeit einer Konföderation des Westjordanlandes mit dem Haschemitenreich sehen (16). Der saudische Außenminister Saud erklärte bei seinem Besuch in den USA, wenn auch keine Anerkennung der PLO durch die USA erfolge, so sei doch eine deutliche amerikanisch-palästinensische Annäherung erwünscht (17).

## Internationale Aufwertung der PLO?

Um die politische Aufwertung der PLO, von der zu Beginn und während der Kämpfe viel geredet wurde, ist es bemerkenswert still geworden. Der ägyptisch-französische Vorstoß bei der UNO, vielmals angekündigt, scheint auf Eis gelegt zu sein (er wurde wegen Abstimmungen zum Waffenstillstand und Aufhebung der Blockade Beiruts nicht abgestimmt). Dieser Vorstoß sah den Rückzug der israelischen Truppen, den Abzug der PLO und die gegenseitige und gleichzeitige Anerkennung von PLO und Israel vor; Israel wurde unter Bezugnahme auf die UN-Resolution 242 das Recht auf Existenz zugesichert, während gleichzeitig die „legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung mit allen Konsequenzen“ betont wurden. Ägypten fügte mündlich hinzu, daß damit die Schaffung eines souveränen Staates in Westjordanien und im Gaza-Streifen gemeint sei.

In seiner Fernsehansprache gegen den Terrorismus stellte Mitterand noch einmal klar, daß es keine Änderung der französischen Haltung zugunsten der PLO gebe. Frankreich habe die PLO nicht anerkannt als repräsentative Organisation des palästinensischen Volkes. Diese Anerkennung sei abhängig von der Anerkennung Israels durch die PLO und der Umwandlung der kämpfenden Organisation in eine politische. Die erlittene militärische Niederlage könne diese Entwicklung erleichtern. Er forderte ein Heimeland für die Palästinenser „mit von ihnen selbst gewählten Einrichtungen“, keinen Staat (15).

Auf der Konferenz der EG-Außenminister konnten von Agt (Niederlande), der sich kürzlich in Kairo aufhielt, und Bundesaußenminister Genscher, gerade aus Jordanien zurückgekehrt, vermeiden, daß weder Jordanien noch Ägypten eine Politik gegen die USA zu betreiben beabsichtigen. Nach Ansicht dieser beiden Länder sei nur Washington wirklich in der Lage, die Lösung des Nahost-Konflikts herbeizuführen. Der europäische Beitrag könne darin bestehen, Einfluß auf Washington zu nehmen, die arabischen Interessen stärker zu berücksichtigen. Nach Ansicht der arabischen Staaten liege das Hauptproblem in der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser, beide Staaten hätten nicht auf die Notwendigkeit der Gründung eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates hingewiesen. Jordanien und andere Länder der gemäßigten Front würden eher die Möglichkeit einer Konföderation des Westjordanlandes mit dem Haschemitenreich sehen (16). Der saudische Außenminister Saud erklärte bei seinem Besuch in den USA, wenn auch keine Anerkennung der PLO durch die USA erfolge, so sei doch eine deutliche amerikanisch-palästinensische Annäherung erwünscht (17).

Vor diesem Hintergrund müssen die letzten Beschlüsse der UNO-Sonderversammlung zum Krieg in Libanon gesehen werden. Die Versammlung beschloß gegen die Stimmen von USA und Israel, bei 20 Enthaltungen (u.a. Bundesrepublik), mit 120 Stimmen einen Appell, um dem palästinensischen Volk zu ermöglichen, frei und ohne äußere Einmischung „in Palästina“ das Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit auszuüben. Die Ansiedlung der Palästinenser außerhalb ihres Heimatgebietes wurde abgelehnt. Falls Israel nicht endlich den UN-Resolutionen folge, solle der Sicherheitsrat Sanktionen erwägen. In Zusatzresolutionen wurde für August 1983 eine internationale Palästina-Konferenz nach Paris einberufen und der 4. Juni zum Gedenktag für die umgekommenen palästinensischen und libanesischen Kinder erklärt (18).

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß die Palästinenser bereits einmal (September 1970) Opfer eines Massakers in Jordanien waren und daß dies überhaupt erst zu ihrer massiven Präsenz im Libanon geführt hatte.

Abgesehen vielleicht von Südjemen werden die Palästinenser wahrscheinlich in keinem ihrer neuen Gastländer autonom agieren dürfen. Im Gegenteil steht zu befürchten, daß es sehr rasch zu Verfolgungsmaßnahmen, Inhaftierungen, Morden und Hinrichtungen kommen könnte. Das ist zweifellos die Entwicklung, auf die die israelische Regierung und die USA hoffen und auf die sie aktiv hinarbeiten werden.

Die israelische Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie unter keinen Umständen bereit sei, die PLO anzuerkennen und sie als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Eine Rückgabe der besetzten Gebiete kommt für die Zionisten gleichfalls nicht in Frage, die sich ja gerade von dem Schlag gegen die PLO im Libanon versprechen, die Autonomiegespräche voranzutreiben. Da die PLO politisch und militärisch geschwächt sei, werde die Autonomie-Idee mehr Unterstützung in Westjordanland und im Gaza-Streifen finden. Außerdem habe man keinen Zweifel daran, daß die USA ihrem Versprechen von 1973 treu bleiben werde, die PLO nicht anzuerkennen (12).

## Die Palästinenser im neuen Exil

Die Führer und Kader der PLO werden in verschiedene arabische Länder zerstreut: Arafat will das Hauptquartier der PLO beim Sitz der Arabischen Liga in Tunis aufschlagen, Ägypten, Syrien, Irak, Jordanien und wahrscheinlich auch Südjemen werden jeweils eine gewisse Zahl von Kämpfern aufnehmen. Bis auf Südjemen wird die PLO erfahrungsgemäß in keinem Staat politische oder gar militärische Aktivitäten entfalten können. Syrien hatte immer schon ein taktisches Verhältnis zur PLO und zum palästinensischen Befreiungskampf gehabt, wie besonders der libanesischen Bürgerkrieg und das jetzige Stillhalten angesichts der israelischen Invasion zeigen. In Syrien selbst gibt es große palästinensische Flüchtlingslager, vor allem bei Damaskus. Diese Lager wurden während diesem Krieges besonders von der syrischen Armee kontrolliert und umstellt. Israel, das zunächst den Abzug der Kämpfer nur in entlegene arabische Staaten billigen wollte, kompromittierte beide Staaten hätten nicht auf die Notwendigkeit der Gründung eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates hingewiesen. Jordanien und andere Länder der gemäßigten Front würden eher die Möglichkeit einer Konföderation des Westjordanlandes mit dem Haschemitenreich sehen (16). Der saudische Außenminister Saud erklärte bei seinem Besuch in den USA, wenn auch keine Anerkennung der PLO durch die USA erfolge, so sei doch eine deutliche amerikanisch-palästinensische Annäherung erwünscht (17).

Vor diesem Hintergrund müssen die letzten Beschlüsse der UNO-Sonderversammlung zum Krieg in Libanon gesehen werden. Die Versammlung beschloß gegen die Stimmen von USA und Israel, bei 20 Enthaltungen (u.a. Bundesrepublik), mit 120 Stimmen einen Appell, um dem palästinensischen Volk zu ermöglichen, frei und ohne äußere Einmischung „in Palästina“ das Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit auszuüben. Die Ansiedlung der Palästinenser außerhalb ihres Heimatgebietes wurde abgelehnt. Falls Israel nicht endlich den UN-Resolutionen folge, solle der Sicherheitsrat Sanktionen erwägen. In Zusatzresolutionen wurde für August 1983 eine internationale Palästina-Konferenz nach Paris einberufen und der 4. Juni zum Gedenktag für die umgekommenen palästinensischen und libanesischen Kinder erklärt (18).

## Israels „neue Ordnung“ im Libanon

Die israelische Armee hat im Südlibanon besonderes Gewicht darauf gelegt, die palästinensischen Flüchtlingslager unwiderruflich zu zerstören. Das größte Flüchtlingslager Ein al-Hilwah, bei Salda, in dem 50.000 palästinensische Flüchtlinge lebten, wurde nach Ende



Die Karte zeigt die acht Länder, in die die PLO-Kämpferinnen deportiert werden sollen.

der Kämpfe mit Bulldozern vollständig zerstört. Ähnliches geschah in anderen Lagern. Die israelische Regierung beriet darüber, was mit den palästinensischen Flüchtlingen geschehen soll, die ja noch vor dem Winter untergebracht werden müssen. Nach Meldungen der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa hat die israelische Regierung mit der Einsetzung von Besatzungsgouverneuren und der Errichtung eines Besatzungsrates nach dem Muster der 1967 besetzten Gebieten begonnen (19). In verschiedenen Orten im Südlibanon wurde die reguläre libanesischen Armee von den Israelis entworfen, während die Haddad-Milizen in weiten Teilen und in Konkurrenz zu den Falange-Milizen Beiruts Gemayels die Kontrolle übernahmen. Haddad hat sich beispielsweise im Rathaus von Sidon ein Büro eingerichtet. Zur Zeit wird etwa ein Viertel des gesamten Libanon (einschließlich der Küstenstädte Sur und Sidon) von den Milizen Haddads kontrolliert, der eine enge Zusammenarbeit mit den Israelis anstrebt.

In anderen Gebieten des Libanon wird die Position Beshir Gemayels gestärkt. So haben beispielsweise mit Unterstützung der israelischen Armee die Milizen Gemayels die Druengebiete östlich von Beirut (Chouf) besetzt. Dieses Gebiet ist die Hochburg des Führers der fortschrittlichen Nationalen Bewegung und Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Walid Jumblatt. Die bewaffneten Kräfte der Sozialistischen Partei sind dadurch gleichfalls geschwächt worden, was eine weitere Schwächung der fortschrittlichen Kräfte bedeutet.

Die recht einflussreiche libanesischen schaltet worden, was eine weitere Schwächung der fortschrittlichen Kräfte bedeutet. Die recht einflussreiche libanesischen Kommunistische Partei hat im Süden ihre Basen praktisch völlig verloren, aber nennenswerten Einfluß verfügen außerdem noch die Unabhängigen Nasseristen (Murabitun) und die libanesischen Kommunistische Aktionsorganisation (Ibrahim Mohsen). Innerhalb der fortschrittlichen libanesischen Bewegung mehren sich die Stimmen, die gegen die israelische Invasion und für den Erhalt der Einheit des Libanon jetzt auch einen Ausgleich mit den Falangisten suchen und bereit wären, Beshir Gemayel in einer Regierung zu akzeptieren.

Gleich zu Beginn der israelischen Aggression war vom libanesischen Präsidenten Sarkis ein „Rat zur nationalen Errettung“ einberufen worden, dem Ministerpräsidenten Wazzan, Außenminister Bouros (als Vertreter der Sunniten und griechisch-orthodoxen), Walid Jumblatt (Führer der fortschrittlichen Nationalen Front), Beshir Gemayel (reaktionäre libanesischen Front), Nabih Berri (Chef von AMAL) und Nasir Maalouf (griech.-kath. Abgeordneter) angehörten. Wenige Tage später trat Jumblatt aus diesem Rat aus, den er als „Bestandesausschuss“ bezeichnete, das das libanesischen und palästinensischen Volk beiderseits solle (21).

Inzwischen hat der libanesischen Parlamentspräsident trotz Besatzung Staatspräsidentenwahlen für den 23.8. angesetzt. Das libanesischen Parlament wurde zuletzt vor zehn Jahren gewählt und hat sich seitdem selbst immer wieder das Mandat verlängert. Von 99 Abgeordneten leben noch 92, diese sollen jetzt für den einzigen Kandidaten, Beshir Gemayel, votieren. Nach anfänglichem Zögern scheinen jetzt alle moslemischen Abgeordneten der Abstimmung fern bleiben zu wollen, um so das „Parlament“ beschlußunfähig zu machen (22).

Ein Bürgerkrieg im Libanon (genauer gesagt: Massaker der Falange und anderer Rechtskräfte an Palästinensern und libanesischen Linken sowie deren Selbstverteidigung in nahezu aussichtsloser Position) hat für die nächste Zeit große Wahrscheinlichkeit. Vermutlich ist genau das die Hoffnung der israelischen Regierung: Ein Bürgerkrieg im Libanon wäre ein guter Vorwand, um eine verlängerte militärische Präsenz im Libanon zu begründen. Bezüglich des Südlibanon mag dabei schleichende Annexion oder Institutionalisierung eines von Israel kolonialisierten Marionettenstaates herauskommen.

## Ein Pyrrhus-Sieg des Zionismus

Daß sich durch den Kriegsverlauf die politische und militärische Position der Palästinenser sehr verschlechtert hat, ist mit vernünftigen Argumenten schwer zu bestreiten. Andererseits hat Israel sein offiziell verkündetes Ziel, die Vernichtung der PLO, nicht erreicht. Eine wesentliche Rolle hat dabei die Tatsache gespielt, daß Beirut der wochenlangen Belagerung und Bombardierung standgehalten hat und daß Israels militärische Vorstöße nach Westbeirut hinein kaum vorankamen. Die PLO und die libanesischen Linke haben wider alles Erwarten der Zionisten ihre eigenen Strukturen und das „normale“ Leben in der eingekesselten und terrorisierten Stadt aufrechterhalten können. Einige hunderttausend Einwohner sind in den belagerten Stadtvierteln geblieben, obwohl ihnen immer wieder der „Not nach Not“ angedroht werden können. Einige hunderttausend Einwohner sind in den belagerten Stadtvierteln geblieben, obwohl ihnen immer wieder der Weg nach draußen offenstand. Für einen solchen Vorgang wird man in der Geschichte kaum ein Beispiel finden. Der Zionismus hat dafür die zynische, menschenverachtende Verlogenheit, die Bevölkerung Westbeiruts sei „Geisel der PLO“ und werde von der PLO gegen ihren Willen aus Verlassen der Stadt gehindert. Diese Legende kann nichts daran ändern, daß Beirut historisch zu einem Symbol palästinensischer und arabischer Widerstandskraft und zu einem wirksamen Argument gegen die angebliche Unbesiegbarkeit Israels werden wird.

Militärisch hat Israel den Libanon-Feldzug bisher gewonnen. Militärisch wäre auch die Besetzung Westbeiruts möglich gewesen, wenn auch unter erheblichen eigenen Opfern der israelischen Truppen. Aber innen- wie außenpolitisch betrachtet stellt sich die Bilanz für die Zionisten keineswegs als großer Sieg dar. Zum ersten Mal in der Geschichte Israels hat sich eine gewaltige Oppositions- und Protestbewegung gegen den Krieg entwickelt. Zusammengebrochen ist der Mythos, Israel führe lediglich Krieg zur Selbstverteidigung; zusammengebrochen ist der nationale Konsens in Israel, der bisher die absolute Unterordnung aller kritischen Stimmen unter das „gemeinsame Wohl“ bewirkt hatte; angeschlagen ist die Ignoranz gegenüber der Existenz und den Rechten des palästinensischen Volkes. Man wird schwerlich ein Beispiel finden, wo sich während eines militärisch „erfolgreichen“ Krieges eine derart breite und scharfe Opposition gegen die eigene Regierung entwickelt hat.







## 4.9.: Großdemonstration und Belagerung des Zwischenlager-Baugeländes bei Gorleben

Über 20.000 AKW-GegnerInnen werden vom 3. bis 5.9. in Gorleben erwartet. Am Freitag, dem 3., beginnt ein Rockkonzert, das der Solidarität mit Markus und Michael gewidmet ist. Am 4. werden sich drei Sternmärsche (ausgehend von den Dörfern Oedelitz, Trebel und Laase) zu einer Großkundgebung der BI Lüneburg-Dannenberg direkt am Zwischenlagerbaugelände (so die angemeldete Route) vereinigen, für die neben örtlichen Kräften auch Markus Mohr und ein Vertreter der Schacht-Konrad-Initiative angekündigt wurden. Nach Beendigung der BI-Kundgebung soll mit der 24-stündigen Belagerung des Zwischenlager-Baugeländes begonnen werden. Im Aufruf der Freien Republik Wendland heißt es weiter: „Wir wollen auf den Wall gehen und auf dem Rand des Kraters tanzen, wollen die Festung und ihre Hüter von oben beschlagen. Wir wollen keine Schlacht mit der Polizei. Szenario: — der Wall des Baugeländes wird erklommen, — die Zufahrt wird zugesichert, die letzte Lücke im Wall geschlossen, — Beobachtungstürme und Höfen werden errichtet, — Musik, Theaterauftritte, Fackeltanz, — Gipfeltreffen über 1000. Zum Abschluß: Der Wall wird mit Holzkreuzen bepflanzt — der Tod ist die Geißel aus Gorleben (Kreuze mitbringen).“

Um die Belagerung durchführen zu können, ist es notwendig, daß ihr auch möglichst schon an euren Orten in Gruppen organisiert. Überlegt euch Aktivitäten für die Belagerung des Baugeländes. Sollte es im Vorfeld der Belagerung zu Behinderungen oder Blockaden seitens der Polizei kommen, wollen wir versuchen, mit etwas List doch unser Ziel zu erreichen. Zum gemeinsamen Vorgehen wird ein entsprechendes Flugblatt vorbereitet und vor Ort verteilt.

Zum besseren Verständnis: Das Zwischenlagerbaugelände auf der ehemaligen Tiefbohrstelle 1003 ist umschlossen mit einer 3,50 m hohen Betonmauer, sowie einem ca. 6 m hohen Erdwall. Der Zwischenraum zwischen Mauer und Wall ist 1,30 m bis 4 m breit und streckenweise mit Nato-Stacheldraht ausgelegt. Außerhalb des Walls ist das Gelände derzeit mit einer dreifachen Lage Nato-Stacheldraht zusätzlich abgesichert. Daß diese Rollen problemlos beseitigt bzw. überwunden werden können, wird von den Landkreise-Aktiven mit allergrößter Selbstverständlichkeit angenommen.

### Was ist das Neue am Wendischen Widerstand?

Vorweg sei in Erinnerung gerufen: Hinter der lapidaren Bezeichnung „Zwischenlager Gorleben“ verbirgt sich der Plan, radioaktive Stoffe, die dem Gefährlichkeitsgrad von 13 (I) Atomkraftwerken der Bibliklasse entsprechen, auf einem 180 mal 40 m kleinen Raum zwischen Godelitz, Trebel und Gorleben abzuladen. Zusätzlich mutet man der örtlichen Bevölkerung zu, auf einem Trümmerhaufen von Salzstock zu leben, in den nichtdostrotz Unmengen radioaktiven Müll gesteckt werden sollen — „Müll“, der auch noch in einigen hundert Jahren so gefährlich sein wird, daß er die Bevölkerung Europas ausrotten könnte.

Die Skrupellosigkeit, mit der diese Pläne Schritt für Schritt umgesetzt wer-

den (mittels Bestechung von Gemeinderäten, Ausschaltung von Wissenschaftlern, die sich eine von der staatlichen Salzstockinterpretation abweichende Meinung erlauben, Etablierung des Atomstaats durch Zubei neuer Kasernen für die Gorleben-Polizei etc.pp.) haben zu einer immer stärkeren Polarisierung im Landkreis geführt. Teile der örtlichen AKW-Gegner gingen dabei auch zu direkten Aktionen über, wie z.B. nächtliche Aktionen mit ca. 200 Teilnehmern aller Altersstufen, in deren Verlauf Zäune demoliert, BGS'ler in Schach gehalten und Sachschaden in Höhe einiger 10.000 DM angerichtet wurden.

Die Bullen guckte nach 40-minütigen Anfahrtswegen regelmäßig in die Köhre. Tagüber kam es häufig zu mutigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen: Frauenfackeln und Antikarabinieri vor der Zwischenlagereinfahrt, Besetzung eines Grenzgebietes, Go-in bei der PTB Braunschweig etc.

Das Konzept der Freien Republik Wendland für den 4.9. demonstriert die neue Entschlossenheit, sich über die nächtlichen konspirativen Gesetzbüchereien hinaus massenhaft und bei Tage so nah wie möglich an die Höhle des Löwen heranzuwagen. Gleichzeitig soll offenbar die Polizei durch Gewaltverzicht und „unruhe“ Aktionen auf dem Wall (Theater, Fackeltanz usw.) „entwaffnet“ werden.

### Die letzte Vorbereitungskonferenz...

### Die letzte Vorbereitungskonferenz...

... für den 4.9. fand am 14.8. in Trebel mit ca. 150 Teilnehmern aus Norddeutschland, West-Berlin und Nordrhein-Westfalen statt. Die Diskussionen drehten sich in erster Linie um die Frage, ob und inwieweit eine (begrenzte) Konfrontation mit der Polizei im Kauf zu nehmen sei, falls dadurch das Ziel der Aktion, die Wallbesetzung durchsetzbar erscheint. Die hier aufgeworfene Kontroverse machte sich in veränderter Form ebenfalls an der Frage fest, inwieweit eine „Gechlorenheit“ à la 1004 oder eine (begrenzte) Vielfalt oder aber die völlige Autonomie der an der Belagerung Beteiligten anzustreben sei. Damit war gleichermaßen die in der Anti-AKW-Bewegung seit 60 und je kontrovers diskutierte Frage auf dem Tisch, inwieweit ein für die Dauer der Belagerung einzurichtendes Koordinierungsgremium (Lautsprechergruppe) in Form einer politischen Leitung, oder als Koordinierungsorgan mit begrenzten Befugnissen oder gar in Form einer Informationszentrale arbeiten sollte. Vereinbart wurde immerhin, daß ein Koordinierungsgremium mit paritätischer Besetzung Einheimische/Auswärtige in jedem Fall eingerichtet und bereits einige Tage vor Beginn der Aktion eingearbeitet werden soll. Ein erstes Treffen mit einzelnen Delegierten der größeren Städte und aus dem Landkreis soll am 29.8. ab 11 Uhr in den Bauernstuben (Trebel) stattfinden.

### 1004-Besetzer sollen zahlen — was wird an Einschüchterungen folgen?

Eine Vertreterin der BI äußerte auf dem Trebel-Treffen die Einschätzung,

die Bullen werde, wenn sie klug sei, die 24 Stunden zurückgezogen hinter den Zwischenlagerungsgrenzen verbrängen und die Belagerung des Walls nicht wesentlich stören. Dies dürfte kaum realistisch sein. Allein die Anfang August 82 von der Lüneburger Bezirksregierung verschickten Briefe an 41 der über 3.000 Besitzer von 1004 (es handelt sich um Personen, die wegen „Störung einer Polizeiaktion“ unangenehm aufgefallen waren, überwiegend BI-Vorstandsmitglieder, die Turmbesetzer von 1004 und andere) mit der Aufforderung, je 1.000,— Unkostenbeitrag für den bei der Räumung von 1004 eingesetzten Polizeiparagrafen zu bezahlen, und der indirekten Drohung, diese Summe gäbe auf 2,5 Mio DM (den Polizeigesamtkosten) zu erhöhen, deuten auf einen Einschüchterungskurs hin. Derartigen Versuchen konnte in der Vergangenheit immer nur dann wirkungsvoll entgegengetreten werden, wenn die Mobilisierung tatsächlich massenhaft erfolgte, d.h. nicht nur auf der Ebene der organisatorischen und instrumentellen Vorbereitung auf eine „Belagerung“ standhielt.

Ein Gesandter aus Lüneburg



## Internationale Großdemonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar

Fest exakt 5 Jahre nach der Kalkar-Demo '77 soll für den 2. 10.82 unter Einbeziehung niederländischer und belgischer Umweltverbände zur 2. internationalen Großdemonstration in Kalkar-Hönnepel aufgerufen werden. Dies beschloß Mitte Mai eine BI-Konferenz, zu der Göttinger AK gegen Atomenergie, die BI Stop-Kalkar und der BBU aufgerufen hatten. Es nahmen hieran über 30 BIs, die grünen sowie kritische Wissenschaftler (u.a. aus der Bundestags-Enquete-Kommission) und die Bundestagsabgeordneten Catenhusen (SPD) und Gärner (FDP) teil. Mitte Oktober bereits soll im Bundestag der richtungsweisende Beschluß zugunsten des Kalkar-Brüters und damit zugunsten eines Einstiegs in die Plutoniumwirtschaft gefaßt werden.

Bei der letzten Kalkar-Abstimmung im Bundestag 1978 hatten lediglich 6 Abgeordnete, die sogenannten „Kalkar-Rebellen“, durch Stimmhaltung ihre Nichtzustimmung zum Weiterbau ausgedrückt. Nach Einschätzung von Catenhusen und Gärner wird es 1982 — angeblich aus „Koalitionserwägungen“ — nicht besser aussehen, wobei sie die Unversöhnlichkeit besaßen, auf der BI-Konferenz kundzutun, daß man auch „sie eventuell zur Fraktionsdisziplin zwingen würde“ (so das Protokoll).

Vor der Bundestagsentscheidung wird die mehrheitlich mit Brütern-Freunden besetzte Enquete-Kommission eine entsprechende Empfehlung abgegeben. Die kritischen Wissenschaftler in dieser Kommission (AKner,

v. Ehrenstein), über deren Taktiererei wir bereits im AK 213 berichtet hatten, überlegen derzeit, „ob sie sich auf eine klare Minderheitsposition der Ablehnung des Brüters festlegen sollen, oder ob sie diese Position durch Konzeptionen abschwächen sollen, um eine oder zwei zusätzliche Stimmen zu gewinnen.“

Im Vorfeld der Großdemonstration soll die Öffentlichkeitsarbeit gegen den Schnellen Brüter verstärkt werden: - Dem Protokoll der ersten Konferenz zufolge ist die Herausgabe eines 4-seitigen Massenflugblatts in Millionenaufage gegen den Brüter mit Hinweis auf die Demo geplant.

- Anhand eines von BBU und der BI Stop Kalkar erstellten Fragenkatalogs sollen im Vorfeld der Bundestagsentscheidung dezentral Veranstaltungen mit kritischem Wissenschaftlern, BI-Vertretern und Bundestagsabgeordneten stattfinden.

- Die BI Stop Kalkar und der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Grünen haben zusätzlich einen „Stromgeheimzahlungsboykott“ initiiert, um den seit Januar von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) über die Strompreise erhobenen Brüter-Anteil zu verweigern! („Kalkargroschen - ohne uns!“)

### Zwei Aufrufe zur Großdemo...

Während BBU-Vertreter über den Massenprotest „den Spaltplatz in die Parlamente tragen“ wollen, so Jo Leinen (lt. taz, 23.6.), versuchen BIs außerhalb der BBU jeden Ansehen zu vermeiden, die Demo sei als Appell an den Bundestag zu verstehen. Stattdessen soll das Recht auf Widerstand im Mittelpunkt stehen und die Demonstration als erste Teillabürgenehmung verstanden werden, die sich die Bewegung selbst stellt. (vgl. taz, 23.6.)

Diese Auseinandersetzung spitze sich am 25.7. zu, als Jo Leinen für den BBU kategorisch ablehnte, einen 14 Tage vorher von BIs, Grünen und BBU gemeinsam diskutierten Aufruf („Für den sofortigen Abriß des Schnellen Brüters!“) weiterhin mitzutragen. Stattdessen legte der BBU einen völlig neuen Aufruf vor („Stopp den Schnellen Brüter!“), den man angeblich „aus politischen Gründen“ im Vorwege nur an die Vorstände der Jusos, Jusos und Grünen geschickt hatte. Dieses Vorgehen wurde verständlicherweise von den autonomen BIs und Sprechern der Grünen („Nacht- und Nebelaktion“) scharf kritisiert. Dennoch konnten man/frau sich nach langwierigen Verhandlungen auf einen „Minimalkon-

sens“ in Form eines Forderungskatalogs einigen, der beiden parallel verbreiteten Aufrufen angehängt wurde (s.u.); darüberhinaus wurde Einigung darüber erzielt, daß alle anwesenden Organisationen auf eine pauschale Festlegung der Widerstandsformen verzichten. Auch die Tatsache, daß nach wie vor an einer gemeinsamen Demonstrationsleitung („Koordinierungsausschuß“) festgehalten wird, zeigt, daß bis zum jetzigen Zeitpunkt eine Spaltung der Aktion vermieden werden konnte. Der Koordinationsausschuß ist besetzt mit Vertreter(innen) von Naderland Kalkar Overleg (I), BBU (I), Landeskonferenz der NRW-BIs (3), BI Stop Kalkar (I) und Grüne (I). Er soll direkt vor und während der Demo erweitert werden um Mitglieder des WAA-Koordinierungsausschusses, des Göttinger AK, der BBA (Bremen) und der BUU (Hamburg). Die Informationen und Kontakte laufen vorläufig über:

Thomas Niermann, Landesgeschäftsstelle „Die Grünen“, Obertürkheimer Str. 17, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211/343021.

Ein bundesweites Treffen mit Berichtern aus den Ausschüssen (Kultur, Verkehr, etc.) über den Stand der Mobilisierung und der Erarbeitung einer Pressemitteilung wird am 12.9. in der Duisburger Uni durchgeführt werden.

Der als Minimalkonsens verabschiedete Katalog aller Unterziele der Demo hat folgenden Wortlaut:

„Diese Demonstration ist Teil unseres Kampfes gegen die menschenfeindliche Atomindustrie, der Ausdruck unserer Wut und Entschlossenheit ist und bei dem die Mithilfe aller Menschen erforderlich ist. Unsere Gegner versuchen immer wieder, den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung zu brechen und zu zähmen. Wir lassen uns jedoch nicht spalten. Unsere Forderungen sind:

- Sofortiger Baustop und baldmöglichster Abriß des Schnellen Brüters in Kalkar und des Thorium-Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop
- Keine Fortführung der Plutoniumwirtschaft durch den Bau von Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankenberg, Schwandorf, Kaiserslautern und anderswo
- Weg mit dem militärischen und „zivilen“ Atomprogramm
- Verstärkte Erforschung und Anwendung von menschen- und umweltfreundlichen Energiesystemen
- Keine Kriminalisierung von AKW-Gegnern
- Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren - Freiheit für Markus Mohr und Michael Duffe“





# Endlagerung: Immer auswegloser und riskanter

Bekanntlich liegt der Atomindustrie der Atomfall schwer im Magen. Vor allem die abgebrannten Brennstäbe der AKWs und die Abfälle der geplanten WAAAs müssen auf Jahrtausende von der Biosphäre abgespalten werden. Die Radioaktivität einiger Bestandteile dieser Abfälle klingt erst in Hunderttausenden oder Millionen von Jahren ab. Beispielsweise wäre die Aktivität eines verpackten hochaktiven Abfallblocks nach einer Million Jahren noch so hoch, daß er in zehn Metern Entfernung eine Strahlung bewirken würde, die 500 mal größer ist als der Grenzwert der geltenden Strahlenschutzbestimmungen für die Bevölkerung.

Führt man sich angesichts dieser Planungen vor Augen, daß es in den letzten 100.000 Jahren vier Eiszeiten gegeben hat, von denen die letzte erst vor 10.000 Jahren zuende ging, wird verständlich, daß Atomindustrie und Behörden das Zeug schlecht los werden wollen. Denn trotz gegenteiliger Behauptungen ist nicht gesichert, daß die Salzstöcke eiszeitbeständig sind.

Je mehr aber das Abfallproblem drängt, umso toller werden die Vorschläge zur „sicheren Lagerung“. Um AKWs nicht abschalten zu müssen, wurden nacheinander Kompaktlagerung in den AKWs, Trockenbehälter für die Zwischenlagerung vor den AKWs und Sammelager zur Zwischenlagerung wie in Gorleben praktiziert bzw. geplant.

Nachdem sich die Endlagerung an Land immer mehr zum „Waterloo“ für die Atomindustrie entwickelt, öffnet sich langsam aber heimlich die Hintertür zur Versenkung im Meer. Diese Lösung ist gleichzeitig ein Eingeständnis des Scheiterns der Landlagerung sowie eine Methode, die eine globale Verursachung der Ozeane bedeuten würde.

Über die lebensgefährlichen Pläne soll im Folgenden ein Überblick gegeben werden.

## Gorleben

### Gorleben

„Gorlebens Salzstock für Endlagerung untauglich“, schrieb der Kieler Atombeauftragte und Geologe Prof. Duphorn in seiner Studie für die PTB in Braunschweig. Es ist dies der einzige offiziell am Untersuchungsprogramm beteiligte Wissenschaftler, der weder ein kommerzielles Forschungsbüro betreibt, noch einem der beteiligten, grundsätzlich weisungsgebundenen Staatsunternehmen (PTB etc.) angehört.

Am 12./13.6. wurden die Schachtvorbohrungen auf 5001 nach einem neuerlichen Gamaausbruch gestoppt. Auch war in den entsprechenden Tiefen nur jüngerer Steinsalz gefunden worden. Duphorn erklärte: „Für Gorleben könne er nicht mehr plädieren, weil er heute wisse, daß sich der Salzstock in rekordverdächtiger Dynamik verändert habe. In 800.000 Jahren sei der Salzstock einmal ganz und einmal fast bis zur Erdoberfläche durchgebrochen. Im Laufe der Entwicklung seien vier Kubikkilometer Substanz des Salzstockes durch Abtragung, also durch Wassereinklinkung verloren gegangen“ („HAZ“, 29.6.82). Zu schnellen Reaktionen sah sich daraufhin die DWK und die Bundesregierung gezwungen, hatte sie doch am 5.10.81 erklärt: „Nach heutigem Kenntnisstand über die allgemeinen geologischen Verhältnisse in Norddeutschland sowie der bekannten individuellen Eigenschaften des Salzstockes Gorleben“ sei zu erwarten, „daß seine Eignung durch die fortschreitende Erkundung nachgewiesen werden kann“ („Welt“). Entsprechend dreist erklärten sie dann auch, sie wollten sich durch das Gutachten Duphorns nicht beirren lassen und sparten nicht an Vorwürfen gegen ihn. Die Thesen seien wohl über das eigene Fachgebiet hinausgegangen, es handle sich dabei um eine eigene Interpretation. Die Studie werde noch einmal von anderen Experten überprüft. „Da die Studie keine neuen Sachverhalte geliefert habe, mehr die PTB keinen Grund, die Standorterkundungen abzubrechen“ („EJZ“, 1.7.82).

Daß das Bundesforschungsministerium schon vor Veröffentlichung des Gutachtens über den Zustand des Salzstockes Bescheid gewußt haben muß, läßt auch folgende Aussage Duphorns vermuten: „In meinem Fall sei die geologische Erforschung auf der Grundlage von Jahresverträgen geschehen, die dann kurz vor Jahresende „unplötzlich“ nicht mehr verlängert worden seien, so daß die Auswertung auf der Grundlage von Arbeitsauftrag und von Eigenmitteln habe zu Ende geführt werden müssen“ („FAZ“, 30.6.82).

## Ass 2 — ab 1985 hochaktives „Versuchs“endlager

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Sicherheit des Salzstocks in Gorleben ist Ass 2 als Lehrbeispiel sehr geeignet.

Schon während des Betriebs als Salzbergwerk wurden im „Ass 2“ Carnalitvorkommen und Laugenzuflüsse festgestellt. Das bedeutet, daß das Salz zu früh zu schmelzen beginnt und die ganze Sache ins Rutschen kommt. Die Zeitung „Atomwirtschaft“ kam unter Berufung auf die „Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung“ (GSF) zu folgender Einschätzung der Sicherheit der Anlage: „Es ist heute mit den zur Verfügung stehenden Meß- und Rechenmethoden noch nicht möglich, eine gesicherte Aussage über die Standsfestigkeit dieses Grubengebäudes für einige hundert Jahre zu machen“. Wegen der Erfahrungen, die der deutsche Salzbergbau im Laufe der letzten hundert Jahre gesammelt hat, kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß das Salzbergwerk Ass 2 einmal voll Wasser laufen wird.“ Anzumerken ist noch, daß zwei andere Salzgruben, nur wenige Kilometer entfernt, schon abgegraben sind. Trotz dieser enormen Risiken waren zwischen 1967 und 1978 insgesamt 124.497 Fässer mit schwachaktivem und 1.293 Fässer mit mittelaktivem Abfall im Rahmen eines Endlagerforschungsprogramms eingelagert worden. Das Programm war aus genehmigungsrechtlichen Gründen gestoppt worden“ („SZ“, 5.1.82).

„Endlagerforschungsprogramm“ war damals nur die verharmlosende Bezeichnung der GSF für eines der größten Atommülllager Westeuropas, denn der Müll wurde nicht rückholbar gelagert. Und der eigentliche Grund für die Beendigung des Programms waren wohl weniger genehmigungsrechtliche Aspekte als vielmehr Sicherheitsbedenken und eine „ganze Reihe von weiteren, genehmigungsrechtlichen Aspekten als vielmehr Sicherheitsbedenken und eine neue Aufgabenstellung an die Anlage. Nach 15 Jahren Betriebsdauer weist der als Endlager genutzte Teil des Salzstockes katastrophale Züge auf: Laugenzuflüsse in die Bergwerkstollen, unterirdische Hohlräumeinstürze, die zu Abweichungen an der Oberfläche führten, Kontakt des Salzgesteins mit Grundwasser etc. Die eingeleiteten Gegenmaßnahmen sind reinster Zynismus: Man schüttet die verbliebenen Bergwerkstrecken zu, um größere Einstürze zu verhindern und dadurch die Ausbaurbeiten an anderer Stelle nicht zu gefährden. Derzeit wird der gesamte Salzstock vermessen, nach 15 Jahren Betriebsdauer zum ersten Mal erwartet werden in großen Tiefen Salzformationen, in denen „unter realistischen Bedingungen (schwere Abfälle, technischer Meßstab, lange Zeiträume)... mittelradioaktive Abfälle der oberen Aktivitätsgrenze und hochradioaktive Glasblöcke“ endgelagert werden können (F.u.E.-Bericht der GSF, 1980).

Die am Beispiel Ass 2 deutlich gewordene Menschenverachtung der Atommafia ist wohl der beste Beweis dafür, daß die Betreiber nicht freiwillig ihr Endlager in Gorleben aufgeben wollten.

Auch wenn der Ass-Salzstock wesentlich kleiner ist als der von Gorleben, gewinnt die Ass bei den sich häufenden Mißbotschaften und den damit verbundenen ansteigenden politischen Auseinandersetzungen für die Betreiber an Bedeutung. Fakt ist, daß höchstwahrscheinlich ab 1985 ein hochradioaktives Endlager in Betrieb genommen wird, wobei der Begriff „Versuch“ nur ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren ausschalten soll. Dieses Verfahren kann aber nachträglich jederzeit durchgegriffen werden.

## Schacht Konrad

Das ehemalige Eisenerzbergwerk Konrad in Salzgitter wird seit 1975 auf seine Eignung als Atommülldeponie untersucht. Die Schachtanlage liegt inmitten landwirtschaftlich genutzter Flächen nahe Salzgitters Industriezentrum.

Die Aufnahmefähigkeit für radioaktive Abfälle wird bisher mit 500.000 Kubikmetern angegeben. „Bei einer jährlichen Einlagerungsmenge von 12.500 bis 25.000 Kubikmetern radioaktiver Abfälle dürfte die Kapazität für 20 bis 40 Jahre ausreichen“ („FR“, 22.12.81). Darüberhinaus sei die Grube ausbaufähig.

Die verlockenden Dimensionen der Anlage waren es dann auch, die

die „Entwicklungsgemeinschaft Tiefenlager“ (EGT), eine Arbeitsgemeinschaft der GSF und des „Kernforschungszentrum Karlsruhe“ (KFK), schon zwei Jahre später Erfolgsmeldungen verkünden ließen. „Daß die Prüfung zur Zufriedenheit des Auftraggebers ausfallen wird, steht zu erwarten, denn schon jetzt wird der Grube eine außergewöhnlich günstige geologische Situation bescheinigt“ („Salzg. Ztg.“, 21.4.77). Zwei Monate später war der „Systemstudie für radioaktive Abfälle in der BRD“ zu entnehmen, daß Konrad als Nachfolgeanlage der Ass im Atomprogramm eingeplant war. Neben diesen Tatsachen wurden weitere „Sachzwänge“ für das Endlager geschaffen. So ist der Besitzer und spätere Mätpetreder der Anlage, die Salzgitter AG, über die Tochterfirma Noell GmbH dabei, in einem völlig neuen Wirtschaftszweig eine Monopolstellung zu entwickeln. Die Verschrottung von Atomanlagen im In- und Ausland verspricht Gewinne in traumhafter Höhe. Der dabei anfallende Müll bis zu radioaktiv versuchten Großkomponenten soll neben dem „normal“ anfallenden in Konrad eingelagert werden. Einzelne Überlegungen gehen sogar soweit, abfallende hochwertige Stähle im nahegelegenen Hüttenwerk wieder einzuschmelzen.

Obwohl angeblich eine Entscheidung über die Anlage erst in dem im August 1982 einzuleitenden Planfeststellungsverfahren getroffen wird, dient Konrad heute schon als Entsorgungsschmelze für Teilrichtungsanforderungen der AKWs Grafenrheinfeld, Grohnde und Brokdorf.

Eines der wichtigsten Argumente für Konrad ist der steigende Atommüllberg. Als möglicherweise „Intakter“ Entsorgungsschmelze ist die Deponie in Salzgitter vor allem politisch für den weiteren Ausbau des Atomprogramms sehr wichtig.

Trotz dieser (Vor-)Entscheidungen behaupten Kommunalpolitiker programmatisch wenig.

Trotz dieser (Vor-)Entscheidungen behaupten Kommunalpolitiker und das Bundesforschungsministerium (BMFT), die Entscheidung über Konrad von einer ernsthaften Sicherheitsüberprüfung abhängig zu machen, wobei die Anwohner in den Entscheidungsprozess einbezogen werden sollen. Außerdem sei ja alles gar nicht so schlimm, da das Bergwerk nur für schwachaktiven Müll vorgesehen sei.

Doch die Fraxin nicht anders aus: Über die Untersuchungen in Konrad gibt es mittlerweile fünf Zwischenberichte, die alle geheim gehalten werden. Lediglich die Stadtverwaltung Salzgitters wurde vom BMFT über den Stand der Untersuchungen informiert und besitzt ebenfalls die Berichte. Um den Schein des öffentlichen Dialogs zu wahren, wurde das auf Seiten der Atomindustrie stehende Battelle-Institut beauftragt, dem Rat der Stadt den zusammenfassenden Zwischenbericht zu interpretieren. Obwohl dies in einer öffentlichen Sitzung geschehen sollte, wurde die Öffentlichkeit unter massivem Polizeiaufgebot ausgespart. Man wollte sich die schöne Propagandaveranstaltung nicht kaputt machen lassen. Der daraufhin einsetzende Protest veranlaßte die Stadt, den Forderungen der AKW-Gegner/innen nachzugeben. Man läßt den Beschluß, die „Gruppe für Ökologie Hannover“ (GÖK) für ein Interpretationsgutachten zu gewinnen. Einziger Haken dabei war, daß die GÖK die Herausgabe aller Untersuchungsergebnisse verlangte, da sie nur dem zensierten Zwischenbericht nichts anfangen konnte. Das wurde bezeichnenderweise vom BMFT nicht genehmigt. Die Stadt unternahm, trotz angekündigter Schritte, nichts. Mittlerweile existiert der Endbericht, und das Gutachtenpoker geht in die zweite Runde. Geplant war die Vorstellung dieses Endberichtes als großangelegte Pro-Endlagerveranstaltung. Es wurden extra die Spitzenkräfte der GSF und des BMFT sowie der seit Jahren in Lüneburg-Dannenberg agierende „Bürgerdialog“-Spezialist des BMFT, Kahle, nach Salzgitter beordert. Kahle sollte dabei seinen Einstand geben, da er sich in Zukunft nach eigenen Angaben hauptsächlich um Konrad kümmern und ein „Informationsbüro“ des BMFT in Salzgitter leiten wird. Trotzdem gibt die Show den Veranstaltern aus den Händen. Mitglieder südostniedersächsischer Bürgerinitiativen blockierten kurzzeitig den Straßenverkehr in der Stadt.

Bei der Vorstellung des Endberichtes vor kommunalen Politikern kam es im Ratssaal zu größeren Un-

mutkundgebungen, bei denen rohe Eier und Kloppapier den Besitzer wechselten. Bei der Vorstellung des Berichts in der Öffentlichkeit waren die Vertreter des BMFT und der GSF gezwungen, das zuzugeben, was schon lange vermutet wurde: Eine Klassifizierung des Atommülls bei Stilllegungsabfällen gebe es nicht. Deshalb könne auch mittelaktiver Müll endgelagert werden. Einziges Kriterium für die Unterscheidung zwischen schwach- und mittelaktivem Abfall sei die Wärmeentwicklung, deren Auswirkung in Konrad untersucht worden sei. Demnach ist die Endlagerung hochaktiven Mülls in Salzgitter nur eine Frage der Verpackung und Verdünnung.

Nach der Terminplanung der Betreiber wird das Planfeststellungsverfahren etwa vier Jahre dauern, sodas nach zweijähriger Umrüstzeit 1988 mit der Einlagerung begonnen werden kann.

## Versenkung im Meer

Daß die westdeutsche Atomindustrie allen Beteuerungen zum Trotz das Problem der Endlagerung nicht in den Griff bekommt, macht ihre gestiegene „Risikobereitschaft“ am Treffendsten deutlich.

Da werden neuerdings die radioaktiven Stoffe in Zwischenlagern durch Maschendrahtzaun und Erdwall von der Biosphäre „abgeschirmt“, in Gorleben werden wissenschaftliche Daten fridert, um das Endlagerprojekt am Leben zu erhalten, und in dem völlig ungeeigneten Salzstock der Ass sollen Endlager-„versuche“ für hochaktiven Müll durchgeführt werden. Der bisherige Gipfel der Skrupellosigkeit ist allerdings die beabsichtigte Versenkung des Atommülls im Meer.

Schon 1967 hatte sich die BRD an einen „Proberversuch mit 180 t verpackter schwachaktiver Abfälle“ beteiligt („Energiewirtschaftliche Tagesfragen“, 2/82). Wird diese Beseitigungsmethode bisher hauptsächlich von Belgien, England, den Niederlanden und der Schweiz praktiziert, so entwickelt die BRD in letzter Zeit ebenfalls ein starkes Interesse daran. Besonders die DWK scheint an vorderster Front mitzumischen.

„Gemäß der Londoner Konventionen soll ein Einbringen von Abfällen in das Meer nur dann erfolgen, wenn sich keine adäquate Beseitigung an Land finden läßt. Bezüglich schwachaktiver Abfälle hatte die Bundesrepublik Deutschland bis vor drei Jahren eine entsprechende Möglichkeit der Lagerung im Salzbergwerk Ass 2.“ Seitdem werden alle Abfälle oberirdisch in Landesmüllstellen oder diversen Zwischenlagern, die auf Grund des ständig ansteigenden Atommüllbergs dauernd ausgebaut werden müssen, gestapelt. „Diese Form der Lagerung ist mit hohen Kosten verbunden“ (a.a.O.). Beschränkte man sich bis jetzt auf eine bestimmte Zusammensetzung des leicht- und mittelaktiven Mülls, so soll diese Einschränkung in Zukunft wegfallen. Zu den Abfällen, deren Endlagerung aus Kostengründen „auf dem Meeresboden in Betracht zu ziehen und, zählen Tritium, Krypton und andere gasförmige Abfälle (Radon), Großkomponenten (Ihre Zerlegung ist technisch schwierig und zu teuer), andere Abbruchmaterialien und Sonderabfälle“ (so die DWK nach „faz“, 9.7.82). Unter den aufgezählten Stoffen befinden sich solche, „die aus Sicherheitsgründen nicht ohne we-

teres in geschlossenen Bergwerkssystemen lagern dürfen“, wie z.B. Tritium, Krypton und das gasentwickelnde Radium („Energiewirtschaftliche Tagesfragen“, a.o.). „Ein Einbringen in das Meer könnte sich u.U. als die für die Umwelt ungünstigste Lösung erweisen“ (a.a.O.). Diese Sicherheitsbetrachtungen sind glatter Hohn. Zum einen sollen diese Stoffe weiterhin trotz zugegebener Risiken in Bergwerken gelagert (demnächst Konrad) bzw. in den Zwischenlagern untergebracht werden. Zum anderen sind die Erfahrungen mit Meeresversenkung alles andere als „umweltfreundlich“. Nach einem Bericht des „Stern“ vom 8.7.82 halten viele Fässer dem hohen Druck (man werden in 4.000 m Tiefe gelagert) nicht stand. Rost und Schwammbefall knacken die Behälter in wenigen Jahrzehnten runter. Die Betonung der Umweltfreundlichkeit durch die Versenkung im Meer ist wohl auch mehr als zaghafter Versuch zu verstehen, eine bevölkerungs-wirksame Rechtfertigung für den immer wahrscheinlicher werdenden Katastrophenkurs zu finden.

Und tatsächlich scheint auf der politischen Ebene das Hauptproblem zu liegen. Das „verantwortungsbewußte“ Suchen nach jahrtausende-langer sicherer Endlagerung war ja gerade eines der Markenzeichen des hiesigen Atomprogramms. Wie kann da plausibel gemacht werden, daß auch die gefährlichsten Stoffe auf Grund skrupelloser Kosten-Nutzen-rechnung ins Meer gekippt werden?

Noch ein zweites Problem besteht für die Atomindustrie: Nach den Londoner Konventionen dürfen die oben genannten Müllsorten aus Sicherheitsgründen bisher nicht versenkt werden. „Eine entsprechende Änderung der Bestimmungen bzw. eine Ergänzung wird jedoch allgemein für möglich gehalten“ („Energiewirtschaftliche Tfr.“, a.o.) und wurde beantragt. Aber auch hier kündigen sich Probleme an. Anfang März unterzeichneten 22 Südstaaten eine Vereinbarung, „wonach noch mehr Abfälle“ gen sich Probleme an. Anfang März unterzeichneten 22 Südstaaten eine gemeinsame Erklärung, die sich gegen das Versenken und „Endlagern“ radioaktiven Mülls im Meer richtet. Zwei dieser Länder wollen auf der nächsten Sitzung der an den Konventionen beteiligten Staaten einen Antrag auf generelles Verbot der Atommüllversenkung einbringen.

Im westeuropäischen Rahmen sind es besonders die Greenpeace-Aktionen, die den öffentlichen Protest verbreitern.

Nichtsdemotrota besitzt die DWK schon einen festen Terminplan: „Die Versenkung hochaktiver Abfälle ist gemäß der Londoner Konventionen zur Zeit nicht gestattet. Jedoch wird weltweit an dieser Art der Endlagerung gearbeitet. Bis 1985 soll die grundsätzliche, bis 1990 die ingenieurtechnische Machbarkeit nachgewiesen sein und bis 1995 ein Konzept vorgestellt werden. Die Exploration des Meeresbodens im ausgewählten Gebiet nördlich von Hawaii ist in Gang“ („faz“, a.o.).

Soweit die Zukunftspläne. Um den bis zur Fertigstellung von Konrad ansteigenden schwach- und mittelaktiven Atommüllberg zu plätten, scheint die westdeutsche Atomindustrie ihr Glück schon heute im Wasser zu suchen. „Harndick hält sich inzwischen das Gerücht, daß demnächst 20.000 Fass „proberversenkt“ werden sollen“ („faz“, a.o.). Eine Hamburger Rederei ist angeblich schon in das Projekt eingeschaltet.

Ein Genosse aus Salzgitter

## Kriminalisierung der BI

Als Vorgeschmack auf die kommende Auseinandersetzung ist die Anti-AKW-Bewegung Südost-Niedersachsens einer zunehmenden Kriminalisierungskampagne ausgesetzt.

Nach erfolglos gebliebenen Anwerbeversuchen einzelner BI-Mitglieder durch den Verfassungsschutz fanden im März dieses Jahres völlig willkürlich Hausdurchsuchungen bei AKW-Gegner/innen in Braunschweig und Salzgitter statt. Die oberflächlich durchgeführte Aktion blieb außer der Tatsache, daß einem BI-Mitglied auf Grund der Polizeiaktion der Arbeitsplatz fristlos gekündigt wurde, erfolglos. Im neuesten „Niedersächsischen Verfassungsschutzbericht“ ist den Initiativen der Region eine ganze Seite gewidmet. Demnach soll der Ag-Salzgitter (die örtliche Anti-AKW-BI) von „Links-

extremisten gesteuert“ werden, die die „verbale Unterstützung der RAF“ betreiben würden. Bei der im Herbst geplanten Demonstration müsse „damit gerechnet werden, daß militärische Kernkraftgegner sowohl diese Demonstration als auch weitere Aktionen als Hintergrund für ihre Gewalttaten benutzen“ würden. Nach der mäßigkeits Vorstellung des Endberichtes verglich der „Evangelische Pressedienst“ in einem Artikel die Vorgehensweise der AKW-Gegner/innen mit „Methoden von SA-Rollkommandos“.

Kein Wort wurde allerdings darüber verloren, daß auf der vom BMFT und GSF durchgeführten öffentlichen Veranstaltung Staatschützer die Nummern von öffentlichen Fahrzeugen mit Anti-AKW-Aufklebern notierten.



Krefelder Initiative

# Der Atomtod bedroht uns alle Keine Atomraketen in Europa

## Aufruf zum norddeutschen antimilitaristischen Frauentreffen

Hamburg, den 7.8.82

Liebe Frauen!

Nun ist es raus: Die Bundeswehr will tatsächlich schon 1986 ("zunächst") 30.000 Frauen bei der Bundeswehr beschäftigen haben. ("als Kader"), und das Papier der Langzeitkommission zur Einbeziehung von Frauen in die Armee kann jederzeit den Bundestag passieren. Die neueste Pikanterie: der Plan, auch weibliche Theologiestudentinnen während ihrer Pfarrer-Ausbildung zum Militär-Seelsorgedienst heranzuziehen!

Es steht zu befürchten, daß wir schon zum nächsten Herbst vor vollendeten Tatsachen stehen. Es ist also kurz vor zwölf, und wir meinen, daß wir als Frauen sofort etwas dazu vorbereiten müssen. Um zu besprechen, wann (s.B. in der Anti-Kriegswoche), wie und mit wem was (s.B. Aktionen und örtliche Demonstrationen) durchführbar wäre, laden wir auch alle zum norddeutschen Frauentreffen ein. Und zwar am

28.8.82 von 13 Uhr - 21 Uhr  
im Martin-Luther-King-Haus,  
Evangelische Studentengemeinde  
in Hamburg - Grindelallee 9  
erreichbar: S-Bhf. Dammtor,  
U-Bhf. Stephansplatz, Bus 102

Der Schwerpunkt sollte unserer Meinung nach auf gemeinsamen Aktionsbesprechungen liegen, da wir momentan keine Zeit für große Positionen-Diskussionen haben. Wir bemühen uns noch um Hanne Birkenbach, die Berliner Friedensforscherin, für ein kurzes Informationsreferat. Wir finden es wichtig, zu besprechen, wie wir die Chancen einer Gegenwehr in puncto Frauen und Bundeswehr einschätzen.

Derüberhinaus wäre es gut, wenn es im Herbst ein Extra-Treffen für Grundsatzdiskussionen zum Thema gäbe, um eine festere Basis für die weitere Zusammenarbeit zu gewinnen.

Kommt zahlreich und mit Ideen, herzliche Grüße von



Frauen aus dem Plenum "Frauen gegen Krieg und Militarismus", Hamburg  
Frauen der CIV (Christen in der Verantwortung)  
Frauen der GAL (Geflüchtete Alternative Liste Hamburg)  
Frauen zur Bundeswehr? Wir sagen Nein!, Hamburg  
Frauen gegen Militär, Hannover

Frauen gegen Militär, Braunschweig  
Antikriegs-Frauengruppe, Bremen  
Frauen gegen Militarismus, Göttingen

Kontakt: Dörte Kobbek  
Eichenstraße 45  
2 Hamburg 19

## Öffentliche Rekrutenvereidigung in Bad Meinberg

Am 27.9. findet in Bad Meinberg eine öffentliche Vereidigung von Rekruten der Bundeswehr statt. Nachdem demokratische Vereidigungen in den Großstädten vorerst nicht mehr ungestört stattfinden können, werden sie in der letzten Zeit hauptsächlich in Kleinstädten und auf Fabrikgeländen durchgeführt.

Erstmal wollen die Militaristen das Terrain in der Provinz propagandistisch sichern, um dann wieder in die Metropolen vorrücken zu können. Bad Meinberg ist ein kleiner Kurort in Lippe, 10 km südwestlich von Detmold, also mitten in der Provinz. Der SPD dominierte Stadtrat von Horn-Bad Meinberg hat bei sechs Gegenstimmen der Vereidigung zugestimmt. Gleich nach Bekanntwerden des Termins rührte sich erster Widerstand aus kirchlichen Kreisen. Fünf evangelische Pastoren aus Horn-Bad Meinberg forderten in einem offenen Brief den Stadtrat zur Absetzung der Veranstaltung auf. Verschiedene kirchliche Friedensgruppen unterstützen dies. Die Kirchenführung reagierte darauf, indem sich der Landesuperintendent der Lippischen Landeskirche in einem Interview mit der Lo-

kalbresse „dankbar für den Friedendienst unserer Soldaten“ äußerte. Manche erinnern diese Haltung an jene Pfarrer, die in vergangenen (?) Zeiten Waffen segneten und während ihrer Gottesdienste für den Endkrieg beteten. Gemeinsam mit der „Evangelischen Erwachsenenbildung“ rief die Detmolder Friedensinitiative zu einem Aktionsbündnis gegen die Vereidigung auf. Zu den Bündnispartnern gehören: kirchliche Gruppen, Jusos, DKP-Umfeld, Gewerkschafter, undogmatische Linke, Grüne, Bunte Liste Bielefeld sowie viele regionale Friedensinitiativen. Diese Treffen waren hauptsächlich erfüllt von kleinen Diskussionen über Gewalt und Gewaltfreiheit und Streitgesprächen, ob man durch harmlose Aktionen, wie Sitzblockaden und einem Menschenteppich nicht unvorhersehbare, katastrophale Reaktionen provozieren könnte. Manche meinen gar, durch lautes Rufen und Pfeifen schade man dem guten Ruf der Friedensbewegung. Vorgeschlagen wurde eine parallel zum Gelöbnis stattfindende Protestkundgebung im 5 km entfernten Ortsteil Horn, möglichst mit einem Super-

star der Friedensbewegung, z.B. H. Albertz. Dennoch: Die Mehrheit entschied sich für eine gemeinsame Demonstration, die zu Vereidigungsbegleitung mit einer Abschlussskundgebung endet. Momentan wird diskutiert, welche Aktionen nach der Abschlussskundgebung durchgeführt werden. Vorgeschlagen sind Blockadeaktionen, ein Menschenteppich, Pfeifkonzerte u.ä. Die Vereidigung und die Aktionen gegen sie sind derzeit ein Hauptgesprächsthema in Lippe. Sicher ist jetzt schon, daß die Beteiligung an der Demonstration und den Aktionen sehr hoch sein wird. Trotzdem ist es wichtig, daß auch Leute von außerhalb kommen. Wenn die Gelöbnisse erstmal in der Provinz einigermaßen über die Bühne gehen, werden die Kriegsvorbereitungen wieder in die Großstädte getragen. Wer nach Bad Meinberg kommen möchte kann im Buchladen Dittel in Detmold anrufen. Tel.: 05231/26822

Aktionsideen gegen Rekrutierungsbüro  
c/o Buchladen Dittel  
Seckestr. 14  
4390 Detmold

### Erklärung der Krefelder Initiative

Die Legende, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung diene dem Kriegsverhütung, wurde durch den Falklandkrieg, die israelische Aggression gegen den Libanon und den irakisch-iranischen Krieg wiederum ad absurdum geführt. Waffen sind Kriegsführungsinstrumente; sie werden eingesetzt, wenn es das vermeintliche nationale Interesse zu erfordern scheint. Das sind die Lehren, die diese verniedlichend als "regional" bezeichneten Kriege vermitteln, die alle die Gefahr der Ausweitung zu einer weltweiten nuklearen Katastrophe in sich bergen.

Die richtige Schlußfolgerung aus der Tatsache zu ziehen, daß mit Aufrüstung kein Konflikt zu lösen ist, gilt insbesondere für uns Deutsche. Denn in der Bundesrepublik sollen ab 1983 Pershing-III-Raketen und Marschflugkörper stationiert werden, mit denen der Atomkrieg - so wird behauptet - geführt, begrenzt und gewonnen werden kann. Die Stationierung dieser neuerartigen Erstschlagwaffen und die damit verbundene Kriegsführungsstrategie sind der Weg in die atomare Selbstvernichtung.

Die Bundesregierung gibt vor, die weitere Nuklearrüstung auf unserem Boden diene dem Überlebensinteresse, Sicherheit sei nur im Bündnis mit den USA möglich; nur auf diese Weise sei Abrüstung zu erreichen, ist die Vorstellung, aufzurufen, um abzurufen zu können, schon ein Widerspruch in sich, so zeigt sich unter den gegenwärtigen Umständen, daß die Hoffnung auf positive Verhandlungsergebnisse einem Selbstbetrug gleichkommt. Zwar finden Verhandlungen statt, aber nicht deshalb darauf hin, daß die USA von ihren auf militärische Überlegenheit abzielenden Verhandlungsvorschlägen abzurücken bereit sind. Wendte sich die Außenpolitik des US-Präsidenten Reagan zunächst überhaupt gegen Verhandlungen und mußten die USA erst durch die Friedensbewegung an den Verhandlungstisch gebracht werden, so richtet sich ihre Aktivität heute im wesentlichen darauf, in der Öffentlichkeit die Schuld für den bereits vorprogrammierten Mißerfolg anderen zuzuschreiben.

Die Abtrügnlichkeit der US-Politik für die legitimen europäischen Interessen zeigt sich insbesondere auch in der Tatsache, daß die USA ohne Konsultation der Verbündeten und ohne Rücksicht auf soziale Folgen ihre Wirtschaftsanktionen gegen den Osten verschärfen. Der anhaltende Versuch, das europäische Erdgas-Röhren-Geschäft zu torpedieren, zielt zugleich gegen die Ergebnisse der Entspannungspolitik.

Diese Haltung muß den vorstellbaren Widerstand der Europäer insbesondere gegen die Raketenstationierung hervorufen. Wirkliche Fortschritte bei den Verhandlungen hängen heute mehr denn je vom Einfluß der Friedensbewegung ab. Sie zu stärken, ist das immer dringlicher werdende Gebot der Stunde.

Ein Jahr vor der beabsichtigten Stationierung gilt es, jeden Bürger auf die damit verbundenen Gefahren aufmerksam zu machen, weil durch die Stationierung die europäische Szene entscheidend verändert und unsere nationale Sicherheit völlig in Frage gestellt werden würde. Es kommt darauf an, den Krefelder Appell durch weitere millionenfache Unterstützung zu stärken, neue Kreise der Bevölkerung anzusprechen, um die wachsende Betroffenheit sichtbar zu machen. Wir begrüßen deshalb die Initiative von zahlreichen in- und ausländischen Künstlern, die zu der Veranstaltung "Künstler für den Frieden" am 11. September 1982 in Bochum aufgerufen haben und mit der als dem Krefelder Appell zu noch größerer Beachtung verhelfen wollen. Wir begrüßen die Absicht von Naturwissenschaftlern, Medizinem, Pädagogen, Sportlern und anderen, diese Gelegenheit zu nutzen, um am 12. September 1982 in Dortmund einen eigenen Beitrag zur Verhinderung des Raketenbeschlusses zu beraten. Wir sind überzeugt, daß diese Veranstaltungen in der Bevölkerung den verdienten Widerhall finden und dazu beitragen werden, den Krefelder Appell zu einer Volksbestimmung gegen den Atomtod zu machen.

Künstler von internationalem Rang aus mehreren Ländern werden auf vielen Bühnen im Ruhrstadium und den anliegenden Plätzen dabei sein.

**Bisher  
haben ihre Mitwirkung  
zugesagt:**

\* Herman van Veen  
\* Harry Belafonte  
\* Mikis Theodorakis  
\* "bibi"  
\* Franz Josef Degenhardt  
\* Kaja Ebstein  
\* Hanns Dieter Hüsch  
\* Udo Lindenberg  
\* Volker Ludwig  
\* Eva Mattes  
\* Erika Pluhar  
\* Dietmar Schönherr  
\* Dieter Suverkrup  
\* Hannes Wader  
\* Klaus Hoffmann  
\* Konstantin Wecker  
\* André Heller

\* Ludwig Hirsch  
\* Gebr. Blattschuh  
\* Ulla Meinecke  
\* Jürgen von der Lippe  
\* Karl Dall  
\* Anja Dornbey  
\* SPUFF  
\* Fasia  
\* Volker Kriegel  
\* Joseph Beuys  
\* Achim Reichel  
\* Elyas Frank  
\* Dietrich Kötter  
\* Helmut Ruge  
\* Erich Virch  
\* Das Dritte Ohr  
\* Angela Winkler  
\* Gert Wolschön  
\* Fredrik Vahle

\* Klaus Lage  
\* Gunter Lamprecht  
\* Floh de Cologne  
\* Peter Franke  
\* Uschi Flacke  
\* Gebr. Engel  
\* Curt Bois  
\* Sylva Anders  
\* Esther Bejarano  
\* Anne, Dana, David und Hans Böttner  
\* Lorry  
\* Zupkeigenhansel  
\* Bill Ramsey  
\* Tahsin Inceci  
\* Barbara Rilling  
\* Holly Near  
\* Solisten der Deutschen Oper Berlin  
\* Karl Dietrich Gräve (Chordirigierung der Deutschen Oper Berlin)  
\* Wolf Appel



## Bundesweites Diskussionsforum am 18./19. September

## »...nur über interne Verteiler verbreiten...«

„Perspektiven und Probleme einer blockübergreifenden Friedensbewegung“ soll das Thema eines bundesweiten Diskussionsforums am 18./19. September in Köln (Gesamtschule Chorweiler) sein. Zu den 17 einladenden Gruppen zählen der Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa (R.Steinke), der BBU, die Jungsozialisten und Jungdemokraten, die Initiative 'Heidelberger Erklärung' (SPD-Abgeordnete), die ESO, Frauen für den Frieden/Westberlin, die DFO/VK, Ohne Rüstung Leben und das Sozialistische Büro. Weitere Gruppen konnten während der Sommerpause keine Entscheidung fällen und/oder wollen nicht zum Kreis der Einladenden gehören: die Heilmann-Initiative, die Alternative Liste Westberlin, die Falken, einige gewerkschaftliche und einige BAF-Gruppen (BAF = Bundeskongress Autonomer Friedensinitiativen). Vorgesehen ist in Köln die Vorbereitung der europäischen Konferenz in Westberlin und des zweiten Aktionstreffens bundesdeutscher Friedensgruppen am 10. Oktober in Bonn. Die „außerordentlich notwendige, längerfristig angelegte Debatte und die Entwicklung praktischer Kooperationsmöglichkeiten“ sollen auf dem Kölner Forum in Angriff genommen werden.

Eine Kooperation sämtlicher Strömungen ist allerdings von den Veranstalter nicht vorgesehen; es wird ausdrücklich nur an die Zusammenarbeit eines bestimmten Teils der Friedensbewegung gedacht: „Und zwar zwischen denjenigen Friedensgruppen, Initiativen, Organisationen und Individuen, die sich die Überwindung der Blockkonfrontation zum Ziel gesetzt haben, an einem gewaltfreien Vorgehen der Friedensbewegung festhalten und die Autonomie der Bewegung gegenüber Regierungen und Institutionen betonen und vertreten“ (z. Einladungsliste). Bei der 'Autonomie' gegenüber Regierungen ist ganz offensichtlich nur die Autonomie gegenüber Regierungen des Ostblocks gemeint. Der bereits zum 10.6. offen propagierte Bruch mit der DKP und ihr nahestehenden Kräften soll zumindest bei dieser Konferenz durchgezogen werden. Umgekehrt sind SPD-Kräfte auf dieser Konferenz gerne gesehen (s.u.). Andererseits sind linke, ant imperialistische Kräfte auch nur bedingt eingeladen. Nicht nur Kräfte, die nicht das Prinzip der Gewaltfreiheit betonen, sind nicht erwünscht. Das Thema Befreiungsbewegungen bzw. Unabhängigkeit der 3. Welt soll nicht durch entsprechende Unterstützer- und 3. Weltgruppen, son-

dern durch Johann Galtung auf der Konferenz vertreten werden. Das Treffen war auch entsprechend 'intern' vorbereitet worden, dies macht auch der ursprüngliche Einladungsentwurf deutlich: „Das Treffen sollte nicht nach außen propagiert werden, sondern nur über interne Verteiler vorbereitet sein, damit es nicht mehr als 100 bis 400 Teilnehmer hat.“ Damit auch letzte Zweifel aus dem Weg geräumt werden, es könne sich bei der Beschränkung der Teilnehmerzahl lediglich um eine organisatorische Maßnahme handeln, wurde der Einladung gleich eine Liste der erwünschten Gäste hinzugefügt. Genannt werden u.a. Russell-Gruppen, Grüne Alternative, Gewerkschaftsverbände, Jungdemokraten, linke Europa- und Bundestagsabgeordnete und: „einige Gruppen der BAF-Konferenz“ (Hervorh. AK). Genauso gesagt: die BAF-Gruppen aus Aachen, Braunschweig und Osnabrück.

So geheim wie erhofft ließ sich das Treffen dann doch nicht halten, und aus den Reihen der Angesprochenen wurde Unzufriedenheit mit diesem Vorgehen geäußert. In der aus verbreiteten offiziellen Einladung wird innerhalb betont, man denke zwar nicht an eine umfangreiche öffentliche Werbung, wolle jedoch in wichtigen Zeit-

schriften der Friedensbewegung entsprechende Hinweise veröffentlichen, um den allgemeinen Zugang zu diesem Treffen zu verdeutlichen.

Die beabsichtigte Ausgrenzung des radikaleren Teils der Friedensbewegung geht einher mit einer weitgehenden Öffnung zur anderen Seite, mit einer Orientierung auf „Friedensbewegte“ Abgeordnete und SPD-Mitglieder. Als Referenten eingeladen wurden die SPD-Abgeordneten Egon Bahr und Günter Gass. Trotz Unmuts Äußerungen diesem Vorschlag gegenüber bleibt die Einladung an Günter Gass bestehen; Egon Bahr wurde durch Gert Weiskirchen ersetzt, ebenfalls SPD-Bundestagsabgeordneter. Gass und Weiskirchen werden nun gemeinsam die Arbeitsgruppe zur „Deutschen Frage“ leiten. Es soll und kann niemandem verwehrt werden, Vorbereitungen und Absprachen mit denjenigen Gruppen zu treffen, die „auf gleicher Wellenlänge“ liegen. Entgegengetreten werden muß allerdings dem Versuch, der SPD großzügige Möglichkeiten zu bieten, ihren Einfluß in der Friedensbewegung zu vergrößern, während gleichzeitig der radikale Teil der Bewegung aus der Diskussion ausgegrenzt wird. Und wenn das ganze Unternehmen

dann auch noch als Gelegenheit zur solidarischen Diskussion und Zusammenarbeit der Friedensbewegung verkauft wird, kann man eigentlich nur noch von einem gut kalkulierten Täuschungsmanöver sprechen. Durch die beschriebene Einladungspraxis erweist sich der formulierte Anspruch, die „Vielfalt der Bewegung in der Einheit von Aktionen und Projekten deutlich zum Ausdruck zu bringen“, als bloßer Tarnmanöver, um in Wahrheit eine Trennungsklausur innerhalb der Friedensbewegung zu ziehen bzw. zu verschärfen.

Angesichts dieser Situation ist es nur zu begrüßen, daß der Bundeshauptrausch der Grünen eine Unterzeichnung der Einladung nach Köln mit Mehrheit abgelehnt hat. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die feingestellte SPD-Orientierung dieser Initiative. Einschränkung muß allerdings gesagt werden, daß die eigentlichen Verfechter des Kölner Forums - u.a. Klaus Wolschner - bei der betreffenden Sitzung nicht anwesend waren.

S., Hamburg

Einladungen sind zu bekommen über: Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, Friedrichshagen Str. 17, 1000 Berlin 33. Tel.: 030/8234347

## Europäische Konferenz für atomare Abrüstung in Brüssel und Westberlin

Die erste europäische Konferenz für atomare Abrüstung fand Anfang Juli in Brüssel statt; die Durchführung einer weiteren ist für Mai 1983 in Westberlin geplant. Initiert werden diese Konferenzen von Unterstützer/innen des im April 1980 veröffentlichten Russell-Aufrufes für ein atomwaffenfreies Europa. Die Zielvorstellungen der Beteiligten sind durchaus unterschiedlich, doch kann nach dem bisherigen Verlauf gesagt werden, daß es wesentliche Aufgabe der europäischen Konferenzen ist, das Spektrum der Sozialistischen Internationalen und europäischen internationalen und europäischen internationalen Strömungen zusammenzuführen. In der BRD bzw. Westberlin werden die Vorbereitungen hauptsächlich vom „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa“ getragen und damit von Rudolf Steinke — AK-Leserinnen und Lesern als enger Freund des SPD-Geschäftsführers Peter Glotz wahrscheinlich nicht unbekannt. Zwar sind erste Vorstöße für eine europäische Konferenz bereits Anfang letzten Jahres bekannt geworden, doch Informationen über dieses Projekt sind hier in der Bundesrepublik bisher nur sehr wenig verbreitet. Wir wollen deshalb die bisherige Entwicklung und die politischen Ausgangspunkte der Initiative/innen in einer

Delegierte aus 14 europäischen Ländern waren anwesend, darunter Vertreter/innen der sozialistischen Parteien Hollands, Finnlands, Österreichs, Spaniens, Groß Britanniens, Belgiens und Italiens, die griechische PASOK, die französische PSU, die kommunistischen Parteien Belgiens und Italiens sowie die italienische PDUP. Beschlüssen wurde die Durchführung der Brüsseler Konferenz; eine weitere Konferenz in Westberlin wurde ins Auge gefaßt. Der Vorschlag, Westberlin als Tagungsort zu wählen, wurde bereits im Juni letzten Jahres durch einen Offenen Brief von Bahr, Bastian, Leinen, Steinke u.a. in die Diskussion gebracht (1).

Ein Vorbereitungskomitee, das sog. Liaison-Comité, wurde in Rom mit der Ausarbeitung der Programme beauftragt. Neben Vertreter/innen der englischen und italienischen Gewerkschaften, der END (European Nuclear Disarmament), der KPI, des Interkirchlichen Friedensrates der Niederlande u.a. beteiligten sich an der Arbeit dieses Komitees: Russell-Gruppen (Bahr, von Freyhold), der BBU (Vogt, Leinen), Frauen für den Frieden (Quistorp), die Grünen (Kelly, Wolschner) und der Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa (Graaffs, Steinke).

USA und Sowjetunion. Europa brauche deshalb, so entwickelten Rudolf Bahr und Michael von Freyhold, einen „Dritten Weg“, um zu einem „von uns wiedervereinigten Europa der Völker“ zu werden (3).

Rudolf Steinke strebt nicht nur nach der „Europäisierung Europas“, sondern argumentiert darüber hinaus für den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Sicherheitspaktes. Die europäische Konferenz solle der Öffentlichkeit reale Alternativen für eine nicht-atomare Verteidigung mit strikt defensivem Charakter aufzeigen (4).

Inwieweit hierbei noch ein qualitativer Unterschied zwischen der Bedrohung Europas durch die USA und der durch die Sowjetunion gesehen wird, bleibt unklar bzw. widersprüchlich — selbst innerhalb der Thesen von Freyhold und Bahr. So meinen sie zwar einerseits, die beiden Blöcke seien in Wahrheit eine zwiespältige Drache, betonen aber andererseits, es gäbe keine „inner-europäische Gegenüber“, um derenwillen irgendeiner der europäischen Staaten, einschließlich der Sowjetunion (1), kriegerische Verwicklungen suchen würde“ (Hervorh. AK; Anm. 5). Während Bahr dafür plädiert, die Friedensbewegung müsse sich grundsätzlich auf einen unilateralen

Appell der Konferenz an die vier Siegermächte, Verhandlungen mit beiden deutschen Staaten aufzunehmen, die den Abschluß eines Friedensvertrages zum Ziel haben. Nur durch Beendigung der „Nachkriegsordnung“ vom Jahr sei eine neue europäische Friedensordnung denkbar. Im Vorwege des Kongresses soll die Initiative „Berlin: Stadt des Friedens“ gestartet werden mit dem Ziel, Berlin zur atomwaffenfreien Stadt zu erklären. Besonders am 30. Januar, dem 30. Jahrestag der Machtgreifung durch die Nazis, soll dies zum Ausdruck gebracht werden. So wäre die Symbolfunktion Berlins produktiv genutzt, meint Steinke.

In Brüssel wurde von Robert Jungk und einem Vertreter aus Großbritannien vorgeschlagen, man solle eine zweite Konferenz parallel in Ostberlin stattfinden lassen und alle Redner austauschen. Anderen westeuropäischen Vertreter/innen schien das „deutsche Anliegen“ allerdings absolut nicht geheuer, so daß auch Protest gegen die Wahl des Tagungsortes Westberlin geäußert wurde.

## „Einheit in der Vielfalt“?

## „Einheit in der Vielfalt“?

Der Koordination getrennter nationaler Bemühungen solle die Konferenz dienen, erläutert Ken Coates. Offen solle die Auseinandersetzung geführt werden; keinesfalls dürften Versuche unternommen werden, die Autonomie beteiligter Gruppen zu beschränken und andere Richtlinien oder organisatorische Verfahrensvorgaben aufzuerlegen (10).

Auch Steinke, Wolschner und Graaffs bekennen sich in einem Diskussionspapier für das Konferenzkonzept zum leitenden Motto „Einheit in der Vielfalt“. Doch ihre konkreten Ausführungen und die bisherige Vorbereitungspraxis in der Bundesrepublik bzw. Westberlin weisen den formulierten Anspruch als reinen Täuschungsmanöver aus. In dem genannten Papier schreiben sie weiter: Die Offenheit dürfe nicht mit unverdrossenem Palaver verwechselt werden; deshalb müßten die Initiatoren und führenden Teilnehmer der Konferenz der gemeinsamen Überzeugung sein:

— daß der politische Kampf für eine europäische Friedensordnung vollständig gewaltfrei sein müsse;

— daß Abrüstung mehr zu sein habe als bloße Absichtserklärung und die Bereitschaft zur bedingungslosen Abrüstung auf beiden Seiten voraussetze;

— daß die Perspektive einer atomwaffenfreien Zone heute die Verhinderung neuer Atomwaffen erfordere und den Einstieg in die Diskussion um die Abschaffung des bestehenden Vernichtungspotentials.

Die bisherige Diskussion und Vorbereitung ist dementsprechend auch von einem wohlauferwählten Kreis getragen worden. Und auch für die Zukunft scheint eine Erweiterung dieses Kreises — zumindest was den radikaleren Teil der Friedensbewegung angeht — nicht geplant zu sein. Am 18./19. September soll in Köln ein erstes bundesweites For-

rum zur Vorbereitung der nächsten europäischen Konferenz stattfinden.

Das Spektrum der Eingeladenen wurde gemäß den oben beschriebenen „Richtlinien“ beschränkt; eine öffentliche Werbung für dieses Forum soll auf Wunsch der Einladenden nicht erfolgen, (s. nebenstehenden Artikel). Insbesondere das aufgestellte Prinzip der Gewaltfreiheit weist darauf hin, daß der „radikale Flügel“ der Friedensbewegung von den westberliner Initiatoren bei der europäischen Konferenz höchstens als Gasthörer ohne Mitspracherecht erwünscht ist. Gern gesehen sind dagegen Vertreter und Vertreterinnen sozialdemokratischer Parteien. Dies zeigt vor allem die vorgesehene Einladung von Egon Bahr und Günter Gass (beide SPD) als Referenten nach Köln.

Was Steinke und seinen Freundeskreis angeht, scheint es sich bei der Betonung des Unabhängigkeitsprinzips der Bewegung eher um eine Art der Vorverweigerung zu handeln. Dem Stichwort Autonomie läßt er regelmäßig Warnungen folgen, daß der Frieden eine derartig große Aufgabe sei, daß sie nur durch gemeinsame Anstrengungen von Institutionen und Basisinitiativen bewältigt werden könne (11). Im Rahmen der internationalen Diskussion um die von der Sowjetunion vorgeschlagenen von Institutionen und Basisinitiativen bewältigt werden könne (11). Im Rahmen der internationalen Diskussion um die europäische Konferenz — dies zeigte sich auch in Brüssel — ist die Position von Regierungen und etablierten Parteimitgliedern, die Orientierung auf die Regierungsebene zur Zeit noch eine Streitfrage.

S., Hamburg

## Anmerkungen

1. Abgedruckt im Bulletin Nr. 1 des Arbeitskreises atomwaffenfreies Europa, Westberlin 2. Bulletin
2. Entwurf einer Charta für ein blockfreies Europa von Michael von Freyhold und Rudolf Bahr, im Bulletin Nr. 2.
3. Bulletin Nr. 1, S. 14 und Diskussionspapier für die europäische Konferenz vom 18.3.82, verfaßt von Steinke, Wolschner und Graaffs.
4. Charta, vergl. Anm. 3.
5. Bulletin Nr. 2, S. 12
6. Diskussionspapier, vergl. Anm. 4.
7. Beitrag von Klaus Ehring im Bulletin Nr. 2, S. 17.
8. Bulletin Nr. 1, S. 14
9. Bulletin Nr. 1, S. 7
10. Diskussionspapier, vergl. Anm. 4

## Die Vorgeschichte

Auf Einladung italienischer Unterstützer/innen des Russell-Aufrufes fand bereits im November 1981 ein erstes Koordinationstreffen in Rom statt. 100

## „Die Europäisierung Europas“

Wenngleich der Russell-Aufruf als gemeinsame Grundlage dient, darüber hinaus der von Reiner Eppelmann und Robert Havemanns initiierte „Berliner Appell“ weitgehend Zustimmung findet, das internationale Spektrum der Initiative/innen der europäischen Konferenzen ist durchaus vielfältig, die politische Zielvorstellung keineswegs in allen Fragen einheitlich. Der grundsätzliche politische Ausgangspunkt der Westdeutschen bzw. Westberliner Unterstützer/innen soll hier — erst einmal in Kürze und ohne auf Differenzen im einzelnen einzugehen — dargestellt werden.

Im Mittelpunkt steht die Forderung nach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone von Polen bis Portugal und — letztendlich — nach Abschaffung der militärisch-politischen Blöcke. Grundlage ist die Annahme, das atomare Wettrüsten, die Zuspitzung der Kriegsfahr habe ihre Ursache in der Machtkonkurrenz der beiden Großmächte

## „Die deutsche Frage“

Insbesondere Rudolf Steinke sieht mit der geplanten Konferenz in Westberlin die Gelegenheit gekommen, groß in eine Debatte um die „Deutsche Frage“ einzutreten: „Ausgehend von einer blockübergreifenden europäischen Orientierung muß die 'Deutsche Frage' bewußt als 'Europäische Frage' thematisiert werden“ (9). Angestrebt wird ein Appell der Konferenz an die vier Siegermächte, Verhandlungen mit beiden deutschen Staaten aufzunehmen, die den Abschluß eines Friedensvertrages zum Ziel haben. Nur durch Beendigung der „Nachkriegsordnung“ vom Jahr sei eine neue europäische Friedensordnung denkbar. Im Vorwege des Kongresses soll die Initiative „Berlin: Stadt des Friedens“ gestartet werden mit dem Ziel, Berlin zur atomwaffenfreien Stadt zu erklären. Besonders am 30. Januar, dem 30. Jahrestag der Machtgreifung durch die Nazis, soll dies zum Ausdruck gebracht werden. So wäre die Symbolfunktion Berlins produktiv genutzt, meint Steinke.





# NATO SOLDATEN GEGEN KERNWAPENS



## Niederlande: Militärjustiz konfus — Soldatengewerkschafter wieder frei

Im Juni wurden in den Niederlanden mehrere Leitungsmitglieder der Soldatengewerkschaft VVDM und Aktivisten der sozialistischen Soldatenorganisation BYD inhaftiert, weil sie sich „Geheimdokumente“ angeeignet hätten (s. AK 223, S. 24). Mittlerweile hat sich die Militärjustiz selbst in den von ihr erhobenen dubiosen Anschuldigungen verfangen, die Inhaftierten sind wieder frei, die Drohung eines Prozesses gegen sie besteht jedoch weiterhin.

Als letzte der inhaftierten Aktivisten von VVDM bzw. BYD sind nun auch Oscar van Rijnswijk und Steef Boot wieder frei. Am 7. Juli war der Kriegsrat in Arnhem gezwungen, Oscar und Steef, die seit dem 17. Juni getrennt voneinander in verschiedenen Militärgefängnissen saßen, aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Noch in der Woche zuvor hatte sich der Militärrichter der Freilassung heftig widersetzt, und der Kriegsrat hatte die Untersuchungshaft um dreißig Tage verlängert.

Die Anklage gegen Steef und Oscar wird jedoch aufrechterhalten: Nach Darstellung der Militärjustiz sollen sie die Sicherheit des Staates und seiner Bündnispartner in Gefahr gebracht haben, was nach niederländischem Gesetz mit einer Haftstrafe von acht Jahren gesühnt werden kann. Grundlage der Beschuldigung war, daß Steef in der Zeichen-Abteilung der Pionier-Einheit, in der er arbeitete, „äußerst geheime“ Zeichnungen kopiert und an Oscar geschickt haben soll. Oscar ist Mitglied des Hauptvorstandes der VVDM und zugleich Mitglied des revolutionär-antimilitaristischen Bond voor Dienstplichtigen (BVD).

Während der gerichtlichen Voruntersuchung wurde jedoch deutlich, daß die Militärjustiz ihre Anklage so schlecht vorbereitet hatte, daß die Untersuchungshaft immer absurder wurde. (Bei den Dokumenten soll es sich um Zeichnungen über atomisierbare NATO-Bunker handeln, d.h. überall in der Friedensbewegung mit Interesse gehandelte Dinge — s. auch AK 223). So widersprachen sich die Zeugen, die aufgerufen waren, um über die Art der „gestohlenen“ Dokumente auszusagen, in wesentlichen Punkten. Ihre Auffassungen über den Einstufungsgrad der Dokumente bewegten sich zwischen „nicht eingestuft“ über „vertraulich“ und „geheim“ bis „cosmic Top Secret“ (höchste Geheimhaltungsstufe und für mehrere NATO-Partner von Belang), womit so ungefähr alle Möglichkeiten ausgeschöpft waren. Die höheren Einstufungen wurden natürlich von Zeugen aus dem Kreis des militärischen Sicherheitsdienstes vorgebracht.

Der Militär-Untersuchungsrichter Hillebrand wird sich allerdings verdammt hinter den Ohren gekratzt haben, als er vernahm, daß er selbst die Zeichnungen wegen ihres supergeheimen Charakters nicht einsehen durfte. Die Zeichnungen selbst hätte sich schon bald nach den ersten Verhaftungen ein sehr geheimnisvoller Zeuge angeeignet, der nur seinen (7) Namen preisgab (Bijl) und sich ansonsten strikt bedeckte nicht: „Offizier des Königlich Heeres — Rang, Alter und Adresse darf ich nicht angeben, weil dadurch die Sicherheit des Staates in Gefahr kommen könnte.“ Dieser Offizier hatte die Unterlagen der Sektion Sicherheit des Heeres zur Verfügung gestellt, die dann stur darauf sitzen blieb.

Diese Ereignisse gelangten stückweise in Form merkwürdiger Geschichten an die Zeitungen. Zweifel über den Lauf der Dinge bei der Untersuchung breitete sich aus. In der Zeitung der niederländischen KP (CPN), „Waarheid“, hieß es am 30. Juni, nachdem ein Oberst De Jong vom Nato-Zentrum Afcen (Brüssel) bekundet hatte, daß die Dokumente nur als „Dienstgeheim“ zu bezeichnen sind (zu dieser Kategorie gehört auch der Speiseplan

in den Kasernen): „Die ganze Aktion um die vier VVDMer ist eine große Einschüchterungskampagne gewesen... Jedem Soldaten sollte sichtlich Angst gemacht werden. Angst vor dem VVDM, Angst, aktiv zu werden. Es sollte klar gemacht werden, was mit Leuten geschieht, die Mitglied von VVDM und/oder BYD sind und die sich so wie viele Niederländer der Atombewaffnung widersetzen.“ Und die sozialdemokratisch orientierte „Volkskrant“ kommentierte am 8. Juli (nach der Freilassung), daß sich der Eindruck verfestigt habe, „daß es dem Verteidigungsministerium darum zu tun war, einige Schlüsselfiguren des schnell wachsenden Widerstandes der Soldaten gegen Atomwaffen zu treffen. Die Verhafteten waren damit beschäftigt, Verweigerungsaktionen gegen das Bewachen von Atomköpfen zu organisieren. Sie waren auch eifrig auf der Suche nach allem, was mit Atomwaffen in den Niederlanden zu tun hat. Deshalb braucht das Kopieren von Arbeitszeichnungen keine Verwunderung zu wecken.“

Bei der VVDM-Leitung führte die Konfusion, in die der Militärrichter geraten war, zu einer plötzlichen Kursänderung. Nachdem die beiden inhaftierten Soldatengewerkschafter kurz nach ihrer Verhaftung von der VVDM-Leitung ihrer Funktionen entbunden worden waren, „um Abstand zwischen der VVDM und den Angeklagten zu schaffen“, kam auf der Vollversammlung am 8. Juli nun die Leitung selbst mit dem Vorschlag, diese Maßnahmen wieder aufzuheben. Gegen den entrüsteten Protest der Delegierten der VVDM-Kasernenabteilungen gegen den zuvor eingenommenen Standpunkt setzte sich die Leitung nur lau zur Wehr („Beurteilungsfehler“ usw.). Schließlich wurde auf der Versammlung eine Resolution über die Ablehnung der Funktionseuthenie zur Abstimmung gestellt und mit nur wenigen Gegenstimmen angenommen.

Diese neu geschaffene Klarheit führte auch dazu, daß nun doch ein breit angelegtes Unterstützungskomitee für die Angeklagten gebildet werden konnte. Das Komitee „Hände weg vom VVDM“ besteht u.a. aus Vertretern der Friedensbewegung (IKV, Pax Christi, Frauen für Frieden, Frauen gegen Atomwaffen, Stoppe die Neutronen-Bombe, Vereinigung der (Kriegs)Dienstverweigerer), den Gewerkschaften (Gewerkschaftsdachverband FNV und Gewerkschaftsjugend), der Soldatenbewegung (VVDM, BVD, Komitee Soldaten gegen Atomwaffen) und politischen Parteien (Radikale politische Partei PPR, Kommunistische Partei CPN, Panfistischer-Sozialistische Partei PSP, Internationaler Kommunistenbund IKB). Durch Abwesenheit glänzt die sozialdemokratische PvdA, die sich, wie der „Oroene Amsterdammer“ erfuhr, in der derzeitigen Ferien-situation „zu wenig führungslos herumtreibt“.

Die Forderungen des Komitees „Hände weg vom VVDM“ sind:

- Beendigung der Strafverfolgung gegen Steef und Oscar
- Unabhängige Untersuchung des Auftrahes der Militärjustiz
- Keine Verletzung von Gewerkschaftsrechten
- Beendigung der Kriminalisierung der Anti-Atomwaffen-Soldaten

Der Kriegsrat führt derzeit die Untersuchungen unverändert weiter, indem schon verhörte Zeugen und Sachverständige erneut befragt werden. Es gibt Anzeichen, daß die Militärjustiz dabei ist, die Erklärungen besser aufeinander abzustimmen und die entstandenen Lücken zu dichten. Die Gefahr eines Schauprozesses mit hohen Strafen ist sicher noch nicht gebannt. Der Prozeß wird im Herbst erwartet.

Ein Genosse vom Bond voor Dienstplichtigen

Der KB grüßt die angeklagten Soldatenkollegen warm, herzlich, kämpferisch — und überhaupt

## Bemerkungen zum Widerstand gegen den NPD-Bundesparteitag 1982

### Der hilflose Antifaschismus der VVN

#### Der hilflose Antifaschismus der VVN

In Germersheim gründete sich ein Aktionskreis gegen den NPD-Bundesparteitag, nachdem der Tagungsort — die Stadthalle in Germersheim — bekannt wurde. Neben Vertretern der bürgerlichen Parteien, einigen Jugendverbänden, des DOB waren die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN) maßgeblich an der Vorbereitung der Gegenaktionen beteiligt.

1. Ausschließlich für Samstag wurde zu einer Demonstration, Kundgebung und einem Kulturprogramm mobilisiert, obwohl für Sonntag das Deutschland-Treffen der Nazis beabsichtigt war. Antifaschistische Aktivitäten samstags, wenn die Nazis hinter Stadthallenmauern sitzen, und sonntags (Deutschlandtreffen) Straße frei für die Faschisten.

2. Mit den „Grauen Wölfen“ (Türkische Faschisten) wurde vom Bündnis aus eine Absprache getroffen, daß während der Gegenaktionen keine Parolen oder Redebeiträge gegen die Militärdiktatur in der Türkei laut werden. Falls diese Absprache nicht eingehalten wird, drohen die türkischen Faschisten, Rache an den zahlenmäßig unterlegenen demokratischen Türken in Germersheim zu nehmen. Als Gipfel der Lächerlichkeit könnte man solche Absprachen mit Faschisten und Mördern bezeichnen, die im Ernstfall ja doch nicht eingehalten werden und die einer Kapitulation vorm Faschismus gleichkommen — wenn die Lage nicht so ernst wäre.

3. Das Bündnis beschränkte sich darauf, dem Bundesparteitag und dem Deutschlandtreffen, zu dem von der NPD bundesweit aufgerufen wurde, nur regionalen Widerstand entgegenzusetzen. Erfahrungen vergangener antifaschistischer Aktionen (Mannheim 78, Frankfurt 79, Ketzsch 79...) haben gezeigt, daß durch breite und überregionale Mobilisierung öffentliche Aufmärsche der Nazis tatsächlich verhindert werden können.

Einige etablierte Vertreter des Antifaschismus scheinen diese Tatsache immer noch nicht begriffen zu haben.

Da das Germersheimer Bündnis diese drei schwerwiegenden Fehler machte, haben wir Vertreter antifaschistischer Organisationen und Initiativen aus Mannheim/Ludwigshafen und anderen Städten zu einem überregionalen Vorbereitungskreis eingeladen.

Da gerade aus Mannheim/Ludwigshafen sehr wenige der eingeladenen Gruppen erschienen, müssen wir uns fragen, ob für Grüne, Alternative, Anti-Imperialisten oder Demokratische Sozialisten der antifaschistische Kampf keine Bedeutung mehr hat.

Im Vorbereitungstreffen wurde fast einstimmig beschlossen, die Aktivitäten der Germersheimer — Demo, Kundgebung und Kulturprogramm am Samstag — zu unterstützen. Darüber hinaus war man sich einig, daß aktiver und effektiver antifaschistischer Kampf mehr beinhalten muß als vom Germersheim her organisiert war.

In einem überregionalen Demo-Aufruf wurde für beide Tage mobilisiert. Wir riefen dazu auf, schon frühzeitig (9 Uhr) an beiden Tagen in Germersheim zu sein, um mit Straßenblockaden gegebenenfalls die Anreise der Nazis zu be- oder verhindern. Sonntags sollte auf jeden Fall das zu erwartende Deutschlandtreffen der Nazis durch zahlreiche Gegendemonstrationen verhindert werden.

Auf unserem Vorbereitungstreffen war die VVN-Ludwigshafen eine der Organisationen, die dieses Vorgehen ablehnte.

Mit der Erklärung, man könne den Germersheimern am Sonntag keine Demonstration aufzwingen und die Vorbereitung antifaschistischer Gegenmaßnahmen dürfe nur in der Hand der Germersheimer liegen, zogen sich die VVN-Vertreter zurück und drückten sich vor inhaltlicher Diskussion. Die VVN-Ludwigshafen spaltete den antifaschistischen Widerstand, indem sie drei Tage später zu einem eigenen Vorbereitungstreffen einlud. „Verheerend“ wurden die Antifaschistische Gruppe Ludwigshafen und die Volksfront nicht eingeladen. Auf diese Art und Weise versuche die VVN sich einer inhaltlichen Diskussion darüber, wie man den antifaschistischen Kampf aktiv und effektiv gestaltet, zu entziehen.

Diese Spaltung akzeptierten wir

nicht und gingen zum Vorbereitungstreffen der VVN, um den dort Versammelten unserer Vorschläge zur Diskussion zu stellen. Die VVN versuchte mit allen Mitteln, die Versammelten auf die Plattform der Germersheimer zu zwingen und denunzierte uns auf übelste Art und Weise. Unsere Aufforderung, Selbstschutzmittel mitzubringen und in Germersheim gegebenenfalls Blockaden durchzuführen, seien der Beweis dafür, daß es uns nicht um eine politische Aktion ginge, sondern daß wir die Straße mit der Polizei suchten.

Als es den VVN-Vertretern mit diesen Verleumdungen immer noch nicht gelang, uns in der Versammlung zu isolieren, erklärte der VVN-Vorsitzende Moorweiser: „Man weiß ja, von wem ihr bezahlt werdet“.

Fazit: In altbekannter Manier versuchte die VVN, ihren bürgerlichen Antifaschismus mit allen Mitteln zu retten, was ihr aber immer schwerer fallen wird.

Von der VVN Mannheim war bei Vorbereitung, Mobilisierung und Teilnahme zu Germersheim übrigens überhaupt nichts und niemand zu sehen.

Aufgrund all dieser negativen Erfahrungen mit der VVN müssen wir uns fragen, inwieweit eine Zusammenarbeit mit diesen selbsternannten Führern des antifaschistischen Kampfes in Zukunft überhaupt noch möglich ist.

#### Rückzug der Linken aus dem antifaschistischen Kampf...

Kurz nachdem die NPD ihr Vorhaben angekündigt hatte, bildeten VVN, SPD, DOB ein Aktionsbündnis in Germersheim. Von diesem Bündnis wurde gegen den Bundesparteitag der NPD am Samstag aufgerufen. Es reisten dann samstags knapp 1500 Antifaschisten an. Die Bestrebungen der antifaschistischen Aktionskomitee aus Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und einigen anderen Städten, für Samstag und Sonntag zu mobilisieren, stießen nur auf schwächste Resonanz. So waren am Sonntag sage und schreibe 150 Antifaschisten in Germersheim!

Waren es 1980 noch rechnetausende Antifaschisten in Eschwege und Frankfurt, so waren es 1982 gerade noch einige hundert.

Ein Grund für die schwache Mobilisierung lag sicherlich in der Politik des Germersheimer Bündnisses, das in der Hauptsache sich auf die Maßnahmen von Stadtverwaltung und Gerichten gegen die Nazis verließ.

Wir fragen uns nun nach den Ursachen unserer Niederlage in Germersheim, denn eine solche war es ganz sicher. Warum wurde der NPD-Parteitag nicht einmal in der „linken“ Tageszeitung erwähnt? Warum gab es keine erkennbare Bereitschaft in breiten Teilen der Linken, gegen die Faschisten vorzugehen? Wie erklärt sich ein solcher Rückzug vom Anti-Nazi-Kampf?

War es nicht gerade die mangelnde Wachsamkeit der Antifaschisten, die den Nazis 1977 Tür und Tor öffnete für ihr Deutschlandtreffen, als sie mit 4000 Anhängern ungehindert durch eine „rote Hochburg“ der Studentenbewegung, Frankfurt, ziehen konnten? Bist die Bündnisse in den folgenden Jahren mobilisierten dann tausende Antifaschisten gegen die alljährlichen Massenmärsche der Faschisten. 1978 waren es 10.000, 1979 gar über 80.000! Die Nazis konnten sich in Folge nicht mehr Massendemonstrationen erlauben, mußten sich in die Provinz zurückziehen. Die antifaschistische Bewegung in der BRD bekam sichtbaren Auftrieb. Antifaschistische Initiativen entstanden, die Rock gegen Rechts-Bewegung. Bundeskongresse fanden statt, der lokale Kampf gegen Nazi-Gruppen wurde in vielen Städten aufgenommen, 1980 setzte dann ein umgekehrter Trend ein. Symptomatisch hierfür war das Verhalten eines Teils der Linken in Frankfurt. 1979 äußerte eine bekannte Figur der linken Szene, Daniel Cohn-Bendit, auf einem Teach-in in Frankfurt Thesen wie „Freiheit für Rudolf Hess“, und Stefan Coblert meinte, die Linke hätte ein viel radikaleres Verhältnis zu Freiheitsrechten zu gewinnen. Demonstrationsrecht für Faschisten?! Die Frankfurter Spontiszene kehrte zuerst dem Anti-Nazi-Kampf folgerichtig den Rücken. Man weigerte sich, die Forderung nach Schließung des Faschistenbuchladens in Frankfurt zu unterstützen, man trat aus dem Rock gegen Rechts-Bündnis

aus. Man erklärte dem „Steckbriefantifaschismus“ den Kampf; vielmehr hätte man nur die Frage nach den tendenziell und effektiv bestehenden Strukturen der Faschisierung des Staates zu stellen.

Berufsverbote, Todesschuß, Strafrechtsverschärfung, Polizeiausbau gehören aber unserer Ansicht nach zum „normalen“ Repressionsapparat der bürgerlichen Demokratie, als eine Herrschaftsform des Kapitalismus. Staat ist nun einmal Ausdruck der Herrschaft und Unterdrückung der einen Klasse durch eine andere.

Faschismus aber setzt unseres Erachtens eine faschistische Massenbewegung voraus mit dem Ziel der Zerschlagung und grenzenlosen Ausbeutung der Arbeiterklasse.

In Theorie und Praxis nähert sich die Auffassung weiter Teile der Linken in der BRD überall den Positionen der KPD vor 1933, eine Theorie des „tendenziellen Faschismus“. Faschismus-überall-Thesen haben aber damals und heute gleiche Züge: Keine Bündnisse mit Reformisten gegen organisierte Faschisten, weil doch der Staat angeblich schon längst faschistoid sei. Eine Erklärung für die mangelnde Aufmerksamkeit scheint uns in dieser Haltung zu liegen, die von einem zur Schau getragenen „Radikalismus linker Menschenrechtsvertechter“ ausging. In der Konsequenz bedeutet eine solche Haltung eine Einladung an die Faschisten, sich weiter zu organisieren.

Eine Tendenz, die wir heute in erschreckender Form beobachten müssen. Allerorten Ausländerstopppläne, Nazischlägergruppen, Einflußnahme der Faschisten auf die Ökologiebewegung, allmählich sich verbessernde Wahlerfolge für NPD und ihre vielen Tarnorganisationen etc. etc., nicht zuletzt der massive Bombenterror, der sich immer durchorganisierte zögerlicher Faschistengruppen.

Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit ist ein Dreh- und Angelpunkt heutiger faschistischer Politik, und die Faschisten haben da sicherlich noch nicht alles ausgeschöpft. Es ist fest mit einer sprunghaften Zunahme kleinerer und größerer faschistischer Gruppen zu rechnen. Müssen nicht schon heute wieder Ausländer und Linke in vielen Teilen von BRD-Städten mit brutalen Übergriffen von Faschisten rechnen?

Ein weiterer Punkt für die momentane Schwäche der Antifa-Arbeit ist der Rückzug vieler Linker in sogenannte „Ein-Punkt-Bewegungen“ (z.B. Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung etc.). Nichts gegen eine Mitarbeit in „Ein-Punkt-Bewegungen“, doch wenn dabei der Blick für das gesellschaftliche Ganze verloren geht, führt dieser Weg in einen Reformismus à la SPD 69 und somit in eine Sackgasse.

Zu fragen ist, ob nicht in weiten Teilen der Linken die Gefahr, die von den Nazis ausgeht, unterschätzt wird. Anders ist die äußerst dürftige Beteiligung an antifaschistischen Aktionen 1982 kaum zu erklären.

Sicher, die Bekämpfung faschistischer Gruppen ist nicht der Nabel der Welt für die linke Politik in der BRD. Aber wir haben den Eindruck, daß viele Linke bei uns recht wenig aus unserer Geschichte, aus der Geschichte der Klassenkämpfe gelernt haben. Wie glaubt man eigentlich, will man den rigorosen Sozialabbau, die Massenarbeitslosigkeit, die totale Militarisierung, die Zerstörung unserer Umwelt durch wahnsinnige Industrieprojekte, politisch durchsetzen? Nur mit staatlicher Repression, mit den zur Verfügung stehenden Repressionsinstrumenten des bürgerlichen Klassenstaates. Aggression nach außen setzt nun mal auch „Befriedung“ nach innen voraus. Es muß gelingen, die organisierten Faschisten zurückzudrängen. Mit nur radikal-demokratischen und letztlich kleinbürgerlichen Theorien wird uns das nicht gelingen. Günther Deckert gab die Lösung der Faschisten auf dem vorletzten Bundesparteitag aus: „Wir müssen die Straße von den Linken zurückerobern“. Genau das gilt es zu verhindern.

Wir fordern Euch alle auf: Äußert Euch zu dieser Frage. Wir brauchen jetzt eine breite Diskussion darüber, die die entsprechenden Konsequenzen zieht, und das, bevor die Faschisten wieder zu stark werden.

Antifaschistische Gruppe Ludwigshafen



In nieberaubender Geschwindigkeit ist das einstmalige liberale Asylrecht der BRD von den Herrschenden beseitigt worden. Die erzwungene Einweisung von politisch Verfolgten in sogenannte „Sammlager“ stellt einen makabren Höhepunkt, aber noch lange nicht das Ende dieser Entwicklung dar.

„Wer wirklich politisch verfolgt ist, nimmt diese Behandlung hin, und wer aus armen Ländern kommt, dem erscheint sie sicher nicht einmal unangenehm“, meint z.B. der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Feldner. Und: „Wir müssen bei diesem unserem Verhalten natürlich einige Erwartungen enttäuschen. Wir müssen aber noch mehr dafür tun, daß Erwartungen überhaupt nicht aufkommen.“

Das will auch der ehemalige NDR-Intendant und sozialdemokratische „Kommunalexperte“ Martin Neuffer, der in seinem jüngst erschienenen Buch („Die Erde wächst nicht mit“) eine „Beschränkung des Asylrechts auf Bürger europäischer Länder“ als „sachgerecht“ ins Auge faßt (M. „Spiegel“ 16/82).

„Überbevölkerung“, „Wachstumsprobleme“, Konflikte mit „nichtintegrierten“ Einwanderungsgruppen sind die Gefahren, die Neuffer infolge weltweiter Flüchtlingsströme auf die kapitalistischen Metropolen zukommen sieht. Die tatsächlichen Gründe für das millionenfache Flüchtlingselend bleiben hierbei selbstverständlich im Hintergrund. Seit über 150 Jahren haben Kolonialismus und Imperialismus in der sog. „3. Welt“ Hunger, Armut und Unterdrückung produziert, sind jegliche Bestrebungen dieser Völker nach politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit unsachgemäß bekämpft worden. Nicht aber von dieser Politik, sondern von ihren Folgen soll Westeuropa künftig verschont bleiben. Die Grenzen sollen für Flüchtlinge aus der „3. Welt“ dichtgemacht werden, oder in Neuffers Worten: „Die Reichen werden Tasterdörfer ziehen“. Mag dies auch momentan noch überspitzt klingen, so ist es doch kennzeichnend für die Richtung, die alle westlichen imperialistischen Staaten in ihrer Asyl- und Ausländerpolitik eingeschlagen haben. Frankreich genauso wie die BRD, die Schweiz, die Niederlande ebenso wie Großbritannien.

Alle Debatten über asylrechtliche Belange haben stets nur eine Verschlechterung und Entdemokratisierung zum Ziel — in ganz Europa. Die jüngste Verschärfung des am 1. August in Kraft getretenen Asylverfahrensgesetz, nämlich das Grundrecht auf Asyl für zwei Jahre außer Kraft zu setzen, liegt auf dieser Marschroute und wird nicht

nämlich das Grundrecht auf Asyl für zwei Jahre außer Kraft zu setzen, liegt auf dieser Marschroute und wird nicht die letzte Maßnahme sein. Schon sind weitere ausländerrechtliche Veränderungen in der Diskussion: ausländische Kinder sollen im Rahmen der Familienzusammenführung nur noch bis zum 6. Lebensjahr nachgeholt werden können.

## Historisches zum Asylrecht und seiner Handhabung in der BRD

Unter dem Begriff „Asylrecht“ ist in der herrschenden Rechtspraxis und -theorie nicht das subjektive Recht des einzelnen Flüchtlings auf Asylgewährung bzw. die Pflicht eines Staates, Asyl zu gewähren, zu verweigern. Asylrecht meint das Recht des einzelnen Staates, Asyl zu gewähren oder auch nicht.

In keiner internationalen Vereinbarung ist ein individuelles Recht auf Erhalt von Asyl verankert. So heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948: „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen“ anstatt „zu suchen und zu erhalten“ („Asyl bei den Deutschen“, Rowohlt, Hamburg 1982, S. 162). Das heißt, daß dem Flüchtling kein Vorwurf daraus gemacht werden darf, wenn er Asyl sucht und er das Asyl genießen darf, wenn es ihm gewährt wurde. Aber die entscheidende Frage des Rechtes auf Gewährung wurde offen gelassen.

Somit ist jedem Staat, ohne die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ zu verletzen, die Möglichkeit gegeben, auch unmittelbaren wirtschaftlichen oder politischen Interessen Zuflucht zu gewähren oder auch nicht.

Lediglich die Bundesrepublik ist über den Stand des Völkerrechts hinausgegangen und hat in ihrem Grundgesetzartikel 16 Abs. 11 („Politisch Verfolgte genießen Asyl“) das politische Verfolgten ein einklagbares Individualrecht eingeräumt. Dies wurde in der parlamentarischen Debatte 1948/49 mit dem Hinweis darauf begründet, daß viele Deutsche während der Verfolgung in anderen Ländern gefunden hätten.



Für dieses Zimmer, in dem sechs Pakistani hausen, zahlen die Sozialämter in Berlin monatlich 3072 Mark Miete

## Das neue Asyl-„Recht“:

»Wer wirklich verfolgt ist, nimmt diese Behandlung hin...«

Eigentlich hätte die Begründung genau andersherum lauten müssen. Gerade weil deutsche Antifaschisten/innen sehr große Schwierigkeiten hatten, Asyl zu erhalten und in den betreffenden Ländern oftmals ohne Schutz leben oder staatlicher Beapitzelung ausgesetzt waren, muß das eindeutig demokratische Asylrecht geschaffen werden. Erianert sei z.B. an die unglaublichen Schwierigkeiten deutscher Kommunisten in England und in den USA. Oder an die Zustände in der Schweiz. Diese verweigerte während des Hitlerfaschismus bis auf wenige Ausnahmen das Asyl für politische Verfolgte und für jüdische Bürger/innen. Bekanntgeworden ist 1936 die verurteilte Abschiebung eines verfolgten Juden an die Gestapo. Beweise für die politische Verfolgung lagen vor. Schließlich wurde er in das noch nicht naziistische Österreich abgeschoben („Asyl bei den Deutschen“, S. 9).

Die seit Jahrhunderten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gängige Praxis, nämlich nur die als politisch Verfolgte anzusehen, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen gehen sind, wollte die CDU in der Grundgesetzdebatte des Parlamentarischen Rates (1948/49) gesetzlich geregelt wissen.

So sollte politisch Verfolgten das Grundrecht auf Asyl nicht generell gewährt werden. „Ich sehe keinen Grund dafür ein, daß etwa Ausländer, die aus ihrer Heimat nach Deutschland gekommen sind, weil sie sich in ihrer Heimat aktiv gegen die Demokratie eingesetzt haben, in Deutschland unbedingt ein Asylrecht haben sollen. Sie sollen gegen Auslieferung geschützt sein, aber es soll die Möglichkeit bestehen, sie des Landes zu verweisen. Wenn wir das Asylrecht so weit fassen, dann schaffen wir Voraussetzungen dafür, daß alle diejenigen, die sich wegen eines aktiven Einsatzes gegen die demokratische Grundordnung in ihrer eigenen Heimat nicht aufhalten können, in Deutschland ungestraft und unter Berufung auf dieses Asylrecht weiterleben und weiterarbeiten können“ (Dr. v. Brentano — CDU, vgl. „Asyl bei den Deutschen“, S. 20).

Nun weiß jeder, daß es kaum ein Mißverhältnis gibt, daß sich nicht demokratisch zu nennen pflegt. Und daß es

kaum dubiose „Reform“außerungen oder Wahlversprechen von Diktatoren gibt, die hierzulande nicht als Demokratisierung interpretiert und hochgejubelt werden.

Ein Blick auf die Quoten der Anerkennung von Asylbewerbern aus den RgW-Staaten im Gegensatz zu anderen Staaten zeigt denn auch, daß in der Rechtspraxis Asylbewerber aus politisch nicht genehmten Staaten mit anderer Gesellschaftsordnung (und somit in der Regel politisch genehmte Asylbewerber) um ihre Anerkennung bislang nicht zu fürchten brauchen. Umgekehrt allerdings umso mehr (siehe auch nebenstehenden Kasten).

1981 ist die allgemeine Anerkennungsquote noch weiter gesunken. Von den in diesem Jahr bearbeiteten Anträgen wurden von 78.945 Asylbewerbern insgesamt 8.331 (= 10,5 %) anerkannt, davon lediglich 190 Personen aus Westeuropa (einschl. Türkei). Dies sind 2,2 % aller anerkannten Asylbewerber.

Aus Osteuropa wurden dagegen 4.393 Personen und aus Asien 2.409 Antragsteller anerkannt.

In der ersten Instanz (Anerkennungsausschuß beim Bundesamt) betrug die Anerkennungsquote 1981 12,62 %, in der zweiten Instanz (Verwaltungsgericht) 3,31 %, in der dritten Instanz (Oberverwaltungsgericht) 0,04 % (drei Personen!). Bei der letzten Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht hatte keiner mehr eine Chance (Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 2/1982).

Hierbei muß erwähnt werden, daß z.B. türkische und kurdische Asylbewerber so gut wie keine Chance auf Anerkennung haben. Lediglich in den letzten Monaten wurden aufgrund der öffentlichen Berichterstattung und der Proteste über die Verhältnisse in der Türkei Ausnahmen gemacht. Das heißt aber noch nichts, da die Bundesregierung mithilfe ihres „Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten“ nach jeder Entscheidung in jeder Instanz Widerspruch einlegen kann. Und dies ist bei türkischen und kurdischen Verfolgten die Regel.

Deutlich wird die politische Selektion der Verfolgten auch bei den großen Übernahmeaktionen der Bundesregierung. 1956 wurde zum Beispiel im Rahmen der Ungarn-Aktion 14.000

<b>Tschechoslowakei</b>	Anerkennungen 1974: 86,8 % <b>xxxx</b>
	Anerkennungen 1975: 94,4 % <b>xxx</b>
<b>Polen</b>	Anerkennungen 1974: 80,6 % <b>xxxx</b>
	Anerkennungen 1975: 80,4 % <b>xxx</b>
<b>Belgien</b>	Anerkennungen 1974: 92,5 % <b>xxx</b>
	Anerkennungen 1975: 95,2 % <b>xx</b>
<b>VR China</b>	Anerkennungen 1974: 70,2 % <b>x</b>
	Anerkennungen 1975: 41,6 % <b>x</b>
<b>Iran (unter dem Schah-Regime)</b>	Anerkennungen 1974: 12,5 % <b>x</b>
	Anerkennungen 1975: 5,0 % <b>x</b>
<b>Pakistan</b>	Anerkennungen 1974: 33,4 % <b>x</b>
	Anerkennungen 1975: 0,4 % <b>xxxx</b>
<b>Ägypten</b>	Anerkennungen 1974: 1,3 % <b>xxx</b>
	Anerkennungen 1975: 2,6 % <b>xxx</b>
<b>Rumänien</b>	Anerkennungen 1974: 94,6 % <b>xxxx</b>
	Anerkennungen 1975: 93,0 % <b>xxx</b>
<b>Ungarn</b>	Anerkennungen 1974: 91,2 % <b>xxxx</b>
	Anerkennungen 1975: 96,3 % <b>xxxx</b>
<b>UdSSR</b>	Anerkennungen 1974: 75,0 % <b>x</b>
	Anerkennungen 1975: 81,3 % <b>x</b>
<b>Vietnam (Süd)</b>	Anerkennungen 1974: 18,8 % <b>x</b>
	Anerkennungen 1975: 99,8 % <b>xxx</b>
	Anerkennungen 1976: 99,8 % <b>xxxx</b>
	Anerkennungen 1977: 100 % <b>xxx</b>
<b>Türkei</b>	Anerkennungen 1974: 9,5 % <b>xx</b>
	Anerkennungen 1975: 25,3 % <b>xxx</b>
<b>Litauen</b>	Anerkennungen 1974: 0,0 % <b>xxx</b>
	Anerkennungen 1975: 1,4 % <b>xxx</b>
<b>Irak</b>	Anerkennungen 1974: 9,2 % <b>xx</b>
	Anerkennungen 1975: 5,6 % <b>xxx</b>

x betroffen sind 10 - 49 Personen  
xx betroffen sind 50 - 99 Personen  
xxx betroffen sind 100 - 499 Personen  
xxxx betroffen sind mehr als 500 Personen.  
Bei weniger als 10 Personen keine Angaben.

Ungarn Asyl gewährt. Demgegenüber wurden während der im Jahre 1973 begonnenen Chile-Aktion nur 1.800 chilenische Flüchtlinge aufgenommen. Nicht ohne jedoch vorher vom Bundesamt für den Verfassungsschutz sicherheitsüberprüft worden zu sein. Mitglieder des MIR (revolutionäre Org. in Chile) wurden von vornherein ausgeschlossen. Lediglich in Einzelfällen gelang ihnen der Zugang zum Bundesgebiet. 1968 wurden 13.000 Flüchtlinge aus der CSSR aufgenommen. Dagegen wurden 1974 für argentinische Verfolgte lediglich 400 Aufnahmeplätze zur Verfügung gestellt. Auch die argentinischen Verfolgten mußten Sicherheitsüberprüfungen des Bundes und der Länder über sich ergehen lassen. Am 1. Oktober 1981 waren erst 30 politische Gefangene mit ihren Familien in der BRD eingetroffen. („Asyl bei den Deutschen“, S. 104 ff). Politisch verfolgt ist, wer hier politisch erwünscht ist!

Doch ging es nicht immer nur um politische Solidarität gegenüber Flüchtlingen aus dem gemäßigten Lager. Hier waren durchaus auch handfeste ökonomische Interessen im Spiel. 1966 diskutierte der Bundestag über die allzu schnelle Ausweisung von Asylbewerbern (sog. Wirtschaftsfüchtlings) aus den Ostblockländern. Der SPD-Abgeordnete Schmitt-Vockenhausen brachte das ganze auf den Punkt: „Solange die Bundesrepublik 1,3 Mill. Gastarbeiter beschäftigt, wird sie auch in der Lage sein, die jährlich eintreffenden rund dreitausend Wirtschaftsflüchtlinge zu verkraften. Die Unternehmer aus dem Ruhrgebiet stehen im Lager Zirndorf regelrecht Schlange, um ungarische und jugoslawische Arbeitskräfte anzuwerben.“ Die Folge daraus: Das Bundesinnenministerium wurde aufgefordert, bei Anerkennungsverfahren für Asylbewerber aus dem Ostblock für eine „... nicht zu enge Auslegung des Begriffs der politischen Verfolgung Sorge zu tragen.“ Aber damit nicht genug. Die Bundesregierung unterlagte generell die Ausweisung von Asylbewerbern aus osteuropäischen Staaten, selbst wenn eindeutig feststeht, daß sie nur aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik gekommen sind („Asyl bei den Deutschen“, S. 42f).

Wenn Arbeitskräftemangel besteht, kann das Asylrecht durchaus recht großzügig gehandhabt werden. Übrigens nicht das erste Mal in der deutschen Geschichte. Preußen nahm im 17. Jahrhundert die in Frankreich verfolgten Hugenotten nicht aus purer Menschenliebe auf. Die 20.000 religiös Verfolgten wurden als qualifizierte Arbeitskräfte dringend benötigt und Preußen hoffte, mit ihnen zu wirtschaftlichem, kulturellem und militärischen Aufschwung zu kommen.

## Asylrecht und kapitalistische „Konjunktur“

In den vergangenen Jahren stieg die Anzahl der Asylbewerber stark an:

1973:	9.395 Personen
1974:	9.424 Personen
1975:	9.627 Personen
1976:	11.123 Personen
1977:	16.400 Personen
1978:	33.136 Personen
1979:	51.493 Personen
1980:	107.818 Personen
1981:	49.391 Personen

(„Von der Verfolgung ins Sammlager“, Frankfurter Rechts-Hilfskomitee für Ausländer, S. 7; FAZ 29.1.81; Hamb. Abendblatt 15.5.82).

Da der Arbeitskräftemarkt abgedeckt ist und die Arbeitslosigkeit ansteigt, bestand kein wirtschaftliches Interesse an der Ausbeutung dieser Menschen, so daß parallel zum Anstieg der Asylbewerberzahlen ihre rechtliche und soziale Lage schrittweise verschlechtert wurde.

Auf der juristischen Ebene sorgten zwei „Gesetze zur Beschleunigung des Asylverfahrens“ (25.7.78 und 16.8.80) dafür, daß die Berufungs- und Revisionsmöglichkeiten drastisch eingeschränkt wurden.

Hinzu kamen 1980 ein einjähriges Arbeitsverbot für Asylbewerber und 1981 die Einführung der Visumpflicht (für die Türkei, Afghanistan, Äthiopien, Sri Lanka, Bangladesch, Indien) und die Streichung des Kindergeldes.

Obwohl 1981 die Anzahl der Asylbewerber durch die o.g. Maßnahmen erkennbar zurückging, wurde das Arbeitsverbot auf zwei Jahre erweitert (Ostblockflüchtlinge nur ein Jahr), denn 1981 drängten 60.000 - 70.000 Asylbewerber auf den Arbeitsmarkt, deren zwölfmonatige Wartezeit abgelaufen war. (SZ, 7.8.81)

Eine weitere in fast allen Bundesländern praktizierte Maßnahme ist die willkürliche Kürzung des Sozialhilfsatzes in der Regel um 10 % (in Baden-Württemberg 20 %), d.h. um den Teil, der u.a. für kulturelle Ausgaben vorge-



Fortv. v. voriger S.

sehen ist, der aber nicht zur Anwendung kommen soll, da Asylbewerber sich hier gar nicht erst einleben sollen.

Die Sozialhilfe wird in der Regel bis auf den Taschengeldanteil nur noch in Form von Sachleistungen (z.B. Bekleidungsgutscheine) gewährt.

## Sammelager als Abschreckung

Die sich bundesweit durchsetzende generelle Einweisung von Asylbewerbern in sog. „Sammelager“ trägt entscheidend dazu bei, das Ziel der gegenwärtigen Asylpolitik zu erreichen, nämlich den Aufenthalt der hier lebenden Asylbewerber derart unmenschlich zu gestalten, daß Verfolgte oder aus wirtschaftlichen Gründen Asylsuchende von vornherein davon abgeschreckt werden, in der BRD um Asyl zu bitten.

Durch diese Politik werden sich natürlich andere europäische Staaten genötigt sehen, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen, um den Zustrom von Asylbewerbern einzuschränken, der dann stärker auf sie zukommen wird. Inso-

fern wird sich die Asylpolitik der europäischen Staaten nach und nach angleichen.

gen, andererseits auch die Sozialhilfe noch gekürzt wird, trifft sie der Vorwurf des „Schmarotzertums“. Dies ist gewollt und kommt an. „Asylbetrüger“, „Asylschnorrer“ und dergleichen Ausdrücke mehr tauchen in Politik und Medien in schöner Regelmäßigkeit auf, wenn sich über das sog. „Asylantenproblem“ auseinandergesetzt wird. Und noch ein verlogenes „Argument“ wird ausgiebig strapaziert: Die „Aufnahmekapazität“ der BRD sei erreicht, wenn nicht gar schon überschritten. Bezeichnenderweise wird allerdings nirgendwo der Versuch unternommen, diese Größe zahlenmäßig zu definieren und zu begründen. Dies dürfte auch schwerfallen, zumal in einem Land, das seit Jahren eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung aufzuweisen hat.

Ein internationaler Vergleich sowie die Erfahrungen aus der BRD-Vertriebenenpolitik zeigen jedenfalls, daß das Herumjonglieren mit ominösen „Kapazitäten“ reine Zweckpropaganda ist.

Nach Angaben der UN gibt es zur Zeit in der Welt mindestens 15 Mill. Flüchtlinge. Der Anteil der in der BRD

finanziellen Zuwendungen erhalten. Aber es sind eben „Deutsche“, auch wenn ihnen die Landessprache vielfach unbekannt ist und ihre Vorfahren seit Generationen in anderen Ländern aufgewachsen sind.

In dieser krass unterschiedlichen Behandlung kommt neben politischen Gründen (Stärkung des Antikommunismus nach innen und außen) und wirtschaftliche Überlegungen (Interesse an disziplinierten Fachkräften, Schwächung des RGW) noch ein weiteres Element zur Geltung: Eine nationalistische „Heim-Ins-Reich“-Mentalität von durchaus rassistischer Qualität.

## „Asylant“ = innerer Feind

Das sog. „Asylantenproblem“ — wie die „Ausländerfrage“ insgesamt — ist mit enormen propagandistischen Aufwand in Szene gesetzt worden, um einen innenpolitischen „Sündenbock“ für Krisenangst und Krisenfolgen präsentieren zu können. Demnach gelten Asylbewerber nicht mehr als politisch oder wirtschaftlich Bedrohte, sondern in erster Linie selbst als soziale und politische Bedrohung. Sie

aufgedeckt. So wohnte z.B. eine schwangere Frau mit vier Kindern in einem Zimmer mit lediglich vier Betten, Schränke fehlten völlig. (FR, 30.6.80)

In einem anderen Wohnheim (umgebaute Kaserne) setzte die Anstaltsleitung die Essenszeiten für die Frauen schikanös fest: Frühstück 7.00 Uhr, Abendessen 16.30 Uhr (!). Die meisten von diesen Frauen lebten schon seit längerer Zeit in der Bundesrepublik bei ihren Männern. Als sie einen Asylantrag stellten, kamen sie sofort in eine Gemeinschaftsunterkunft. (faz, 30.9.81)

## Wie im Wartesaal —

Ein türkischer Asylbewerber in Baden-Württemberg, der bereits „einen eigenen Hausstand gegründet“ hatte, erhielt keine Sozialhilfe, da ihm zuzumuten sei, in einem Lager zu leben, wo Unterkunft und Verpflegung zur Verfügung gestellt wird.

Es könne von einem Asylbewerber erwartet werden, daß er die Unannehmlichkeiten eines vorübergehenden Lageraufenthaltes auf sich nimmt, um die Prozedur der Asylgewährung zu erleichtern. (FR, 7.5.80)

Ähnlich erging es einem kurdischen Asylbewerber. Er weigerte sich, in ein Hotel zu ziehen, da er nach der erlittenen Folter in der Türkei nicht mit einem fremden Menschen in einem engen Zimmer leben konnte, und bei der Sozialamt (das für ein Hotelbett zwischen 840 DM und 1.400 DM monatlich zahlt) standesamtlich die Miete für eine Ein-Zimmer-Altbauwohnung (240 DM monatlich) zu übernehmen. Er hatte sich die Wohnung mithilfe von Freunden gesucht. Der Antrag war „nicht gerechtfertigt“, denn: „Mit einer Übernahme der Mietkosten würde die Anmietung der Wohnung gebilligt. Dies könnte gleichzeitig als Billigung einer endgültigen Niederlassung verstanden werden.“ (Stern 20/81)

„Wie im Wartesaal...“ sollen sich die Asylbewerber fühlen. Und dieser Wartesaal ist räumlich eingegrenzt: Ein pakistanischer Asylbewerber aus dem Sammelager Neuberg a.d. Donau erlitt eine Geldstrafe, weil er seine Frau besucht hatte, die für ein paar Wochen aus Karlsruhe gekommen war — sie

Stern, 13.3.80

Erst registriert —



fern wird sich die Asylpolitik der europäischen Staaten nach und nach angleichen.

Doch zurück zur Abschreckung, über die es in einem vertraulichen Senatspapier (Hamburg) vom November 1981 heißt, daß für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften mit Vollverpflegung folgende Gründe sprechen:

„(...) — nicht nur das fehlende Bargeld, sondern auch die mit dem obligatorischen Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft verbundene Einschränkung der Gestaltungsfreiheit des persönlichen Lebens (das sollte man zweimal lesen, der Verf.) mindern die Attraktivität und üben eine abschreckende Wirkung aus; dies läßt sich an den bisherigen Erfahrungen anderer Länder eindeutig belegen.“ (S. 43)

Daß dies der Grund ist für die Einrichtung von Sammelagern und nicht die in den Medien vertauschten finanziellen Probleme, wird im gleichen Papier ausdrücklich betont: „Eine unmittelbare finanzielle Einsparung ist mit der Einrichtung obligatorischer Gemeinschaftsunterkünfte allerdings nicht verbunden. Abgesehen von den erheblichen Vorleistungen, die für die Einrichtung solcher Unterkünfte mit der erforderlichen Kapazität zunächst erbracht werden müssen, ist der Betrieb solcher Gemeinschaftsunterkünfte mit Vollversorgung mit erheblichen Personal- und Sachkosten belastet.“ (Seite 44)

Neben der Abschreckung liegt der Vorteil auch noch in intensiven Kontrollmöglichkeiten über die Lagerinsassen, was sich gerade bei abgelehnten Anträgen im darauffolgenden Abschiebungsverfahren rentieren wird.

## „Aufnahmekapazität“ erreicht?

Die finanziellen Aufwendungen des Staates für Asylbewerber sind vergleichsweise gering, werden freilich in der Öffentlichkeit maßlos aufgebauscht, um die fortschreckende Vernichtung des Asylrechtes zu legitimieren. Heeren veranschlagte für 1981 etwa 90 Mill. DM, im niederrheinischen Haushalt sind im gleichen Jahr 68 Mill. DM für die Asylbewerber (einschl. Vietnam-Flüchtlinge) einkalkuliert worden. Und Hamburg hat für 1982 ca. 80 Mill. DM eingeplant. Im Vergleich dazu: ein Tornado-Kampfflugzeug kostet 78 Mill. DM.

Aber während den Vermietern von Elendsquartieren, überbelegten Hotelzimmern usw. bedenkenlos Wuchermieten gezahlt werden und obwohl den Asylbewerbern durch Arbeitsverbot jede Möglichkeit genommen wird, für den eigenen Lebensunterhalt zu sor-

lebenden Flüchtlinge ist mit 94.000 (Stand 30.6.81) äußerst gering. („Asyl bei den Deutschen“, S. 256).

Im Gegensatz dazu die sogenannten klassischen Aufnahmeländer (Stand 30.6.81):

Sudan	500.000 Flüchtlinge
Somalia	1.200.000 Flüchtlinge
Pakistan	2.000.000 Flüchtlinge
Malaysia	107.200 Flüchtlinge

(„Asyl bei den Deutschen“, S. 257)

Daß der Lebensstandard dieser Länder weit unter dem der Bundesrepublik liegt, braucht wohl kaum besonders betont werden.

Doch auch der europäische Vergleich zeigt, daß die BRD nicht „das Sozialamt der Welt“ ist. Der Hamburger „Arbeitskreis Asyl“ veröffentlichte folgende Zahlen für 1980:

Frankreich	160.000 Flüchtlinge
Großbritannien	146.000 Flüchtlinge
Bundesrepublik	87.000 Flüchtlinge
Österreich	42.000 Flüchtlinge
Schweiz	40.000 Flüchtlinge
Belgien	33.000 Flüchtlinge
Schweden	20.000 Flüchtlinge

(lt. Zeitschrift „scene“, 1.1.82).

In den Jahren 1953 - 1979 haben ca. 300.000 Personen in der BRD einen Antrag auf Asyl gestellt. Alle diese Menschen, die innerhalb dieser 18 Jahre irgendwann mal ihren Fuß auf Bundesgebiet gesetzt haben, zusammengekommen, ergeben nur 0,5 % der heutigen Gesamtbevölkerung. In den Jahren 1953 - 1979 wurden von den Antragstellern lediglich 57.000 Personen als politisch Verfolgte anerkannt.

Im Vergleich hierzu hat Frankreich in den letzten fünf Jahren allein aus Indochina 63.000 Flüchtlinge aufgenommen.

Von den zwischen 1953 - 1979 in der BRD anerkannten 57.000 Asylberechtigten leben heute nur noch rund 26.000 hier. Im Vergleich dazu Österreich: Von 1945 - 1980 kamen 1.800.000 politische Flüchtlinge in das Nachbarland, 600.000 blieben dort. (Von der Verfolgung ins Sammelager, S. 7 f)

Warum also in der Bundesrepublik die Aufnahmekapazität angesichts dieser Größenordnung begrenzt sein soll, kann absolut nicht begründet werden. Erst recht nicht, wenn man bedenkt, daß ab 1945 über 12 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene, Spätaussiedler usw. aus dem Osten aufgenommen werden konnten. Allein 1981 standen den 49.391 Asylbewerbern immerhin 69.341 Aussiedler aus RGW-Staaten gegenüber. (FR 5.1.82)

Im Falle der deutschstämmigen, politisch zumeist erzkonservativen Aussiedler, haben finanzielle Erwägungen, Arbeitsmarktp Probleme oder die sog. „Aufnahmekapazität“ allerdings noch nie eine Rolle gespielt, abgesehen davon, daß diese Menschen gegenüber den Asylbewerbern ein Vielfaches an

sind ein Störenfried, der sich als „Welke“, „Flut“ oder „Schwemme“ wie ein

ist ein Störenfried, der sich als „Welke“, „Flut“ oder „Schwemme“ wie ein Naturkatastrophe in der Bundesrepublik ergibt und Wohlstand, Ruhe und Ordnung gefährdet. Und so etwas gehört natürlich kontrolliert und eingesperrt — am besten in ein Lager.

Diese demnach überall eingerichteten Lager dienen nicht nur den Asylsuchenden als Abschreckung. Sie sollen gleichfalls die Bundesdeutschen vor den Asylbewerbern abschrecken.

Dies ist der psychologische Effekt, denn was nicht gefährlich ist, braucht nicht in ein Lager, für die der CSU-Fraktionsvorsitzende des Bayrischen Landtages „umzunte Baracken mit Wehrposten“ fordert. (Stern 13.3.80)

Doch auch ohne uniformierte Bewachung ist das Leben in den Lagern nicht nur erniedrigend und demütigend, sondern schlicht menschenunwürdig.

Da wird den Insassen im besten Amteudeckel der Gebrauch des Toilettenpapiers vorgeschrieben. Es wird ihnen nur noch ausnahmsweise gestattet, ins Leben nach ihrem Gemeinschaftsheim zurückzukehren. Sie müssen alle die fremde Gemeinschaftsfunktion zu sich nehmen.

Die Ungewißheit des Asylverfahrens, die Langeweile, die schikanöse Behandlung, die Verweigerung von Arbeit, lediglich ein paar DM Taschengeld usw. produzieren Dauerstress und fördern psychosomatische Krankheiten.

Nicht viel anders ist es in den zu „Gemeinschaftsunterkünften“ umgebauten Wohnheimen. „Zum Teil gravierende Mißstände“ (OB Wallmann) wurden in Frankfurter Unterkünften

besucht hatte, die für ein paar Wochen aus Karlsruhe gekommen war — sie trafen sich nämlich 500 m von der Bannmiete entfernt. (Stern, 13.3.80)

Mit dem Grundgesetz vereinbar ist diese eingeschränkte Freizügigkeit allemal. So jedenfalls das Oberverwaltungsgericht Münster, denn „(...) dadurch (wird) eine angemessene Überwachung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erleichtert, wenn nicht gar erst ermöglicht.“ (FR, 29.1.82)

Die Menschen in den Unterkünften haben mehrfach Proteste und Hungerstreiks gegen die unwürdigen Bedingungen organisiert, z.T. erfolgreich.

Besonders bekannt wurde die Flucht von 42 Asylbewerbern aus einem zum Sammelager umgebauten Gestüt im Landkreis Lichow-Dannenberg. Alltägliche Schikane, Handgreiflichkeiten, Beleidigungen und Überwachung waren der Anlaß für diesen spektakulären Auszug. Und wohl zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik erklärten sich Familien der Umgebung bereit, Asylbewerber kostenlos aufzunehmen. (faz, 26.4.82)

Das Gegenteil ist bundesdeutsche Regel. „Kein Asylanten-Lager in Littenweiler!“ war der Slogan eines Aufrufes, den 1.000 Freiburger unterschrieben: Die Ausländer würden nur neidisch werden, wenn sie den Wohlstand der Ortsansässigen sehen. (Stern, 13.3.80)

Neidisch werden könnte man bei den Wuchermietern, die skrupellose Vermieter kasieren, die ihre Kammern an die Sozialämter vermieten. In Berlin-Charlottenburg „wohnen“ 36 Asylbewerber aus Ghana in einer 200 qm kleinen Altbauwohnung. Das Sozialamt

zahlt 18 DM pro Bett pro Nacht, rund 20.000 DM Mietinnahmen für den Vermieter im Monat. (Stern, 29.1.81) Dies ist absolut kein Einzelfall. Es gibt noch viele Beispiele.

Solche Probleme entledigte man sich im Oberpfälzischen vorbeugend. In Pressath lies der SPD-Bürgermeister kurzerhand ein vom Landkreis als Wohnheim geplantes Haus aufkaufen und abreißen. „De kennst ja stündlich drauf warten, daß was Kriminelles passiert“ meint sein CSU-Stadtratskollege über die nun nicht mehr kommenden Asylbewerber. (Stern, 4.2.82)

## Arbeitsdienst für politisch Verfolgte

Kriminell und vor allem an eine gewisse Tradition anknüpfend ist der Versuch der CDU-Regierung in Westberlin, Asylbewerber zum Arbeitsdienst zu verpflichten. Willkürlich wurden 200 Asylbewerber herausgesucht und aufgefordert, für 1,25 DM/Std. Granulat von der Straße zu fegen oder andere Arbeiten im Garten- und Forstbetrieb zu verrichten.

Den 101 Asylbewerbern, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, soll die Sozialhilfe um den Taschengeldanteil (30 DM) gekürzt werden. Das ist genau die Summe, die bisher noch in bar ausbezahlt wurde. Nach dem Bundessozialhilfegesetz ist es möglich, daß Sozialhilfeempfänger, die nicht arbeitswillig sind und sich z.B. beim Arbeitsamt nicht arbeitslos melden, zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden können. Andernfalls kann die Sozialhilfe um bis zu 20 % gekürzt werden. Ganz gestrichen werden darf sie jedoch nicht.

Die Anwendung dieser Regelung auf Asylbewerber war zumindest rechtlich problematisch, da diese durch das zweijährige Arbeitsverbot ihre Arbeitswilligkeit überhaupt nicht unter Beweis stellen können. Doch wurde das Bundessozialhilfegesetz durch das Haushaltsstrukturgesetz nun in diese Richtung geändert. Die sozialliberale Bundesregierung schafft somit die rechtlichen Grundlagen für die Maßnahmen in Westberlin.

Der Staat verfügt nun über ein großes Potential an billigen Arbeitskräften, die jederzeit eingesetzt werden können. Abgesehen von der Lohndrückfunktion (ein Arbeiter der Westfälischen Stadtreinigung erhält ca. 15 DM/Std.) wird hier im kleinen praktiziert, was durchaus auf große Teile arbeitsloser Männer und Frauen angewandt werden kann. Selbst der DGB äußert „erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken vor dem geschichtlichen Hintergrund der Zeit zwischen 1933 und 1945.“ (SZ, 2.3.82)

Ab 1. Mai 1982 sollen die Arbeitsdienstverpflichteten 3 DM/Std. erhalten. Dafür entfällt der einmalige Bekleidungsgutschein von 200 DM. Die Verpflichtungen sollen solange fortgesetzt werden, bis die vorhandenen 467 Plätze besetzt werden können.

Die 254 zum Arbeitseinsatz bereiteten „Freiwilligen“ kamen von Ausnahmen abgesehen noch nicht zum Zuge, sondern wurden auf Karteikarten vermerkt. (Tagesspiegel, 6.4.82)

Ziel ist, alle Asylbewerber reihum zu dieser Arbeit heranzuziehen. Neu war die Dienstverpflichtung auch in Westberlin nicht. Seit 1974 wurde sie im kleinen Rahmen vom Bezirksamt Wedding praktiziert. Ausländischen Asylbewerbern, die diese Arbeit ablehnten, ist die Sozialhilfe ganz gestrichen worden. (Tsp., 25.2.82) Und auch die Städte des Kreises Herford haben im September 1980 mit sofortiger Wirkung eine „öffentliche Dienstverpflichtung“ für die 966 Asylbewerber für die Bereiche Gartenbau, Friedhöfe, Bauhof, Fuhrpark und Gewässerreinigung eingeführt. (FR, 21.9.80)

Fortv. nächste Seite

Spiegel 1982



...dann abgeschoben



## HETZE



## HETZE

Fortf. nächste Seite

Aber auch Asylbewerber, die nach zwei Jahren eine Arbeitserlaubnis erhalten und (nachdem ein freigeordneter Arbeitsplatz innerhalb von drei Monaten nicht an einen Deutschen oder EG-Ausländer vermittelt werden konnte) sogar eine Arbeit bekommen haben, sind deswegen noch nicht frei von behördlicher Schikane.

So wurde ein türkischer Asylbewerber verpflichtet, monatlich 300 DM bis zur Summe von 1.700 DM auf ein Sperrkonto für seine vermutete Rückreise anzusparsen. Andernfalls würde er seine lebensnotwendigen Aufenthaltspapiere nicht erhalten. Das Bundesverwaltungsgericht in West-Berlin segnete diese Praxis juristisch ab. (Spiegel, 4.1.82)

Natürlich können sich die Asylbewerber auch „freiwillig“ entscheiden, die Bundesrepublik zu verlassen. In Hamburg erhalten sie dafür vom Sozialamt eine Prämie von 500 DM. Und die Bundesregierung hat zusammen mit der „Organisation für Europäische Auswanderung in Genuß“ ein Programm („Reintegration und Weiterwanderung von Asylbewerbern in der Bundesrepublik“) aufgebaut, die den Asylbewerber rechtzeitig über seine Lage informieren und auf die Möglichkeiten einer Rückführung hinweisen soll.

Es wird dann unentgeltlich in das Land seiner Wahl unter Vermittlung der Einreisebehörde oder in sein Herkunftsland zurückgebracht. Voraussetzung ist die Rücknahme des Asyl-Antrags! So wurden 1981 insgesamt 4.291 Personen (8,7 % der im gleichen Jahr eingereisten Asylbewerber) zurückgeführt. (Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und private Fürsorge, Juni 1982)

Aber es geht noch einfacher, nämlich die Asylbewerber gar nicht erst zur Antragstellung kommen zu lassen. So geschahen im Sommer 1981 in West-Berlin

Ca. 520 Tamlen (Angehörige eines Volksstammes aus Ceylon) kamen über Berlin/DDR und baten um Zuflucht. Die Tamlen waren nach Auffassung des West-Berliner Senats allesamt Wirtschaftsflichtlinge. Die nach einigen Tagen „rückkehrwilligen“ 123 Tamlen wurden nach Colombo geflogen. Einiges der Zusage des dortigen Ministerpräsidenten wurden 50-60 Tamlen unmittelbar nach Ankunft auf dem Flughafen von der Polizei festgenommen. Im Jahresbericht von amnesty international werden der ceylonischen Regierung massive Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen und Folterungen gegenüber der tamilischen Minderheit gemacht. (Tsp, 23.7.81, 24.7.81).

## Flüchtlinge 1. Klasse

Im Gegensatz, wie schon erwähnt, die Behandlung der Menschen aus den RgW-Staaten und aus den sozialistischen Ländern Südostasiens. Diese politisch genehmten Menschen werden von vornherein aus dem gesamten Asylverfahren herausgehalten und von der Medienhetze verschont. Hierzu bedient sich die Bundesregierung einer besonderen rechtlichen Konstruktion.

Mit dem am 30.7.1980 in Kraft getretenen Kontingentflüchtlingsgesetz („Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommener Flüchtlinge“) kann die Bundesregierung jederzeit unbegrenzt viele Menschen aufnehmen, die sofort ohne Anerkennungsverfahren den Status eines anerkannten Asylberechtigten erhalten. Da die Flüchtlinge sich zum Zeitpunkt der Aufnahmeentscheidung nicht in der BRD, sondern im Ausland aufhalten, haben sie keinen Rechtsanspruch auf Aufnahme.

Die Übernahme dieser Flüchtlinge ist von daher vergleichbar mit einer gewissen Gnadenpraxis, mit der die Bundesregierung unabhängig jeglicher rechtli-

cher Verbindlichkeiten nach politischen Kriterien auswählen kann, wenn sie will.

Bekannt geworden sind diese „humanitären Hilfsaktionen“ durch die Übernahme von Vietnamesen — Stichwort: „Cap Anamur“. Doch scheint auch diese Humanität an ihre (finanziellen) Grenzen gestoßen zu sein. Zum letzten Mal machte das Flaggenschiff Cap Anamur am 1. Juli 1982 im Hamburger Hafen fest, um 243 Flüchtlinge zu übergeben. Dann ist empty.

Einen Haken hat die ganze Sache doch. Die Flüchtlinge, die als Kontingentflüchtlinge aufgenommen werden konnten, weil sich nicht alle Bundesländer zur Übernahme von Flüchtlingen verpflichtet haben (und dies ist nunmal eine gesetzlich festgelegte Vorbedingung für die Übernahme als Kontingentflüchtlinge) müssen diese Vietnamesen das normale Anerkennungsverfahren durchlaufen.

Beide Kategorien sind im wesentlichen staatlichen Stellen schon vorgesorgt und sich abgestimmt. In einer Art Blitzaktion sollen sie schnell vom Asylbewerber zum Asylberechtigten werden. Und daß sie als quasi „normale“ Asylbewerber trotzdem in den Genuß der Vorzüge der Kontingentflüchtlinge (Erhalt von mindestens 66% des im Heimatlandes angenommenen Verdienstes, Bevorzugung bei der Wohnungvergabe, Kindergeld, kostenlose längerfristige Sprachkurse, das Arbeitsamt zahlt 50-70% des Lohnes an den Arbeitgeber, der bereit ist, Kontingentflüchtlinge einzustellen) kommen werden, ist auch nicht völlig auszuschließen.

## Durch Minderheitenhetze zur „Volksgemeinschaft“

Die Behandlung des sog. „Asylantragsproblems“ durch Staat und Gesellschaft muß als richtungsweisend

und für den künftigen Umgang mit unliebsamen Minderheiten überhaupt angesehen werden, insbesondere natürlich was den Umgang mit der „Ausländerfrage“ anbelangt. Die faktische Bezeugung des Asylrechts, der Aufbau eines Systems von Lagern bis hin zur absehbaren Kriminalisierung von politisch Verfolgten und Armutsflüchtlings-Entwicklungen, die für sich genommen schon widerwärtig genug sind. Aber niemand soll sich der Illusion hingeben, daß „Arbeitsdienst“ für Sozialhilfsempfänger, Sozialhilfe auf Bezugsschein, die Internierung von Menschen in bewachte Lager usw. ausschließlich auf Asylbewerber anwendbar sind und bleiben...

Dieses System wird sich mit Sicherheit als „ausbaufähig“ erweisen, insbesondere dann, wenn es wie im Falle der Asylbewerber genügt, die „öffentliche Meinung“ derart gleichgeschaltet gegen die Opfer solcher Maßnahmen einzuschlagen. Die asylrechtlichen Beschlüsse der jüngsten Vergangenheit stellen insofern nur den politischen Vorzeichen jener gigantischen Hetzkampagne dar, die ab 1980 gegen in die BRD einreisende Asylbewerber angeleitet wurde. Spätestens seit dieser Zeit wurde das öffentliche Bewußtsein darauf eingestimmt, die Opfer als Täter zu sehen: Politisch Verfolgte und Armutsflüchtlinge als „Subventions-schwinder“, Betrüger, Schmarotzer und dergleichen mehr. Das Defizit der „öffentlichen Haushalte“, die sich verschärfende Wohnungsnot, „Terrorismus“, Drogenprobleme und andere Dinge wurden immer wieder mit der „Asylantragschwere“ in Verbindung gebracht. Anstelle tatsächlicher Ursachen und Verursacher steht der „Asylantrag“ als Sündenbock parat, eine Art „Untermensch“ (Nazi-Rhetorik: „Halbaffen“), dem so lange in die Presse geschlagen gehört, bis er wieder verschwindet. Die Anschläge auf Asylantragsbewerber waren nur die markantesten Resultate dieser Entwicklung. Es gibt darüber hinaus zahlreiche „Bür-

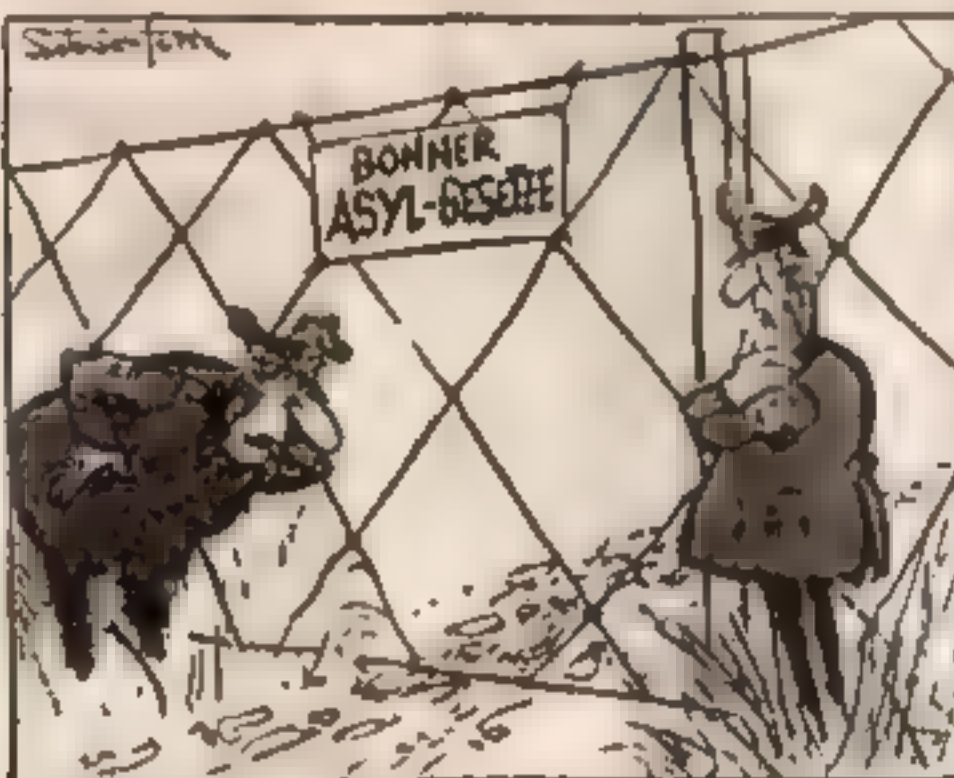
gerinitativen“, insbesondere an bereits vorhandenen oder geplanten Standorten von Unterkünften für Asylbewerber, die für eine Vertreibung der Flüchtlinge von westdeutschem Boden agieren. Die bedeutendsten Motoren dieser Entwicklung sind allerdings immer noch die „großen“ bürgerlichen Parteien, wobei insbesondere die CDU/CSU mehrheitlich mit den wesentlichen Forderungen, die Neonazis zu dieser Thematik vertreten, gleichgezogen hat.

Was hier gerichtet wurde und wird, ist ein Stück „Volksgemeinschafts“-Ideologie, ein Bewußtsein von „Gemeinschaft“, das quer zu den tatsächlichen Fronten des Krisenalltags Gefühle „nationaler“ Abwehr gegen eine rechtslose und nichtdeutsche Bevölkerungsmehrheit mobilisiert. Die Auswirkungen dieser Ideologie auf die politische Moral und Kultur unserer Gesellschaft können nur verheerend sein: Jedenfalls sind demokratische und Menschenrechte keinen Pufferling mehr wert, wo engstirniger Chauvinismus zum wichtigsten Kriterium politischen Handelns wird.

Mit welcher skrupellosen Konsequenz die Herrschenden unter Berufung auf „nationale Interessen“ vorgehen, zeigt sich an der Behandlung der Asylbewerber, aber nicht nur dort. Denn das „nationale Interesse“ ist immer noch die klassische Legitimationsformel jeder imperialistischen Politik — nach innen wie nach außen. Und der Erfolg dieser Propaganda ist im Falle des „Asylantragsproblems“ auch an den ihrem Umfang nach leider nur kahlköpfigen demokratischen Protesten gegen diese Entwicklungen abzulesen.

Es geht also darum, dem ganzen Thema Asyl bedeutend mehr Aufmerksamkeit zu widmen, als dies bisher der Fall gewesen ist. Und nicht erst dann, wenn man/frau sich bereits daran gewöhnt hat, daß jeder große oder kleine westdeutsche Ort „sein Lager“ hat.

AG Ausländer



„Wer ist schlechter, wie die hier immer wieder durchkommen!“

## HETZE



## HETZE

## Das neue Asylverfahrensgesetz

Im Juli 1982 wurde das neue Asylverfahrensgesetz beschlossen und es trat zum 1. August 1982 in Kraft. Es gab um dieses Gesetz ein langes Tauziehen und es handelt sich um einen Kompromiß zwischen dem Gesetz des Bundesrates und einem noch schärferen Vorschlag des Bundesrates. Im Kern hat sich dabei der Entwurf des Bundesrates durchgesetzt. Ziel des Gesetzes soll eine Beschleunigung des Asylverfahrens sein. Es ging um fünf Punkte:

- Rechtsmittelverfahren für sogenannte „offensichtlich unbegründete“ Anträge,
  - Einrichtung von Außenstellen des Anerkennungsamtes
  - Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften
  - Einzelrichterscheidungen
  - Vereinfachung der Asylbewerber auf die Bundesländer
- zu ● Über die Zulässigkeit und Begründetheit von Asylanträgen entscheidet weiterhin das „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ in Zimmern. Der zuständige Beamte entscheidet „weissungsfrei“. Der Bundesrat hat sich vor, daß die Entscheidung bei den Ausländerbehörden liegen soll, die direkt gegenüber den Landesinnenministerien weisungsgebunden sind. Die

entscheidende Änderung, die mit dem Bundesratsentwurf übereinstimmt, ist folgende: hat das Bundesamt einen Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt, so ist der Asylbewerber zur sofortigen Ausreise verpflichtet. Gegen diese Entscheidung (Ablehnung des Antrages und Abschiebungsandrohung) ist ein Widerspruch möglich. Der Asylbewerber kann dagegen jedoch keine Klage erheben, die jedoch keine aufschiebende Wirkung hat. Er muß also ausreisen. Er kann zwar noch innerhalb einer Woche das Verwaltungsgericht anrufen, damit die Vollziehung dieser Abschiebung bis zur Entscheidung über seine Klage ausgesetzt wird. Doch geht es in diesem Verfahren lediglich um evtl. formale verfahrenstechnische Fehler. Der Inhalt des Asylantrags spielt dabei keine Rolle mehr. Diese Regelung ist erstmalig für zwei Jahre vorgesehen.

zu ● Am 4.1.82 wurde im Modellversuch eine Außenstelle des Zimmern, „Bundesamt“ in Hamburg eingerichtet. Es sollte erheblich zur Beschleunigung der Antragsbearbeitung beitragen und entlastete seine Befürworter nicht. Der verwaltungsrechtliche Teil des Asylverfahrens beim Bundesamt konnte so von 12 auf 2 Monate verkürzt werden. Da wurde auch nicht zäpferlich gearbeitet. Zu

zum 15.5.82 wurden von der Hamburger Außenstelle 650 Entscheidungen getroffen; 630 wurden abgelehnt, 19 Afghanen und ein Ghane wurden anerkannt. Die Außenstellen, Kernstücke der Beschleunigung, sollen nun in allen Bundesländern eingerichtet werden. Für nicht wenige politische Verfolgte war das langjährige Asylverfahren ein zeitlich zumindest längerer Schutz vor Verfolgung.

zu ● Asylbewerber sollen in der Regel in „Gemeinschaftsunterkünften“ untergebracht werden.

zu ● Zur Beschleunigung soll weiter beitragen, daß bei Fällen ohne „grundätzliche“ Bedeutung bei den Verwaltungsgerichten anstatt drei nur noch ein Richter entscheiden soll.

zu ● Nach langem Hin und Her einigten sich die Länder und der Bund auf einen Verteilungsschlüssel.

Kommentar der „Frankfurter Rundschau“ vom 26.6.82: „...der Versuch, das Asylverfahren vom Ausland aus zu beschleunigen, wurde für einen politischen Verfall nicht ausschlaggebend. (...) Der gegen das Grundrecht auf Asyl gerichtete Beschluß (...) weist ausländerfeindliche Züge auf. (...) Jetzt glaubt der Bundesrat sich immerhin für zwei Jahre vom Grundrecht auf Asyl distanzieren zu können.“





# Hungerstreik und Zwangsernährung

Der Selbstmord des Berliner Knastarztes Dr. Volker Leschhorn hat die Diskussion über die Frage der Zwangs- ernährung hungerstreikender Gefangener in die Ärzteschaft und die Öffentlichkeit getragen. Er hat auch ein Schlaglicht auf die problematische Rolle von Ärzten im Strafvollzug geworfen. Dasselbe gilt für die ungesunden Katholiken über die Umstände der Tötung des Gefangenen Sigurd Debus im April 1981 in Hamburg.

Gleichzeitig ist an dem „Fall Leschhorn“ deutlich geworden, daß in Berliner Knästen — und sicherlich nicht nur da — kein Platz ist für einen ärztlichen Ethos verpflichteter Mediziner, ja generell für menschlich reagierende Mitarbeiter.

Es ist dieses auch keineswegs Zufall, sondern Ergebnis bewußter Planung und langer (Personal-)Politik der Verantwortlichen in der Justizverwaltung, insbesondere der Herren Senatsdirektoren von Stahl und Abteilungsleiter Bunge. (In diesem speziellen Punkt folgt ein Artikel in einem der nächsten AKs.)

## Hintergründe der Selbsttötung Dr. Leschhorns

Dr. med. Volker Leschhorn, Medizinaldirektor und ehemaliger Chefarzt der Inneren Abteilung des Krankenhauses der Berliner Haftanstalten, erlängte sich am 11. Januar dieses Jahres in Berlin, Vorranggegangen war dem bereits ein Suizidversuch im Oktober 1981 (1).

Nachdem die Justizverwaltung zunächst dummschreiend behauptet hatte, der Selbstmord Leschhorns habe „private Gründe“ (2), wußte man wenig später zu berichten, daß „der Arzt den besonderen Belastungen, die mit der Arbeit im Strafvollzug und insbesondere mit der ärztlichen Betreuung der terroristischen Gefangenen im Hungerstreik verbunden sind, psychisch nicht gewachsen war.“ (3)

Tatsache ist demgegenüber, daß der Tod Leschhorns auf die Pressionen zurückzuführen ist, denen er seitens des Senats und der Justizverwaltung ausgesetzt war. In einem von ihm zurückgelassenen Brief heißt es u.a., „Was will man unter diesen Umständen noch machen? Ich kann diese Senatsverfolgung nicht mehr ertragen.“ (4)

Ab Februar 1981 befand sich der große Hungerstreik politischer Gefangener in Berlin und westdeutschen Knästen, teils für übergreifende politische Forderungen, teils gegen die unmenschlichen Haftbedingungen, namentlich gegen die zersplitterte Isolationshaft in den Hochsicherheitsstrafen. Letzteres ist eine Forderung, die inzwischen auch von medizinischer Seite überwiegend als berechtigt angesehen wird (5).

Im Zusammenhang mit diesem Hungerstreik wurden gegen Leschhorn verschiedene Vorwürfe erhoben, die schließlich — nach sogenannten „Vorermittlungen“ unter dem ehemaligen Justizsenator Meier — zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen ihn ab Sommer 1981 unter Justizsenator Scholz führten. Leschhorn wurde vorgeworfen, er hätte ein „zu persönliches Verhältnis zu den Gefangenen“ (6), er hätte sich eigenmächtig in die Frage der Haftbedingungen an Richter gewandt (7), den Inhalt von Dienstbesprechungen an Gefangene weitergegeben (8), eine Vollzugsbestimm. tlich angegriffen (9), überhaupt hätte er sich mit den „Terroristen“ identifiziert. Senator Scholz warf ihm insbesondere auch vor, die Zwangs- ernährung hungerstreikender Gefangener und detaillierte Angaben über deren Gesundheitszustand verweigert zu haben (10). Der rechtspolitische Rechts- außen der CDU, Ruppel, verstieg sich gar zu der Behauptung, Leschhorn habe die Schutzbestimmungen zur Über- wachung der in der Krankenhausein- befundenen Häftlinge praktisch außer Kraft gesetzt (11).

Diesen Fantasien steht der schlichte Fakt gegenüber, daß Leschhorn ganz einfach — und wie eigentlich für jeden Arzt selbstverständlich sein sollte, der sein Berufsethos ernst nimmt — alle anderen Aspekte des Vollzugs dem der Gesundheit der Gefangenen untergeordnet hat (12). Es war auch nach der Ansicht vieler „hochrangiger“ Ärzte Leschhorns Verdienst, daß der Hungerstreik in Berlin ohne ernste Folgen für die Gefangenen geblieben ist (13). Für Leschhorn hatte die Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Gefangenen Priorität. Er weigerte sich vollkommen zu recht, seine ärztliche Schweigepflicht zu brechen, wog ihn die Justizverwaltung

aufforderte, indem sie von ihm „tägliche schriftliche Berichte über den Gesundheitszustand der Gefangenen“ (14) verlangte. Ebenso verweigerte Leschhorn die verlangte Zwangs- ernährung der Gefangenen gegen deren Willen völlig zu recht, wie später noch zu sehen ist.

All das hat mit „Sympathisantentum für den Terrorismus“, der Leschhorn vorgeworfen wurde, absolut nichts zu tun.

Leschhorns Engagement für die Gesundheit der Gefangenen brachte ihm schließlich neben einem Ermittlungs- verfahren und vor dessen Abschluß nicht etwa Anerkennung ein, sondern führte im Juli 1981 zu seiner Straf- verurteilung auf einen untergeordneten Posten im Haftkrankenhaus des Tegeler Knastens, wo Leschhorn nur etwa zwei Stunden pro Woche ausgelastet war (15). Es scheiterte die Justizverwaltung dabei nicht, daß danach kein Zustand der Art in Moskau existierte (16).

Gegen das Disziplinarverfahren und die Strafverurteilung Leschhorns setzte zunächst eine beachtliche Kritikwelle ein: Dr. Hilsberg, damals verantwortlicher Arzt der JVA Plötzensee, machte die Spannungen mit der Justizverwaltung für den Tod Leschhorns verantwortlich, diese habe ihre Fürsorge- pflicht für den Arzt verletzt und trage daher schwere Schuld an seinem Tod; so habe man mit einem Strafverfahren gegen Leschhorn gedroht, falls ein Gefangener sterbe (17). Hilsberg kritisierte auch „Stoßtrupptartige Durchsuchungen“ durch Justizbedienstete bei schwerkranken Häftlingen. Weder Justizsenator Meier noch Scholz hätten auf Briefe und Gesuchswünsche aller leitenden Berliner Ärzte reagiert (18).

Auch die rechtspolitischen Sprecher von SPD, Gerl, und FDP, Weng, sprachen sich über die Tat aus (19).

Auch die rechtspolitischen Sprecher von SPD, Gerl, und FDP, Weng, sprachen von Fürsorgepflichtverletzung und Disziplinierung kritischer Mitarbeiter (19); ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß wurde gefordert. (20) (Als allerdings später im Berliner Abgeordnetenhaus auf Initiative der AL über die Einrichtung eines solchen Ausschusses abgestimmt wurde, war nur die AL dafür; SPD und FDP stimmten nach ihrem erwarteten salto mortale in dieser Frage dagegen, zusammen mit der CDU. (21)

Selbst solcher jedweder Linkslastig- keit unverdächtigen Verbände wie der „Verband der Justizbediensteten Berlin“ und der „Marburger Bund“ sahen Leschhorn als „Opfer der Justiz- verwaltung“ (22) bzw. attestierten die- ser „moralische Mitschuld“ am Tod Leschhorns. (23)

Die „Berliner Ärztegruppe für eine ausreichende medizinische Versorgung“ forderte in einem Brief an Senator Scholz die Rehabilitierung Leschhorns. 150 Ärzte und Angestellte aus dem Krankenhausbereich unterstützten dies. (24) Die AL forderte den Rücktritt der beiden verantwortlichen Akteure aus der Justizverwaltung, Senatsdirektor von Stahl (SPD) und Abteilungsleiter Bunge (FDP). (25)

Letztlich änderte sich jedoch im positiven gar nichts. Im Gegenteil: gewissermaßen als Nachspiel der Ausein- setzungen um Leschhorns Tod folg- ten die Klüppelungen eines der schärfsten Kritiker an der Justizverwaltung aus dem vollzugsärztlichen Dienst, Dr. Hilsberg, ehemals Anstaltsarzt der JVA Plötzensee. Er zog damit seine Konsequenz aus den zermürbenden Auseinandersetzungen. Schon nach seinem Leberbrief in einer Berliner Tageszeitung, in dem er der Justizverwal- tung Schuld am Tod Leschhorns gab, reagierte diese mit dem Vorwurf, Hilsberg hätte diese Kritik beider nicht in die Öffentlichkeit getragen. Als Senator Scholz auch weiterhin jedes orien- tierende Gespräch mit den Ärzten zum Fall Leschhorn ablehnte und ankündig- te, er würde wieder so entscheiden, (26) kündigte Hilsberg, der keine Basis mehr dafür sah, ungehindert seinen medizinischen Diensten nachgehen zu können, wobei er das primäre Problem bei der ärztlichen Schweigepflicht sah (27).

Hilsberg forderte, die Einrichtungen des Haftkrankenhauses nach den glei- chen Kriterien hinsichtlich der Min- destanforderungen zu überprüfen wie öffentliche Krankenhäuser, und wies insbesondere auf die überfüllten Säle für Kranke im Gefängnis, die Toiletten innerhalb der Krankenzelle und die damit verbundene unabweisbare Infektions- gefahr, Geruchs- und Geräuschbelä- stigung hin (28).

Selbstverständlich sollte man meinen Nicht so die Justizverwaltung, die den Schritt Hilsbergs, die Kündigung, begrüßte, da er durch „polemische Kri- tik“ die Grundlage für vertrauensvolle Zusammenarbeit zerstört habe. (29)

Deutlicher kann nicht gemacht wer- den, daß die Justizverwaltung keinerlei Interesse an der Beschäftigung, ja zu- nächst einmal nur Kennzeichnungs- katastrophaler Verhältnis im Straf- vollzug hat, aber alles daransetzt, jed- weden kritischen Geist, sprich engagi- erten Knasträger, zu disziplinieren, strafzuverurteilen, zu zermürben. Gefragt sind offensichtlich nur gewis- senlose, unkritisch funktionierende Vollstrecker des Sicherheits- und Or- dnungswahns der Justizverwaltungsbi- rokratie.

## Knastmediziner — ein Kapitel für sich

Die Beispiele Dr. Leschhorn und auch Dr. Hilsberg könnten den — sicher fa- schen — Eindruck erwecken, daß es im Bereich des Knastmedizin, dem voll- zugsärztlichen Dienst, in weiten Teilen eine Konfrontation gäbe zwischen dem wesentlich an der Notwendigkeit von Sicherheit und Ordnung orientierten Justizverwaltungen einerseits und dem der Gesundheit der Gefangenen ver- pflichteten (Vollzugs-)Ärzten anderer- seits.

Demgegenüber ist davon auszuge- hen, daß es sich bei Mediznern wie den obengenannten um „weiße Schafe“ in einer ansonsten eher schwarzen Herde handelt. Dafür spricht, daß — wenn überhaupt einmal Knastmediziner ins Gerde kamen, die ihr Geschäft sonst regelmäßig hinter undurchdringlichen Mauern verrichten — allenfalls Skan- daldies zu berichten war.

So z.B. im Zusammenhang mit dem sog. „Mannheimer Gefängnis-Skandal“, der die Praktiken so z.B. im Zusammenhang mit dem sog.

„Mannheimer Gefängnis-Skandal“, der die Praktiken des damaligen Knastarztes Dr. Reith erhellte. Dieser sah es als seine Aufgabe an, die Verletzungen von Gefangenen nach Mißhandlungen durch Justizbe- dienstete zu verhehlen. (30) So diag- nostizierte er Brandwunden, die von ei- ner ausgeprägten Zigarette im Gesicht eines Gefangenen herrührten, als „leichte Hautverwundungen“. (31) Er ließ auch einen schwerverletzten Ge- fangenen in die Zelle sperren, der dar- aufhin an einem Schädelbruch und Ge- hirnräume starb, bedes von Dr. Reith „nicht erkannt“. Das deswegen gegen den Arzt eingeleitete Ermittlungsver- fahren wurde ebenso wie alle anderen 92 (!) bis dahin eingeleiteten Verfahren eingestellt. (32)

Anderes Beispiel: Der Tod von Kat- barina Hammerschmidt im Juni 1975 war auf eine Anstandsverletzung des damaligen Anstaltsarztes in der Frauenhaftanstalt Leichter Straße zu- rückzuführen. Dieser hatte ein Rönt- genbild so nachlässig kontrolliert, daß ein Kehlkopfumor „übersehen“ wor- de, an dem die Frau dann starb. (33)

Ein weiteres Beispiel im Bereich der Knastmedizin im Knastbereich ist Dr. Friedland, der lange Oberarzt im Zen- tralkrankenhaus des Untersuchungsge- fängnisses Hamburg war und jetzt lei- tendes Medizinaldirektor in der Lan- desjustizverwaltung ist. Er ist verant- wortlich für die sog. „Hamburger Li- nie“ der Zwangs- ernährung hunger- streikender Häftlinge und als solcher mitverantwortlich für den Tod von Si- gurd Debus vor einem Jahr. (34) Hier- auf wird weiter hinten noch genauer eingegangen.

## Hungerstreik und Zwangs- ernährung

Eines der zentralen Probleme, das mit dem Tode Dr. Leschhorns aufgeworfen worden ist, ist die Frage der Zwangs- ernährung hungerstreikender Gefangenen und die damit verbundenen medizinischen, juristischen und politischen Aspekte, die im folgenden näher be- leuchtet werden sollen.

Aus medizinischer Sicht lassen zahl- reiche abweichende Äußerungen zur Zwangs- ernährung vor So erklärten die Chefärzte aller Berliner Intensivabtei- lungen, die zur Betreuung hungerstreiken- der Gefangener herangezogen werden sollten.

— Grundsätzlich können sie keinen Menschen gegen seinen ausdrückli- chen Willen behandeln.

— Eine intensivmedizinische Behand- lung im Endstadium eines Hunger- streiks, d.h. dann, wenn der Patient bewußlos wird, kann oft eine wei- tere Verschlechterung und damit ei- nen tödlichen Ausgang nicht verhin- dern. (35)

Aus diesen Gründen lehnten es alle Vollzugsärzte ebenso wie die in Kran- kenhäusern tätigen Ärzte ab, die von dem Justizsenator während des Hun-

gerstreiks Anfang letzten Jahres ver- langte Zwangs- ernährung durchzufüh- ren. Der Marburger Bund erklärte, daß es „nicht der ärztlichen Aufgabe ent- spricht, die verantwortungslos wäre, Zwangs- ernährung durchzuführen.“ (36) Die Ärzte waren „nicht länger bereit, die Verantwor- tung für eine Situation zu tragen, deren Lösung allein auf politischer Ebene zu suchen ist.“ (37) Dies auch als Reak- tion auf die Drohung des Justizsenat- ors, Anklage gegen sich weigernde Mediziner zu erheben, falls ein Gefan- gener sterbe. (38)

Aus medizinischer Sicht ist noch hin- zuzufügen, daß bei den Zwangs- ernährungsversuchen des sich wehende- Häftling „durch die Manipulation selbst akut lebensbedrohlich“ ist. (39) Au- ßerdem und z.T. irreparable Gesund- heitsschaden schon eingetreten, bevor eine Trübung des Bewußtseins auftritt. Im Koma ist die Chance, das Leben des Patienten zu erhalten, minimal. (40)

Fazit: Es gibt keine Behandlung, die langfristig — bei Fortwähren des Hun- gerstreiks — das Leben garantiert. (41) All dies gilt auch für die als Zwangs- ernährung durchgeführte Zwangs- ernährung, auf die im Zusammenhang mit dem Tod von Sigurd Debus noch ge- nauer eingegangen wird.

Aus juristischer Sicht ist die Ver- pflichtung des (Vollzugs-)Arztes zur Zwangs- ernährung umstritten. Hier stützt sich die betreffende Meinung, die eine Verpflichtung zur Zwangs- ernährung annimmt, im wesentlichen auf den § 101 des Strafvollzugsgesetzes, der Zwangs- ernährung und -ernährung für zulässig erklärt bei Lebens- und schwerwiegender Gesundheitsgefahr;

„menschlichen Persönlichkeit.“ (42)

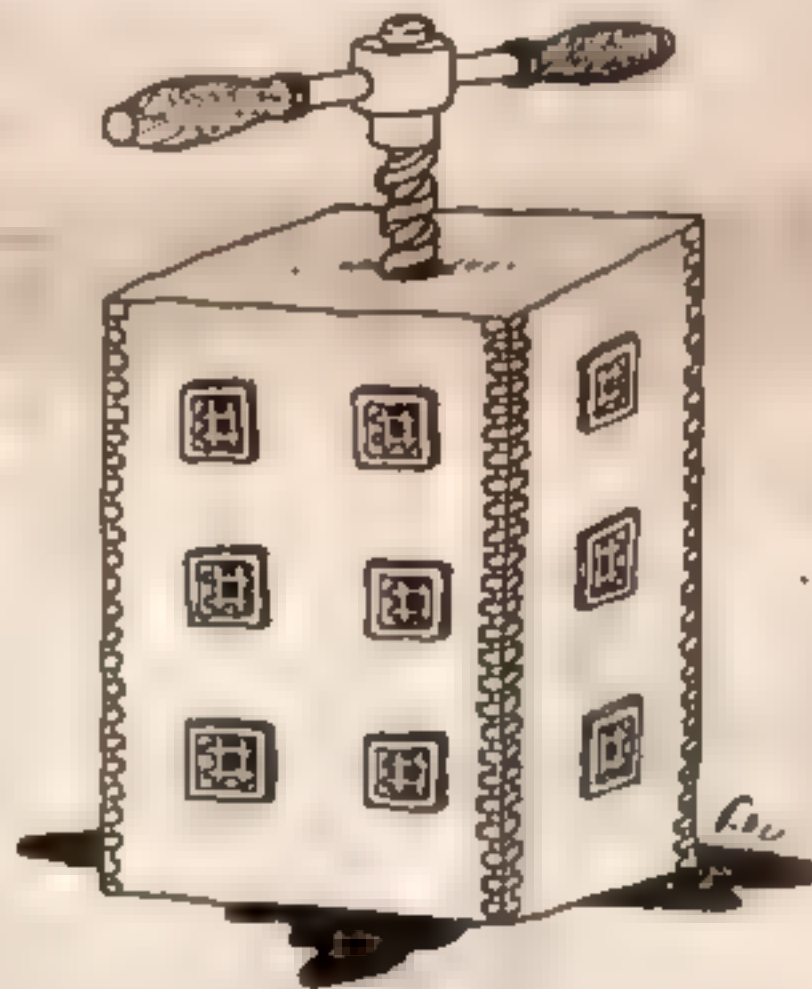
Fest steht auch, daß das ärztliche Personal der Haftanstalten Weisungen nicht-ärztlicher Vorgesetzter nicht unterworfen ist, soweit nicht aus organi- satorischen Anordnungen getroffen wer- den. Insofern besteht kein Unterschied zu anderen Ärzten. (44) Es ist keine Weisung an den Vollzugsarzt zulässig, die Zwangs- ernährung durchzuführen. Auch die Beurteilung, ob die Voraus- setzungen für die Verpflichtung zur Zwangs- ernährung nach § 101 Straf- vollzG vorliegen (akute Lebensgefahr), obliegt allein dem Arzt.

Im Ergebnis ist daher festzuhalten, daß — abgesehen von dem Sonderfall akuter Lebensgefahr und ärztlich ange- ordneter „Zwangs- ernährung, die re- gelmäßig mangels entgegenstehendem Willen des Häftlings gar keine Zwangs- ernährung im eigentlichen Sinne ist — keine Verpflichtung und auch kein Recht zur Zwangs- ernährung hunger- streikender Gefangener besteht.

Trotzdem hat es nicht an Maßnah- men der Justizverwaltung gefehlt, Ärzte und ärztliches Personal zur Zwangs- ernährung zu zwingen oder zu bestechen.

Dr. Leschhorn ist ja massiv der Vor- wurf gemacht worden, sich geweigert zu haben, die Zwangs- ernährung durch- zuführen. Ihm und anderen Ärzten ist mit Strafverfahren gedroht worden für den Fall, daß Häftlinge sterben.

Eine andere, nicht weniger wider- wärtige Methode wandte der Senator für Gesundheit und Umweltschutz Ber- lins an. Er stellte an den ärztlichen Lei- ter der Nervenambulanz (!) Spandau eine Anfrage, ob sich in der Klinik tätige Ärzte bereitfinden, sich an der



nicht zulässig ist, sie dann, wenn die Maßnahmen für die Betroffenen unzu- muthar und oder ihr selbst Lebensge- fahr oder schwere Gesundheitsbeschä- digungen des Gefangenen darstellen. Eine Verpflichtung zur Zwangs- ernährung besteht nicht, solange der Gefan- gere seinen Willen frei selbst bestimmt, es sei denn, es besteht akute Lebensge- fahr. In jedem Fall dürfen die Maßnah- men nur auf Anordnung und unter Lei- tung eines Arztes durchgeführt werden.

An dieser Vorschrift ist nur eindeut- ig, daß es einen Kompromiß darstellt zwischen „zwei ebenso schlechten, ledig- lich an den Folgen verfehlter Justiz- politik herumdoktrierenden Lösungsvor- schlägen von den politisch Verantwortli- chen.“ (42) Einen Kompromiß näm- lich zwischen der sog. „medizinischen Lösung“, also: laßt es doch verhus- tern, wenn sie wollen, und der Auffas- sung, Zwangs- ernährung müsse im in- teresse staatlicher Legitimität sein.

Fest steht jedoch nach dem Wortlaut des Gesetzes, daß nur ein Arzt die An- ordnung zur Zwangs- ernährung geben darf. Und für dieses gilt auch nach An- sicht des Bundesgerichtshofes:

„Niemand darf sich zum Richter in der Frage aufwerfen, unter welchen Um- ständen ein anderer vernünftigerweise bereit sein sollte, seine körperliche Un- verletzlichkeit zu opfern.“ (43) Diese Rich- tlinie ist auch für den Arzt verbindlich. Zwar ist es sein vornehmstes Recht und seine Pflicht, den kranken Menschen ( ) zu heilen. Beide finden aber ihre Grenze im grundsätzlich freien Selbst- bestimmungsrecht über seinen Körper. Andernfalls wäre es ein rechtswidriger Eingriff in die Freiheit und Würde der

Zwangs- ernährung zu betreiben. (45) Grund: Weil diese über Erfahrungen mit Zangsmaßnahmen gegen Patienten verfügen. (46) Und Der Senator wollte denjenigen Arzt, der sich zur Verfü- gung stellte, die Bestimmung der Höhe des Honorars selbst überlassen. Ein Vorgehen, das nur als Bestechung be- zeichnet werden kann.

Aber in einem Offenen Brief nahmen 24 Ärzte wie folgt Stellung. (27)

„Zur Durchführung einer solchen Zwangs- ernährung hat sich an dieser Klinik kein Arzt bereitgefunden. Wir sind als Psychiater zwar mit Zwangs- maßnahmen vertraut, diese sind aber im vorliegenden Fall nach unserer Mei- nung nicht anwendbar. Bei den Inhaf- tierten handelt es sich nicht um psy- chisch Kranke, sondern um Häftlinge, die aus ihrer freien Willensentschei- dung heraus zu dem Mittel des Hunger- streiks gezwungen haben, um Verbesser- ungen ihrer Haftbedingungen durch- zusetzen. Wir sehen darin ein Problem, das sich nicht psychiatrisieren läßt und mit medizinischen Mitteln nicht zu lö- sen ist.“

Hinzuweisen ist auch noch darauf, daß es den Verantwortlichen auch völ- lig egal war, daß Ärzte eines Psychiatri- schen Krankenhauses zusätzlich nicht über die praktischen und theoretischen Kenntnisse verfügen, die zur Zwangs- ernährung erforderlich sind und über die heute nur noch Intensivmediziner ver- fügen. (48)

Auch wurde von den Justizbehörden Druck auf die Ärzte ausgeübt, doch endlich einen Zustand „juristisch akute Lebensgefahr“ der Gefangenen zu diagnostizieren, weil dadurch die



Handhabung für disziplinarische Maßnahmen gegen sich weigende Ärzte gegeben gewesen wäre (49).

Schließlich wurde vom Senat per Weisung ein Rufbereitschaftsdienst für 8-Stunden-Schichten eingerichtet, der das Ziel hatte, daß je ein intensivversorgter Arzt und eine Pflegekraft die konstante Betreuung der Gefangenen im Klinker übernehmen. Mangelnde Freiwilligkeit sollten dazu Kräfte dienstverpflichtet werden (z.B. im Neurologischen Krankenhaus) (50). Da die Ärzte jedoch die konstante Tätigkeit als vollverantwortliche Tätigkeit begriffen, lief dies praktisch auf die Vorbereitung der Dienstverpflichtung externer Ärzte zur Zwangsversorgung hinaus.

Die Liste der erprobten Methoden der Justizbehörden gegen die (auch externen) Ärzte ließ sich noch verlängern. Dazu noch einmal eine kompakte Auflistung:

„Wenn ein Gefangener die Nahrungsaufnahme verweigert, der Arzt ihn aber für fähig hält, sich ein unbefugtes, vernünftiges Urteil über die Folgen einer freiwilligen Nahrungsverweigerung zu bilden, so soll er nicht künstlich ernährt werden.“ (51)

Es ist hier noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Ablehnung der Zwangsversorgungspolitik der Klinker-Verantwortlichen absolut nicht zu tun hat mit der „nordischen Lösung“ bzw. der britischen „Thatcher-Linie“. Bekanntlich weigert sich die britische Thatcher-Regierung seit der Aneignung des Ministers Jenkins im Jahre 1974, hungerstreikende IRA-Häftlinge in den Klinken zwangsversorgen (52). Mehrere Menschen sind in den Folgen des Hungerstreiks gestorben, der bekannteste wohl Bobby Sands. Auch hierzu, insbesondere in Teilen der CDL/SLU, findet diese Linie Unterstützung; Motto: Laßt sie doch sterben, wenn sie wollen.

Genau hier liegt aber der entscheidende Unterschied. „Mit dem Hungerstreik verfolgt ein Mensch nicht das Ziel, sich selbst umzubringen, sondern er will damit gerade dokumentieren, daß er leben will und zwar unter anderen Bedingungen.“ (53)

Anders gesagt: Der „Laßt- sie- doch- sterben“-Synonymus begriff das Verhungernlassen der Gefangenen gerade als ein anderes Mittel, um dasselbe Ziel wie die Zwangsversorgungs-Befürworter zu erreichen, nämlich den Widerstand der Gefangenen gegen die zersplitterten Haftbedingungen zu brechen. Es ist dies die einfache und klare Lösung für die, denen der Gefangene, sein Leben und seine Lebensbedingungen nichts gelten. Sie paßt zu der in anderem Zusammenhang erörterten Forderung, für jeden „Opfer der Terroristen draußen“ einen im Klinker umzuwickeln (Golo Mann).

Gemeinsam ist beiden „Lösungs“-Varianten des Problems Hungerstreik, daß sie gesamtgesellschaftlich das Hauptproblem, um das es geht, ausklammern: Die Haftbedingungen.

„Die Gefangenen empfinden sich, wie wir gehört haben mit Recht, in einem Zustand, in dem sie zwar, wenn auch eingeschränkt, von ihren physischen Mitteln, in dem sie zwar, wenn auch eingeschränkt, von ihren physischen Funktionen her leben und am Leben gehalten werden, sich aber in ihrer psychischen Befindlichkeit und ihren sozialen und psychologischen Verhältnissen ihres Charakters und ihrer Persönlichkeit entleeren sehen und spüren, wie sie langsam auf den Nullpunkt kommen.“ (54)

Diese bloße Lebenserhaltung im physischen Bereich durch die Vollzugsbehörden greifen die Häftlinge an, indem sie sich durch den Hungerstreik auch physisch dem Tod nähern. So soll erzwungen werden, daß die Verantwortlichen durch Änderung der Haftbedingungen den Häftlingen auch ein menschenwürdiges soziales und psychisches Leben gewähren.

Solange nicht die Frage der vernichtenden Isolationshaft in ihren Mittelpunkt gestellt wird, wird die Diskussion um „Zwangsversorgung“ — Ja oder Nein? — sich im Kreis drehen. Menschenwürdige Haftbedingungen werden dieser Diskussion ihre Grundlage entziehen.

## Zwangsversorgung ist Folter

Wie die Realität von Zwangsversorgung aussieht, soll an zwei Beispielen deutlich gemacht werden.

Sigurd Debus starb am 16. April 1981 im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek in Hamburg. Er war seit dem 19. März 1981 zwangsversorgt worden, und zwar nach der unter Federführung des bereits erwähnten Dr. Friedberg entwickelten „Hamburger Linie“. Sie bedeutet zunächst, daß Zwangsversorgung nur in der Form von Zwangsinfusion durchgeführt wird.

Im Fall Sigurd Debus sah das so aus: Zunächst bestand bei Beginn der Zwangsinfusion weder eine akute lebensbedrohliche Situation noch eine „Akute manifeste Mangelernährung“.

„(55) Ihr Beginn war rein willkürlich. Sie wurde gegen den heftigen Widerstand von Debus durchgezogen. Das „tägliche Schlachten“ wurde die Prozedur von einem Beteiligten genannt.“

Etwas Mann (Sanitäter) packen Debus, er wird unter heftiger Gegenwehr auf eine Liege gepreßt und dort an den Füßen, Beinen, Armen und am Brustkorb festgeschnallt. Die Nadel wird in den Arm geschoben. Die tägliche Zwangsinfusion dauert bis zu sieben Stunden. (56) Bei der Zwangsinfusion selbst unterliefen „gravierende Behandlungsfehler“, wie es ein Gutachter später nannte.

Es wurde eine Dosisvergiftung, gerade ausreichend, „den Zustand, der mit Beginn der parenteralen Ernährung vorlag, aufrechtzuerhalten.“ (57) Es wurde eine systematische Unterernährung betrieben, Vitaminmangel herbeigeführt, durch die zusätzliche überhöhte Zufuhr von Chloriden (Natrium u.a.) wurde ein sog. „Hypernaträmiesyndrom“ bewirkt, das sich durch Orientierungslosigkeit, Schläfrigkeit, Falschwahrnehmung und Verlust des Realitätsbewußtseins äußerte. Außerdem führte diese Technik der Zwangsinfusion nach etwa drei Wochen zu einer Aufschwellung im Gehirn, einem sog. Hirnödem. (58)

Hierzu, zum vollen Verständnis dieser sog. „Behandlungsfehler“ muß man folgendes wissen. Der leitende Medizinaldirektor in der Hamburger Landesjustizverwaltung, Dr. Friedland, verfolgte offenbar einen Kurs, der nach einer Äußerung des Berliner Gefängnisarztes Dr. Meixner auf folgenden Kern gebracht werden kann: „Sie (die Gefangenen) können und dürfen sterben, aber sie dürfen nicht verhungern.“ (59) Anders gesagt: Zwangsversorgung nicht als Mittel zur Verhinderung des Todes der Gefangenen, sondern um ihn darüber zu töten. Jedenfalls spricht man angesichts dieses Kontextes besser von medizinischer Folter als von „Behandlungsfehlern“.

Aber Sigurd Debus ist weder an den Folgen des Hungers noch an dem Hirnödem gestorben, sondern an einer Missernährung im Gehirn, deren Genese eben im „tätlichen Schlachten“ lag. Dabei ist es eine typische Folge von „dumpfer Gewaltanwendung“ auf den Kopf in Form von Schlägen, die man Debus sehr wahrscheinlich vor dem Festnehmen am 5. April 1981 verpaßt hat. Vermutlich wurde es die Klinkerärzte eines Tages leid und haben „hau zugefaßt“ — so als Fortsetzung der Friedland'schen Behandlungsmethoden mit anderen Mitteln, wie es K. H. Roth ausdrückte. (60)

Sigurd Debus ist das Opfer der „Hamburger Linie“ in der Zwangsversorgung und medizinischer Foltermethoden geworden. Die bei Leuten wie Friedland dahinterstehende Gesellschaft drückt dieser selbst einmal so aus:

„Hierbei handelt es sich nicht um Nahrungsverweigerung im herkömmlichen Sinn, sondern es handelt sich um Angehörige der sog. RAF, zu deren Kampf gegen den Rechtsstaat nicht nur Bomben gehören, nicht nur MP's, sondern auch der Hungerstreik, wenn sie in Haft sind. Es ist also eine Fortsetzung ihres Kampfes gegen den Rechtsstaat, den wir auch als beamtete Ärzte mit zu vertreten haben, mit anderen Mitteln, das möchte ich ganz klar sagen. Ich meine, auch gegen zu miszellen, wenn jemand anderer Meinung ist, hat er es B. als beamteter Arzt um Dursch des Staates, bezahlte von den Steuergebern unserer Bürger, nichts zu suchen.“ (61) Da erübrigt sich jeder Kommentar zu dem „Berufsethos“ eines solchen Arztes.

Eine eindringliche Schilderung der unmenschlichen Prozedur Zwangsversorgung hat der in Celle einsitzende Karl-Heinz Dellwo gegeben.

Mit den zynischen Worten: „Ich muß ihnen die Zwangsversorgung jetzt zuzugew“ geht es los. (62) Sieben Mann greifen Dellwo und versuchen, ihn auf einen eigens für die Prozedur geschaffenen Stuhl zu zwingen. Dabei wird der sich wehrende Dellwo geschlagen, schließlich mit Eisenfesseln und Ledergurten an den Stuhl gefesselt, und zwar an den Füßen, Händen und Oberschenkeln sowie über Magen und Brustkorb an ein Eisenrohr hinten am Stuhl. Die Fesselung ist so stark, daß er Atemnot bekommt und nur noch ganz kurze Atemzüge machen kann. Der Kopf wird an den Haaren ganz nach hinten an die Stuhllehne gezogen.

Dellwo wird etwas eingepreßt, dann greift einer in die Haare, um der anderen Hand packt er den Unterkieferknochen und versucht mit aller Kraft, den Kopf ruhig zu halten. Der Arzt versucht einen Plastikschlauch so tief wie möglich in ein Nasenloch zu schieben. Trifft er die Luftröhre, und krampfartige Hustenanfälle die Folge ist der Schlauch im Magen, wird Luft reingeblasen, dann werden mehrere Spritzen mit Nährflüssigkeit reingepumpt, die unter den so festen Gurten einen schmerzhaften Druck verursacht. Die

Atemnot nimmt zu. Brechreiz entsteht. Dann wird der Schlauch schnell herausgerissen, was wie Feuer brennt und alles Innere sich zusammenkrampft. M.D. Es folgt noch eine Zwangsblutentnahme, die nicht weniger brutal abläuft. Dellwo wird dann in eine Liege gestellt, wo der Wasser abgedreht ist. Dort bleibt er eine Stunde und wird dann in seine Zelle zurückgebracht.

„Die Zwangsversorgung im Magen, die zusätzlich durchgemachte Prozedur schaffen ein Gefühl, als wäre man unter Burgenstein begraben. Ich bin ins Bett gekriecht und habe da fünf Stunden bewegungslos gelegen, hundemüde, nicht aber in der Lage zu schlafen, fünf Stunden, in denen ich Brechgefühle, Magen- und Darmkrämpfe und immer wieder Zitteranfälle, begleitet von Hitze- und Kältechauern bekommen habe und in denen ich so schwach war, daß ich mich nicht einmal mehr aufsetzen konnte.“ (63)

## Schlußbemerkung

Der Tod Dr. Leschhorn und Sigurd Debus haben Trauer und Betroffenheit ausgelöst — wenn auch nicht in dem Maße und Umfang, wie das angesichts der Bedeutung der damit zusammenhängenden Vorkommnisse für die Gefangenen in den Klinken angemessen gewesen wäre. Es ist jedoch zu hoffen, daß über Trauer und Betroffenheit hinaus der Tod des Arztes genauso wie der Tod des Gefangenen politische Wirkung zeigen. Und zwar in dem Sinne, daß die Absicht der Justizbehörden und Anwaltschaften — in Berlin und anderswo — nicht so weitgehend widerstandsfähig durchgesetzt werden kann, mit Druck auf die Ärzteschaft, durch Disziplinierung nur noch willfährige Vollstrecker ihrer Vollzugspolitik in den Klinken zu haben. Und damit den Gefangenen (nicht nur den politischen!) eine wirkungsvolle Möglichkeit des Widerstands, des Hungerstreiks, zu nehmen und die Zwangsversorgung und medizinische Folter in den Klinken weitgehend unbeschadet zu praktizieren.

Abschließend nochmals eine Stellungnahme von berufener Seite: „Wir sind der Meinung, daß Zwangsversorgung von Gefangenen nicht erlaubt ist. Wir betrachten dies nicht als eine medizinische Handlung, sondern nur als ein Mittel, den Widerstand von Menschen zu brechen. In diesem Zusammenhang muß Zwangsversorgung dann auch vermehrt als Folter betrachtet werden statt als medizinischer Eingriff im Interesse des Gefangenen. Wir fordern Sie auf, das Recht eines jeden Menschen, medizinische und paramedizinische Behandlungen zu verweigern, zu respektieren. Für den Fall, daß Sie gebeten werden, Zwangsversorgung durchzuführen, fordern wir Sie dringend auf, dies zu verweigern (...). Im übrigen weisen wir noch darauf hin, daß es sich bei den Gefangenen nicht um einen Selbsttötungsversuch durch daß es sich bei den Gefangenen nicht um einen Selbsttötungsversuch durch Ernährungsvorenverhaltung handelt. Ganz im Gegenteil sogar: Die politischen Gefangenen wollen überleben. Gerade deshalb kämpfen sie für eine Besserung der Haftsituation und Aufhebung der systematischen Isolierung, der sie von Anfang an ausgesetzt waren.“ (64) (Aus einem Offenen Brief von 80 holländischen Ärzten an die Anwaltschaft in der Bundesrepublik.)

## Anmerkungen:

- 1) Tag. 28.1.82
- 2) Tag. 27.1.82
- 3) Tagesspiegel, 28.1.82
- 4) Spiegel, 1.2.82
- 5) vgl. Spiegel, 13.4.81
- 6) Tagesspiegel, 15.4.82
- 7) Tagesspiegel, 28.1.82
- 8) Tag. 5.2.82
- 9) Tag. 5.2.82
- 10) Spandauer Volksblatt, 9.2.82
- 11) Spandauer Volksblatt, 28.1.82
- 12) Tagesspiegel, 15.1.82
- 13) ebenda
- 14) Brief des Neurologen Dr. Friedberg
- 15) Tagesspiegel, 1.1.82
- 16) Spandauer Volksblatt, 28.1.82
- 17) Tagesspiegel, 28.1.82
- 18) Tag. 5.2.82
- 19) Spandauer Volksblatt, 28.1.82
- 20) Tag. 28.1.82
- 21) Spandauer Volksblatt, 12.3.82
- 22) Tagesspiegel, 7.1.82
- 23) Spandauer Volksblatt, 10.1.82
- 24) Spandauer Volksblatt, 17.1.82
- 25) Spandauer Volksblatt, 2.2.82
- 26) Tag. 2.2.82
- 27) Tag. 25.2.82
- 28) Spandauer Volksblatt, 2.2.82
- 29) Tag. 22.1.82
- 30) Dok. vom Senat, Kassenärztliche Vereinigung des Bundes, 1973 S. 17
- 31) ebenda
- 32) ebenda S. 10
- 33) Medusa als Synonymus: Berlin 1977 S. 48, 50
- 34) vgl. K. H. Roth in: Die Zwangsversorgung verpflichtet? Berlin 1981 S. 25
- 35) Offener Brief an die Zwangsversorgung verpflichtet? Berlin 1981 S. 25
- 36) Tagesspiegel, 19.1.81
- 37) Zwangsversorgung verpflichtet? S. 20
- 38) Tagesspiegel, 19.1.81

- 39) Erklärung: Interner medizinisch erfahrener Arzt des Klinker Barmbek an „Zur Zwangsversorgung verpflichtet“ S. 21
- 40) ebenda
- 41) Dr. Schiller in ebenda, S. 41
- 42) RA Ziegler in „Dokumentation zum Tod Leschhorn“ Berlin 1982, S. 16
- 43) BVL 11.1.11
- 44) Prof. Jahn in „Zur Zwangsversorgung verpflichtet“, S. 77, 78
- 45) ebenda, S. 16
- 46) ebenda
- 47) Tagesspiegel, 23.1.82
- 48) Dr. Lammert in „Zur Zwangsversorgung verpflichtet“ S. 10
- 49) ebenda, S. 26
- 50) Dr. Treutner in „Zur Zwangsversorgung verpflichtet“ S. 34
- 51) Dr. Lammert über ärztliche Verfahren bei Gefangenen, XLI. Generalversammlung des

- Wissenschaften 1975 in: Tabla in: „Medizin als Strafe“ S. 110
- 22) vgl. Spiegel, 5.4.82
- 23) K. H. Roth in: Zur Zwangsversorgung verpflichtet? S. 10
- 24) ebenda S. 10
- 25) vgl. Barmbek Krankenhaus, Tag. 3.4.82
- 26) Tag. 4.4.82
- 27) vgl. Barmbek Krankenhaus, Tag. 5.4.82
- 28) K. H. Roth in: Barmbek Nr. 225
- 29) Tag. 5.4.82
- 30) Barmbek Nr. 225
- 31) Tag. 4.4.82
- 32) Spiegel, 13.4.82
- 33) ebenda
- 34) in: Tag. 13.1.1981

Anti-Kp.-Kommission, Weistötlin

# Presseerklärung gegen Zwangsuntersuchung bei Günter Sonnenberg

Wie unser Anwalt mitteilen, sollen bei Günter Sonnenberg gegen seinen Willen Untersuchungen an seinem Gehirn unter ständiger Überwachung stattfinden. Günter Sonnenberg wurde bei seiner Verhaftung 1977 durch einen Kopfschlag lebensgefährlich verletzt.

Nach Ansicht der Anwälte hat diese Untersuchung das Ziel, „Eingriff zum Gehirn politischer Gefangener zu schaffen“ und sie wieder auf die Parole zu einem ähnlichen Verbrechen 1973 bei Ullrich Meinhof hin, das durch öffentliche Mobilisierung verhindert werden konnte.

Karlsruhe/Stuttgart, den 30.7.1982

## Presseerklärung

Am 13. Juli 1982 verfügte der stellvertretende Anstaltsleiter der Vollzugsanstalt Bruchsal und Vorsitzende der Jungen Union Karlsruhe, Jäger, eine neurochirurgische Nachuntersuchung bei unserem Mandanten Günter Sonnenberg. Diese Untersuchung — es handelt sich dabei um Computertomographie — und Elektroenzephalogramm-Aufnahmen sowie um Blutentzug und Biopsie — soll im September 1982 von Prof. Dr. Reulen im Psychiatrischen Landeskrankenhaus (PLK) Weissenau unter Überwachung und Kontrolle durch den dortigen neurologischen Leiter, Prof. Dr. Kroll, durchgeführt werden.

Das weitere soll gemäß der genannten Verfügung die Untersuchung unter Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht hinsichtlich des Untersuchungsergebnisses durchgeführt werden. Als Rechtsanwältin von Günter Sonnenberg haben wir ausdrücklich betont, daß Günter Sonnenberg — nicht bereit ist, diese Nachuntersuchung durch Prof. Dr. Reulen durchführen zu lassen, sondern ausschließlich durch einen Arzt seines Vertrauens; — das weitere nicht bereit ist, diese Nachuntersuchung im PLK Weissenau durchführen zu lassen, da dort die Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht nicht gewährleistet ist, und — im Falle einer zwangsweisen Durchführung der Nachuntersuchung sich dagegen wehren und bei einem solchen Vorgehen einen Strafantrag gegen die Verantwortlichen einlegen wird.

Aufgrund früherer Erfahrungen, so z. B. vor und nach dem letzten neurochirurgischen operativen Eingriff durch Prof. Dr. Reulen im Elisabethen-Krankenhaus in Ravensburg und der postoperativen Überbringung im PLK Weissenau, sowie nach einer weiteren Nachuntersuchung im PLK Weissenau im November 1980, bei denen jeweils durch das Beisein von Prof. Dr. Kroll die ärztliche Schweigepflicht unterlaufen wurde und die Befunde an staatliche Stellen weitergeleitet wurden, bestehen keine Voraussetzungen mehr, eine solche Untersuchung an diesem Ort und im Beisein dieser Ärzte durchführen zu lassen. In der genannten Verfügung des stellvertretenden Anstaltsleiters Jäger ist davon die Rede, daß auf die Entscheidung von der ärztlichen Schweigepflicht über das Untersuchungsergebnis zumindest insoweit nicht verzichtet werden kann, soweit dies die Frage der Haftfähigkeit Günter Sonnenbergs betrifft.

Die Haftfähigkeit Günter Sonnenbergs ist nun aber bereits vor fünf Jahren von unabhängigen Gutachtern festgestellt worden. Dies ist den staatlichen Organen bekannt. Nicht darum geht es ihnen. Vielmehr wollen sich Staats-

schutz und Justiz mit der Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht Zugriff zum Gehirn des Gefangenen verschaffen.

Elektroenzephalogramm-Untersuchungen und Blutuntersuchungen haben eine wichtige Funktion für Justiz und Staatsschutz als Kontrollmöglichkeit über die Auswirkungen von Isolationshaft und — umgekehrt — für die Möglichkeit der Steuerung und Programmierung der weiteren Isolationshaft.



Parallelen zu der 1973 von der Bundesanwaltschaft bei Ullrich Meinhof versuchten Zwangsuntersuchung und Zwangsuntersuchung — mit dem Ziel, stereotaktischer Eingriff ins Hirn — und unverkennbar. Damals wurde das Projekt der Justiz durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit verhindert. Das Vorhaben, die Untersuchung bei Günter Sonnenberg unter Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht durchzuführen, hat erneut das Ziel, Zugriff zum Gehirn politischer Gefangener zu schaffen. Es geht hier bei dieser Presseerklärung darum, durch Öffentlichmachung der Absichten von Justiz und Staatsschutz gegenüber Günter Sonnenberg, ein solches Vorhaben zu verhindern.

H. Matthies (Rechtsanwalt)

Thomas Fischer (Rechtsanwalt)

## Ruhe oder Chaos

Der aktuelle Reader über Polizeientwicklung, innere Aufrüstung, CS und Gummigewehre, Demonstrationsrecht u. a. Beiträge von 13 Autoren und Autorengruppen, u. a. Fabig, Scharmer, Schrempf, Werkenun, K.B. Oksimist, Sanitärgruppen, WSK.

Hug. Conradtschaden Hamburg 124 S. 48 Abb. DM 7.50 Vertrieb: BOU, Berlin 26, 2 HH 4



# AEG — Ein Gigant wird liquidiert

In diesem Jahr hätte „die berühmte AEG“ (Lenin) ihren hundertsten Geburtstag gefeiert. Doch mit dem Anfang August gestellten Vergleichsantrag scheint das Schicksal des einstigen Flaggschiffes deutscher Unternehmerrhetorik endgültig besiegelt. 20.000 Arbeitsplätze sind unmittelbar bedroht, die Hälfte der 120.000 Arbeitsplätze scheint längerfristig gefährdet zu sein.

Wie kann das angehen, daß der nach der Siemens AG zweitgrößte Rüstungsproduzent der BRD, ein Industriegigant, der immerhin in einer Wachstumsbranche tätig ist, in den Strudel der Wirtschaftskrise gerät? Presse und Gewerkschaften spekulieren über das Millmanagement, das den Konzern in den Ruin getrieben habe und leugnen Zusammenhänge mit dem Wirtschaftssystem. Über die Mitbestimmung dienen sich die Gewerkschaftsführer als die besseren Krisenmanager an. Fürwahr, die Wegrationalisierung von 30.000 Arbeitsplätzen in den vergangenen Jahren wurde von ihnen geschluckt; auch jetzt lautet ihre Empfehlung an die Belegschaften, diszipliniert weiterzuarbeiten, um Schlimmeres zu verhindern. Der Staat, der sich bisher mit Bürgschaften geizt hatte, da ihm der geplante Kapazitätsabbau nicht ausreichend erschien, läßt angesichts des anstehenden Kollapses bei den angeblich unrationellen Arbeitsplätzen die Steuergelder sprudeln. Die Banken, die wahren Besitzer des Konzerns, die jahrelang über Zinsen Milliardenbeträge aus dem Konzern herausgezogen haben, müssen den endgültigen Zusammenbruch des Unternehmens nicht fürchten: Sie verdienen immer. Derweil steht die Konkurrenz bereit, sich die lukrativsten Teile aus dem Konzern herauszupicken und sich einzuverleiben. Der korporative Block zur Sanierung der Volkswirtschaft in Aktion.

Seit dem Wochenende des 8./9. August 1982 ist der Untergang des einst so stolzen Flaggschiffes deutscher Unternehmerrhetorik, der AEG-Telefunken AG, endgültig besiegelt. An diesem Tag traf sich das Konsortium der 25 an-

merherrlichkeit, der AEG-Telefunken AG, endgültig besiegelt. An diesem Tag traf sich das Konsortium der 25 an-

merherrlichkeit, der AEG-Telefunken AG, endgültig besiegelt. An diesem Tag traf sich das Konsortium der 25 an-

Dieses im Vergleich zu den Vorjahren vergleichsweise läppischen Forderungen lehnten die Banken, trotz stillschweigender Zusage zur Deckung von 85 % eventueller Risiken durch die „Exportbürgschaft“, ab. Damit war die AEG-Telefunken AG zahlungsunfähig geworden und stellte einen Tag später den Antrag auf ein Vergleichsverfahren.

Wenige Tage später erklärte der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Friedrichs, daß ein erfolgreiches Sanierungskonzept der AEG erst mit zusätzlichen Mitteln von vorerst 2,2 Mrd. DM denkbar sei. Die Banken, die durch ihre Kreditvergabepolitik die AEG systematisch an den Rand des Ruins getrieben hatten, suchten zu keinem Zeitpunkt daran, auch noch eine müde Mark in die AEG zu stecken, ohne dafür entsprechende Sicherheiten zu haben. Ihre Strategie war klar: Die Drohung, die AEG fallen zu lassen und wollte die Bundesregierung unter Druck setzen, Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sanierung zu schaffen, d.h. aus Steuermitteln entsprechende Bürgschaften zur Risikoabsicherung ihrer neuen Kredite zu bekommen.

Nach dem jüngsten Stand der Ent-

wicklung scheint die Rechnung der Banken voll und ganz aufzugehen: Noch während die 25 AEG-Banken am 18. August tagten, sicherte die Bundesregierung eine Bundesbürgschaft zu, auf deren Grundlage das Bankensortiment der AEG ein Darlehen in Höhe von 1,1 Mrd. DM zur Verfügung stellen soll. Über die Höhe dieser Bundesbürgschaft soll in den nächsten zwei Wochen entschieden werden. Die restlichen 1,1 Mrd. DM wollen die Banken als sog. „Massendarlehen“ gewähren.

jährigen Sanierungstradition des Elektrogiganten, die Zuspitzung der Widersprüche der AEG-Entwicklung drängte immer mehr zur „Endlösung“, wie sie jetzt eingeleitet worden ist.

Blickt man/r frau ein wenig zurück in die Geschichte und fragt nach den Ursachen der AEG-Platz, so lassen sich einige wichtige Eckpfeiler nachzeichnen. Die Entwicklung der AEG ist nicht unabhängig zu sehen von der Entwicklung der bundesdeutschen Elektrobranche und insbesondere in ih-

Vergleichbare Anstrengungen unternahm die AEG auf dem Sektor der Atomtechnologie etwa im selben Zeitraum. Mit der Expansion des AKW-Geschäfts und dem beobachtigten internationalen Einstieg, zwies sich die mangelnde Liquidität des Konzerns auf diesem Sektor längerfristig als tödlich. Nach dem Bau erster Schrottreaktoren entstanden Verluste von 1,7 Mrd. DM (bis 1978), das 1975 mit Brasilien abgeschlossene Geschäft in Höhe von 12 Mrd. DM überstieg die Finanzkraft der

nicht auf die Sanierung, sondern die Neuaufteilung und Zerschlagung des Konzerns hin. Diesen Zielen entsprach auch das im Frühjahr 1982 veröffentlichte „Konzept AEG '83“. Umwandlung der AEG in eine Holding-Gesellschaft, die am Technikbereich nur noch eine Minderheitsbeteiligung erhält, allmähliches Abstoßen des Hausgerätebereichs (AEG-Konsum) sowie das Verschmelzen der Telefunken.

Das neue an diesem Konzept war darüber hinaus, daß nach dem endgült-



Hierbei handelt es sich um Gelder, die „bevorrechtigt“ sind, d.h. die sofort

rem Verhältnis zur Nummer eins dieser Branche, der Siemens AG.

AEG. Die logische Konsequenz war der Verkauf ihrer 50prozentigen Beteilig-

tigen Scheitern einer „privatwirtschaftlichen Lösung“ der letzten Jahre der Staat mit auf den Plan gerufen wurde.

Hierbei handelt es sich um Gelder, die „bevorrechtigt“ sind, d.h. die sofort zurückgezahlt werden, wenn das Unternehmen doch noch in die Brüche geht.

Sollte die Sache so zustandekommen, geht die Bundesregierung ein Spiel mit dem Feuer ein. Nach ersten Schätzungen ist der AEG-Konzern mit ganzen 7,2 Mrd. DM verschuldet, die in vollem Umfang in dem Vergleichsverfahren zu berücksichtigen sind. Davon entfallen allein 4,6 Mrd. an die Banken (auf die sechs größten AEG-Banken entfallen zwei Drittel dieser Schulden). D.h. die Banken investieren, nicht um die AEG, sondern um sich selbst zu sanieren, sie dürfen den weiteren Entwicklung der AEG relativ gelassen zusehen — die Gewinner sind sie in jedem Fall. Sollte das Vergleichsverfahren letztlich doch noch in ein Anschlußkonkursverfahren übergehen (und das könnte die Dresdner Bank ganz allein entscheiden, da sie mit ca. 23 Prozent AEG-beteiligt ist, einem Vergleichsantrag aber 80 Prozent an Beteiligung zustimmen müssen) oder aus anderen Gründen das angestrebte Sanierungskonzept in die Hose gehen, wären die Tage der Bundesregierung gezählt.

Eine Fehlinvestition von Steuergeldern in Milliardenhöhe in der gegenwärtigen Haushaltslage kann keine Regierung überstehen. Möglicherweise hatten die Bankherren bei ihrem Pokerspiel in den letzten Wochen neben wirtschaftlichem Eigeninteresse auch einen Wandel der politischen Verhältnisse im Auge. Die AEG kann jederzeit zum Stolperstein der sozialliberalen Koalition werden.

## Die Banken pflastern den Weg in den Ruin

Der durch die Banken erzwungene Vergleichsantrag ist die Folge einer lang-

rem Verhältnis zur Nummer eins dieser Branche, der Siemens AG.

Nach einer weitgehend „harmonischen“ Phase partieller Absprachen und internationaler Arbeitsteilung entwickelten sich die beiden Elektrogiganten bis zu Ende der Nachkriegsprosperität Ende der 60er Jahre.

Den Vorsprung, den Siemens zu diesem Zeitpunkt für sich verbuchen konnte, wollte die AEG durch einen gewaltigen Kraftakt wieder wettmachen. Ab 1966 startete die AEG eine abenteuerliche Beteiligungs- und Fusionspolitik (50 Firmen wurden aufgekauft), mit der sie ihre Position, insbesondere auf dem Inlandsmarkt, erheblich ausbauen konnte. Auf der anderen Seite machte die AEG auf diese Weise immer mehr Schulden, die Aufwendungen für Zinsen und Kreditrückstellungen stiegen (eine Vervielfachung in nur drei Jahren), so daß der Investitionsspielraum gegenüber dem

Wettbewerber schwindete.



Schon 1974 sanierungsreif		Kontingenz der AEG-Telefunken-Konzerns von 1982 bis 1981																			
Umsatz	1981	1980	1979	1978	1977	1976	1975	1974	1973	1972	1971	1970	1969	1968	1967	1966	1965	1964	1963	1962	1961
(in Millionen DM)	3752	3550	3400	3200	3000	2800	2600	2400	2200	2000	1800	1600	1400	1200	1000	800	600	400	200	100	50
Mitarbeiter	130	128	122	114	108	102	96	90	84	78	72	66	60	54	48	42	36	30	24	18	12
Darlehen	82	87	85	74	74	76	78	80	82	84	86	88	90	92	94	96	98	100	102	104	106
(in Millionen DM)	1472	1518	1514	1527	1554	1586	1616	1651	1684	1716	1746	1774	1800	1824	1846	1866	1884	1900	1914	1926	1936
(in Millionen DM)	87	84	79	68	60	51	43	36	30	24	18	12	6	0	0	0	0	0	0	0	0
(in Millionen DM)	214	218	218	223	228	233	238	243	248	253	258	263	268	273	278	283	288	293	298	303	308

aus: „Roter Morgen“, 13.8.82

tigen Scheitern einer „privatwirtschaftlichen Lösung“ der letzten Jahre der Staat mit auf den Plan gerufen wurde, freilich nicht, um Einfluß zu erhalten, sondern der erwarteten Zuschüsse aus Steuermitteln wegen. Das Risiko weiterer Kredite ohne entsprechende staatliche Bürgschaften schien den Banken zu hoch.

Eine im „Konzept AEG '83“ vorgesehene „privatwirtschaftliche Lösung“ der letzten Jahre der Staat mit auf den Plan gerufen wurde, freilich nicht, um Einfluß zu erhalten, sondern der erwarteten Zuschüsse aus Steuermitteln wegen. Das Risiko weiterer Kredite ohne entsprechende staatliche Bürgschaften schien den Banken zu hoch.

Interessanterweise lag die Kritik der Bundesregierung an dem vorgelegten „Konzept '83“ nicht etwa in den zu erwartenden beschäftigungspolitischen Folgen, sondern genau im Gegenteil. Sie will darauf drängen, daß insbesondere im defizitären Haushaltsgebiet „ein weit über die bisherigen Planungen hinausreichender Kapazitätsabbau“ (Lambdors) stattfinden

Mit besonderem Argwohn aber betrachtete die Bundesregierung die Fälschung einer (offiziell) mehrheitlichen Beteiligung an der neuen AEG-Technik durch einen finanzstarken ausländischen Konzern. Vorübergehend im Gespräch und am Ende praktisch perfekt war das Geschäft mit der englischen GEC (General Electric Company, 189.000 Beschäftigte), die sich mit 750 Mio DM (davon 400 Mio als zinsloses Darlehen an die AEG gewährt) zu 40 Prozent beteiligen wollte. Dies wirtschaftlich gesehen erschien dieses Angebot eigentlich die in dieser Situation aus kapitalistischer Sicht günstigste Lösung zu sein, zumal kein anderer Interessent (außer einem kurzen Techtelmechtel mit der United Technologies aus den USA) im Aussicht stand. Die Befürchtung der Regierung, daß so in unerwünschter Weise „Know-How über den Ozean gekarrt“ würde, scheint bei der ablehnenden Haltung in Bonn eine Rolle gespielt zu haben. Von wesentlicher Bedeutung aber scheint die Tatsache zu sein, daß mit der GEC sich eine ausländische Firma direkt in den Bereich der zweitgrößten westdeutschen Rüstungsproduzenten (ca. 2 Mrd. jährlich an Rüstungsaufträgen) eingekauft hätte.

Auf scharfe Ablehnung stieß GEC-Chef Weinstock nach eigenen Aussagen in Kreisen der deutschen







# Die SPD ist am Ende

Fortsetzung von S. 1

## Ein Sommerfritt mit den Grünen

Die innere Krise der SPD und das drohende Ende der sozialliberalen Koalition in Bonn haben zu Überlegungen über Bündelmöglichkeiten mit den Grün-Alternativen geführt, die man differenziert bewerten muß. Neben dem etablierten unversöhnlichen wie unerschütterlichen Gedankenpaar, man könnte die Grün-Alternativen anstelle der FDP zu Mehrheitsbeschaffern zur Fortführung der bisherigen Politik einspannen, gibt es auch ernstzunehmende Denksätze über das Zustandekommen eines „neuen historischen Blocks“ auf Grundlage einer politischen Wende. Dieser Denksatz baut im Allgemeinen auf der Einbildung auf, daß es nur dem negativen Einfluß der FDP zuschreiben sei, wenn „authentisch sozialdemokratische Politik“ in Bonn nicht durchgesetzt werden kann. Mit den Grün-Alternativen soll nun ein ganz andere gearteter Bündnis- und Koalitionspartner zur Verfügung stehen, mit dem die SPD endlich die Politik machen könnte, die sie eigentlich am liebsten schon seit 1969 betrieben hätte.

Die SPD-Führung befindet sich im Konflikt, ob sie solchen Illusionen Spielraum geben soll oder ob sie faktisch günstiger ist, mit Blick nach Rechts jeden Gedanken an eine Partnerschaft mit den Grün-Alternativen kategorisch zu dementieren. Denn einerseits bildet das Bemühen um Integration radikaler „außerparlamentarischer“ Bewegungen ein traditionelles Aufgabengebiet der SPD im arbeitsteiligen System der etablierten Parteien. Andererseits muß die SPD aber befürchten, daß ihre freundlichen Signale nach Links auf der rechten Seite ihres Spektrums weitzere Verunsicherung und Abwanderung zur CDU/CSU (oder FDP) hervorruft. Da es bei diesen Überlegungen sowohl nach Links wie nach Rechts um erhebliche Potentiale geht, fällt der SPD eine Entscheidung schwer. Ihre Politik ist dementsprechend schwankend und unsinnlich. Nachdem im Juli von prominenten Politikern der SPD einige sehr wohlwollende Signale in Richtung Grün-Alternative abgegeben worden waren, ist man wenige Wochen später schon wieder um scharfe Abgrenzung bemüht. Bundeskanzler Schmidt höchstpersönlich bemüht sich, um mittel-

ist man wenige Wochen später schon wieder um scharfe Abgrenzung bemüht. Bundeskanzler Schmidt höchstpersönlich bemüht sich, um mittel-

Einen anderen Weg hat Börner in Hessen gewählt. Er donnert kupp und klar, daß für ihn mit den Grünen überhaupt nichts laufen wird und daß sie ihn an die Nazis erinnern. Der Mann kaput sich solche Töne erlauben, weil er sich nach der Landtagswahl im Oktober sowieso nichts mehr anrechnen. Er hat seine Koffer schon gepackt und will wenigstens noch mal laut mit den Türen knallen.

Daß Börner und Dohnanyi jetzt gegeneinander ausgespielt werden, gehört auch zum Dilemma der SPD: In Hessen wartet Innenminister Grise (FDP), daß trotz der harten Worte Börners ein Zusammengehen der SPD mit den Grünen nach der Wahl gar nicht ausgeschlossen ist, siehe die laufenden Verhandlungen in Hamburg. Und in Hamburg weht sich Dohnanyi mit einer parlamentarischen Anfrage der CDU konfrontiert, warum er über die Grün-Alternativen eigentlich so völlig anders denkt als sein Parteifreund Börner. Politischer Betrug ist eben ein schweres Geschäft, wenn man sich dabei nicht über eine einheitliche Linie einigt ist.

## SPD ohne Konzept

Der rechte SPD-Ideologe Löwenthal (nicht zu verwechseln mit seinem noch recht jungen Namensohn im ZDF) hat vor ein paar Monaten viel Staub aufgewirbelt. Er hatte versucht, Gleichgestimmte um ein Thesenpapier zur Selbstdarstellung der SPD zu sammeln. Hauptpunkt des Papiers war die These, daß die SPD sich nunmehr entscheiden müsse, ob sie sich auf ihre Stammwähler aus der Arbeiterschaft oder auf den Protestpotential aus den Mittelschichten orientieren will. Beiden Teilen zugleich könne es die SPD gar nicht recht machen, weil die Interessen beider Gruppen kontrovers seien. Sicherung der Arbeitsplätze kontra überzogene ökologische Forderungen usw. Löwenthal Ratsschlag lautet selbstverständlich Rückbestimmung der SPD auf ihre Arbeiterwähler, klare Abgrenzung von den grün-alternativen Spinnereien.

Löwenthal Vormi als solcher war ein Mißerfolg. Von den SPD-Rechten mochten sich nur wenige voll mit den Aussagen und dem Vorgehen Löwenthals solidarisieren. Manche linken SPDler widersprochen sogar ausdrücklich dem Versuch der These, zwei soziale Gruppen gegeneinander auszuspielen, die eigentlich beide zum SPD-Lager gehören sollten.

Löwenthals Thesenpapier baut auf einer krassen Verzerrung der Realität auf. Weder stehen die Interessen der Arbeiterschaft und der neuen Protestbewegungen feindlich gegenüber, noch ist die SPD berechtigt, sich als Interessenvertreterin der Arbeiter darzustellen. Schließlich ist es nicht den Parolen der Grün-Alternativen, sondern der Politik der SPD zuzuschreiben, wenn die Arbeitslosigkeit Rekordhöhen erreicht, wenn das „soziale Netz“ immer mehr demontiert wird, wenn die Reallohn stagnieren oder sogar sinken usw.

Trotzdem sollte nicht verkann werden, daß Löwenthals These sich um Kern auf eine Realität beziehen. Die Krise der SPD stellt sich als Verlust nach zwei Seiten, zur CDU/CSU (bzw. FDP) und zu den Grün-Alternativen dar. Wie sich die Verluste genau verteilen, läßt sich mit wissenschaftlicher Präzision nicht sagen. Immerhin kann die etablierte Statistik vielleicht als Hilfsmittel und Anhaltspunkt dienen. Die „Frankfurter Allgemeine“ behauptet (anscheinend auf Basis eines Vergleichs mehrerer Umfrage-Ergebnisse und Umrechnungen), daß von denjenigen, die 1980 die SPD gewählt haben, derzeit 15 % für die CDU/CSU votieren würden, 9 % für die FDP und 7 % für die Grünen („FAZ“, 4.8.82). Diese Schätzung scheint für die Grünen sehr niedrig zu sein. Sie würde bedeuten, daß unter den SPD-Wählern die Tendenz zu den Grünen nicht größer ist als im Durchschnitt sämtlicher Wähler. Eine Infest-

Insamum wird man wohl annehmen dürfen, daß die SPD derzeit rund doppelt soviel Wähler nach Rechts abgibt wie nach Links. Lediglich mit einer

„Öffnung nach Links“ könnte die SPD also ihre Probleme gar nicht in den Griff kriegen, selbst wenn sie zu einer solchen „Linkswende“ bereit wäre.

Die sich nach Rechts wendenden früheren SPD-Wähler pauschal als politisch blinde Protestwähler („Denkretter“) oder als verirrte Schälchen einzuordnen, wäre gewiß fahrlässig und naiv. Man muß schon annehmen, daß bei großen Teilen dieser Abwanderer eine bewußte Sympathie für wesentliche Elemente der CDU/CSU-Propaganda vorliegt. So etwa eine Neigung, auf wirtschaftliche Probleme und Sorgen um den Angriff auf Sündenböcke zu reagieren: der „Ausländerflut“, der „überzogenen Umweltverschmutzung“, das „überstrapazierte soziale Netz“, die „Krankfeuers“, die maßlose Bestürzung schmerzender Arbeitslosen usw. Auch eine zunehmende Tendenz zu etablierten Werten als Reaktion auf die reale Destabilisierung der Verhältnisse wie Ordnung, Recht, Gehorsam, Vaterland etc. spricht sicher eine Rolle.

So betrachtet, muß die SPD sich in der Tat sehr dringend Gedanken machen, auf welches politische Potential und auf welche Linie der Selbstdarstellung sie setzen will. Gleichmaßen nach Rechts wie nach Links Wähler zurückzuholen, kann nicht gelingen. Das Dilemma der SPD ist gegenwärtig, daß sie zur gleichen Zeit Lockrufe nach Links wie nach Rechts aussendet. Das Ergebnis ist dabei doppelt, daß die Signale sich gegenseitig aufheben und lediglich wachsende Unglaubwürdigkeit der Partei produziert wird. Die SPD kann, beispielsweise, keine glaubwürdige Integrationspolitik gegenüber den Grün-Alternativen entwickeln, wenn sie diese gleichzeitig als Rechtsbrecher, kommunistische Bürokraten, Phantasten usw. darstellt. Umgekehrt bringen die Schimpfkanonaden und messerscharfen Abgrenzungen von den Grün-Alternativen der SPD auch nach Rechts keinen Gewinn, solange sie immer noch irgendwo auf eben solchen Grün-Alternativen zusammenarbeitet oder jedenfalls Zusammenarbeits nicht prinzipiell ausschließt.

Auf diesen realen Widerspruch scheinen Löwenthals These gezielt zu sein. Der Konflikt blieb ungeklärt, der SPD fehlt nach wie vor ein einheitliches Konzept.

Über die weitere Behandlung des Problems durch die SPD läßt sich nur spekulieren. Momentan scheint es so zu sein, daß die SPD sich um zwei Konzepte bemüht.

Über die weitere Behandlung des Problems durch die SPD läßt sich nur spekulieren. Momentan scheint es so zu sein, daß die SPD sich um zwei Konzepte bemüht. Über die weitere Behandlung des Problems durch die SPD läßt sich nur spekulieren. Momentan scheint es so zu sein, daß die SPD sich um zwei Konzepte bemüht.

Insamum wird man wohl annehmen dürfen, daß die SPD derzeit rund doppelt soviel Wähler nach Rechts abgibt wie nach Links. Lediglich mit einer

## Hamburg: Verhandlungen von SPD und GAL gehen weiter

Sechs Stunden lang verhandelten am 21.8. die 28köpfige Verhandlungskommission der GAL Hamburg und die 20 Mitglieder der SPD-Delegation um die Themen Wirtschaftspolitik/Beschäftigungsprogramm sowie Sanierung der Elbe. Da das Programm nicht geschafft wurde, trifft sich die Kommission bereits am 27.8. wieder, um über die Finanzierung weiterzubereiten und ein Programm für Ausbildungsplätze, gegen Jugendarbeitslosigkeit zu beschließen.

Der vielfach erwartete und teils erhoffte Knack kam nicht. Die SPD präziserte ihre Position, daß auch zukünftig bei Hausbesetzungen dem Rechtsstaat durch polizeiliche Räumung Genüge getan werde. Die GAL widerspricht „legalistisch“. Rechtsstaat ist auch Sozialstaat, wird dagegen verstoßen, sei Widerstand geboten. Das Thema konnte nicht geklärt werden und wird wiederkommen.

Dann ging's zum Thema Wirtschaftspolitik zur Sache. Darf man den Meldungen der örtlichen Presse glauben, dann zog die GAL mit einem „Triumph“ in diese Verhandlungen. Der Senat hatte tags zuvor sein Konzept „Finanzpolitik für Hamburg Beschäftigung und Stabilität“ vorgelegt, das von der CDU so gewertet wurde, daß damit „der Weg der SPD für ihre Verhandlungen mit der GAL geebnet wird“. — Doch da unterschätzt die CDU die GAL und ihre Forderung nach einer Wende in der Beschäftigungs- und Sparpolitik. Seitens der GAL wurde positiv angemerkt, daß im Senatprogramm drei Ansatzpunkte für eine andere Politik enthalten seien: — Die Rücknahme von Personal einsparungen im öffentlichen Dienst für 1983 — Die Bereitschaft, über Gewerbesteuererhöhung Mehrreinnahmen von den Reichen zu holen — Die prinzipielle Bereitschaft, über Neuverschuldung Beschäftigungspolitik zu machen.

Auf der anderen Seite stimmt die SPD keinen Abschied von ihrer alten „Stabilitätspolitik“ und will nach wie vor unsoziale und für die GAL untragbare Maßnahmen durchführen: Sie hält 1983 weiter an der Sparpolitik fest, die 1982 noch durch 20 % Kürzungen nachlassgegebener Gelder für Ergänzungs- und Erweiterungsbeschäftigung veranschlagt wurde. Die SPD will die 1982 noch durch 20 % Kürzungen nachlassgegebener Gelder für Ergänzungs- und Erweiterungsbeschäftigung veranschlagt wurde.

Am „moralischen und politischen Abgrund“ steht der CDU-Vorsitzende Perle. Die Stadt Grund: der GAL-Abgeordnete Thomas Ebermann war im Zusammenhang mit einer Hausbesetzung festgenommen worden. Die Springer-Press, die CDU und die rechte Mafia in Hamburg SPD haben die Stunde gekommen, um die SPD zum Abbruch der Verhandlungen mit der GAL zu zwingen. Nach der von den gleichen Kreisen ausgehenden Kampagne über die kommunistische Unterwanderung der GAL schenken dies der willkommenen Anlaß. Stützen konnten sie sich dabei auf eine starke Basis im SPD-Senat. Den Innenminister und SPD-Rechts Alfons Pawczyk, beruchter Anführer der Hamburger Polizei Pawczyk ist Schöpfer der „Hamburger Linie“, keine Hausbesetzung länger als 24 Stunden zu dulden.

Zunächst schen die rechte Vorstöße zu gelingen. Nähere alle Teile der SPD gingen auf Distanz. Bürgermeister Dohnanyi ließ erklären: „Hausbesetzungen werden auch zukünftig nicht toleriert ... Das Gewaltmonopol des Staates ist für Sozialdemokraten nicht verhandelbar“.

Die SPD-Links, noch vor 16 Monaten auf dem SPD-Landesparteitag im heftigen Streit um die Hamburger Wohnungspolitik und Pawczyts Linie, hatte jetzt nicht viel zu sagen. Drei

Erhöhung von Sozialmieten (ca. 40 Pfennig pro m²) sowie die geforderte stärkere Eigenwirtschaftlichkeit des Verkehrsverbundes HVV, die zu drastischen Fahrpreiserhöhungen führen wird, lehnt die GAL ab. Der gestoppte Stellenabbau im öffentlichen Dienst ist nicht der größte Kritik. Weiterhin gilt für 1983 Einstellungstop und das alte Senatskonzept, von 1982 1986 3 000 Stellen abzubauen, d.h. 1984 und folgende kann wieder kräftig ausgelagert werden.

Ablehnend reagierte die SPD auf die GAL-Forderungen nach Umwidmung im Haushalt (Aufgabe unnützer Projekte zugunsten von Investitionen vor allem im Umweltschutz) und starker Einbeziehung der öffentlichen Unternehmen in die Beschäftigungspolitik (z.B. HfW, statt Kernenergie Heizwärme), was den Haushalt nicht mehr belasten würde, aber Arbeitsplätze bringen kann.

Insgesamt alles andere also als ein GAL-Triumph, so daß diese nach den Verhandlungen erklärte: „Die SPD geht weiter in die falsche Richtung, aber sie geht langsamer“. Für eine Tolerierung reichen die aktuellen Zugeständnisse nicht aus.

Große Enttäuschung herrschte bei der GAL über die begonnene Bilanzierungsdiskussion. Nachdem seitens des Senats freundliches Entgegenkommen signalisiert worden war, war in den Verhandlungen nichts davon zu spüren. Technokratisches und Behördenargumentation, die sich hinter Vorschriften und Langzeitmaßprogramme verschleierte, steht von der GAL geforderten drastischen Sanierungsmaßnahmen entgegen und ist nichts Neues, sondern die bereits seit drei Jahren geübte Praxis der Umweltbehörde und des Senats. Hier zeichnete sich keinerlei Annäherung ab.

Die GAL-Mitgliederversammlung am 22.8. billigte den bisherigen Kurs der Verhandlungsführung, d.h. daß diese nicht abgebrochen werden, wenn es in einem der 9 Forderungspunkte nicht zu einer Einigung kommt. Allerdings soll eine Bilanzierung der Verhandlungsergebnisse öffentlich machen, wo die Dissenzen bestehen, was als nächstes zum Punkt Elbsanierung ansteht. Gleichzeitig beschloß die MV, nicht in der Verhandlungsposition zu stehen, sondern die Dissenzen bestehen, was als nächstes zum Punkt Elbsanierung ansteht. Gleichzeitig beschloß die MV, nicht in der Verhandlungsposition zu stehen, sondern die Dissenzen bestehen, was als nächstes zum Punkt Elbsanierung ansteht.

Am „moralischen und politischen Abgrund“ steht der CDU-Vorsitzende Perle. Die Stadt Grund: der GAL-Abgeordnete Thomas Ebermann war im Zusammenhang mit einer Hausbesetzung festgenommen worden. Die Springer-Press, die CDU und die rechte Mafia in Hamburg SPD haben die Stunde gekommen, um die SPD zum Abbruch der Verhandlungen mit der GAL zu zwingen. Nach der von den gleichen Kreisen ausgehenden Kampagne über die kommunistische Unterwanderung der GAL schenken dies der willkommenen Anlaß. Stützen konnten sie sich dabei auf eine starke Basis im SPD-Senat. Den Innenminister und SPD-Rechts Alfons Pawczyk, beruchter Anführer der Hamburger Polizei Pawczyk ist Schöpfer der „Hamburger Linie“, keine Hausbesetzung länger als 24 Stunden zu dulden.

Zunächst schen die rechte Vorstöße zu gelingen. Nähere alle Teile der SPD gingen auf Distanz. Bürgermeister Dohnanyi ließ erklären: „Hausbesetzungen werden auch zukünftig nicht toleriert ... Das Gewaltmonopol des Staates ist für Sozialdemokraten nicht verhandelbar“.

Die SPD-Links, noch vor 16 Monaten auf dem SPD-Landesparteitag im heftigen Streit um die Hamburger Wohnungspolitik und Pawczyts Linie, hatte jetzt nicht viel zu sagen. Drei

## Letzter Versuch für Klop's „Bürgersaal“

Die SPD-Links erlagen hier wieder einmal dem bewährten Zusammenspiel der drei Säulen für rechte Politik in Hamburg: das schon einmal in ähnlicher Manier Bürgermeister Kloss gestürzt hat. Die Springer-Press hauchte zwei relativ harmlose Aktionen, eine Hausbesetzung und eine Aktion in der Bezirksversammlung, per Schlagzeilen zu staunenswerten Ereignissen auf. Die CDU erhoffte sich Rückenwind für den Vorstoß von Walter Leisler-Klop, seinen bulgarischen Gescheiterten „Bürgersaal“ aus der SPD und rechter FDP doch noch durchzusetzen und an die Macht zu kommen. Klop hatte zuletzt am 31.7. seinen „Bürgersaal“ noch einmal konkretisiert. Er sei bereit, dafür Abstriche am CDU-Programm zu machen und auf drei CDU-Anliegen zunächst zu verzichten: die Änderung des Schulgeset-

Fortsetzung Seite 17

## Turbulenzen in Hamburg

Am „moralischen und politischen Abgrund“ steht der CDU-Vorsitzende Perle. Die Stadt Grund: der GAL-Abgeordnete Thomas Ebermann war im Zusammenhang mit einer Hausbesetzung festgenommen worden. Die Springer-Press, die CDU und die rechte Mafia in Hamburg SPD haben die Stunde gekommen, um die SPD zum Abbruch der Verhandlungen mit der GAL zu zwingen. Nach der von den gleichen Kreisen ausgehenden Kampagne über die kommunistische Unterwanderung der GAL schenken dies der willkommenen Anlaß. Stützen konnten sie sich dabei auf eine starke Basis im SPD-Senat. Den Innenminister und SPD-Rechts Alfons Pawczyk, beruchter Anführer der Hamburger Polizei Pawczyk ist Schöpfer der „Hamburger Linie“, keine Hausbesetzung länger als 24 Stunden zu dulden.



Fortf. v. voriger S.

zen, den Großflughafen Kallienkirchen sowie die schärfere Handhabung des „Extremistengesetzes“ (bei letzterem will er die Reformfrage fallenlassen und nur die Ermäßigung in Erwägung gezogenen Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüfen lassen). Kiep hat angekündigt, im September Namen für seinen „Bürgerhaushalt“ vorzustellen, wobei die SPD bei einer Abstimmung darüber dem Fraktionsrat zustimmt.

Diese Offerte in Richtung SPD hat die CDU jetzt mit einem zusätzlichen geschickten Schachzug garniert. Am 1. September soll auf CDU-Antrag in namentlicher Abstimmung darüber befinden werden, den Senat aufzufordern, „seine bisherige Praxis gegenüber rechtswidrigen Hausbesetzungen beizubehalten und im Falle eines Strafenfalls die sofortige Räumung zu veranlassen“.

### SPD-Rechte provozieren

Kieps Bürgerhaushalt, eigentlich eher eine verdeckte große Allparteienkoalition, setzt starke Hoffnungen auf den rechten Gewerkschaftsführer der SPD, der als einziger offen auf dem SPD-Landesparteiabend am 16. Juni gegen die Gespräche mit der GAL Front machte und bereits zwei Tage nach der Wahl Neuwahlen gefordert hatte. Kieps Forderung nach einer „wachstumsfördernden Politik“ für Hamburg ist vor allem in diese Richtung gewandt, da er sich erhofft, daß diese eher mit der CDU zusammengehen könnten, als mit den angeblichen Wachstumsheimmern von der GAL. Propagandistische Unterstützung bekommt Kiep vom Alt-SPD-Rechten Herbert Weichmann. Resonanz findet er auch beim ehemaligen SPD-Landesvorsitzenden Paulig, der in der „Bild“-Zeitung (2.8.) eine Große Koalition nicht ausschloß. Starker scheint der rechte Flügel der SPD allerdings auf Neuwahlen zu orientieren, um dann, wenn sich an den Kräfteverhältnissen nicht viel ändert, mit der CDU zusammenzuarbeiten. Pawelczyk und Fraktionsvorsitzender Vocherow sprachen nach der Hausbesetzung von Neuwahlen und machten Druck in Richtung Gesprächsabbruch.

Praktisch unterstützt wurde dies vom rechten SPD-Bezirk Mitte, in dessen Gebiet der Stadtteil Billstedt liegt. In diesem vom rechten Wirtschaftssenator lange geführten Bezirk war als einziger von allen sieben Hamburger Bezirken der GAL durch die SPD-Mehrheit das Fraktionsrecht verweigert worden.

Auch der erste Hausabriß im Dorf

vom rechten SPD-Bezirk Mitte, in dessen Gebiet der Stadtteil Billstedt liegt. In diesem vom rechten Wirtschaftssenator lange geführten Bezirk war als einziger von allen sieben Hamburger Bezirken der GAL durch die SPD-Mehrheit das Fraktionsrecht verweigert worden.

Auch der erste Hausabriß im Dorf

Moorburg (Symbol des Widerstands gegen die Hafenerweiterung) seit zwei Jahren und nur zwei Tage nach der Hausbesetzung dürfte nicht zufällig geschehen sein, sondern wird vielfach als Provokation der Rechten gewertet. Dieses Haus ist im Besitz der städtischen Wohnungsgesellschaft SA-GA, zu deren Vorstandsmitgliedern Lange und der ehemalige Innenminister Staack gehören.

Dennoch hat sich vorerst die „Mitte“ um Dohnanyi durchgesetzt. Sie ging zwar auf Distanz und ließ Dohnanyi erklären, daß es sich bei den Kontakten mit der GAL ja eigentlich nur um Gespräche und nicht um Verhandlungen handele. Gleichzeitig kündigte er an, daß zu „einem möglichst frühen Zeitpunkt“ die Gespräche unbedingt um Hausbesetzungen geführt werden müßten, wobei die Haltung des Senats „nicht verhandelbar“ sei.

Gleichzeitig aber scheitert Dohnanyi an der Fortführung der Gespräche festzuhalten. Seine Voraussetzung, daß bei Neuwahlen die SPD nur zu verlieren habe und auch durch die GAL-Gespräche kurzfristig nichts zu gewinnen sei (SPD-vorstandsinternes Papier von Dohnanyi) scheint der SPD nur den Weg zu lassen, in Hamburg mit Rücksicht auf Bonn so lange wie möglich zu überleben. Das aber ist weder durch Neuwahlen, noch durch eine Große Koalition möglich, sondern nur durch Tolerierung durch die GAL bzw. das Hinauszögern der Annahme, daß es zu einer solchen Tolerierung kommen könnte. Insofern ist vielleicht sogar mit teilweisen Zugeständnissen der SPD an die GAL zu rechnen.

### GAL: Kump halten

Die GAL hat in verschiedenen Erklärungen die Beteiligung an der Hausbesetzung als legitim erklärt und ihrerseits die „Hamburger Linie“ in der Jugend- und Sozialpolitik (Sparen auf der einen Seite, immer mehr Ausgaben für Polizei und polizeiliche „Lösung“ sozialer Konflikte) angegriffen. In einem Brief an den SPD-Landesvorsitzenden vom 11.8. hat die GAL daher vorgeschlagen, über Hausbesetzungen und Jugendpolitik am konkreten Fall Billstedt und der Polizeigriffe gegen Punks in Altona zu verhandeln, um eine Wende in der Jugend- und Sozialpolitik Hamburgs zu erreichen.

Darüber sind die Chancen, inhaltlich in die Offensive zu kommen, angesichts einer verunsicherten und in der Richtung zersplitterten SPD nicht schlecht. Sollten dabei gar Zugeständnisse der SPD herauskommen, kann die GAL dies getrost als ihren Erfolg buchen.

zu erreichen.

Darüber sind die Chancen, inhaltlich in die Offensive zu kommen, angesichts einer verunsicherten und in der Richtung zersplitterten SPD nicht schlecht. Sollten dabei gar Zugeständnisse der SPD herauskommen, kann die GAL dies getrost als ihren Erfolg buchen.

## Hausbesetzung in Hamburg

Billstedt (Hamburg Mitte) ist ein sozial und kulturell besonders unterversorgter Stadtteil. Gleichzeitig hat das Arbeiterwohngebiet Billstedt einen hohen Anteil von Ausländern und jugendlichen Arbeitslosen. Seit drei Jahren bemüht sich die „Initiative für ein Stadtteilzentrum Billstedt-Horn“ um Räumlichkeiten. Zwar wurde ihr Angebot immer positiv als „berechtigt“ und „notwendig“ beachtet, doch es passierte nichts. Zuletzt konzentrierte sich die Initiative auf eine lehrreiche Polizeirevierwache. Als bekannt wurde, daß das Bezirksamt diese Revierwache unter Umgehung der Initiative anderweitig verwenden will und eine vorübergehende Untervermietung mit einem Galeristen abgemacht hatte, nutzte die Initiative ein schon länger geplantes Rockkonzert am 7.8., um von da aus für eine Besetzung der Revierwache zu mobilisieren. Dafür hat sie die GAL um Unterstützung gebittet. Die Presse allerdings und interessierte Senatstellen waren davon nichts wissend.

Der GAL-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Ebermann, und die Bezirksabgeordnete Schmitt sollten nach dem Willen des Bezirksamts alleinverantwortlich als „Rädelsführer“ angeklagt werden. Für die Springer-Pressen war Ebermann „Anführer einer Hausbesetzergruppe“.

Presse und Senat versuchten, die Aktion zur Abrechnung mit der GAL hochzustilisieren; das dahinterstehende Anliegen der Jugendlichen sollte völlig verdrängt werden. Von SPD-Seite wurde dies gezielt angegangen. So ließ der Senat in seiner Antwort auf eine GAL-Anfrage bewußt den Eindruck entstehen, als habe das Bezirksamt vor drei Monaten vergeblich versucht, der Initiative die Wache anzubieten. In Wahrheit hatte das Bezirksamt damals nicht die gewünschte Wache 93 im Billstedt angeboten, sondern die Wache 92 im Industriegebiet Billbrook, die zudem verkehrsmäßig nicht zu erreichen ist.



GAL-Abgeordnete Schmitt und Ebermann werden nach der Hausbesetzung abgeführt.

Gleichzeitig wurde versucht, eine Schadensersatzklage gegen die Besetzer durchzusetzen. Der Galerist als Mieter der Wache wurde unter Druck gesetzt, eine solche Klage anzustrengen. Künstler, an die er untervermietet hat, haben sich mittlerweile mit der Stadtteilinitiative solidarisiert und fordern die Rücknahme der Klage.

2 Tage nach der Besetzung war Bezirksversammlung in Hamburg Mitte. Dabei suchte 70 Zuhörer, darunter die meisten aus Billstedt. In der öffentlichen Fragestunde zeigten die etablierten Politiker ihre Dialogfähigkeit ge-

genüber den Jugendlichen. Nichtssagende Antworten und Verdrüstungen sowie schneller Abbruch der Fragestunde provozierten geradezu Proteste. Schließlich ließ der SPD-Versammlungsleiter die Zuhörer von der Polizei abräumen. Die GAL-Abgeordneten, die vergeblich per Antrag versuchten, die öffentliche Fragestunde zu verlängern, solidarisierten sich und verließen die Versammlung.

Am nächsten Tag schlagzeitelte „Bild“: „Krawalle! GAL-Anhänger stürmen Hamburger Parlament“.

## GAL-Forderungen und SPD-Akzente

Zu neuen wichtigen Bereichen der Hamburger Politik hat die GAL Forderungen als Bedingungen für die Tolerierung eines SPD-Senats aufgestellt. Nach der Wahl hat sie diese Forderungen noch einmal konkretisiert und in einem Flugblatt in hoher Auflage vorgestellt. Ihre Bereitschaft, darüber zu verhandeln und nicht ein starres Ultimatum vorzulegen, hat die GAL folgendermaßen beschrieben:

„Wir sind bereit ... über Einzelheiten unseres Forderungskatalogs und über einen Terminplan für seine Verwirklichung zu verhandeln. Wir erwarten jedoch, daß mit allen Maßnahmen sofort begonnen wird, und daß der Zeitplan ihrer vollen Verwirklichung in einem vertretbaren und von uns beeinflussbaren Rahmen liegt. Nicht bereit sind wir, unsern und unkontrollierbaren Versprechungen auf irgendeine Zukunft hin zu akzeptieren. Und nicht bereit sind wir ebenso, uns auf irgendwelche Tauschgeschäfte einzulassen, die den Wertgehalt unserer Forderungen zunichte machen würden (wie: Wir steigen aus Brokdorf aus, wenn ihr der Zerstörung Moorburgs durch die Hafenerweiterung zustimmt).“

Unser Forderungskatalog macht sozialdemokratisches Weiterregieren in Hamburg in einer neuen Weise möglich, umfaßt aber natürlich nur einen Teil dessen, was wir insgesamt an politischen Veränderungen in der nächsten Zeit für nötig halten. Deswegen — und weil wir nicht bereit sind, letztlich als neuer Juniorpartner der großen SPD deren alte Politik mit fortzuschleppen, und weil wir uns auch weiterhin außerparlamentarisch nicht die Hände binden lassen — gehen wir keine Koalition ein. Wir streben nicht selbst Senatorenposten an, sondern übernehmen Verantwortung in der parlamentarischen Opposition, auf die die SPD sich aber nur stützen kann, soweit sie zu der von uns beschriebenen Wende bereit ist.“

Wie hat die SPD bislang inhaltlich auf die GAL-Forderungen reagiert? Während die SPD-Rechte hauptsächlich in öffentlichen Äußerungen betont, daß da kaum etwas bei rauskommen könne (am weitesten „positiv“), äußerte sich dabei der Fraktionsvorsit-

zende Henning Vocherow, der eine Einigung nur für möglich hält, wenn die „auf der Grundlage des SPD-Wahlprogramms zustande kommen“ würde — (1), äußert sich die „Mitte“ vorsichtiger skeptisch, sie betont zwar, daß man „sozialdemokratische Politik fortsetzen“ wolle, aber auch bereit sei, „neue Akzente“ zu setzen (Dohnanyi) — (2). Dohnanyi hat aber auch betont: „Dieser Senat wird keinen grundsätzlichen Wandel in der Politik zulassen“ (3) — Hoffnungsvoller ist da schon die SPD-Linke, die in ihren politisch spärlichen (öffentlichen) Äußerungen die Erwartung nach einer Wende zurück zur Reformpolitik ausspricht. Am weitesten hat sich bislang der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bodo Schumann vorgewagt, der die „Chance“ betont, „quasi unter dem Druck des Wahlergebnisses und der GAL — zu einer deutlichen sozialdemokratischen, sozialistischen Politik zurückzufinden“ und ankündigt, daß „die Zeiten feiler Kompromisse ... vorbei“ sind. Schumann schätzt die Gespräche sogar als Nagelprobe dafür ein, daß „die Aussicht geben (werden) über den wirklich inhaltlichen Standort der SPD“ — (4). Auch der Bürgerchaftsabgeordnete Wulf Damkowski hofft auf „eine Perspektive für konsistente Reformpolitik“ — (5), wenn gleich er, stärker als Schumann, die Verantwortung für deren Zustandekommen vor allem bei der GAL ansieht.

Wie aussichtsreich diese Hoffnungen sind, soll eine Gegenüberstellung der GAL-Forderungen mit den bisherigen öffentlichen Äußerungen der SPD bzw. einzelner ihrer Repräsentanten zeigen. Das Fazit vorweg:

Viel von Dohnanyis „neuen Akzenten“ ist bislang nicht sichtbar. Im Gegenteil überwiegt die alte Betonung, daß man die bisherige Politik konsequent fortsetzen wolle. Würde man allein diese Änderungen zur Mehrheit der Tolerierung nehmen, dürften die GAL/SPD-Gespräche gar nicht geführt werden. Da wissen die SPD-Linken aber noch einige Schläge zulegen, soll ihre Hoffnung auf eine neue Reformpolitik erfüllt werden.

### 1. Rücknahme der Sparbeschlüsse im Sozial- und Bildungsbereich

Hierzu gibt es keine verbindliche Aussage. Deutlich zeichnet sich ab, daß das vorbereitende Götting um die leeren Kassen Hamburgs von den SPD-Rechten zur Fortsetzung und Fortsetzung der Sparpolitik benutzt wird. Vocherow in einem „Bild“-Interview: „Ziel unserer Politik war und bleibt die Konsolidierung des Haushalts ... BILD: Wie denn? — Vocherow: Durch Sparmaßnahmen.“ — (6).

In dieser Zielsetzung geht er mit ziemlichher Sicherheit einig mit den SPD-Rechten Finanzsenator Steinert und Wirtschaftsminister Lange ebenso wie mit der haushaltspolitischen Linie Helmut Schmidt. Konsequenz für Hamburg: Eine Sparpolitik kann vorstellbaren Annahmen, die für die GAL nicht verhandelbar ist.

Demgegenüber nicht ein bemerkenswertes Papier des den Linken zuzurechnenden Sozialsenators Ehlers, das er in die aktuellen Haushaltsberatungen des Senats eingebracht hat und das nicht ohne Grund als Geheimpapier behandelt wird. Ehlers entwickelt in diesem Papier, daß geringere als bisher angenommenen Wachstumsraten bei Fortführung der derzeitigen Politik bis 1983 die Arbeitslosenzahl Hamburgs von derzeit 51 000 auf 105 000 mehr als verdoppeln werden. In der Konsequenz spricht er gegen Sparpolitik, gegen den geplanten Abbau von 3000 Stellen im öffentlichen Dienst, für höhere Belastungen der Unternehmen (Gewerbesteuer, Gebühren) und für eine Neuverschuldung zugunsten arbeitsplatzschaffender Investitionen.

Ein Papier, das angesichts der bisherigen Politik fast „revolutionär“ aussieht und — vorbehaltlich gewisser Einsparungen — für die GAL durchaus verhandelbar erscheint.

Dabei dürfte es besonders interessant sein, den von der rechten AFD-Mafia beherrschten Hamburger DGB in die Verantwortung zu zwingen, da viele von Ehlers Ansätzen mit den aktuellen beschäftigungspolitischen Forderungen des DGB übereinstimmen.



Foto: H. W.

Wohnungspolitik in Hamburg: SA-GA-Sprecher Ostermann freut sich über den jüngsten Hausabriß in Moorburg.



Fortf. v. voriger S.

## 2. Ein wirksames Beschäftigungsprogramm

Zu den GAL-Forderungen nach einem Beschäftigungsprogramm gibt es bislang keine verwirklichten offiziellen Äußerungen der SPD. Weder zum Ausbau der Fernwärme, noch zu Investitionen im Umweltbereich, noch zur Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion auf den Hamburger Werften. Indiz dafür, wie die Diskussion laufen wird, dürfte die aktuelle Auseinandersetzung um den sozialen Wohnungsbau und den Straßenbau sein. Gegenüber von der SPD geplanten 3000 Sozialwohnungen jährlich fordert die GAL 1000 Wohnungen. Die SPD hat ihre Pläne noch in der letzten Legislaturperiode durchgezogen und 11 Hebauungspläne verabschiedet. Dabei ist weder eine umfassende Planung unter Einbeziehung der Wohnqualität, ausreichender städteplanerischer und die Umwelt berücksichtigender Gesichtspunkte vorgenommen worden, noch eine ausreichende Bürgerbeteiligung vorgesehen. Mit diesem „Sachzwang“ wird jetzt versucht, Druck auf die GAL auszuüben, Mitverantwortung für Jahrelange SPD-Miðwirtschaft zu übernehmen. Die von der SPD verantworteten „Nachwünge“ werden zur Zeit von der GAL differenziert geprüft und haben in einem Fall zur Ablehnung durch GAL und CDU geführt, so daß die SPD zur Zeit die Zerstörung der Kleingartensiedlung Billerhuder Insel zurückstellen mußte. In einem anderen umstrittenen Fall, in Hamburg-

Rahlstedt, hat die GAL trotz großer Bedenken sich für den Bau entschieden. Im Fall einer Umgehungsstraße in Bergedorf wiederum hat die GAL sich gegen dieses rigoros durchgezogene Projekt ausgesprochen, zusammen mit der CDU, die allerdings aufgrund von Kritik der Bauindustrie ihren Rückzieher vorbereitet. Es soll an dieser Stelle nicht näher erläutert werden, daß CDU und GAL unterschiedliche Gründe hatten, die Projekte abzulehnen. Nichtsdestowenig können gerade die stillen Sympathisanten einer Großen Koalition in der SPD-Rechten eine unheilvolle Allianz CDU/GAL, die die Arbeitsplätze gefährdet, in der nicht unberechtigten Hoffnung, die rechten DGB-Führer könnten drauf anspringen (tatsächlich hat schon die IG Bau Steine Erden protestiert). Symptomatisch für den Versuch, die GAL für die Folgen der SPD-Planungen in die Verantwortung zu ziehen, ist die Äußerung des neuen Bauenausschusses Günter Apel: „Die GAL allerdings muß sich fragen lassen, wo sie denn die in ihrem Wahlprogramm versprochenen 8000 Wohnungen pro Jahr bauen will“ — (7).

## 3. Ausstieg aus der Atomenergie

Auch hier zeichnet sich kaum eine Annäherung ab. Die SPD-Linke will sich mit dem Spruch bescheiden, daß Brokdorf nicht gebaut werde — (8), während Dohnanyi seinen noch vor der Wahl verabschiedeten Brokdorf-Doppelbeschluss (Brokdorf wird weiter gebaut, Hamburg steigt aber aus, wenn sich 1985 erwiesen hat, daß man auch ohne das AKW-Brokdorf auskommt) für ausreichend hält. Immerhin hatte er noch am 5.7. gegenüber dem „Spiegel“ erklärt, daß er auch dann vorher aus Brokdorf aussteigen wolle, „wenn die

GAL mir zeigt, wie dieser Ausstieg ohne Gefährdung der Stromversorgung beschleunigt werden kann“, was ihm heftige Kritik der SPD-Rechten einbrachte.

Völlig ausgeblendet blieb bei dieser Erörterung seitens der SPD, daß die GAL den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie fordert, d.h. Abschaltung der AKWs Stade und Brunsbüttel und Nichtansetzen des AKW Krümmel (geplant für 1983).

## 4. Stop der Hafenerweiterung

Selbst der Senat kann nicht nachweisen, daß dieses kostspielige (180 Millionen DM) Projekt überhaupt jemals neue Arbeitsplätze schafft, geschweige denn, daß es notwendig ist, den Hafen über die zur Zeit genutzten Flächen hinaus auszuweiten. Trotzdem sollen die Dörfer Moorburg und Francop zerstört werden. Immerhin hatte Dohnanyi zu der GAL-Forderung zunächst erklärt: „Wir sind der Auffassung, daß das Hafenerweiterungsrecht notwendig ist. Wenn aber andere Anregungen an uns herangetragen werden, wie wir auf einem anderen Wege zu demselben Ziel kommen können, dann werden wir dies selbstverständlich prüfen“ — (9). In direkter Konfrontation zu dieser Äußerung erklärte Wirtschaftssenator Lange in der „Bild“, „die Hafenerweiterung für unverzichtbar“. — (10) Finanzsenator Steinert machte sie in seinem Rechenschaftsbericht sogar zu einem der „wichtigsten Ziele, die in seiner Amtszeit erreicht worden seien“ — (11). Mittlerweile ist auch Dohnanyi auf diesen Kurs eingeschwenkt: „Hamburg lebt von seinem Hafen. Hamburg braucht die Hafenerweiterung“, sagte er in der Fernsehshow „Monitor“ am 17.8. — (12).

## 5. Sanierung der Elbe sofort beginnen

## 5. Sanierung der Elbe sofort beginnen

Bei der Elbsanierung scheint die verbalisierte Kompromißbereitschaft der SPD am weitesten gediehen, was wesentlich zwei Gründe haben dürfte: zum einen die bei Wahlumfragen erwiesene Popularität dieses Themas, zum anderen der Zwang, die völlig versäute Elbe zumindest wieder soweit zu sanieren, daß die Industrie sie auch weiterhin als Abwasserkanal nutzen kann. Dohnanyi hatte bereits im Wahlkampf öffentlich auf einer Veranstaltung der Elbfischer erklärt, daß er die Nicht-Veröffentlichung der Einleitungsbescheide für Schwermetalle in die Elbe für einen Fehler halte. Dies hat er nach der Wahl wiederholt — (13). Mittlerweile hat die GAL ihr konkretes Forderungspapier zu diesem Komplex veröffentlicht und ist auf positive Resonanz beim Umweltsenator gestoßen, aus dessen Behörde signalisiert wird, daß es „zumind. in der Tendenz eine Reihe von Überstimmungen“ gebe. Gleichzeitig wird aber Kritik geübt an den „unrealistischen“ Forderungen nach sofortigem Vollzug der GAL-Maßnahmen und an der Radikalität, mit der eine umfassende Elbsanierung gefordert wird. Stattdessen möchte die SPD eine Reihe schonkluger Absichtserklärungen vorlegen, die auf Forderung von Gutachten, „Vorbereitung“ von Maßnahmen und ähnlich unverbindliche Zusagen hinauslaufen werden.

Immerhin scheint die SPD an diesem Punkt größere Flexibilität bewiesen zu wollen, was möglicherweise auch Aufschluß über die Taktik der „Mitte“ in den Verhandlungen geben könnte.

Zugeständnisse machen an einigen Punkten, in anderen wieder unannehmlich sein, so daß man schließlich der GAL mangelnde Kompromißbereitschaft vorwerfen kann, wenn diese nicht bereit ist, ein insgesamt unzureichendes Verhandlungsergebnis anzunehmen. Dohnanyi selbst hat öffentlich die mögliche Bedeutung von Zugeständnissen bei der Elbsanierung erklärt und die möglichen Bruchlinien angedeutet: „Es geht um Lernen auf beiden Seiten. Ich habe in der Vergangenheit zum Beispiel von dem Umweltschutzern lernen müssen. Andererseits werden die Grünen aus Lernergebnissen in Fragen öffentlicher Finanzen (Anmerkung: Akzeptieren von Sparpolitik), Energieversorgung und so weiter zu verdanken haben, wenn es zu einer Zusammenarbeit kommt“ — (11).

## 5. Beseitigung der Wohnungsnot

Es gibt bislang keine offiziellen SPD-Äußerungen zu den GAL-Forderungen, wenngleich eine Reihe von ihnen ihre Entsprechung in SPD-Partritätsbeschlüssen haben. Eine Änderung der Praxis, Wohnungen leerstehen zu lassen, Häuser abzureißen, Wohnraumzweckentfremdung, Luxusmodernisierung und Umwandlung von

Miet- in teure Eigentumswohnungen ist nicht erkennbar (Gerade zu letztem hat aktuell der Verein „Mietser helfen Mietern“ erhoben, daß sich 1978 5750 preisgünstigere Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden, und zwar mit jährlich steigender Tendenz; allein 1981 waren es 2400).

In einer Frage zeigt sich der Senat besonders unannehmlich. Die GAL-Forderung, bei Besetzung leerstehender Häuser nicht zu räumen und Besitzer nicht zu bestrafen, wird strikt mit dem Hinweis auf Verfolgung von Rechtsbruch und Erhalt des „staatlichen Gewaltmonopols“ zurückgewiesen. Insbesondere Innenminister Pawelczyk verbindet damit seine Position. Auch die SPD-Linke tut sich mit dieser GAL-Forderung mehr als schwer.

## 7. Frauen-Forderungen

Die Forderung nach Einrichtung eines Frauenausschusses in der Bürgerschaft wurde sehr rasch und einmütig problemlos erfüllt. Hingegen liegt zur zweiten Forderung, nach Schaffung eines Frauen-Etats zur Sicherstellung der Finanzierung der Frauenprojekte (in Selbstverwaltung) noch nicht einmal eine Stellungnahme aus der SPD vor. Wenig Gutes läßt der Verlauf der Behördenverhandlungen mit den Frauen vom 3. Frauenhaus ahnen: Wie auch bei anderen autonomen Projekten immer wieder erlebt, will die Behörde draus auch am Stellenplan streichen und durch penetranten Hineinschnüffeln die Autonomie des Projekts faktisch liquidieren.

## 8. Maßnahmen zur Demokratisierung Hamburgs

Hier bewegt sich am allerwenigsten. Ob Verbot faschistischer Organisationen, Abschaffung von Polizeihunden und CN-Kampfas, Abschaffung der Berufsverbote — diese Forderungen werden demnächst offiziell abgelehnt, Abschaffung von Polizeihunden und CN-Kampfas, Abschaffung der Berufsverbote — diese Forderungen „dürfen freilich so lange Utopien sein, solange der Hamburger Innenminister Alfons Pawelczyk heißt“ (Hugblatt der GAL). Stattdessen verfolgt dieser zunehmend zur „law and order“-Symbolfigur verkommene SPD-Rechte einen provokativen Kurs, wo er kann. Sei es bei Häuserräumungen, sei es bei brutalen Übergriffen gegen jugendliche Punks im Stadteil Altona, die auf Empörung und Widerstand stoßen und auch von der dortigen Bezirks-SPD kritisiert wurden. Gegen die Kritik der Altonaer Bezirksversammlung hielt Pawelczyk in einer Senatantwort auf eine GAL-Anfrage daran fest, daß die Polizeibehörde dem „Gebot der Verhältnismäßigkeit“ entspreche. Obwohl Pawelczyk im selben Text zugibt, daß der erhoffte Erfolg („Lösung“ des Punks-Problems) nicht eingetreten sei, kündigt er an, „die Polizei werde auch weiterhin flexibel und der Lage angepaßt einschreiten“ — (14).



Für die GAL nicht tragbar: Oberst a.D., Innenminister Pawelczyk

Für die GAL ist es inakzeptabel, daß der Bereich „innere Sicherheit“ völlig von Einsparungen ausgenommen ist. Stattdessen setzt sich Pawelczyk über die Springer Presse groß in Szene und betont in einem Interview, daß für die „innere Sicherheit“ beim Bundesland „soviel getan hat wie wir, wir geben Millionen für bessere Technik aus“. 140 Polizeibeamte seien neu eingestellt, 60 Schulpolizisten eingeführt, 48 Jugendschutzgruppen (nach Eigen-Definition: „Sozialarbeiter der letzten Instanz“) geschaffen und durch Zentralisierung der Polizeibehörden 240 Polizeibeamte für den Außendienst freigegeben worden. — (15) Die GAL hat diese Tendenz der Senatspolitik, im Sozialbereich zu sparen und soziale Konflikte polizeilich zu „lösen“, scharf attackiert.



Ebenso unerträglich ist die dominierende Politik Pawelczyks in der Ausländerfrage. Noch bevor das neue bundesweite Asylgesetz eingeführt wurde, hat er in Hamburg die Politik gegen Asylanten drastisch verschärft. Von ihm stammt das im November 1981 entwickelte Konzept, „potentielle Asylbewerber abzuschrecken“. Asylanten-Sammelager, Verschlechterung der sozialen Versorgung, zunehmende Ablehnung von Asylansuchen sowie beschleunigte Abschiebung auch in faschistische Länder gehören zu diesem Konzept. Regelmäßig setzt sich der Oberst a.D. in der Springer-Presse mit Begriffen wie „Asylanten-Schwemme“ und „Asylmißbrauch“ in Szene und verkündet seine Erfolgsmeldungen, deren letzte ist Reduzierung der Zahl der Asylanten im ersten Halbjahr 1982 um 50 % gegenüber dem Vorjahr und Verabschiedung der Abschiebungen von 33 in 1981 auf 246 in 1982.

Mit dieser Praxis und diesem Senator dürfte zwischen GAL und SPD nichts gehen.

## 9. Friedenspolitik

Die GAL-Forderung nach einem Votum Hamburgs im Bundesrat gegen die NATO-„Nachrüstung“ blieben bislang unbeantwortet. Allerdings dürfte die Bürgerschaftssitzung am 1. September, dem Anti-Kriegstag, eine Probe auf die Bereitschaft der SPD zu kommunaler Friedenspolitik sein. Die GAL hat neben einer Reihe konkreter Anträge zu Rüstungsproduktion, Friedenszerstörung usw. auch den Antrag eingebracht, Hamburg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.

## Quellen:

- (1) Hamburger Abendblatt (HA), 17.8.82 — (2) Erstmal in: Spiegel, 5.7.82 — (3) HA, 3.8.82 — (4) Hamburger Rundschau (HR), 19.8.82 — (5) HR, 5.7.82 — (6) BILD, 21.7.82 — (7) HA, 21.7. und BILD, 28.7.82 — (8) Schumann in HR, 19.8.82 — (9) Spiegel, 5.7.82 — (10) BILD, 15.7.82 — (11) WELT, 5.7.82 — (12) Nach: HA, 16.8.82 — (13) Interview in HA, 26.7.82 — (14) HA, 6.7.82 — (15) HA, 2.8.82

## Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Abowertung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff; Verlagsanmeldung, Abonnementspreis jährlich DM 40,-, halbjährlich DM 33,- (in Förderhöhe jährlich 100,- halbjährlich DM 50,-), Bezahlung im Abzahl, sonst PSCHA Hamburg 27175 203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 400 00, Kt. 4 810 683 00. Einzelpreis DM 4,-, erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterschienen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe 6000. Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abonnenten, bis sie dem Gefasenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurücknahme“ ist keine Annahmehaltung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefasenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abonnenten mit dem Grund der Nichtauslieferung zurückzukommen.

## Dressenklärung

# Presseerklärung des 3. Frauenhauses

Seit über 3 Jahren arbeitet die Initiative „Drittes Frauenhaus Hamburg e.V.“ für ein Frauenhaus im Bereich Süderelbe. Nach langen schwierigen Verhandlungen und einem olympischen Hindernislauf, wird das Haus am 1.9.82 eröffnet.

Nun werden uns wieder neue Schwierigkeiten bereitet, die wir nicht überwinden konnten und die unser Projekt gefährden.

Unser Stellenplan soll zusammengebrochen werden. Die Zukunft der Mitarbeiterinnen ist ungewiß, sie stehen auf der Straße. Die Verhandlungen mit der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales (BAJS) haben einen Punkt erreicht, wo eine Verständigung scheinbar nicht mehr möglich ist. Am 16.8.82 brachen wir ein Gespräch in der BAJS ab.

Die Situation ist wie folgt entstanden:

Der Senat stellte im Haushalt 1982 Gelder für den laufenden Betrieb des 3. Frauenhauses im Bereich Süderelbe bereit. Als klar war, wann die Umbauarbeiten abgeschlossen sein würden und wie das Haus eröffnet werden könnte, steuerten wir in Absprache mit der BAJS Mitte Juni 82 den Antrag auf die Bewilligung dieser Gelder. Schon einen Tag später wurden wir von Frau Dr. Wuchnewski, Leiterin des Landesamtes für Rehabilitation, telefonisch darauf hingewiesen, daß die laufenden Kosten des Hauses drastisch gesenkt werden sollten. Sie stieß mit dem Stellenplan in Frage.

Ein Antrag, alle Mitarbeiterinnen 4 — 6 Wochen vor Eröffnung einzustellen, um das Team inhaltlich zu vernetzen und die einzelnen Arbeitsbereiche im Hinblick auf die baldige Eröffnung konkret vorzubereiten, wurde abgelehnt. Auf unseren Widerspruch hin, bewilligte uns der Widerspruchsausschuß Ende Juli 82 Tage zu.

In einem Gespräch Mitte Juli unterbreitete uns die BAJS ihren ersten Vorschlag über die Anzahl der Mitarbeiterinnen. Wir hatten 5,5 Stellen gefordert, in Anbetrachtung an das Konzept und die Größe des 1. Hamburger Frauenhauses, das 38 Personen unterbringen kann. Wir haben 35 Betten zur Verfügung. Die Behördenvertreter melten jedoch zunächst, es seien auch 5,42 Stellen ausreichend. In einem späteren Brief war sogar nur noch von 5,3 Stellen die Rede. Weiter stellten sie Bedingungen, von denen vorher nie die Rede war.

Die BAJS erklärte sich nur verhandlungsbereit, wenn wir eine ausführliche Begründung unseres Stellenplans abhielten würden. Es wurde ein neuer Besprechungstermin vereinbart. Wir legten ein langes Papier vor, in dem wir erneut unser Konzept darstellten und die Arbeit in einem Frauenhaus ausführlich beschrieb.

Im Laufe dieses Gesprächs stellte sich jedoch heraus, daß Frau Dr. Wuchnewski in keiner Weise bereit war, unsere Darstellung zu akzeptieren bzw. unseren nun ausführlich begründeten Stellenplan zu diskutieren. Sie erklärte ihr Verhalten mit einem 2 Jahre alten internen Behördenpapier (von dem wir in diesem Gespräch das erste Mal etwas hörten), in dem gefordert wird, daß die Frauenhäuser detaillierte Arbeitsplatzbeschreibungen erstellen sollten. Das von uns vorgelegte Papier reichte auf einmal nicht aus. Weiter teilte sie unser Konzept grundsätzlich in Frage, mit der Zielrichtung, die Autonomie des 3. Frauenhauses zu untergraben. Und das zwei Wochen vor Eröffnung des Hauses!

Ziel unserer Arbeit ist es, den Frauen, die mißhandelt werden, die Möglichkeit zu geben, selbständig ihr weiteres Leben zu planen. Sie sollen nicht in einem Haus mit „Heirocharakter“ versorgt und weiterhin eingekerkert werden. Wir gehen davon aus, daß jede Frau in der Lage ist, mit der nötigen Ruhe, Zeit und Unterstützung ihre Entscheidung für die Gestaltung ihres Lebens selbst zu fällen. Das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe“ kann nur durch intensive und ausgeglichene Teamarbeit verwirklicht werden.

Diese inhaltlichen Argumente werden aber plötzlich, im Gegensatz zu früheren Bewilligungsverfahren (für das 1. und 2. Frauenhaus, nicht mehr berücksichtigt. Stattdessen wurde die Anzahl der Mitarbeiterinnen durch einfache Drei-Sätze bzw. Prozentrechnung festgelegt. Wir verließen daraufhin das Verhandlungsgespräch, da wir keine weitere Möglichkeit der Verständigung sahen.

Dies ist ein Angriff auf unser Projekt. Wir wollen am 1.9.82 wie geplant eröffnen, denn es warten schon viele Frauen darauf, in dem Frauenhaus aufgenommen zu können. Es ist uns unbegreiflich, wie wir kurz vor der Eröffnung behandelt werden und unsere Arbeit in Frage gestellt wird.

Vor dem Wahlkampf war immer schon von 4 Frauenhäusern die Rede. Soll das 3. Frauenhaus nun das Vorzugsprojekt für die Sparpolitik der Behörde werden?

Verein „Drittes Frauenhaus HH e.V.“

Hüddelstr. 8

2102 Hamburg 91

Spendenkonto: Haupt 1262/127804 BLZ. 20050350







## Inhaltliche Übereinstimmung?

Der GLSH geht es neben ihrer Sehnsucht nach bürgerlicher Wohlstand (die sie durch die Zusammenarbeit mit radikalen Linken gefährdet sieht) aber um mehr: Mit der Ausgrenzung von Sozialisten betreibt sie die Ausgrenzung bestimmter politischer Positionen, die ihrem Wesen nach zunächst als sozial und konsequent demokratisch einzustufen sind.

1. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik sieht sich die GLSH jenseits der Klassen und vertritt damit in der Konsequenz eine Politik für die Reichen und Mächtigen: So etwa, wenn sie die Forderung, „31 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich“ ablehnt und Arbeitszeiten Verkürzungen mit „abgestuften“ Lohnsenkungen koppeln will. Denn: „...voller Lohnausgleich ist einfach unmöglich und trägt nicht zur sozialen Gerechtigkeit bei“ (aus einem Verhandlungspapier vom Mai 82). Bekanntlich haben die Arbeiterfamilien sowieso zuviel Geld. Die GLSH sorgt sich mehr um die Klein- und Mittelbetriebe, deren Förderung ihnen sehr am Herzen liegt. Es soll ja immer noch Kleinkapitalisten ohne Zweitwagen geben. Motiv und weltanschaulicher Grund dieser Politik ist das „Primat der Ökologie“. Damit steht die GLSH der Position ihres Mitglieds Springmann und seiner reaktionären ÖDP (Ökologisch Demokratische Partei) sehr nahe: Arbeiter und Kapitalisten sind gleichermaßen Schuld an der wirtschaftlichen Krise; bei beiden Klassen herrscht die „Mentalität des Habens“ vor. Statt „Sozialstaat“ predigt die GLSH „Selbsthilfe“ und „Selbstorganisation“. Daß diese Forderung zweideutig ist, sei mit den Worten eines Leserbriefes an die „Kleiner Rundschau“ (19.8.) verdeutlicht: „Und in der Tat birgt Selbstorganisation die Gefahr im sozialen Bereich einzuziehen. Ein selbstorganisierter Kinderladen z.B., so wichtig und so notwendig er auch z.Zt. sein mag, entlastet den Staat von seiner Verantwortung, befriedigende soziale Angebote zu schaffen. Problematisch an allen selbstorganisierten Projekten ist auch die Tatsache, daß in ihnen Menschen — und auch hier wieder mal besonders Frauen — massenweise unbezahlte Arbeit verrichten, für die eigentlich Hauptamtliche Mitarbeiter/innen eingesetzt werden müßten“.

Zum § 218 kann die GLSH sich nicht zu einer eindeutigen Haltung entscheiden. Die GLSH lehnt die Möglichkeit der Schwangerschaftsabbrüche nicht ab. Ein Teil unserer Mitglieder lehnt allerdings eine ersatzlose Strichung des § 218 ab“ (Interview mit dem GLSH-Vorstandler Dieter Plagemann, 12.9.82).

Sehr unbedeutend hat sich die GLSH in der Anti-AKW Bewegung durch ihre rege Distanzierung gemacht. Selbst wenn AKW-Gegner aus mal vorsichtig die Hand an den Brokdorfer Bauzaun legen, heißt es andernorts in der Presseerklärung der GLSH, daß die Partei sich von gewaltigen Aktionen distanzieren. Umgang ist noch jeder Widerstand, der nicht in das GLSH-Raster enger „Gewaltfreiheit“ paßt, öffentlich diffamiert worden.

Und noch bu nach den Kommunalwahlen wurden die antikomunistischen Attacken gegen die Gruppe Z (Kommunistische Kadergruppe) breit über die tageszeitliche Schwermetall- und Umweltzeitschrift „Volk“ gestreut.

## Die Fusion GLSH-Grüne

Die Grünen haben im Mai ihr Vorgehen zur Landtagswahl festgelegt: „Die Grünen streben eine einheitliche Kandidatur aller ökologischen und alternativen Kräfte an und werden alles daran setzen, eine sachlich nicht begründete Aufspaltung dieser Kräfte zu verhindern.“ Als Ansprechpartner nannten sie namentlich die Bürgerinitiative, die lokalen alternativen oder grün-alternativen Listen, die Demokratischen Sozialisten und die GLSH. Dem hatten die Grünen SH eine deutlich demokratischere Position bezogen als z.B. der grüne Bundesvorstand, der immer noch auf seinem ungeliebten grünen Führungsanspruch beharrt.

Allerdings wurde dann ausschließlich mit der GLSH verhandelt. Um andere Kräfte wurde sich gar nicht erst gekümmert, um die Hochzeit mit der GLSH nicht zu beflecken.

In dem Vertrag zwischen GLSH und dem Grünen SH zur Fusion in die gemeinsame zukünftige Partei „Die Grünen SH“ hat die GLSH alle Vorteile auf ihrer Seite — zumindest formal. Sie erhält in allen Gremien der gemeinsamen Partei die volle Parität — also auch auf den Landesdelegiertenversammlungen zukünftig von 100 Delegierten 50 für die GLSH. Darüber hinaus eine Sperrminorität von 30 %

So können bei „ausreichenden Parteienbeschlüssen“ Minderheiten, die im Verhältnis von 30 % vertreten sind, ein Veto einlegen und Beschlüsse verhindern. Die GLSH behält ihre Autonomie als selbständige Arbeitsgruppe (AG) innerhalb der fusionierten Partei. Dazu gehört selbstverständlich auch die Beibehaltung ihrer Gremien. Eine inhaltliche Übereinkunft gibt es bisher nicht, der Vertrag betrifft ausschließlich die technisch-organisatorischen Aspekte der Fusion. Gegenüber der Presse wurde lediglich geteilt, daß diese inhaltliche Übereinkunft schon deshalb nicht so kompliziert sein könne, weil die GLSH das Saarbrücker Programm der Grünen im Wesentlichen akzeptieren könne. Das hundertmalige GLSH-Lese allerdings nicht, auch gleichzeitig zum Programm der ÖDP zu bekennen.

Bei den Grünen wurde die Fusion mit Erleichterung aufgenommen — was doch bislang immer befürchtet worden, die GLSH würde im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen erneut eine Spalterkandidatur beabsichtigen. Damit wäre der Traum von Landtagskandidaten für die Grünen wohl zu Ende gewesen. Zumindest unter diesem Aspekt ist auch die Gruppe Z mit der Fusion sehr zufrieden.

Lediglich der ehemalige Spitzenkandidat der SH-Grünen zur Bundestagswahl, Horst Mühlharden, setzt einen anderen Akzent: „Wenn unsere Positionen einer grünen Bewegung, der keine realistischen Momente hat, sondern eine linke, grün-sozialistische Politik macht, abgelehnt werden, dann gibt es auch keine Fusion. Was wir gemacht haben, ist ein Überangebot gegenüber einem bei der GLSH vorhandenen Irrationalismus.“ Und konkret: „Da ist die Frage der Minderheiten, die Sozialfrage, Frauenpolitik, wirtschaftliche Vorstellungen, die von uns vertreten werden. Wenn das nicht miteinander, dann sind alle Bundesverhandlungen in Frage gestellt“ (nach taz, 2.8.82).

## Grüner Alleingang zur Landtagswahl?

Die 150 Leute starke GLSH besitzt nun in der Partei „Die Grünen“ gegenüber der bisherigen Formation „Die Grünen“ 5, die etwa 700 Mitglieder umfaßt (1), die gleichen Rechte und Chancen — so etwas hatte sie zu ihren besten Zeiten (in der Gründungsphase) noch nie. Ob diese Parität zu einem dauerhaften Neuanfang der grünen Wahlbewegung in SH wird, muß allerdings bezweifelt werden. Vor dem Hintergrund

wegung in SH wird, das ist unumkehrbar zu zweifeln. Vor dem Hintergrund der rein technisch-organisatorischen Fusion ist deutlich der Druck der 5 % Hürde zu spüren — aber nichts anderes. Diese Art der Bündnispolitik ist durchaus legitim — für absolut verfehlt ist allerdings die Art und Weise des Kompromisses anzusehen: Die meisten alten Streitpunkte und auch wie vor da. Eine Aufarbeitung der früheren Auseinandersetzungen wurde bereits vermisst. Mit Formeln wie „gegenseitige Mißverständnisse“ soll alles möglichst unpolitisch und vernehmlich unter den Teppich gekehrt werden. Ob das wirklich klappt, muß sich noch zeigen, wenn es demnach an inhaltliche Freilegungen geht.

Ein Ausblick auf die inhaltliche Gestaltung der grünen Kandidatur läßt erwarten:

1. Es muß befürchtet werden, daß eine soziale und arbeitsnahe Wirtschaftspolitik, die sich tatsächlich zum Anwalt der Betroffenen macht, von dieser Bündnispartnerschaft abgelehnt wird oder daß bestenfalls nur schlechte Kompromisse zustande kommen. Vor dem Hintergrund des strukturalistischen Landes, der hohen Arbeitslosenraten und der noch katastrophaleren Zustände, die auf dieses Land zukommen — der SH Unrechtsverordnungen will uns schon jetzt daran gewöhnen, daß in den nächsten Jahren weitere 100 000 Arbeitsplätze fehlen werden — wäre eine solche Mehrheitsliste der Grünen selbstmörderisch — und, was die Betroffenen angeht, schlicht reaktionär.

2. Schon im bisherigen Zustand sind die Grünen SH kaum friedenspolitisch handlungsfähig. Da stehen sich, wie bundesweit, der Anti-NATO-Flügel und der Flügel der „Ök + West-Ausgewogenheit“ sehr kontrovers und lärmend gegenüber. Die Fusion kann dazu führen, daß diese gegenwärtige Blockade sich zu einem Durchbruch der „Ausgewogenheit“ entwickelt.

Ähnliches gilt auch für andere Bereiche einer alternativen Politik in SH. Ausgerechnet in dieser Situation blockieren die linken Grünen erhebliche die Zusammenarbeit mit anderen linken, alternativen Kräften, um die Fusion nicht gleich wieder zu gefährden. Ob ihre Kalkulation aufgeht, ist noch offen. Vielleicht werden die Karten doch noch einmal neu gemischt?

Ein Gemisch aus SH und AL-Redaktion

## Hessens Grüne machen Börner ein Geschenk

Nach der klaren Koalitionsaussage der hessischen FDP für Dröger gibt es kaum noch eine politische Überlebenschance für Ministerpräsident Börner (SPD). Led Börner nutzt die sich daraus ergebende Narrentreiben, um noch einmal mit markigen Worten Publizität zu machen. Vom Nachdenken über ein Zusammenarbeiten mit den Grünen Alternativen will Börner, im Gegensatz zu manchen Parteifreunden, nichts wissen. Die Grünen Alternativen stehen für Börner „in der Nähe der Faschisten“. Mit denen würde er sich, plus Teufel aber auch, noch nicht mal an einen Verhandlungstisch setzen. („Spiegel“, Nr. 33:82). Am früheren Ausläufer Börners weiß man schon, daß er für solche Auseinandersetzungen Dackelien bevorzugt.

In der hessischen SPD steht Börner mit seiner Haltung gegen die Grünen Alternativen auf Widerstand.

Zwar vorwiegend in linken, doch auch in gemäßigten Parteikreisen stellt man sich an dem permanenten Herumgehecke auf den Grünen ... Die ständigen Angriffe auf die hessischen Grünen, so wird kritisiert, erwecken den falschen Eindruck, als sei diese Gruppierung der Hauptwahlkampfgegner der SPD.“ Durch die „Klotzper“ von Börner & Co. werde bloß die fundamentaloppositionelle Strömung bei den Grünen gestärkt. Seitdemem geht es, Möglichkeiten einer längeren Zusammenarbeit zu diskutieren und „Kompromissmöglichkeiten mit den Grünen abzuklopfen“ (nach „Frankf. Allgemeine“, 10.8.).

Eigentlich hätte das eine überdeutliche Einladung an die Grünen sein müssen, mit deren offensichtlichen Widerspruch in der SPD Politik zu machen und ihre eigene Handlungsbühne so festzulegen, daß sie die Linken in der SPD stärken und die Rechten um Börner schwächen könnte. Die Landesmitgliederversammlung der Grünen am 14.8. entschied bei etwa 100 Anwesenden jedoch anders. Es kam eine in sich selbst nicht einmal konsequenter Resolution zustande, die selbst dem grünen Hausautor in der „Tar“, Jovi, zu dem Kommentar veranlaßt, was habe sich um eine klare Entscheidung herumgejodelt.

2. Die Politik der GLSH in der MV

Zur Debatte stand auf der MV u.a. ein Antrag von den Ex-Sponsen um Cohn-Bendit beeinflussten KV Frankfurt. Abgesehen von unumstrittenen Aussagen (— die Grünen werden keine „Regierungverantwortung“ übernehmen, die Grünen werden „keine Kompromisse in Fragen des Lebens und Überlebens“ eingehen —) betraf der Kern des Antrags in folgendem Punkt: Eine Unterzeichnung Drögers durch die Grünen würde prinzipiell ausgeschlossen. Die Grünen seien jedoch „bereit, jedem anderen Kandidaten zum Ministerpräsidenten zu wählen und ihn zu unterstützen, der die im Landesprogramm der GRÜNEN HESSEN festgelegten Grundsätze einer ökologischen, sozialen, humanistischen und gewaltfreien Politik unterstützt und im Landtag und Bundestag durchzusetzen bereit ist.“

Diese Formulierung hätte einen Ehrentitel in einem kürzlich zugrunde gegangenen satirischen Magazin verdient gehabt. Denn es doch, daß die Grünen nur jemanden wählen möchten, der mit ihrem Programm übereinstimmt und der vermutlich auch gleich noch das grüne Parteibuch im Schrank hat. Da mag mancher sich an das berühmte Prinzipialgebot der alten MLG erinnern, denn ein ähnliches Unterstützungsangebot auch pazifistischen gewährt wäre.

Eine Minderheitsposition setzte sich auf der Grünen-MV dafür ein, nach Hamburger Vorbild ein neues definitives Unterstützungsangebot an die SPD zu formulieren. Der Antrag von zwei Mitgliedern aus Frankfurt sah folgenden Forderungskatalog vor:

- Beseitigung der Großprojekte (Startbahn-West, WAA, Block C Bitten u.a.m.);
- entschlossener Widerstand der Landesregierung gegen zusätzliche Militäreinheiten in Hessen (Mittelstreifen-Raketen, Munitionslager u.a.m.);
- Aufhebung der Stellenrechnungen im Landeshausbau wursame Maßnahmen gegen Betriebsmängelungen, Massenarbeitslosigkeit und Fehlen von Ausdrückstellen;
- keine Berufsverbote.

Außerdem, so hoch es im Antrag, müsse die Regierungsmehrheit der SPD ausgerechnet werden.

Der vorgeschlagene Forderungskatalog wäre sicher sehr knapp und unpräzise gewesen, gerade auch wenn man ihn mit dem sehr ausführlichen und umfassenden Vortragsprogramm der G.A.L. in

Hamburg vergleicht. Diesem Mißstand wäre jedoch abzuhelfen gewesen. Die Kritik an dem Antrag bezog sich auf ein ganz anderes Argument. Mit der Aufstellung eines Forderungskatalogs werde man programmatische Positionen zugunsten einzelner Forderungen aufgeben, oder, wie es in der schließlich beschlossenen Resolution heißt: „... Wir sind jedoch nicht bereit, von unseren Inhalten abzugehen, zu verzichten oder für eine Auflistung von Forderungen, die nur vollständig sein kann, grüne Grundwerte aufzugeben“. Das ist extrem fundamentaloppositionell gedacht. Spielraum für Kompromisse und somit zur Durchsetzung von Teilzielen ist nicht vorgesehen.

Ähnlich fundamentaloppositionell ist auch die Aussage zur Zusammenarbeit mit den etablierten Parteien in der beschlossenen Resolution. „Die GRÜNEN HESSEN sind zur Zusammenarbeit in Sachfragen mit den etablierten Parteien oder einzelnen Abgeordneten bereit, wenn sie Forderungen und Programmpunkte der GRÜNEN HESSEN akzeptieren können.“

Mit anderen Worten: Jeder etablierte Politiker hat das Recht, sich den Forderungen und Programmpunkten der Grünen anzuschließen. Ein Wunder, daß man nicht gleich beschlossen hat, eine etwaige Unterstützung etablierter Politiker für grüne Forderungen angewandt zurückzuweisen!

Schwer einsehlich ist, daß die MV in derselben Resolution als „anfechtbar“ (1) beschlossen hat, daß nach der Wahl „eine Gruppe für Gespräche mit anderen Parteien“ gewählt bzw. nach einem noch festzulegenden Schlichtungsbildet wird. Diese Gruppe soll „Gespräche über Sachfragen“ aufnehmen — ausnehmend mit allen etablierten Parteien — sofern diese dem Grundsatz der Öffentlichkeit der Gespräche zustimmen. Vielleicht scheitert es ja gleich an dieser Bedingung. Ansonsten ist nicht zu begreifen, worüber die Grünen eigentlich mit anderen Parteien sprechen wollen, solange es einen Spielraum für Kompromisse gar nicht vorgegeben haben und solange

sich die Zusammenarbeit auf die Unterstützung grüner Forderungen beschränken soll. Wie dieser Widerspruch nach der Wahl gelöst werden soll, bleibt abzuwarten, falls andere Parteien überhaupt auf das Gesprächsangebot eingehen.

Schlecht ist an der beschlossenen Resolution zudem, daß sie das Besondere dieser Wahl ignoriert: den drohenden Wahlsieg Drögers und damit eng verbunden auch die Möglichkeit eines Regierungswechsels in Bonn, was insgesamt zu einer noch schärferen Rechtswende der Politik führen wird. In dieser Beziehung fällt die beschlossene Resolution noch ein Stück hinter den Antrag des KV Frankfurt zurück. Die Resolution scheint sich an der These zu orientieren, daß es gleichgültig sei, wer in Wiesbaden und Bonn regiert, da es schlimmer sowieso nicht mehr werden könne. Dieselbe Gesetzhaltung beim Gesprächsangebot an die anderen Parteien: alle ohne Differenzierung werden angesprochen, statt deutlich zu machen, daß die Grünen Gesprächspartner vor allem in der SPD suchen, während sie mit der CDU bestimmt herzlich wenig Gemeinsamkeiten zu besprechen haben werden. Aber vielleicht sehen das manche hessischen Grünen auch ganz anders?

Börner wird mit dem Verlauf der MV wohl nicht unzufrieden sein, eine Annäherung zwischen den Grünen und den Linken in der SPD ist durch die Beschlußlage der Grünen jedenfalls nicht gerade begünstigt worden.

Man kann den hessischen Grünen zugute halten, daß sie 1. mit Börner einen extrem harten Korbhaken vor sich haben, daß 2. die Konfrontation zwischen regierender SPD und Hausbewegungen in Hessen besonders hart ist, und daß 3. angesichts der realen Kraftverhältnisse ein Tolerierungsangebot an die SPD sowieso mit 99,5 %iger Wahrscheinlichkeit rein hypothetisch gewesen wäre. Der Fehler der Grünen ist insofern verständlich, bleibt aber unter dem Aspekt des Herangehens an die SPD trotzdem ein Fehler.

Beschluß der GRÜNEN HESSEN vom 14.8.1982

## Zusammenarbeit mit anderen Parteien

Die Zusammenarbeit der etablierten Parteien im Landtag ist gestiegen. Die GRÜNEN HESSEN haben dazu in einem grundsätzlichen, fundierten Dokument, in dem wir uns deutlich keine Kopien mit diesen Parteien ergeben.

Die GRÜNEN HESSEN nicht verantwortlich sind für die grundsätzlichen und inhaltlichen Politik der anderen Parteien, wenn es nach keine Regierung „Verantwortung“ übernehmen, um nicht unter dem Deckmantel der Sachfrage zu unversöhnlichen Entscheidungen gezwungen werden zu können.

Politische Verantwortung heißt für die GRÜNEN HESSEN, die Fehler der bisherigen Wahlkampfpolitik zu erkennen und vom Wege politischer Mandate abzurufen und öffentlich zu diskutieren. Zugestanden über grundsätzliche Wahlverhalten werden wir nicht machen. Formen und Inhalte unserer Politik bestimmen wir selbst.

Die GRÜNEN HESSEN haben ihre politische und gesellschaftliche Verantwortung, bekannt Kompromisse in Fragen des Lebens und Überlebens zuzunehmen oder umzusetzen und nicht von einem bestimmten Selbstverständnis abzuweichen.

Die GRÜNEN HESSEN sind zur Zusammenarbeit in Sachfragen mit den etablierten Parteien oder einzelnen Abgeordneten bereit, wenn sie Forderungen und Programmpunkte der GRÜNEN HESSEN akzeptieren können. Wir sind jedoch nicht bereit, von unseren Inhalten abzuweichen oder für eine Auflistung von Forderungen, die nur vollständig sein kann, grüne Grundwerte aufzugeben.

Selbstverständlich ist für uns, daß eine Landesversammlung nach der Wahl eine Gruppe für Gespräche mit anderen Parteien wählen bzw. einen Schlichter ernennen, in dem neben Mitgliedern von Praktischen und Verband der Regierten und Betroffenen von Großprojekten gleichberechtigt vertreten sind.

Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen über Sachfragen sind:

1. Gleichbehandlung der GRÜNEN in allen mit dem Wahlverhalten zusammenhängenden Angelegenheiten.

2. Öffentlichkeit der Gespräche, d.h., die Gespräche müssen für alle zugänglich sein und protokolliert werden.

Verlauf und Ergebnisse solcher Gespräche werden auf einer Landesversammlung nach vorheriger Diskussion in den Kreisverbänden ausgewertet und entschieden.

Anzeige

## BUNTE HILFE - STARTBAHN WEST

Bittet um Spenden für Radhilfe, Arkische Behebung, und Öffentlichkeitsarbeit

Spendenkonto: Commerzbank AG Frankfurt BLZ 500 400 00 Kontonummer 5458534 Bonters Kreis (Kontowort BUNTE HILFE)

a/o Club Volters Kleine Hochstraße 6 9000 Frankfurt/Main Tel. 28 39 48









# Vor der nächsten Wahl: Die Hessen-Grünen

## Interview mit zwei Landtagsabgeordneten

Das folgende Interview wurde Anfang August in Frankfurt aufgenommen. Dirk Treber (Angestellter) ist Aktivist der BI gegen die Starbahn West am Waldhof und kandidiert auf Platz 1 der Landesliste der Grünen. Frank Schwalbe-Hoth (Lehrer) kommt aus Marburg, ist Pressesprecher des Landesvorstandes und kandidiert auf Platz 7 (zu den Ergebnissen der jüngsten Landesmitgliederversammlung der Hessen-Grünen siehe Artikel in diesem AK.)

**AK:** Daß die Hauswahl sehr wichtig ist und überregionale Bedeutung hat, ist wohl klar und braucht hier nicht noch einmal erklärt zu werden. Scheiß die SPD die 5 Prozent! (Aber es kann ohne neue Regierungskonstellation auch in Bonn! Können die Grünen diese Entwicklung überhaupt beeinflussen? Heißt der nächste Ministerpräsident Dröger, oder ist es vielleicht doch etwas zu machen?

**Frank Schwalbe-Hoth:** Auf der Ebene der Wahrmathematik gibt es verschiedene Möglichkeiten. Falls die CDU die absolute Mehrheit bekommen sollte, steht sich die Frage einer Zusammenarbeit der Grünen mit anderen Parteien dazu. Falls wir es schaffen, die absolute Mehrheit der CDU zu verhindern, ist dann steht diese Frage auf der Tagesordnung. Die Grünen wollen dies auf einer Landesmitgliederversammlung am 14./15. in Hofheim klären, und wir können daher jetzt noch nicht sagen, wie unser Verhältnis dazu aussieht. Sonst würden wir die Diskussion in Hofheim präjudizieren und einengen - und das würde unserem Verständnis von Basisdemokratie widersprechen.

Eine ist jedoch klar: Wir sind keine Mehrheitsbeschaffer für andere Parteien bzw. für gescheiterte Politik, eine Koalition ist darum ausgeschlossen. Es ist möglich, daß wir vor und für eventuelle Gespräche einen Forderungskatalog aufstellen, und bei einer Annahme dieses Forderungskatalogs durch eine der anderen Landtagsparteien würden wir dann eventuell bereit sein, einen Ministerpräsidenten dieser Partei zu wählen. Zum Inhalt dieser (möglichen) Forderungen kann man sagen, daß auf jeden Fall darzulegen wird. Wiederaufstellung des Starbahngebildes, keine WAA, kein Block C in Biblis, Abschaltung von Biblis A und B.

**Dirk Treber:** Ein schwieriges Problem, das von den Grünen diskutiert werden muß, wird sein, daß es nicht allein da mit geht, ein bestimmtes Forderungskatalog aufzustellen oder z.B. auch zu sagen: Holger Börner - nein, aber ein anderer Sozialdemokrat könnte für uns akzeptabel sein. Das sind zwar alles wichtige Dinge, aber wenn eine irgendwie geartete Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen auslaufen sollte, dann wird sich das auch in der Frage festmachen, ob die Grünen einen Haushalt unterstützen können. Das ist meiner Ansicht nach insofern schwierig, weil es zumindest in den bisherigen Haushaltsplänen enorm viele Sachen gab, die von den Grünen von ihrem Selbstverständnis her gar nicht unterstützt werden können. Insofern schwierig, weil es zumindest in den bisherigen Haushaltsplänen enorm viele Sachen gab, die von den Grünen von ihrem Selbstverständnis her gar nicht unterstützt werden können.

Die Grünen Landesversammlung sollte also nicht nur diesen Katalog aufstellen - keine Starbahn, keine WAA, kein Biblis - sondern sich wenigstens ein paar Grundgedanken darüber machen, welche Forderungen wir in einem Landeshaushalt als Vorbedingung für eine etwaige Zusammenarbeit stellen würden. Dabei geht es meiner Ansicht nach sowohl um eine Koalition, sondern um eine punktuelle Zusammenarbeit, bei der vermutlich auch der Fall anzusetzen würde, daß es in diesen und jenen Fragen keine gemeinsame Abstimmung mit der SPD gibt. Ich kann mir sogar vorstellen, daß es mal eine gemeinsame Abstimmung mit der CDU gibt. Das ist zwar sehr unwahrscheinlich, aber immerhin denkbar. Auf lokaler Ebene gibt es so etwas. In Mörfelden beispielsweise haben die Grünen zusammen mit der CDU und auch der DDP schon Anträge gegen die SPD abgestimmt. Diese Koalition ist wie es zwar im Landtag nicht geben, da dort die DDP nicht vertreten ist, wird, aber es könnte schon sein, daß man mal mit der CDU gegen die SPD abstimmen muß.

**AK:** Außer der noch ungeklärten Haushaltsfrage sind die Bedingungen, die ihr für eine eventuelle Zusammenarbeit mit einer anderen Partei stellt, nämlich ökologische Forderungen. Gibt es solche Forderungen auch aus anderen Politikbereichen?

**Frank:** Wir lassen uns nicht auf die Formel Ökologie gleich Naturschutz reduzieren. Für uns heißt Ökologie genauso, kein Sozialabbau und das Hinarbeiten auf eine Gesellschaft, in der die Macht ausübend über andere Menschen, die Zerstörung der Natur durch die Konzentration von Kapital

und Produktionsmitteln in wenigen Händen nicht mehr gegeben ist. Von uns wird es keine wie auch immer geartete Zustimmung zum Abbau der Sozialleistungen geben. Inwiefern dies in einen Forderungskatalog aufgenommen wird - Voraussetzungen für die Wahl eines Ministerpräsidenten oder für die Zustimmung zu einem Haushalt - das können wir jetzt vor der Landesversammlung noch nicht sagen.

**AK:** In Hamburg hat die GAL von der SPD auch ein Programm zur Befreiung von Arbeitsplätzen gefordert. Soweit wir bekannt ist, ist das innerhalb der Grünen nicht umstritten. Welche Meinung gibt es bei euch dazu?

**Frank:** Ich glaube, diese Frage ist falsch gestellt. Wir wollen kein herkömmliches Beschäftigungsprogramm, weil wir damit der arbeitenden Bevölkerung nur vorgaukeln würden, daß wir die Vollbeschäftigung garantieren könnten, wenn wir nur die wie immer geartete Mitspracherecht hätten. Damit streuen wir allen Sand in die Augen und lassen uns auch auf die Terminologie der Herrschenden ein. Was wir wollen, sind strukturelle Veränderungen, die es ermöglichen, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht weiter steigt, sondern abnimmt. D.h. in der Umsetzung ersten 35-Stunden Woche, zweiten Verringerung der Jahres- und Lebensarbeitszeit. Die bisher durchgeführten Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen lassen die Frage offen, ob davon Betroffenen auch nach Ablauf der Frist ihren Arbeitsplatz behalten. Das sog. Beschäftigungsprogramm läßt sich zudem nicht von der Frage trennen, wo denn jetzt Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Ohne Strukturveränderungen im Wohnungs-, Verkehrs-, Energie- und Sozialbereich verfehlt ein Beschäftigungsprogramm im Rahmen des bloßen Herumkurrens.

**AK:** Das ist sicher ein anderes Vorgehen als von der GAL in Hamburg. Aber die Differenz ist in M. noch nicht klar auf den Punkt gebracht. Ihr findet es also letztlich Unionsmerkmal, wenn die GAL in den laufenden Verhandlungen ein Arbeitsplatzprogramm fordert, und sich stattdessen der Meinung, daß die Sicherheit von oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze erst dann möglich sei, wenn grundlegende gesellschaftliche Veränderungen stattgefunden haben. Ist es so?

**Frank:** Wir dürfen nicht die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus den Augen verlieren, sonst wird das Pferd falsch herum aufgezäumt. Dirk: Man muß das mal konkret für die Bereiche diskutieren, für die in Zukunft Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Pferd falsch herum aufgezäumt. Dirk: Man muß das mal konkret für die Bereiche diskutieren, für die in Zukunft Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Bezogen auf den Kreis Groß-Gerau sind das z.B. die Calx- Werke (Raffinerie). Dort wird ein großer Teil der Produktion stillgelegt. Hierzu haben die Grünen eine Veranstaltung mit den Betriebsräten zusammen gemacht, wo wir ganz klar gesagt haben, daß das Problem nicht dadurch gelöst werden können, daß Gespräche mit Wirtschaftsinformatikern oder mit Börner geführt werden, bei denen dann versprochen wird, der Staat würde sich für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze einsetzen. Das ist vielleicht kurzfristig eine Möglichkeit, langfristig aber nicht. Wir haben den Arbeitern beispielsweise vorgeschlagen, für die Durchführung der 35-Stunden-Woche zu streiken, auch eine Betriebsbesetzung in Betracht zu ziehen, und langfristig eine Umstellung der Produktion auf Produkte anzustreben, die umweltfreundlich und aus dem, was dort heute zum Teil produziert wird. Das ist ein längerfristiger Prozeß, der nicht allein durch irgendwelche staatlichen Vorgaben gelöst werden kann. Noch ein Beispiel: Wenn Opel versucht, Teile der Produktion nach Spanien zu verlagern, dann wird dieser Prozeß ebenfalls nicht dadurch zu lösen sein, daß die lokale Landesregierung das einfach verbietet. Einmal abgesehen davon, daß wir das auch gar nicht machen wird. Das wissen die Grünen, wenn sie im Hessischen Landtag vertreten sind, gemeinsam mit den Kollegen überlegen, was da zu tun ist. Ein weiteres Problem in Hessen ist die Konzentration auf drei große Wirtschaftszentren: im Rhein-Main-Gebiet, nämlich Hofheim, Opel und Flughafen AG. Dies führt z.B. dazu, daß teilweise Arbeiter aus dem Westerwald, dem Odenwald oder der Main-Region Legende bis zu über eine Stunde

anreisen müssen. Ich denke, daß es langfristig gesehen besser ist, sich dafür einzusetzen, daß neue Arbeitsplätze dort geschaffen werden, wo diese Leute wohnen. Dadurch würde die relativ einseitige Strukturierung der Wirtschaft aufgehoben werden und zum anderen auch eine bestimmte Infrastruktur für den Verkehr ausgebaut werden nämlich nur diejenigen Verkehrswege, die die Leute von ihren Wohnungen zum Arbeitsplatz bringen, während andererseits die ganzen Bundesbahnstrecken im Odenwald stillgelegt werden. Es kann nicht in unserem Interesse liegen, die ganze Industrie im Rhein-Main-Gebiet noch mehr zu konzentrieren, weil das ja auch mit einer ganzen Menge negativer Folgen für die schon belastete Umwelt verbunden ist.

**AK:** Eine Forderung nach einem Arbeitsplatzprogramm muß aber nicht schlechthin auf die Stärkung von drei Großunternehmen hinauslaufen. Das ist in der Forderung noch nicht angedeutet.

**Frank:** Aber die Gefahr ist vorhanden. AK: Ihr habt im wirtschaftspolitischen Teil euer Programm die Forderung nach Auflösung der Privatgewinne an Industriellen Produktionsmitteln, mindestens bei der großen Industrie. Das ist in der ersten Bundesmitgliederversammlung sehr wohlwiegend aufgenommen worden. Wieht diese Forderung jetzt nur auf dem Papier, sondern kraft höherer Instanz? Ist das euer Programm, oder ist es eine Forderung, die auch im Wahlkampf und in der zukünftigen Orientierung der hessischen Grünen eine maßgebliche Rolle spielen soll?

**Frank:** Es gibt gar keinen solchen „Programmschreiber“. Unser Landesprogramm ist in den verschiedenen Stadien der Ausarbeitung zweimal an alle Mitglieder und Sympathisanten geschickt worden. Das Wirtschaftsprogramm ist dann neun Stunden auf einer Landesmitgliederversammlung diskutiert worden. Das steht nicht nur auf dem Papier, und wir haben es auch nicht bloß aus taktischen Gründen reingeschrieben, sondern das ist das, was wir wollen, und wir werden es offenbar auch außen vertreten. Privates Eigentum darf keine Macht über die Selbstbestimmung anderer Menschen ermöglichen. Hier sind neue Formen freier, nicht-staatlicher und selbstverwalteter Verfügungsrechte zu entwickeln.



**AK:** Kommen wir noch einmal zu dem Komplex „punktuelle Zusammenarbeit zurück. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Hamburger Bürgerschaft ist erstmals die Situation entstanden, daß von grün-alternativen Abgeordneten ganz allgemein stärker Einfluß genommen werden kann, ohne sich jetzt große Illusionen über greifbare Ergebnisse zu machen. Wie steht ihr zu dem Hamburger Experiment?

**Dirk:** Ich begrüße dieses Experiment, und wir verfolgen das hier sehr aufmerksam, weil ja bei uns im Herbst eine ähnliche Situation eintreten kann. An dem Hamburger Beispiel wird deutlich werden, inwieweit eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Grünen möglich ist. Ich bin dagegen, zu sagen, so etwas darf von vornherein gar nicht erst probiert werden. Andererseits sollte man sich keine Illusionen machen. Dieses Experiment kann auch sehr schnell scheitern. Dann gäbe es in Hamburg Neuwahlen, und das kann übrigens auch in Hessen sehr schnell passieren.

**AK:** Ich bin auf die Hamburger Aussichten optimistisch. Ist ein Punktualismus sowohl vom Bundesvorstand wie auch von den hessischen Grünen mehr betont worden, daß eine Zusammenarbeit prinzipiell mit jeder Partei möglich ist. Gibt es nicht gute Gründe, eine Zusammenarbeit mit der CDU prinzipiell auszuschließen?

**Dirk:** Ich habe vorher schon gesagt, daß es auf örtlicher Ebene sehr wohl Gründe geben kann, auch mal mit der CDU zusammen abzustimmen.

**AK:** Das ist etwas anderes, wenn verschiedene Parteien, die in der Opposition sind, etwas gemeinsam ableben, obwohl sie grundsätzliche Gründe dafür haben. Hier gibt es aber die Frage, möglicherweise nach einer CDU-Bürgerung zu debattieren. Also steht es überhaupt zur Debatte, in Hessen ge-

genüber der CDU ähnlich zu verfahren wie in Hamburg gegenüber der SPD verfahren wird?

**Dirk:** Nein. Frank: So explizit will ich da jetzt nicht sein sagen. Es wäre durchaus möglich, wenn die CDU die Starbahn wieder aufstellt, die WAA nicht baut, Biblis abschaltet, die Großunternehmen einseitig und die Trennschichten in den Klüften abschafft, zu einem CDU-Ministerpräsidenten „Ja“ zu sagen. Das ist aber eine rein hypothetische Sache, denn so etwas liegt außerhalb der Möglichkeiten der CDU. Von daher ist es auch eine hypothetische Frage von der Über die Inhalte ist es derzeit vollkommen unmöglich, mit der CDU einen Konsens grundsätzlicher Art zu finden.

**AK:** Das ist ja eine offenkundige Konstellation. Ist es wäre auch Unionist, von der SPD zu erwarten, die läßt sich auf eine oberliche Kooperation mit den Grünen auf dieser Basis ein. Es scheint sich aber von den Mehrheitsverhältnissen her in diesem Land eine Situation anzubahnen, wo sich ein konservativer Lager (CDU und FDP) einrichten und ein Lager, das aus Grünen und Sozialdemokraten besteht, andererseits gegenübersteht. Es gibt offenbar diese Polarisierung in der Bevölkerung, und die Frage ist, ob es realistisch ist, große Forderungen auf dem Weg durchzusetzen, daß man seine Position in Parlamenten nutzt, die eine enorme Mehrheit von sozialdemokratischen und grünen Abgeordneten haben. Ist das eine Option, oder müssen wir das auch als Unionist sehen?

**Dirk:** Es gab vor kurzem im „Vorwärts“ ein Interview mit Jo Leinen, in dem er vertreten hat, man müsse einen neuen „Reformblock“ bilden. Ich sehe dabei die Gefahr, daß es nur darum geht, die ganze Friedens- und Ökologiebewegung wieder in die Sozialdemokratie zu integrieren. Das ist auch einer der Gründe, weshalb Jo Leinen in manchen Bürgerinitiativen kritisiert wird, daß er als Bundesvorsandmitglied der SPD und immer noch Mitglied der SPD eine solche Forderung in einer Situation aufstellt, wo die SPD halt eine Raketenpartei ist. Oder eine Partei, die in Hessen die ganze Großprojekte-Politik vorantreibt. Da müßte schon eine ganze Menge passieren, da müßten wirklich glaubwürdige Veränderungen bei der SPD passieren, da müßte eine ganze Menge Leute, die in der SPD jetzt noch das Sagen haben, abtreten, damit längerfristig so eine Kooperation möglich wird. Im Moment beurteile ich das eher pessimistisch.

**Frank:** Auf Bundesebene scheint mir ein Zusammengehen SPD-Grüne gegenwärtig unmöglich zu sein. Erstens ist eine Wandlung der SPD in Fragen der Friedens-, Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik nicht abzusehen. Zweitens würde es darauf hinauslaufen, uns als radikaldemokratische Alternative zum herrschenden Block in die Parteienfamilie zu integrieren. Die zweite würde es ultra-rechtschaffen, uns als radikaldemokratische Alternative zum herrschenden Block in die Parteienfamilie zu integrieren. Dieser Versuch werden wir unseren Widerstand entgegensetzen.

**Dirk:** Aus sozialdemokratischen Kreisen innerhalb der Bürgerinitiativen gegen die Starbahn West - also Leute, die in dieser Frage im Widerspruch zu ihrer Partei stehen - gibt es eine Kritik an den Grünen, bei der uns vorgeworfen wird, daß das, was die Grünen heute machen, um Grunde die alte Juso-Doppelstrategie sei. Damit seien wir selbst auf dem Boden gefallen, und damit würden auch wir auf den Boden fallen. Ich denke, daß da teilweise was dran ist. Die Entscheidung der Grünen, auch im parlamentarischen Raum zu arbeiten, was einschließt, daß man in Situationen reinommen kann, in denen man gezwungen ist, mit den etablierten Parteien zusammenzuarbeiten, führt teilweise zu den gleichen Gefahren, die es auch bei der öller Bewegung gab. Damals gingen Leute mit dem Anspruch in die Parteien hinein, dort Veränderungen herbeizuführen. Am Schluß blieben ein Kartens Voigt oder ein Wolfgang Roth übrig, die dann zwei Bundestagsabgeordnete wurden, aber den kritischen Anspruch, den sie mal hatten, verloren. Vor diesem Gefahr stehen auch die Grünen oder Teile von ihnen. Es gibt ja jetzt schon diese Fehlentwicklungen in Bremen oder Baden-Württemberg.

**Frank:** Ähnlich dazu. Dirk: Ähnlich, ja. Mit diesem Konflikt werden auch die Hessen-Grünen im Landtag zu tun haben. Da bin ich ziemlich sicher.

**AK:** Mich würde nochmal die Arbeitsniederlegung über die Rolle der Arbeiterbewegung interessieren. Hier steht es einige außerordentliche Anforderungen von Milan Horvat und Jürgen Engel dazu gegeben - z.B. wo wir

den die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren? Was hat sie denn vertrieben? - und dadurch wurde die Bedeutung der Arbeiterbewegung als wesentliche gesellschaftliche Kraft stark in Frage gestellt. Was das vor polemische Begründung zur Entstehung der demokratischen Sozialisten? Frank: Mir steht es nicht zu, die Arbeiterbewegung hier in irgendeiner Weise zu kritisieren. Es ist klar, wir suchen Zusammenarbeit mit allen oppositionellen Gewerkschaften. Wir haben deshalb auch beschlossen, unseren Programmentwurf Wirtschaft und Arbeitswelt an alle hessischen Betriebs- und Personalräte zu verschicken. Es entspricht zur der Logik der bisherigen Diffamierung der Grünen durch Teile der Gewerkschaftslinks, daß sie uns als arbeiterfeindlich darstellen. Da ist nichts dran.

**AK:** Immerhin hat jetzt die „metall“ die Grünen zu Wort kommen lassen. Das ist doch bemerkenswert, wenn im Organ der größten Metallgewerkschaft etwas steht über Vorstellungen darüber können. Nützt ihr das zu einer Offensive der Argumente in den Gewerkschaftsbereich hinaus?

**Dirk:** Das ist übrigens kein Einzelfall. In der Gewerkschaftszeitung der HBV z.B. stand auch ein Artikel zu der Situation in Hamburg nach der Wahl, also zum Verhältnis zwischen SPD und GAL, wo aufgeführt wurde, daß es notwendig ist, daß Sozialdemokraten und Grüne zusammenarbeiten, gerade auch, um Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung durchzusetzen.

Wir können vor den Problemen in diesem Bereich - steigende Arbeitslosigkeit, Betriebsstillegungen, Rationalisierungen - auch die Augen verschließen. Das sind gesamtgesellschaftliche Probleme, bei denen wir als Grüne gefordert sind. Das hat seinen Niederschlag in unserem Wirtschaftsprogramm gefunden, in das wir eine ganze Menge Forderungen der Gewerkschaften aufgenommen und eingearbeitet haben. Für unsere Mitglieder sollte es auch selbstverständlich sein - wenigstens es auch Fälle gibt, wo das noch nicht ergangen ist -, daß sie sich in den Gewerkschaften als Mitglieder aktiv betätigen.

**AK:** Gibt es auf der Landesliste Kandidaten aus dem Spektrum aktiver Gewerkschafter?

**Dirk:** Leider nein. Das muß man ganz offen sagen.

**AK:** Stimmt die Liste doch mal ein bisschen vor. Frank: Die Kreisverbände haben 80 Grüne und Nicht-Grüne für die Landesliste vorgeschlagen. Diese 80 Leute haben sich mit politischen Lebensläufen vorgestellt, die dann allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt wurden. Aus diesem Kreis sind im Mai 43 Kandidaten letztendlich auf die Landesliste gewählt worden. Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind etwa 10 Frauen und 10 Männer gewählt worden. Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind etwa 10 Frauen und 10 Männer gewählt worden.

Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind etwa 10 Frauen und 10 Männer gewählt worden. Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind etwa 10 Frauen und 10 Männer gewählt worden. Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind etwa 10 Frauen und 10 Männer gewählt worden.

Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind etwa 10 Frauen und 10 Männer gewählt worden. Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind etwa 10 Frauen und 10 Männer gewählt worden. Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind etwa 10 Frauen und 10 Männer gewählt worden.

Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind etwa 10 Frauen und 10 Männer gewählt worden. Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind etwa 10 Frauen und 10 Männer gewählt worden. Im ersten Dutzend ist etwa eine Parität zwischen Frauen und Männern vorhanden. Im ersten Dutzend sind etwa 10 Frauen und 10 Männer gewählt worden.

**AK:** Wie würdet ihr die politische Herkunft der Kandidaten beschreiben?



Frank: Grün, bunt, alternativ  
AK: Ich meine, in der Hamburger Bürgerbewegung gibt es jetzt Abgeordnete, die sich als Sozialisten und Marxisten bezeichnen, was speziell für die Leser unserer Zeitung recht erfreulich ist.  
Frank: Ehemalige KGBler sind bei uns nicht drunter. (Gelächler) Es hat bei uns keine Gesinnungsprüfung und Kategorisierung vorab gegeben — du Marxist, du nicht, du Sozialist, du nicht —, ich glaube aber, daß diese zukünftige Fraktion eine dezidiert linke Politik im hessischen Landtag garantieren.

Dirk: Wenn die Presse so eine Kampagne wie jetzt gegen die GAL machen will, daß also aufgezählt wird, der/die ist oder war im KGB, der/die ist Z-Fraktion usw., dann können die das hier natürlich auch in entsprechender Form machen.

Frank: Die „politischen Stellen“ werden auch bei uns sicher irgendwo fundig werden und dann der Öffentlichkeit irgend etwas präsentieren, was nach kommunikativer Unterwanderung riecht.

AK: Wie steht ihr heute dazu, daß Alexander Schubert nicht auf die Liste ge-

teilweise sehr erschütternd. Die konnten nicht mal festmachen, welchen ihre Differenzen zu dem waren, was die Grünen wollen. Derwegen ist oft der Eindruck entstanden, es ginge bei der ganzen AL-Diskussion nur darum, auf einen Zug, der schon längst abgefahren ist, noch aufzuspringen. Denn wir hatten schon vor einem Jahr gesagt, daß wir diese offene Liste machen. Wir hatten damals sogar teilweise selbst noch diskutiert, wie es mit einer AL oder sonstwas aussieht. Aber da hatte es überhaupt keine Resonanz gegeben. Erst als die ganze Sache von unserer Seite aus abgeschlossen war, sowohl die programmatische Diskussion als auch z.T. die Nominierung von Kandidaten in den Kreisverbänden, da ist die AL-Diskussion erst zustande gekommen. Sie hat eigentlich den Grünen gar nicht so sehr geschadet, aber der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West hat sie geschadet, weil dadurch die Arbeit fast zwei Monate lang gelähmt worden ist, nachdem sich nach der Platzbesetzung Reunation breitgemacht hatte. Die BI-Arbeit nahm erst wieder einen Aufschwung, als auf einem BI-Plenum beschlossen wurde,

Liste zu bilden, wie wir das hier in Hessen haben. D.h., daß auch Nicht-Grüne auf dieser Liste kandidieren könnten.

AK: Offener als in Hessen müßte die zumindest sein. Wie sieht ihr unabhängig von Wahlterminen oder Verhältnis zu den Demokratischen Sozialisten und zu den Alternativen?

Dirk: Grundsätzlich sind wir bereit, mit all diesen Gruppen, mit der ganzen Ökologie- und Friedensbewegung zusammenzuarbeiten, gemeinsame Aktionen durchzuführen und Initiativen zu unternehmen. Daher wird unser Verhältnis zu den Alternativen oder zu den Demokratischen Sozialisten nicht in erster Linie durch Konfrontation, sondern durch Kooperation bestimmt sein. Inhaltliche Differenzen müssen aber offen ausgetragen werden. Das wird man daran festmachen müssen, was für ein Bundesprogramm sich die Demokratischen Sozialisten z.B. geben, wenn sie sich im November als Partei gründen.

Frank: Das wird sich auch an der Frage entscheiden, inwieweit sich dort reformistische Ansätze durchsetzen. Denn das ließe sich schwerlich mit unserer

den Aktionen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen beteiligt. Zur programmatischen Auseinandersetzung, welches Verhältnis wir zu den Parlamenten haben, ist klar, daß das Verhältnis zwischen parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Arbeit ein wechselseitiges ist. Wir glauben nicht, daß sich allein durch die Arbeit in den Parlamenten irgend etwas wesentliches in diesem Staat verändern läßt. Es gibt da das bekannte und beliebte Bild der zwei Beine, das Standbein und das Spielbein; dabei ist für mich klar, daß das Standbein die außerparlamentarische Bewegung ist und das Spielbein die parlamentarische Arbeit. Eine parlamentarische grüne oder grün-alternative Vertretung ohne Anknüpfung an außerparlamentarische ist tot — mauertot — und kann nichts, gar nichts bewegen. Das heißt für die zukünftige Fraktion, daß wir uns ständig in unserer Arbeit rückkoppeln werden. Zum Verhältnis zwischen plebiszitären und repräsentativer Demokratie, nicht nur hier in Hessen, in der gegenwärtigen Form nicht das ist, was uns vornehmte. Wir haben in unserem Programm Vorschläge gemacht, um

Volksbegehren in Hessen überflüssig.

— Grilchler —

Dirk: Nein, nein, ganz im Gegenteil! AK: Ihr lecht, aber ein Teil der Leute in der Startbahn-BI sagt durchaus, das war Scheiß und das wollen wir nicht noch mal.

Frank: Wenn unsere Politik dazu führen sollte, daß die Aktivitäten der Bürgerinitiativen quantitativ und qualitativ abnehmen sollten, dann ist unsere Politik falsch.

Dirk: Es muß, wenn man in Zukunft dieses Mittel des Volksbegehrens anwendet, z.B. gegen die WAA, mehr genau geprüft werden, was man sonst noch für politische Rahmenbedingungen gibt. Es könnte ja z.B. sein, daß diese nach den Landtagswahlen dann anders sind, als es zu dem waren, bei der Startbahn. Es ist auch abhängig davon, was die Bürgerinitiativen oder die Bevölkerung dieser Region wollen, ob sie sich z.B. zutrauen, etwas zu machen. Es nützt nichts, wenn wir als Grüne oder als Startbahn-BI stellvertretend sagen: Jetzt macht ihr noch mal so ein Volksbegehren, und die wollen das gar nicht oder die trauen sich das nicht zu. Das heißt, man kann nicht unbedenken versuchen, das ständig wieder anzuwenden, sondern man muß genau die Bedingungen klären.

Ich wollte aber noch etwas zu dem Problem Wahlen, Grüne, Bürgerinitiativen sagen. Ich finde schon, daß sich da gerade in der Startbahn-BI ein Problem ergibt.

Vor dem Baustop-Urteil für die Untertunnelung der Ockfeller Straße gab es z.T. eine resignative Haltung bei den Leuten, nach dem Motto, wir gehen zwar sonntags noch raus an die Mauer und machen da Aktionen, aber der große Tag der Abrechnung kommt am 26. September, wo wir alle das Kreuz an der richtigen Stelle machen. Dann ziehen die in Wiesbaden lange Geisler, denn jetzt hat sie's mal gereizt bekommen. Das ist ein bißchen zu wenig, wenn die Aktivitäten eines Großteils der Bürger sich nur noch darin erschöpfen, es kann sehr leicht dazu führen, daß dann die grünen Landtagsabgeordneten nur noch eine Art Stellvertreterpolitik für die BI im hessischen Landtag machen. Es muß ein gemeinsames Interesse sowohl der Bürgerinitiativen als auch der Grünen sein, neue Perspektiven zu entwickeln im Widerstand gegen die Startbahn West. Da müssen Möglichkeiten gefunden werden, daß die Leute selbst wieder aktiv werden. Ich denke, daß wir als Bürgerinitiativen wieder etwas im Aufwind sind mit bestimmten kleineren Aktionen, die wir jetzt gemacht haben, z.B. mit der Anketungsaktion im Flughafen-Terminal oder mit der Blockade-Aktion, die heute stattgefunden hat. Diese Blockade-Aktion war eine Sache, die überwiegend von älteren Bürgern, von Hausfrauen, Arbeitern, Angestellten und Handwerkern gemacht worden ist.

Das sind Möglichkeiten, die man steigern kann, wo mehr Leute sich aktiv betätigen können, die ganz wichtig sind, um gerade jetzt im Landtagswahlkampf den politischen Druck aufrecht zu erhalten, der benötigt wird, um die Startbahn West zu kippen.

AK: Das heißt, man braucht eine Aktion zu erhalten, der benötigt wird, um die Startbahn West zu kippen.

AK: Das heißt, was jetzt an Aktionen stattfindet, ist keineswegs ein letztes Aufbegehren, das nach dem großen Wahlkampf nicht schlecht zugeht, sondern ordnet sich in eine längerfristige Strategie der BI, um das Projekt auf alle Fälle doch noch zu Fall zu bringen.

Dirk: Ganz genau. Da muß man meiner Ansicht nach ganz überdeutlich trennen. Das eine ist die Arbeit, die die Grünen machen, Aufklärungsarbeit, wo der Aspekt der Startbahn West ein Teil unserer ökologischen Widerstandes ist. Wo wir sagen, wir sind gegen die Startbahn und heften weiter darüber aufklären, was da alles für Sauerzonen gelassen sind und warum wir dagegen sind. Das andere ist aber, daß wir als Mitglieder der Bürgerinitiativen auch weiterhin an der Basis den Kampf dagegen führen, und da wären die bisherigen Aktionen nur der Anfang. Zu diesen Aktionen gehört z.B. auch die Umwelt-Stafette, die von Ende August bis Mitte September durchgeführt wird, und die alle ökologischen Brennpunkte in Hessen aufführt.

Das Motto dieser Sache „Wahl! keine Startbahn- und Atompartei!“ — für Umwelt und Leben! — soll ja darüber aufklären, daß die drei Parteien, die jetzt im hessischen Landtag sind, in Bezug auf dieses Projekt eine verfehlte Politik machen. Das soll aber nicht plump auf Wahlpropaganda für die Grünen hinauslaufen. Das kann ein Ergebnis des Denkprozesses sein, den man bei den Leuten auslöst, aber nicht würde noch viel mehr freuen, wenn nicht nur viele Leute anfangen, kritisch zu denken oder anders zu wählen, sondern wenn sie selbst aktiv werden und versuchen, für ihre Interessen einzutreten.

AK: Wir danken Euch für die Ge-  
meinsamkeit



Hessische Landtagskandidaten der Grünen

Foto: M. Jari

## Hessische Landtagskandidaten der Grünen

Foto: M. Jari

kommen wurde, und wie bewertet ihr rückblickend die Auseinandersetzung um ein Wahlbündnis und eine Alternative Liste?

Dirk: Daß der Aschu nicht auf der Liste ist, hat ja nicht nur mit dem Beschluß der Frankfurter Grünen zu tun, ihn von ihrem Kandidatenvorschlag zu kippen, weil er sich für eine Alternative Liste eingeworfen hat. Denn es gab ja noch wie vor den Vorschlag der Grünen Bergstraße, den Aschu trotzdem auf die Landesliste draufzuwählen, und die wären auch nach den Frankfurter Auseinandersetzungen bei diesem Vorschlag geblieben, wenn Aschu das gewollt hätte. Er wollte das dann selbst nicht mehr. Ich denke, daß er trotz dieser Kontroversen als Repräsentant der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West und als einer, der sich sehr stark für das Volksbegehren engagiert hat, auf einen der vorderen Plätze gewählt worden wäre, wenn er bereit gewesen wäre, zu kandidieren. Trotz all dieser Querelen, die es gegeben hat. Ich persönlich — das kann ich jetzt wieder nur als jemand aus der BI sagen — bedaure das auch irgendwie, weil ich in der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren doch gut mit ihm zusammengearbeitet habe, und ich denke, das wäre auch in der Landtagsarbeit möglich gewesen. Gut, es hat nicht sein sollen. Zur Diskussion um die AL. Ich habe von vornherein der ganzen Sache wenig Chancen gesehen. Ich habe den Leuten, die das ganz zu Anfang der Diskussion an mich herangetragen haben, schon vorausgesagt, daß z.B. eine Zusammenarbeit Grüne-DKP wegen einer ganzen Menge Punkte nicht gehen wird, und bei allen anderen Kräften, die für eine AL eingetreten sind, ist eigentlich relativ wenig dahinter gewesen. Was z.B. von Seiten der SPD oder der Demokratischen Sozialisten gekommen ist, auch programmatisch das war doch

daß sich die BI als Organisation nicht an der Bildung der AL beteiligt. Damit war aber auch aus der ganzen AL-Diskussion die Luft raus, weil nämlich ziemlich schnell deutlich wurde, daß die DKP sowie ihre eigene Kandidatur macht und die Demokratischen Sozialisten nicht antreten.  
Frank: So richtig, wie ich das Konzept der AL in Hamburg und in Berlin finde, so falsch finde ich es in Hessen. Für eine AL-Projekt ist es notwendig, eine Infrastruktur von Bürger- und Basisinitiativen flächendeckend als Grundlage zu haben. Das ist in Hessen nicht der Fall. Darum war ich auch in der Diskussion nicht für das Projekt AL, sondern für die grüne offene Liste, bei der programmatisch je all das enthalten ist, was auch traditionelle AL-Forderungen sind. Selbst auch unseren Schwulen-Teil an, sehr auch unseren Frauen-Teil an, unsere Ausländer-Forderungen, sowie unsere Vorstellungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.  
AK: Michwort Bundestagswahlen, vielleicht vorgezogene Bundestagswahlen, vielleicht sogar aufgrund des Ausgangs der Hessenwahl — sollen sich alle den Grünen anschließen, oder soll es ein Bündnis Grüne, Alternative, Demokratische Sozialisten geben?

Dirk: Wenn es jetzt vorgezogene Bundestagswahlen geben sollte, weil die SPD bei der Hessenwahl einen ganz starken Einbruch erleidet, dann denke ich, ist es sowieso notwendig, daß alle oppositionellen Kräfte gegen den herrschenden Block die Grünen unterstützen. Weil man nicht in so relativ kurzer Zeit für die gesamte BRD eine Alternative Liste zustande bringen wird. Ob das bis 1984 möglich sein wird, möchte ich auch bezweifeln. Ich denke, die Grünen selbst und alle, die ein Interesse an einer Alternativen Liste haben, sollten prüfen, ob es für die Bundestagswahlen möglich ist, auch so eine offene

Programmatik verbinden.

Dirk: Längerfristig ist es nicht gesagt, daß es für immer und ewig eine Partei DIE GRÜNEN geben muß. Es ist durchaus denkbar, daß sich eine neue Organisation aus den Grünen, den Demokratischen Sozialisten, alternativen Gruppen, Teilen der Gewerkschaftsbewegung, der Friedensbewegung, der Ökologiebewegung bildet, wenn sich z.B. die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen noch weiter verschärfen — um die Frage der Stationierung der Mittelstreckenraketen, weil sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert usw. Da ist es durchaus denkbar, daß eine neue linke, sozialistische oder fortschrittliche Partei oder Kraft entsteht, in der auch die Grünen aufgehen.

Frank: Es ist zwar denkbar, es besteht aber gegenwärtig keine Notwendigkeit, daß so eine neue Organisationsform, wie von dir eben skizziert, entstehen müßte.

Dirk: Ich denke dabei auch nicht an kurze Etappen z.B. die nächsten zwei bis drei Jahre, sondern da muß vorher noch einiges passieren.

Frank: Aber gegenwärtig stellt sich für uns die Organisationsfrage nicht.

AK: Aber anschließend die Demokratiefrage. Die grüne Landtagskandidat Gertrud Schilling (Platz 2) soll in Löhren gezeigt haben, die Grünen wollten die Parlamenten abschaffen, was in der bürgerlichen Presse hohe Wogen geschlagen hat. Bei der Startbahn West wurde erstmals versucht, ein ökologisches Wahlkampfsystem mit dem Mittel eines Volksbegehrens und Volksentscheids zu verhindern. Seht ihr in solchen plebiszitären Elementen mögliche Formen für eine neue Politik?

Frank: Inwieweit diese in der „faz“ titulierte Äußerung von Gertrud authentisch ist, dazu können wir jetzt nicht sagen, weil Gertrud sich im Augenblick in Comiso befindet und sich dort an

den Charakter dieser repräsentativen Demokratie so zu verändern, daß eine größere Bürgerbeteiligung möglich ist. Das heißt in der Umsetzung: Änderung der hessischen Gemeindeordnung in wesentlichen Punkten, z.B. Öffentlichkeit aller Sitzungen und aller Magistratsitzungen, Verlagerung der Kompetenzen auf unsere Ebenen, das geht auch über den Rahmen der hessischen Gemeindeordnung hinaus, Volksentscheidung bei wichtigen Fragen, Runderneuerung des Quorums, ab wann Volksabstimmungen beantragt werden können. Durch diese Veränderung glauben wir, daß es möglich ist, dieser repräsentativen Demokratie eine neue Qualität zu geben. So daß der Begriff repräsentativ sich dann letztendlich wandelt zu etwas Neuem.

Dirk: Es ist eine wichtige Erfahrung, daß bei der ganzen Diskussion Volksbegehren/Volksentscheid gegen die Startbahn West ja oder nein, die Grünen die einzige Partei waren, die von Anfang an das Volksbegehren vorbehaltlos unterstützt haben. Nicht nur um die Möglichkeit, wie sie in der hessischen Verfassung vorgesehen ist, auszunutzen, um vielleicht dieses Großprojekt zu verhindern, sondern um auch diese Form der direkten Demokratie wirklich mal zu erproben. So etwas ist ja vorher noch nie gemacht worden und es hat dazu geführt, daß der Widerstand sich enorm ausgedehnt hat. Zum einen ist das Problem dadurch besser bekannt geworden. Zum anderen haben die Leute nicht nur über Demokratie in Hessen diskutiert, oder daß sie jetzt ihre Stimme gegen die Startbahn abgeben, sondern sie waren größtenteils auch bereit, sich darüber hinaus ganz konkret zu engagieren.

AK: Das heißt also, grüne Abgeordnete machen noch zukünftig nicht etwa



Der technologische Durchbruch ist geschafft: Benutzt man bislang Atomkraftwerke zur Erzeugung von Strom, so ist es nun möglich, aus Uran und Plutonium für Atomwaffen aufzubereiten, kann dies demnach in einem normalen Keller produziert werden. Die Entwicklung spezieller Hochleistungslaser hat dies möglich gemacht. Während bei dieser Technologie ein Atom des USA wieder einmal die BRD, die sich dabei sogar eine Spitzenposition erobern konnte. Wieder tauchen dabei die Firmennamen wie Kraftwerk Union, Urenco, Messerschmitt-Bölkow-Blohm und das Frankfurter Battelle-Institut auf. Bekannt, aber kaum öffentlich zur Kenntnis genommen, wurde, daß die BRD auch hier schon wieder einmal engste Kontakte nach Südafrika pflegt.

In den USA ist es bereits in Vorbereitung, mit diesem Verfahren anzuknüpfen dem Problem des Atomabfalls so Leibe zu rücken: Bis 1990 sollen, hauptsächlich aus Atomabfall, 14.000 neue Atomwaffen produziert werden. Bei der Inbetriebnahme dieser Anlagen in den USA ist die BRD über die DWK (zusätzlich für die Aufbereitung von Atomabfall) gleich mit von der Partie. Damit kann sich die BRD ein weiteres Stück „Selbstbestimmung“ erobern: Sie darf an den Atomwaffen für den Einsatz auf dem europäischen Kontinent mitproduzieren.

Zur Herstellung von Atombomben werden Uranatome mit der Massenzahl 235 und Plutoniumatome mit der Massenzahl 239 gebraucht. Das U-235 taucht in der Natur nur zu 0,7 % auf. Für den Betrieb von AKWs muß es auf 3 %, für eine Atom Bombe auf 90 % angereichert werden.

Plutonium (Pu) 239 ist erst in einer Konzentration von über 94 % optimal waffenfähig. Das hängt damit zusammen, daß andere Plutoniumisotope entweder bereits nach ca. 12 Jahren zerfallen (Pu-241), oder aber erst in größeren Mengen eine kritische (d.h. zur schnellen Kettenreaktion und damit zur Atomexplosion fähige) Masse bilden. Atompreisköpfe sollen möglichst wenig Ballast tragen; man ist deshalb an einer möglichst kleinen kritischen Masse (in der Regel unter 5 kg) interessiert.

In optimaler Konzentration wurde Pu-239 bislang nur in militärischen Reaktoren produziert. Das in Leichtwasserreaktoren, den derzeit gebräuchlichsten AKWs, erzeugte Plutonium besitzt einen nur mäßig waffenfähigen Pu-239 Anteil von 5 % für die Waffentechnik. Nachschlüssel ist hingegen das Pu aus dem Brennstoff von schnellen Brüttern: dieses hat bei 6 % Pu-239 eine kritische Masse von 4,5 kg! (1)

Im Zuge der atomaren Aufrüstung wurde in den letzten Jahren fieberhaft daran gearbeitet, über Laserbestrahlung schneller und billiger an Uran-235 und an Pu-239 zu gelangen. Mit Erfolg! An führender Stelle bei der Entwicklung dieser Methode, auf die sich sicher alle stützen werden, die schnell und billig Atombomben bauen wollen, steht ... die BRD!

## Das Prinzip der Laseranreicherung

### Das Prinzip der Laseranreicherung

Will man Uran 235 anreichern, d.h. den Anteil gegenüber anderen Uranisotopen erhöhen, wird das Uran erst einmal in eine gasförmige Verbindung mit dem gasförmigen Element Fluor überführt (UF<sub>6</sub> = Uranhexafluorid). Das Uran-Atom und die Fluor-Atome bewegen sich gegeneinander, d.h. sie schwingen, wie bei Kugeln, die mit Federn miteinander verbunden sind. Jede Verbindung und jedes andere Isotop (d.h. z.B. Uran 235 oder Uran 238) schwingt mit einer anderen Energie. Gelingt es nun eine Energiequelle zu bauen, die genau die Infrarotstrahlung abgibt, mit der die Uran-235-Hexafluorid-Verbindung absorbiert, kann man damit genau diese Verbindung anregen bzw. abtrennen. Eine solche Energiequelle nennt man Laser. In den letzten Jahren ist das Problem gelöst worden, Infrarotlaser für beliebige Energiebereiche zu bauen. In der BRD besitzen die AEG/Telefunken zusammen mit dem Fraunhofer Institut solche Laser.

Brauchte man bei den bisher üblichen Anreicherungsverfahren tausende von Anreicherungsstufen hintereinander, so schafft das neue Verfahren bereits in einer Stufe, das Uran 235 von 0,7 % (wie es in der Natur vorkommt) auf 22 % anzureichern. Und das ist auch der Grund, weshalb ein US-Wissenschaftler erklärt: „Diese Technologie erlaubt es, daß man sich Bomben im eigenen Keller baut!“ (in „Science“ 191 (1976) 1162).

# Atombombenbau jetzt im eigenen Keller möglich — BRD mischt kräftig mit

## BRD-Spitzenposition bei der Laserforschung

Zur Urananreicherung gehört eine sehr teure, aufwendige und komplexe Technologie, die bisher nur in großen Anlagen realisierbar war und nur von wenigen Staaten beherrscht wurde. Welche Bedeutung der Anreicherung beigemessen wird, mag folgendes Beispiel verdeutlichen: Bei der Degussa war Mitte der 60er Jahre das sogenannte Zentrifugenverfahren entwickelt worden, das effektiver arbeitete als das bisher verwendete Gaseffusions-Verfahren. Die „Amerikaner befürchteten, daß man damit schneller als mit dem amerikanischen Verfahren in wenigen Stufen zu hochangereichertem Uran komme. Sie waren besorgt, daß so die Atom Bomben unerwünschten Außenseitern zugänglich würde. Deshalb verlangten sie eindringlich, daß dieses Zentrifugenverfahren für geheim erklärt werde. Als die amerikanische Forderung durchsickerte, gab es natürlich Aufregung an der Börse. Die Degussa Aktien stiegen daraufhin — ohne Hinweis des Unternehmens — von ihrem damaligen Kurs, der etwa bei 750 bis 800 lag, auf 1500“.

(2) Die Laseranreicherung (siehe Karten) bietet nun die Möglichkeit, in kurzer Zeit auf kleinem Raum und erheblich billiger als bisher reine Atomwaffenmaterial herzustellen. (3) Die Erfindung und Erforschung von geeigneten Lasern erfolgte auf Anregung eines israelischen Forschungszentrums zunächst in den USA. Die ersten Patente zur Urananreicherung wurden 1972 in den USA angemeldet und zugleich unter Geheimhaltung genommen, was für das amerikanische Kapital bedeutete, daß es nicht weltweit den Profit aus diesem Verfahren einstreichen konnte.

„Die Rücksichtnahme der Amerikaner auf die Profitorientierung“ (4) durch die neue Lasertechnik wurde durch westdeutsche Firmen bestritten. Am 7.10.1974 meldete die Kraftwerk Union in Erlangen (KWU) ein Verfahren zur Isotopentrennung an, das am 8.4.1976 vom Deutschen Patentamt offengelegt wurde (Nr. 2447762), und am 11.12.1974 war die Uran-Uran-Isotopentrennungs-Gesellschaft mbH in Jülich so weit (Offenlegungsschrift Nr. 2458563 vom 16.6.1976). Die Erfindung des Uran-Patents arbeiteten beim Battelle-Institut e.V. in Frankfurt.

„Die Deutschen hatten damit eine starke internationale Position auf diesem Gebiet“ (5) Die Profiteure, „die die USA durch den Verlust der Überwachungsrechte erlitten haben, sind im Augenblick noch nicht abzuschätzen“ (6) Der US-Atom-Wissenschaftler (6) Der US-Atom-Wissenschaftler, ihr Verfahren 1975 in den USA patentieren zu lassen, während die entsprechenden amerikanischen Verfahren noch der Geheimhaltung unterliegen.

Auch in den folgenden Jahren blieben bundesdeutsche Firmen gut im Rennen um die Rechte für die Laseranreicherung. Insgesamt wurden von 1974 bis 1981 zahlreiche Patente von 3 westdeutschen Firmen angemeldet (23 von der Kraftwerk Union, 4 von Urenco und eins von Messerschmitt-Bölkow-Blohm). (7) Ihm kam dabei zugute, daß die USA die Geheimhaltung der Verfahren erst 1978 aufgaben und die US-Firmen erst aus ihre eigenen Entwicklungen patentieren lassen konnten. Nur 8 US-Patente zur Laseranreicherung wurden bis heute in den USA angemeldet und 5 in der BRD. Insbesondere die Kraftwerk Union als der einzige westdeutsche Kernkraftwerkhersteller hatte sich rechtzeitig wesentliche Rechte sichern können. So wohl im Battelle-Uran-Patent als auch im KWU-Patent wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich die entwickelte Laser-Verfahren „unter anderem“ auf die Urananreicherung beziehe, jedoch „der Anwendungsbereich dieses Verfahrens dadurch in keiner Weise beschränkt ist.“ (5) In der Tat!

Die Lasertechnik zur Urananreicherung ist prinzipiell geeignet für alle Isotopentrennungen, was nicht nur für den Bau von Neutronenbomben von großer Bedeutung sein könnte (8): Wie in den USA bereits eingegangen eröffnet sie insbesondere die Möglichkeit, aus dem zivilen Reaktormüll die zu Bomben zwecken wertvollen Pu-239-Isotopen von den anderen Pu-

Bestandteilen abzutrennen, d.h. die Trennung von militärischen und zivilen Atommaterialien gänzlich aufzuheben.

In der bekannten IFEU-Studie wird nachgewiesen, daß die Plutoniumanreicherung nur für den Bombenbau notwendig ist. Die Fragestellung dieser Forschung wäre praktisch gleichbedeutend mit dem Fragestellung, die BRD bereits die Möglichkeit vor, selbst Atombomben zu bauen. Hier dürfte der entscheidende Grund dafür liegen, „daß der damalige Bundesforschungsminister Haack von einer Bundestagskommission am 10.1.1981 ausführt, daß in seinem Hause nur ein einziger Bereich der Grundlagenforschung der Geheimhaltung unterliege, das sei der Bereich der Urananreicherung, dort wiederum nur ein bestimmter Spezialteil.“ (9)

Eine weitere Enthüllung des IFEU-Instituts ist in diesem Zusammenhang hochinteressant. Es wird (mit geändertem Initialen) berichtet von einer Zusammenkunft eines an der „University A“ beurlaubten Professors mit dem südafrikanischen „Southern Universities Nuclear Institute“ einerseits und der Uranal GmbH Jülich und KWU (also den beiden Firmen mit BRD-Patenten für Laser-Urananreicherung) andererseits.

Gegenstand dieser „einer deutschen Forschungseinrichtung und einem südafrikanischen Gremium“ finanziell unterstützten kooperativen Forschung sind die „Röntgenlaser“, deren erfolgreiche Anwendung auf dem Atomwaffenstoffgelände Nevada, USA, bereits 1981 von einer US-Fachzeitschrift enthüllt wurde (IFEU, S. 34).

## USA: Atomwaffen aus Atommüll

... der beste Weg, den ich sehe, um Kern, das Plutonium (für unser Waffenprogramm, Atom) zu bekommen, ist der, ihr Müllproblem zu lösen“ — so der US-Energetikminister Edwards in einer Rede vor Energieforschungs-Experten am 3.9.81. Tatsächlich lagern in US-amerikanischen Abfall- und Zwischenlagerbecken abgebrannte Brennelemente, von deren Plutonium 10.000 Sprengköpfe hergestellt werden können. (10)

Anlaßlich einer Anhörung vor dem US-Kongress zum Thema „Vorschläge, das abgebrannte kommerzielle Kernbrennstoff Plutonium für US-Kernwaffen zu gewinnen“, wurde von einem Militärspezialisten des US-Energetikministeriums erläutert, daß das geheime Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Laser-Isotopentrennung des Plutonium (Pu-239) dazu dienen soll, eine „starke Sicherheits- und Verteidigungsposition“ herbeizuführen, u.a. durch „Reinigung von Pu aus dem Brennstoff kommerzieller Reaktoren mit dem Ziel, es für die Waffenherstellung zu verwenden.“ (IFEU, S. 120) Um auf diesem Weg den Rückstoß für die bis 1990 zusätzlich geplanten 14.000 Atomsprengköpfe zu gewinnen, soll bis 1987 eine „Vielzahl Pu-239-Produktionsanlagen“ in Betrieb gehen, zu deren Finanzierung in Zukunft jährlich 50 - 60 Mio Dollar einkalkuliert sind. „Von dieser Anlage wird erwartet, daß sie das Plutonium aus zivilen Reaktoren mit 50 - 60 % Pu-239 auf ca. 94 % Pu-239 anreichern kann. Dabei würde aus 100 kg Reaktorplutonium ca. 65 kg Waffen-Plutonium entstehen.“ (IFEU, S. 55)

Konkret folgt aus dieser Planung, daß alle Atomkraftwerke in den USA in Bombenfabriken verwandelt werden sollen. Dies bringt selbst Teile der US-Atomindustrie auf die Palme: die um ihren „guten Ruf“ fürchten und gegen die Pläne der Reagan-Administration einwenden: „Dieses wäre eine Katastrophe für die Öffentlichkeitsarbeit. Wir verbrachten Jahre damit der Öffentlichkeit zu versichern, daß Kernkraft vom Atomwaffenprogramm getrennt ist.“ (IFEU, S. 67) Öffentlich und die militärischen Ziele der US-Regierung jedoch wichtig genug, um die totale Demontage des 1953 eingeleiteten Propagandamaneuvers „Atom for Peace“ in Kauf zu nehmen. Weniger unerfreulich für die Atomindustrie wäre allerdings die durch die Militarisierung des zivilen Atomprogramms geschaffene Möglichkeit, jede öffentliche Einflußnahme und Kontrolle auf die Genehmigung von Reaktoren, Atommüll-Transporten, -lagern etc. zu umgehen, da dies dann dem Bereich

der „nationalen Sicherheit“ und somit der Geheimhaltung unterliege.

In einer interessanten Rechnung haben die IFEU-Wissenschaftler den Versuch gemacht, die Folgen der Atomwaffenproduktion zu Bomben zwecken für die BRD zu veranschaulichen: Demnach wären zur Produktion einer Nagasaki-Bombe aus dem Leichtwasserreaktorplutonium pro Jahr ca. 400.000 stromverbrauchende Einwohner nötig (z.B. Bochum, Bielefeld, Mannheim, Nürnberg).

Das bedeutet, „daß die Stromverbraucher jeder größeren Stadt pro Jahr eine Atom Bombe der Nagasaki-Stärke produzieren würden, einmal genug, um diese Stadt jährlich einmal dem Boden gleichzumachen.“ (IFEU, S. 66)

Besondere Beachtung verdient das Interesse der Bundesregierung an der Anwendung der Plutonium-Isotopentrennung, ist doch diese Technologie (im Unterschied zur Urananreicherung) besonders unter militärischen Gesichtspunkten zu gebrauchen! (IFEU, S. 36f) Bisher sind neben der erwähnten Kooperation mit Südafrika zwei weitere Initiativen in diese Richtung bekannt geworden, die angesichts der Geheimhaltungsaklausel (s.o.) vermutlich nicht mehr darstellen als die Spitze des berühmten Eisbergs:

## Das Interesse der Bundesregierung an der WAA Barnwell (USA)

Zum einen handelt es sich dabei um die Versuche der DWK, einen „größtmöglichen Anteil an der Betriebskapazität“ (sow 7/81) der seit 1977 eingemieteten WAA Barnwell (South Carolina) zu übernehmen.

Die Bundesregierung hat inzwischen dieses Engagement ausdrücklich „begrußt, weil ein Know-How-Austausch und internationale Kooperation auch von sicherheitspolitischem Interesse“ sei.

Es spricht einiges dafür, daß sich das Interesse der Bundesregierung weniger auf Fragen der Betriebsicherheit (11) sondern in erster Linie auf die militärischen Aspekte der Barnwell-WAA konzentriert. Denn gerade die Barnwell-WAA ist ein Musterbeispiel dafür, daß die militärischen Interessen der Reagan-Regierung im Begriff sind, die kommerziellen Interessen vollends zu überlagern. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit bei kommerzieller Nutzung wollen weder die US-Regierung und noch viel weniger die AKW Betreiber aus nur einem Pfifferling in diese WAA stecken. Anders sieht es unter dem Aspekt der „Waffenherstellung“ Barnwell aus. Es ist

hing in diese WAA stecken. Anders sieht es unter dem Aspekt der „Waffenherstellung“ Barnwell aus. So ist mittlerweile zur Aufstockung militärischer Pu-Vorräte seitens der Reagan-Administration geplant, „das bei der Wiederaufarbeitung gewonnene Plutonium einfach aufzukaufen, zu prüfen, die ein Engagement der Wirtschaft lohnend machen würde.“ (12) Nach Berechnungen des US-Physikers Cochran müßten 85 % des dort abgetrennten Pu für Atombomben zwecke auf gekauft werden, falls die Anlage je rentabel arbeiten soll. Ein DWK-Engagement in Barnwell eröffnet somit die reizende Aussicht, bei einem Atomkrieg in Europa vernichtet zu werden durch nukleare Sprengsätze, hergestellt aus Plutonium Made in Germany! Das entscheidende „sicherheitspolitische“ Interesse der BRD an Barnwell könnte jedoch darauf beruhen, daß innerhalb dieser WAA Ende September 82 ein großangelegter Versuch mit der neuen Lasertechnik durchgeführt werden soll. „Als Gastinnehmer für den ohne Spaltmaterial durchzuführenden „cold test“ (kalter Versuch), der die Funktion von IAEA-Sicherungen im Falle der Herstellung von Waffenplutonium demonstrieren soll, und — gegen entsprechende Bezahlung — Japan, die BRD, Frankreich und England vorgesehen.“ (sow 23/82, IAEA = Internationale Atomenergiebehörde)

Auch hier werden „Sicherheitsmaßnahmen“ vorgeschoben, um einzig und allein die private Lieferung einer „zivilen“ WAA für den Atomkrieg praktikabel machen zu können!

## Was will die Bundesregierung mit den neuen US-Atomwaffentechnologien?

Während bisher BRD-Patente für die Urananreicherung vorliegen, wurde sel-

ters der Reagan-Administration im Juli dieses Jahres ebenfalls der Export der Pu-LIS-Technologie in die BRD und nach Frankreich bestätigt. Es handelt sich hierbei um ein Patent, das von der Firma „Laser Analytics Inc.“ (BRD-Zweigstelle: 61 Darmstadt, Alsfeldstr. 12) entwickelt wurde.

Ganz im Unterschied zu den USA, wo dieses „Lasergeschäft“ breit publiziert und kritisiert wurde, ist dieser Vorgang in den Massenmedien der BRD nahezu unterwiegend geblieben.

Lediglich die „FAZ“ verdeutlichte in einem empörten Kommentar, jedoch gegen den „amerikanischen Enthüllungsjournalismus“, daß so derartige Vorgänge am liebsten ganz unter den Teppich gehoben sähe — Die kluge Argumentation dieses Kommentars gegen die „Unterstellung“, die BRD könne nun besser Bomben herstellen, spricht allerdings für sich.

Zum einen sei doch klar, „daß es diese (Laser-) Geräte ähnlich in Deutschland gibt und daß solche Geräte auch anverwandte von deutschen Firmen hergestellt werden“, zum anderen sei es ohnehin „unmöglich, zivile und militärische Kernkraftnutzung sorgfältig zu trennen“ und schließlich, so die augenzwinkernde Schlußbemerkung, sei bei solchen Fragen zwischen den USA und der BRD ohnehin die ganz spezielle „Vertrauenswürdigkeit maßgebend“.

Leider sind Ereignisse dieser Art, die eigentlich jedem Menschen klar das Interesse auch dieser Bundesregierung an der Entwicklung von Atombombentechnologien vor Augen führen könnten, auch in der fortwährenden Presse, kaum verbreitet, ganz zu schweigen von der Friedensbewegung, die diesem Thema bisher weitgehend ignoriert. Gerade in einem Land, dessen Atombombenforschung im Faschismus und in der Hoffnung auf den „totalen Sieg“ wurzelt, sollten alle Indizien für eine gezielte Atomwaffenforschung besonders aufmerksam verfolgt und einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

## Zwei Genossen aus Heidelberg und Lauberg

### Anmerkungen

- 1) H. Grupp, A. Schmalenauer: Atom Bomben IFEU-Bericht 19, Seite 29; Dr. Hannoll Grupp, Physiker ist einer der Gründer des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg e.V. Er ist zur Zeit Bundesbeauftragter der Energiegenossenschaft, die herausfinden soll, ob der Brüter gefährlicher ist als Leichtwasserreaktor. Mensch kann annehmen, daß er über gute Insiderkenntnisse verfügt.
- 2) Wianacker, Wirtz: Das unverständliche Wunder Kernenergie, Seite 221.
- 3) Die Standard-Technologie zur Urananreicherung war bisher der Gaseffusions-Verfahren, der nur in Riesenanlagen mit Investitionskosten von 3 bis 4 Milliarden Dollar realisiert ist. Weiterhin ist eine Riesenanlage an Energie — in der Regel 2 bis 3 große AKWs — für diesen Prozeß notwendig. Anders Anreicherungsverfahren etwa das Zentrifugenverfahren — sind von den Investitionskosten ähnlich enorm, verbrauchen aber wesentlich weniger Energie. Allen gemeinsam ist, daß der Prozeß einige tausend Mal wiederholt werden muß, um die gewünschte Anreicherung zu erreichen. Was in der Regel durch eine Hinterwandbehandlung der Einzelkomponenten erreicht wird. Das bedeutet große, kaum vorzuziehenden Augen zu verschleudern fähigen und enorme Investitionskosten.
- 4) Proliferation (internat. Sprengung, Wucherung. Nachkommezeugung) mensch versteht darunter die Weitergabe und Verbreitung von Atomwaffenmaterial bzw. auch von Produktionsanlagen für solches Material.
- 5) H. Grupp, A. Schmalenauer, a.a.O. Seite 12.
- 6) R. K. Lester: Bull. of the Atomic Scientists 37 (1981) 33.
- 7) Zusammenfassung nach Chemical Abstracts für die Jahre 1974 bis 1981.
- 8) Als Zander für die Neutronenbombe werden 9 spezielle Isotope des Californiums und des Curiums diskutiert, die eine besonders kleine kritische Masse haben. Auch hochreines Plutonium 239 ist im Vergleich die Abtrennung dieser besonders geeigneten Isotope stark gegenwärtig. Es handelt sich um eine erhebliche ökonomische Schwelle, die auch hier erfüllt ist. Laseranreicherungsverfahren neue Möglichkeiten. Ein Ansatz zur Neutronenbombentechnologie ist für den AK in Vorbereitung.
- 9) H. Grupp, A. Schmalenauer, a.a.O. S. 40.
- 10) Atomwaffenentwicklung Nr. 19, S. 37.
- 11) Als Demonstrationsschritt für Betriebsicherheit wäre die Barnwell Anlage deshalb geeignet. Die beiden Zonen und die Ausrüstung im Sicherheitsbereich sind nicht für großbedeutende Wartung vorgesehen. Wichtige Vorzüge für Rettungsmaßnahmen bei Strahlenverunreinigungen innerhalb der Zonen sind nicht getroffen worden. Die Konstruktion und davon ausgegangen, daß die Anlage war ungeeignet und so wurden die Folgen der Reaktorabstöße vernachlässigt. „...“ op. cit. US-Studie, dt. nach H. Grupp, ...S. 100.
- 12) J. und, S. 4-82.



## Interview mit Dany Diner und Micha Brumlik:

### Libanon

# Der reale und der imaginäre Krieg

Darum geht es in dem folgenden Gespräch mit Dany Diner und Micha Brumlik, die beide in der „links“-Redaktion mitarbeiten. Der reale Krieg: der israelische Vernichtungszug gegen die PLO, der imaginäre Krieg: der Krieg der „Geister und Geister“, in dem Auschwitz mit West-Beirut gleichgesetzt wird. Aus explizit antisemitischer Sensibilität oder zur Entlastung des Verbrecher von gestern? Zumindest aus Nichtbefassung oder Unkenntnis eines Geschichtsabchnitts (ohne Auschwitz kein Zionismus, ohne Zionismus keine Vertreibung der Palästinenser), der eigentlich gerade der westdeutschen Linken von Begriff sein sollte.

Sich damit auseinanderzusetzen, ist keine Ablenkung der prioritätär zu überwindenden Solidarität mit dem palästinensischen Volk, sondern gehört unmittelbar dazu. Die westdeutsche Linke lebt eben in Westdeutschland und nicht in Australien.

Weitere Themen des Interviews betreffen die Frage „Mini-Staat“ oder „bi-nationaler Staat“ bzw. die heutige Situation in Israel, wo die einzigen Demonstrationen des Nahen Ostens gegen den Krieg im Libanon stattgefunden haben. Ferner die Frage, ob ein „Linkensterrorismus“ überhaupt denkbar ist.

E., K.B./Gruppe Frankfurt

E., K.B./Gruppe Frankfurt

AK Beide arbeitet ihr in einer Gruppe in Frankfurt mit, die sich Gruppe linker Juden nennt. Daraus entspringt die Frage, ob es die Meinung ist, dass sich heute noch eine „jüdische Frage“ existiert. Ist das richtig? Können Sie sich vorstellen, etwas in dieser Gruppe sagen?

Micha Brumlik: Ich weiß nicht, ob es objektiv noch eine jüdische Frage gibt. Es gibt aber mit Sicherheit und ganz bestimmt hier in der BRD viele Juden, die ihr Jüdisch-Sein zumal hier in Deutschland immer noch als problematisch erleben. Und die zudem nicht mit der Art und Weise einverstanden sind, in der das Jüdisch-Sein in der heutigen Gesellschaft organisiert wird. Die von der bekannten Gruppe ist weniger eine feste Gruppe als vielmehr ein loser Diskussionszirkel, der seit ungefähr zwei Jahren Fragen der jüdischen Identität, des Lebens in nach-nazionalsozialistischen Deutschland und Fragen der Beziehungen von Juden zum Staat Israel diskutiert.

Dany Diner: Es ist sicher so, daß jeder, der an dieser Gruppe teilnimmt, seine Teilnahme anders definiert. So verschieden die Individuen, so unterschiedlich sind damit auch die Probleme. Doch erst ein Wort zur Meinungsbildung. Wir haben uns nicht „linke Juden“ genannt, sondern die Bezeichnung „jüdische Gruppe“ hat sich durchgesetzt. Ich selbst hätte es für besser, weil wir — ohnehin Linke — mehr damit zum Ausdruck bringen wollen, als daß wir „Sonder“-Juden sind. Wir haben, wenn man so will, implizit einen Anspruch geltend gemacht, daß wir uns noch mehr Juden so wünschen bzw. — Identität — alle Juden so wünschen würden. Das Entscheidende, was jedenfalls meine Person angeht, ist das gewesen. Der Mensch besteht identitätsmäßig aus verschiedenen Anteilen. Das ist ja auch durch die Frauenbewegung deutlich geworden. Jeder Mensch besteht aus verschiedenen Anteilen. Es gibt Anteile, die in der politischen Arbeit in den

unterschiedlichen Organisationen, an denen die verschiedenen Individuen teilhaben, nicht aufgehen. Und diesen Anteil, den nicht aufgehenden Anteil, den haben wir sozusagen in diesem Diskussionszusammenhang aufgehoben.

AK: Können Sie die stattgefundenen Aktivitäten dieser Gruppe darstellen? Micha Brumlik: Wir haben zwei bis drei Aktionen gestartet. Eine Aktion war eine Flugblattaktion anlässlich der Neuöffnung der Alten Oper in Frankfurt. Wir haben auf Flugblättern darauf hingewiesen, daß es nicht umständlich möglich ist, die deutsche bürgerliche Kultur zu feiern, ohne nicht auch der Opfer zu gedenken, die das Kapital der deutschen bürgerlichen Innerlichkeit vor dem Nationalsozialismus gefordert hat. Wir haben in diesem Zusammenhang auf das Schicksal jüdischer Musiker der Alten Oper vor dem Krieg und dem Nationalsozialismus hingewiesen. Eine weitere Aktion war eine Veranstaltung anlässlich des 9. November, als das Pogrom von 1938, das supranational unter dem Namen „Kristallnacht“ bekannt geworden ist, in dieser Veranstaltung haben wir vor einem größeren Publikum ein Thema bereits angeschnitten und behandelt, das anlässlich der letzten Diskussionen um Vergangenheit und Solidarität, also in der ganzen Libanon-Debatte, erst so richtig in die Öffentlichkeit gelangt ist: nämlich die weitestgehend nicht nach unten Teil der deutschen Linken bewußt oder unbewußt antisemitische Argumentationsmuster finden. Argumentationsmuster, die vor allem darauf zielen, die Kinder ehemaliger Täter gewissermaßen zu entlasten.

AK: Was meinen Sie mit diesen unbewußten Argumentationsmustern? Micha Brumlik: Das beste Beispiel, das mit dazu einfließt, ist das bekannte Plakat, auf dem Ben-Gurion groß neben Adolf Hitler abgebildet ist. Ein anderes Beispiel sind einfache Sprüche wie: „Jhr seid ja auch nicht besser“ oder „Endlösung der Palästinenserfrage“ usw.

AK: Im Zusammenhang mit der Solidaritätsbewegung kommen wir auch hier nochmal darauf zurück. Zunächst aber etwas anderes: In der Presse ist heute viel von einem „Bruch des nationalen Kampfes“ innerhalb Israels die Rede. Tatsächlich ist eine Demo von 100.000 Menschen in Israel weltweit mehr, propädeutisch zur Bevölkerung gesehen, als eine 500.000-Demo in Bonn. Zumindest wä h r e n d des Krieges. Auch in den jüdischen Gemeinden außerhalb Israels wird derzeit viel Kritik an der Begin/Sharon-Regierung geübt. Der Fall Elia Gura, der Oberst, der eine Ermordung West-Beiruts ablehnte, wurde überall bekannt. Der gleiche Elia Gura sprach sich aber auch für eine militärische Konfrontation mit der PLO aus — allerdings im Bekatal statt in Beirut. Eine kürzliche Parade auf den israelischen Demonstrationen war: „Wir wollen nicht die PLO als „Krieg“ — das beinhaltet teilweise eine Ablehnung des Krieges gegen die Palästinenser schlechthin. Man also die Frage: Wie schätzte die inner-israelische Situation heute ein? Ist ein solches Wort wie „Bruch“ — zusammengefasst oder vielmehr übertrieben?

Dany Diner: Es ist keine Frage, daß die Mehrheit derjenigen, die gegen die Kriegspolitik der gegenwärtigen Regierung oder gegen diesen Krieg

stärker demonstrieren, zweifellos bereit ist, ihr staatliches Gemeinwesen weiterhin zu verteidigen gegen jeden Angriff, der von außen kommt. In dieser Hinsicht kann man zweifeln, ob nicht von einem prinzipiellen Bruch sprechen, der eine den Konflikt transzendierende Perspektive anbieten würde. Diese Hoffnungen zu knicken, wäre verfehlt, auf alle Fälle müßte man verstehen und begreifen, daß in der israelischen Gesellschaft, wo die Loyalitäten sehr, sehr eng geknüpft sind, wo die Bereitschaft existiert, allein durch die bloße Antwortheit oder durch das Leben an diesem Ort an der Aufrechterhaltung dieses Gemeinwesens teilzunehmen — ein solcher Protest, wenn auch nicht bewußt, so zumindest einen Bruch andeutet. Es ist ein Bruch, der psychisch viele dieser Demonstrationen sehr tief getroffen hat. Sie haben Bilder gesehen, die sie mit ihren moralischen Ansprüchen nicht vertreten können. Das ist zwar noch kein politischer Konflikt, aber immerhin ein Einschnitt, der meine Einschätzung ist, daß man darauf bauen kann. Ein Einschnitt, der im Laufe der weiteren Diskussion, der weiteren Auseinandersetzungen innerhalb der israelischen Gesellschaft, der palästinensischen Gesellschaft und innerhalb der palästinensischen Organisationen so etwas vorbereiten könnte wie ein Begräbnis, ein gegenseitiges Verstehen, wodurch diese Konflikte entstanden sind, und wie sie letztendlich im Sinne beider Völker aufzuheben sind.

Ich würde sagen: Das, was passiert ist, ist — genommen an unseren Ansprüchen von Veränderungen — im Bereich gering, aber genommen am Maßstab der israelischen Gesellschaft und ihrer Möglichkeiten dennoch ein ganz, ganz enormer Schritt. Wenn dieser Offener, dieser Oberst Gura andere Kriegsziele als legitim ansieht, würde er sagen: das ist selbstverständlich, wenn er kein Offizier und wäre also so weit gekommen. Das heißt, er befürwortet Krieg als Mittel der Politik, wir können an ihn keine pazifistischen Maßstäbe anlegen. Aber daß er darüber reflektiert und meint, etwas sei legitim und etwas anderes sei illegitim, daß er dazu steht, seine militärische Karriere opfert und weiter — unter psychischem Druck von, was weiß ich, von Verwandten, Freunden — dazu steht und nicht mehr bereit ist, mitzukämpfen in einem Krieg (er sagt das ja nicht w a c h einem Krieg): das ist meines Erachtens ein Faß für Veränderungsmöglichkeiten. Keine Garantie, aber ein Faß, der eine ganz neue Brücke in die israelische Psyche geschlagen hat.

Micha Brumlik: Ich möchte dafür vielleicht noch ein Beispiel geben. Ich habe neulich mit einer jungen Frau aus einem Magen-Kibbutz gesprochen. Sie versichert mir, daß sie den Krieg unmoralisch und falsch findet. Sie erzählt mir, daß sie, als ihr Mann zu den Waffen gerufen wurde, mit Tränen in den Augen zu ihm gesagt hat: „Geh doch nicht!“ Und dann hat sie mir erzählt: „Warum konnte ich meinem Mann diese Forderung stellen? Doch nur, weil ich wußte, daß er auf jeden Fall zum Militär gehen würde. Heute ich gewußt, daß er nicht gehen würde oder daß mein Argument ihn irgendwie beeinflussen würde, dann hätte ich ihn überhaupt nicht darum gebeten.“ Ich habe sie dann nochmal gefragt, wie denn das käme, und daraufhin kommt sie mir noch näher:

„Ne ja, das ist eben eine Familie. Der ganze Staat Israel ist eine einzige Familie, und man läßt seine Familie in der Stunde der Gefahr nicht alleine.“

Dany Diner: Dieses Zusammengehörigkeits- oder Familienbewußtsein wird in gewisser Weise durch einen Protest gebrochen. Die Gesellschaft fragt in diesem Sinne überhaupt erst an, eine Gesellschaft zu sein, in der es legitim ist, Konflikte anzuzweifeln, unterschiedliche Positionen einzunehmen auch in Situationen eines militärischen Konflikts.

Das ist ein ganz wichtiges Moment. Es gibt in Israel einen Spruch, der sagt: „Die gesamte jüdische Kolonisationsgeschichte durchzieht. Leute mit ehernen Ansprüchen, sonstigen unerschütterlichen Idealen, haben real Anteil am Kolonisationsprozeß gegen die palästinensische Bevölkerung, sind diesem Widerspruch verhaftet, und dennoch sind sie bereit, das zu verfolgen — mit dem Leid, das sie dem anderen zufügen. Dieser Spruch ist: „Man schließt und man weint.“ Beides zugleich. Und dieses Schließen und Weinen in einem



schreit heute immer mehr in Frage gestellt zu werden, weil die Leute zum Handeln gegen die herrschende Politik bereit sind und nicht nur zum Weinen.

Das ist m.E. auch ein Hinweis auf Veränderungen, von denen — das will ich immer wieder betonen — wir nicht erwarten können, morgen oder übermorgen politische Lösungen angeboten zu bekommen. Das ist aber ein Hinweis auf eine Erweiterung von Basis, eine Ausdehnung der oppositionellen Tendenz, mit welcher letztendlich eines Tages die Palästinenser werden zusammenleben müssen.

Micha Brumlik: Vielleicht noch mal schlagartig: Man kann sicher sagen, daß der Konflikt gebrochen ist. Aber das ist eine lange Nacht, daß die Bevölkerung über diese Frage gespalten ist.

AK: Hierin noch eine Frage zu recht haben. Es gibt israelische Oppositionelle wie z.B. Uri Avnery, der sich als „Linker“ versteht. Solche Menschen wie Avnery haben mit dem Zerbrechen des jüdischen Nationalismus und dem Zerbrechen der jüdischen Identität sehr viel zu tun.

Was stellt sich aber die Frage, ob es überhaupt einen „Linkenismus“ geben kann? Das betrifft ja auch die Frage der Perspektiven und der Weiterentwicklung der israelischen Linkenbewegung.

Dany Diner: Ich würde mal sagen: Die Leute, die sich als „Linkenisten“ empfinden, haben eine Vorstellung davon, daß es sowas gibt. Das muß man einfach akzeptieren. Andererseits ist es natürlich undenkbar, daß im Sinne sozialistischer Vorstellungen, die zu irgendeiner Zeit davon ausgehen, daß Menschen gleich behandelt werden sollen, eine linke zionistische Perspektive jemals möglich gewesen wäre. Oder auch möglich sein könnte. Das ist undenkbar.

Eine sozialistische oder sogar demokratische Vorstellung ist mit Zionismus, welcher Spielart auch immer, in Israel oder in diesem Gebiet nicht zu vereinbaren (Übrigens sind die Einzigen, die eine tatsächliche Theorie vom Zionismus haben, Antizionisten und seine fundamentalen Kritiker).

Trotz der realen historischen und theoretischen Evidenz, daß dies undenkbar ist, gibt es aber ein Dilemma dabei: Nämlich: was heißt das praktisch-politisch? Ich würde meinen, daß die Diskussion um den Zionismus vermutlich in der israelischen Gesellschaft erst die zweite Stufe sein wird. Die erste Stufe ist, daß sich heute soviel Potential ansammelt, das erstmal auf grand moralischer Bedenken — und

Die zweite Stufe ist, daß sich heute soviel Potential ansammelt, das erstmal auf grand moralischer Bedenken — und meinetwegen auch aufgrund realpolitischer Überlegungen — Rechts der Palästinenser, einen palästinensischen Staat oder die Selbstbestimmung der Palästinenser akzeptiert — aber noch nicht versteht, daß die Aufrechterhaltung eines jüdischen Staates mit Gleichheitsvorstellungen nicht zu vereinbaren ist. Dennoch bilden diese Leute das Potential, das den Bruch vollziehen kann. Nicht die Theorie, nicht die Ethik, sondern die politische Bewegung vollzieht diesen Bruch. Es bedeutet, daß man jetzt politisch argumentiert, und es geht nicht darum, vor allen Dingen theoretisch oder ideologisch jetzt jeden Einzelnen zu befragen, wie er zum lieben Gott bzw. zum Zionismus steht. Es kommt darauf an, was er tut. Für mich ist das dann konkret-politisch erheblich, wenn er sagt: „Aber ich bin auch Zionist“, solange er gleichzeitig sagt: „Ich bin bereit, das und das zu akzeptieren.“ Obwohl er immer noch in einer zionistischen Geschichtsphilosophie, in einer zionistischen Geschichtsmythologie steht, und in welchen psychisch-kollektiven Eingebungen er auch immer stehen mag.

Das zum einen. Das ist die inner-israelische Diskussion. Dann gibt es noch etwas anderes. Du hast den Namen Uri Avnery erwähnt. Uri Avnery war einer der ersten und bekanntesten, der immer von sich behauptet haben: „Ich bin kein Zionist.“ Sein bedeutendstes Buch heißt immer noch „Israel ohne Zionisten.“ Uri Avnery hat seine Meinung im Laufe der letzten Jahre nicht prinzipiell geändert, sondern genau in dem Sinne, wie ich das meine: Um in der zionistischen Gesellschaft überhaupt wirken zu können, hat er behauptet, Zionist zu sein. Die Zionisten wissen, was gemeint ist, können es nicht. Das ist ein zionistisches Beispiel. Wenn er gleichzeitig bestimmte Vorstellungen verfolgt, nämlich Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und Gleichheit der Bürger bzw. der Palästinenser in Israel — dann wissen sie es. Uri Avnery (das ist meine Meinung) hat auch verstanden,

stärker demonstrieren, zweifellos bereit ist, ihr staatliches Gemeinwesen weiterhin zu verteidigen gegen jeden Angriff, der von außen kommt. In dieser Hinsicht kann man zweifeln, ob nicht von einem prinzipiellen Bruch sprechen, der eine den Konflikt transzendierende Perspektive anbieten würde. Diese Hoffnungen zu knicken, wäre verfehlt, auf alle Fälle müßte man verstehen und begreifen, daß in der israelischen Gesellschaft, wo die Loyalitäten sehr, sehr eng geknüpft sind, wo die Bereitschaft existiert, allein durch die bloße Antwortheit oder durch das Leben an diesem Ort an der Aufrechterhaltung dieses Gemeinwesens teilzunehmen — ein solcher Protest, wenn auch nicht bewußt, so zumindest einen Bruch andeutet. Es ist ein Bruch, der psychisch viele dieser Demonstrationen sehr tief getroffen hat. Sie haben Bilder gesehen, die sie mit ihren moralischen Ansprüchen nicht vertreten können. Das ist zwar noch kein politischer Konflikt, aber immerhin ein Einschnitt, der meine Einschätzung ist, daß man darauf bauen kann. Ein Einschnitt, der im Laufe der weiteren Diskussion, der weiteren Auseinandersetzungen innerhalb der israelischen Gesellschaft, der palästinensischen Gesellschaft und innerhalb der palästinensischen Organisationen so etwas vorbereiten könnte wie ein Begräbnis, ein gegenseitiges Verstehen, wodurch diese Konflikte entstanden sind, und wie sie letztendlich im Sinne beider Völker aufzuheben sind.

Ich würde sagen: Das, was passiert ist, ist — genommen an unseren Ansprüchen von Veränderungen — im Bereich gering, aber genommen am Maßstab der israelischen Gesellschaft und ihrer Möglichkeiten dennoch ein ganz, ganz enormer Schritt. Wenn dieser Offener, dieser Oberst Gura andere Kriegsziele als legitim ansieht, würde er sagen: das ist selbstverständlich, wenn er kein Offizier und wäre also so weit gekommen. Das heißt, er befürwortet Krieg als Mittel der Politik, wir können an ihn keine pazifistischen Maßstäbe anlegen. Aber daß er darüber reflektiert und meint, etwas sei legitim und etwas anderes sei illegitim, daß er dazu steht, seine militärische Karriere opfert und weiter — unter psychischem Druck von, was weiß ich, von Verwandten, Freunden — dazu steht und nicht mehr bereit ist, mitzukämpfen in einem Krieg (er sagt das ja nicht w a c h einem Krieg): das ist meines Erachtens ein Faß für Veränderungsmöglichkeiten. Keine Garantie, aber ein Faß, der eine ganz neue Brücke in die israelische Psyche geschlagen hat.

Micha Brumlik: Ich möchte dafür vielleicht noch ein Beispiel geben. Ich habe neulich mit einer jungen Frau aus einem Magen-Kibbutz gesprochen. Sie versichert mir, daß sie den Krieg unmoralisch und falsch findet. Sie erzählt mir, daß sie, als ihr Mann zu den Waffen gerufen wurde, mit Tränen in den Augen zu ihm gesagt hat: „Geh doch nicht!“ Und dann hat sie mir erzählt: „Warum konnte ich meinem Mann diese Forderung stellen? Doch nur, weil ich wußte, daß er auf jeden Fall zum Militär gehen würde. Heute ich gewußt, daß er nicht gehen würde oder daß mein Argument ihn irgendwie beeinflussen würde, dann hätte ich ihn überhaupt nicht darum gebeten.“ Ich habe sie dann nochmal gefragt, wie denn das käme, und daraufhin kommt sie mir noch näher:

„Ne ja, das ist eben eine Familie. Der ganze Staat Israel ist eine einzige Familie, und man läßt seine Familie in der Stunde der Gefahr nicht alleine.“

Dany Diner: Dieses Zusammengehörigkeits- oder Familienbewußtsein wird in gewisser Weise durch einen Protest gebrochen. Die Gesellschaft fragt in diesem Sinne überhaupt erst an, eine Gesellschaft zu sein, in der es legitim ist, Konflikte anzuzweifeln, unterschiedliche Positionen einzunehmen auch in Situationen eines militärischen Konflikts.

Das ist ein ganz wichtiges Moment. Es gibt in Israel einen Spruch, der sagt: „Die gesamte jüdische Kolonisationsgeschichte durchzieht. Leute mit ehernen Ansprüchen, sonstigen unerschütterlichen Idealen, haben real Anteil am Kolonisationsprozeß gegen die palästinensische Bevölkerung, sind diesem Widerspruch verhaftet, und dennoch sind sie bereit, das zu verfolgen — mit dem Leid, das sie dem anderen zufügen. Dieser Spruch ist: „Man schließt und man weint.“ Beides zugleich. Und dieses Schließen und Weinen in einem



daß auf Seiten der Araber und der Palästinenser die Bedeutung des Wortes „Zionismus“ eine ganz andere ist. Das ist in M die Crux der ganzen Debatte. Die Araber gehen (in ihrer überwiegenden Mehrheit) davon aus, und dies hat mit ihrer Kultur, mit der Kultur des Islam und überhaupt des Orients zu tun, daß die Juden eine Religion sind. Nun ist es so, daß die Juden zwar auch eine Religion, aber nicht nur eine Religion sind. Bei allen Völkern des Orients fällt Religion und Nation zusammen — bei den Arabern, bei allen Minoritäten und nicht zuletzt sogar bei den Griechen.

Wenn Uri Avnery sagt (und da folgt und versteht ich ihn — argumentiere selbst aber anders): „Ich möchte von den Palästinensern als Zionist akzeptiert werden“, dann bedeutet es für ihn (und für die, die mit ihm einer Meinung sind), daß er als solcher für ein nationales Recht der Israelis ist, als israelische Nation in Palästina zu leben. Das akzeptieren viele nicht. Wenn er also sagt: „Ich bin Zionist“, versucht er, in ihrer Sprache zu sprechen und ihnen mitzuteilen: „Aber das müßt ihr akzeptieren“. In bin anderer Auffassung. Ich versuche anders zu argumentieren, indem ich von einer jüdisch-arabischen Nationalität ausgehe. Indem ich den Zionismus als eine politische, rechtliche und herrschaftliche Struktur definiere, die es auch tatsächlich darstellt. Und dagegen läßt sich vorgehen. Verfassungen und reale Verhältnisse lassen sich ändern. Das ist gar keine Frage! Dann entsteht ein anderes Gemeinwesen im Raum zwischen Mittelmeer und Jordansfluß. Dann geht es darum, konkret zu bestimmen, daß alle Menschen gleich sind. Daß diese beiden Kollektive auch gleich sind.

Das Wort Zionismus schillert in den verschiedensten Farben. Für alte Marxisten-Leninisten kommt das Wort Zionismus aus einer ganz anderen Debatte. Was Lenin und Trozki damals dazu gesagt haben, ist für die Palästina-Frage überheblich. Das kann auf kultureller Ebene und in der inner-jüdischen Diskussion etwas bedeuten, was mit Palästina nichts zu tun hat. Für die Palästinenser ist es freilich in einem anderen Sinne etwas ganz anderes: Diskriminierung, Unterdrückung und Vertreibung. Derwegen ist die Diskussion um den Zionismus eine so schwierige; und wenn alle aufeinander prallen, ohne sich überhaupt austauschen zu können, wird sie irrational.

Micha Brumlik: Ich möchte dazu noch eine geistesgeschichtliche Fußnote machen. In der Diskussion um den Zionismus wird Antizionismus heute der Vorwurf gemacht, den Begriff Zionismus einseitig und falsch zu verwenden. Darum sollten wir ganz klar feststellen, daß Zionismus für uns heißt: die Errichtung eines exklusiven jüdischen Nationalstaates auf palästinensischem Territorium. Wenn dieses Zionismus ist — das ist der real existierende Zionismus — dann ist „Linkzionismus“ in der Tat unmöglich. Man muß allerdings feststellen, daß es in der Geschichte der jüdischen Bewegung als „Linkzionismus“ in der Tat unmöglich. Man muß allerdings feststellen, daß es in der Geschichte der zionistischen Bewegung als möglichen Formen von Utopien gegeben hat. Zum Beispiel bei kleinen Gruppen, die glaubten, daß Juden unter sozialistischen Bedingungen im Lande Israel — in Erez Israel — leben könnten, und die genau dies, das schlichte Leben in Israel, als Zionismus deklarieren. Das ging so weit, daß einige Splittergruppen eines anarchistischen Zionismus proklamierten, daß man etwa den Nomaden ähnlich nach wie vor im Nahen Osten umherstreifen sollte. Das sind solche geistesgeschichtlichen Windungen.

Aber wie gesagt: durchgesetzt hat sich die Form des Zionismus, die einen exklusiven jüdischen Nationalstaat auf palästinensischem Boden gründen wollte. Und das ist in der Tat in einer linken Form unmöglich. Danny Diner: Wenn solche Leute wie der Gründer der Hebräischen Universität sich unter zionistischer Identität vorgestellt haben, daß es eine Hebräische Universität in Jerusalem geben wird, daß dort jüdisch-hebräische Kultur in Hebräisch gelehrt wird, und wenn sie das unter Zionismus verstanden haben, dann muß ich sagen: Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Wenn er das Zionismus nennt und dabei glücklich geworden ist, ist es für mich kein Problem. Es geht aber um das Prinzip der zionistischen Bewegung: einen jüdischen Staat in Palästina gründen zu wollen, der so jüdisch sein soll, wie England englisch ist. Das ist der Anfang und das Prinzip dieser Konflikte, vom ersten Quadratkilometer Boden bis zu den Tausenden Quadratkilometern heute.

Am Prinzip, Errichtung und Aufrechterhaltung eines jüdischen Staates, hat sich nichts geändert. In dieser Hinsicht ist die Opposition, der wir uns nahe fühlen — wir sind denkende Menschen, die Zusammenhänge begreifen wollen — auf jeden Fall nicht zionistisch. Wir können auf keinen Fall Zionisten sein. AK: Kann man und muß man nicht genau in diesem Zusammenhang eine erste Bilanz des Zionismus, nach so und so vielen Jahren zionistischer Staatsapparats, ziehen? Folgender Satz, den ich wirklich las, kam mir unangenehm, erschreckend vor: „Nirgendwo auf der Welt sind Juden so gefährdet wie in Israel heute“. Danny Diner: Das ist ein Satz, der in Israel in der Argumentation und Auseinandersetzung mit dem herrschenden Bewußtsein tatsächlich eine frappierende Bedeutung hat. Andererseits, wenn man die Psyche dieser Menschen verstehen will, hat diese empirisch richtige Aussage wenig Bedeutung. Denn die Existenz der Juden in Israel — wie sie diese in ihrer Mehrheit begreifen — geht nicht bloß um die physische Integrität des einzelnen Individuums, sondern um die Möglichkeit, als Jude in einem Land zu leben, ohne daß seine Identität als solche in Frage gestellt wird. Diese Menschen sind dazu bereit, individuell ihr Leben hinzugeben, und das tun sie auch in den Kriegen. Oder sie nehmen, wenn sie dort leben, in Kauf, daß eine Bombe liegt und meinetwegen völlig Unbeteiligte davon getroffen werden. Aber es geht hier um mehr als um die physische, empirische Integrität. Es geht, würde ich sagen, weitum mehr um kollektiv-psychologische Momente. Da sagen wir: „Wenn ich in Israel umkomme, dann weiß ich wofür“ verglichen mit der Sinnlosigkeit der Opfer des Nazismus.

AK: Das ist aber gerade eine Sache, die heute zum ersten Mal in dem Ausmaß in Frage gestellt wird. Danny Diner: Ich will ein Beispiel dafür geben, wie tief dieser Bruch gehen muß: Der Sohn des israelischen Innenministers (das war auch hier in der Presse zu lesen), selber Hauptmann bei den Falachmijlgera, dessen Vater ein ultra-frömmelnder Nationalist ist, hat der Regierung und der Öffentlichkeit eine Petition übergeben. Darin sagt er, er könne sich vorstellen, daß, wenn Juden in den Städten Tyrus oder Sidon oder Damur gewesen wären und darunter, wie er sagt, einige „Terroristen“, dann wäre man ganz sicher anders vorgegangen, als wenn dort Araber sind. Das heißt: Er ist bereit, Menschen als gleich anzusehen, keinen Unterschied zwischen Juden und Arabern zu machen. Wenn jemand bereit ist, in Israel die Araber als Menschen anzusehen (wie es auch, daß er als Militär einen Unterschied zwischen Militär- und Zivilbevölkerung macht, aber eben nicht grundsätzlich zwischen Juden und Arabern), dann ist es ein Bruch des nationalen Konsenses, nicht nur des politischen, sondern auch des ideologischen Konsenses.

AK: Das Wissen über Israel, über die Widerstände innerhalb der israelischen Gesellschaft ist innerhalb der

westdeutschen Linken sehr spärlich. Auch in der Linken existiert eine starke Tendenz, dieses Staat und die in diesem Land lebenden Menschen als eine Einheit zu betrachten. Darum frage ich auch nach den nicht- oder antizionistischen Organisationen in Israel.

Micha Brumlik: Es sind vielleicht zwei, drei Gruppen. Es gibt kleine Gruppen der radikalen, antizionistischen Linken. Dann ist da die KP Israels, die größtenteils eine Partei der unterdrückten arabischen Bevölkerung und in manchen Fällen des arabischen Nationalismus ist, der sich aufgrund von Parteiverbot keine andere Ausdrucks-

form wählen kann als die einer monokulturellen herkömmlichen KP. Es gibt schließlich noch eventuelle Linke in Europa zu tun gehabt als mit der realen Entwicklung im Lande. Entscheidend ist bei Matzpen gewesen, daß



Es gibt schließlich noch, eventuell eher auf der rechten Seite, eine — antizionistisch kann man nicht sagen — nationalzionistische Gruppierung der Linken. Das ist in der Tat ein Bruch mit einer großen Diskussion. Diese Leute werden immer verdächtigt, keine Zionisten zu sein. Es ist diese Gruppe, die unter anderem darauf drängt, daß Frauen nicht mehr zum Wehrdienst eingezogen werden, daß religiöse Jugendliche ebenfalls vom Militär dispensiert werden und die zum Beispiel auch den nationalen Luftfahrtgesellschaften das Fliegen am Sabbat verbieten will. Es ist also eine Gruppierung, die den jüdischen Staat akzeptiert, ihn aber in seiner säkularen (nicht-religiösen) Form zurückweist. Insofern ist diese Gruppierung, obwohl sie in der Koalition sitzt, objektiv den zionistischen Zielen kontra-produktiv, was aber nicht heißt, daß sie nicht die gegenwärtige Politik in ihren meisten Zügen unterstützt. Interessant ist vielleicht, daß diese ultra-orthodoxen Kreise sich in der Antizionisten eher als Tauben gebärden.

AK: Wie verhält es sich heute mit solchen Gruppen wie beispielsweise der Matzpen?

Danny Diner: Die Gruppen, die es immer in Israel und umh während des Mandats gab, die den Zionismus bekämpften, waren bislang immer sehr marginal. Heute haben sie einen Stand erreicht, den man als minoritär bezeichnen kann. Das ist ein großer Fortschritt. Diesen Stand haben sie nicht als Organisation erreicht — als Organisation kann man sie nicht bezeichnen — aber als Ferment innerhalb der Entwicklung heute haben sie eine übertragende Bedeutung gewonnen. Diese Organisationen sind: Die KP, die vorhin erwähnt wurde, zumindest ihr ar-

bischer Teil, der zum größten Teil natürlich von der völlig entrechteten palästinensischen Bevölkerung gestellt wird. Die KP ist nichts anderes als eine mit Moskau affilierte Bürgerrechtsbewegung. Dann natürlich auch die jüdischen Zugehörigen dieser Partei, die aber verschwindend gering sind gemessen am arabischen Anteil. Dann die unterschiedlichen Matzpen-Gruppen. Es gibt eine trotzkistische Organisation und eine Organisation, die sorzusagen als „Udognomistische Linke“ zu bezeichnen ist. Früher gab es auch maoistische Organisationen, das hat aber eher mit der Entwicklung der Neuen

ten kann, sondern die Schlacht zu Ende führen muß — man kann nicht einfach auf einer schiefen Ebene stehen bleiben. Die Metapher der 40 km bedeutet, man unterstellt das eigentlich, möchte aber politisch „sauber“ bleiben. In diesem Sinne ist der Bruch des nationalen Konsenses Bruch mit der Arbeiterpartei. Das ist eigentlich das Neue in Israel. Und dafür gibt es heute noch kein politisch-organisatorisches Aufgabengebiet; das wäre noch zu früh, heute zu sagen, dies oder jenes ist richtig oder falsch. Diesen Prozeß gibt es weiter anzutreiben, zu beschleunigen. Man kann aber heute noch nicht einfach sagen, in welche Organisationsformen er einmünden könnte.

AK: Nun spreche ich auch auf das Ararat-Interview in „Le Monde“ an. Dort erklärt Ararat genau das unmissverständlich, worüber viel spekuliert wurde (hat er das gesagt, hat er das nicht gesagt?). Nämlich, daß er, bzw. die PLO-Führung, für die Anerkennung des Staates Israel einträte und für eine Zusammenarbeit bzw. einen Dialog mit dem Likud Israels. Dazu zwei Fragen: Wie bewertet ihr eine solche Erklärung, was die Möglichkeiten und Perspektiven heute und morgen betrifft? Wie bewertet ihr die aber auch hinsichtlich der Vergangenheit?

Danny Diner: Er hat von den „linken“ Israelis — nicht von den „linken“ Israelis gesprochen. Micha Brumlik: Ich kann das nur ganz global sagen und muß mich jetzt auch dem Verdacht aussetzen, kontra-produktiv zu sein: Aber ich bin nach wie vor der Meinung, daß er das so nicht meinen kann, und ich gebe eigentlich der israelischen Regierung recht, wenn sie sagt: „Wenn die PLO uns anerkennt, dann ist sie nicht mehr die PLO“.

Danny Diner: Die israelische Regierung sagt es noch anders: „Wir brauchen nicht die Anerkennung der PLO“.

Ich sehe das Interview sehr, sehr positiv. Vielleicht ist es vermessend, die Absichten eines anderen zu deuten — zumal er in einer solchen schwierigen Lage ist. Ich nehme an, daß die Demonstrationen in Israel während des Krieges, die ja wirklich die einzigen Demonstrationen für die Palästinenser im Nahen Osten gewesen sind — oder sagen wir das mal weniger präzis: gegen den israelischen Krieg gegen die PLO und damit natürlich für die PLO — einen enormen Eindruck auf die Palästinenser gemacht haben könnten. Denn damit ist eigentlich das monolithische Bild von Israel zumindest in Frage gestellt worden. Ich kann mir vorstellen, daß dies bei den Palästinensern das Verständnis dafür erleichtern könnte, daß es so was gibt wie ein jüdisch-arabisches Kollektiv, mit dem man sich in irgendeiner Weise arrangieren müssen. Denn wenn man jetzt nicht im Jahrhundert planen will, ist klar, daß militärisch dieses politische Gemeinwesen sehr schwer in die Knie zu zwingen ist. Das heißt, daß der Bündnispartner die israelische Opposition ist. Man muß diese Opposition verstärken, indem man ihr sorzusagen etwas zu erlauben ist. Das nennt, um der Bündnispartner die israelische Opposition ist. Man muß diese Opposition verstärken, indem man ihr sorzusagen ein Minimum dessen gibt, was sie verlangt, was ihr ermöglichen kann, weitere Schritte zu tun auf die Palästinenser zu und auf ein gemeinsames Zusammenleben hin. Das Angebot Ararats, das viel wichtiger als alles andere im Interview ist, war, daß palästinensische und israelische Intellektuelle gemeinsam — er benutzt das Wort „profond“, also: in aller Tiefe — die gesamte Problematik diskutieren sollen und vielleicht sogar eine neue programmatische Grundlage für die Palästinenser und die israelische Opposition schaffen könnten. Das bedeutet in B, auch einen Bruch mit der palästinensischen Charta oder mit bestehenden Punkten, die für Israel, welcher Fraktionierung auch immer, natürlich Anathema sind: das heißt, daß die Juden als Religion angesehen werden. Wenn dies sorzusagen erstmal aufgehoben ist, und es braucht nicht unmittelbar formalisiert zu werden, allein die öffentliche Debatte darüber... das heißt, den Rubikon überschritten zu haben. Und genau wie es in Israel ein Prozeß ist, genauso ist es auch auf Seiten der Palästinenser ein Prozeß. Diese Prozesse u beschleunigen, wäre auch eine Aufgabe der nicht jüdisch/israelischen und der nicht palästinensisch/arabischen Linken, nämlich der Linken schließlich, die sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen und die für solche Debatten Raum und Rahmen schaffen müßten.

AK: Wie betrachtet ihr denn hierzu die bisherige politische Praxis der palästinensischen linken Organisationen?

Kann man diese Erklärung Ararats — was diese Frage betrifft — tatsächlich als ein non saehen? Es gab/gibt beispielsweise den israelisch-palästinensischen Friedensrat mit einer

Linken in Europa zu tun gehabt als mit der realen Entwicklung im Lande. Entscheidend ist bei Matzpen gewesen, daß sie die einzige Organisation, die einzelnen Individuen waren, die wirklich eine Theorie des Zionismus im Lande selbst hatten. Das ist eigentlich ihre immense Stärke. Ihre Vorstellungen, ihre Form der Kritik fließen jetzt auch in die Bewegung mit ein. Ohne daß man sagen könnte, daß sie bereits angenommen wären, aber das ist der Prozeß. Je weniger sie sich organisiert verhalten — das heißt in unserer Sprache: je weniger sektiererisch — um so größer ist ihre Wirkung. Sie nehmen an den verschiedenen Solidaritäts-Komitees teil, an bestimmten Aktionen, sei es in der israelischen Presse, sei es in Form von Demonstrationen. Je stärker sich dieser Bruch erweitert, desto größer wird ihre einwirkende Bedeutung sein. Denn die meisten der Leute, die heute protestieren, wissen gar nicht, wie weit sie in ihrem Protest gegangen sind. Einmal wollen sie ihre Absicht über die Art, über die Form des Krieges, über die Führung des Staates zum Ausdruck bringen, nicht über diese Politik prinzipiell.

Das ist aber sorzusagen das Tor, wo das Ferment der Erkenntnis überhaupt eingehen kann. Wenn man vom Bruch des nationalen Konsenses in Israel spricht, hat das eine ganz praktische Bedeutung. Es bedeutet nicht den Bruch mit der Begin/Sharon-Regierung. Es bedeutet etwas ganz anderes, was weniger ausgesprochen wird, aber gemeint ist. Es bedeutet für die Leute, die demonstrieren, den Bruch mit der Arbeiterpartei. Mit der Arbeiterpartei, die nicht als Opposition aufgetreten ist, die diese Regierungspolitik vertreten hat mit der Metapher der 40 Kilometer. Obwohl jeder, der von militärischen Dingen was versteht, ganz genau weiß, daß man nach 40 km nicht einfach hal-

ten kann, sondern die Schlacht zu Ende führen muß — man kann nicht einfach auf einer schiefen Ebene stehen bleiben. Die Metapher der 40 km bedeutet, man unterstellt das eigentlich, möchte aber politisch „sauber“ bleiben. In diesem Sinne ist der Bruch des nationalen Konsenses Bruch mit der Arbeiterpartei. Das ist eigentlich das Neue in Israel. Und dafür gibt es heute noch kein politisch-organisatorisches Aufgabengebiet; das wäre noch zu früh, heute zu sagen, dies oder jenes ist richtig oder falsch. Diesen Prozeß gibt es weiter anzutreiben, zu beschleunigen. Man kann aber heute noch nicht einfach sagen, in welche Organisationsformen er einmünden könnte.

AK: Nun spreche ich auch auf das Ararat-Interview in „Le Monde“ an. Dort erklärt Ararat genau das unmissverständlich, worüber viel spekuliert wurde (hat er das gesagt, hat er das nicht gesagt?). Nämlich, daß er, bzw. die PLO-Führung, für die Anerkennung des Staates Israel einträte und für eine Zusammenarbeit bzw. einen Dialog mit dem Likud Israels. Dazu zwei Fragen: Wie bewertet ihr eine solche Erklärung, was die Möglichkeiten und Perspektiven heute und morgen betrifft? Wie bewertet ihr die aber auch hinsichtlich der Vergangenheit?

Danny Diner: Er hat von den „linken“ Israelis — nicht von den „linken“ Israelis gesprochen. Micha Brumlik: Ich kann das nur ganz global sagen und muß mich jetzt auch dem Verdacht aussetzen, kontra-produktiv zu sein: Aber ich bin nach wie vor der Meinung, daß er das so nicht meinen kann, und ich gebe eigentlich der israelischen Regierung recht, wenn sie sagt: „Wenn die PLO uns anerkennt, dann ist sie nicht mehr die PLO“.

Danny Diner: Die israelische Regierung sagt es noch anders: „Wir brauchen nicht die Anerkennung der PLO“.

Ich sehe das Interview sehr, sehr positiv. Vielleicht ist es vermessend, die Absichten eines anderen zu deuten — zumal er in einer solchen schwierigen Lage ist. Ich nehme an, daß die Demonstrationen in Israel während des Krieges, die ja wirklich die einzigen Demonstrationen für die Palästinenser im Nahen Osten gewesen sind — oder sagen wir das mal weniger präzis: gegen den israelischen Krieg gegen die PLO und damit natürlich für die PLO — einen enormen Eindruck auf die Palästinenser gemacht haben könnten. Denn damit ist eigentlich das monolithische Bild von Israel zumindest in Frage gestellt worden. Ich kann mir vorstellen, daß dies bei den Palästinensern das Verständnis dafür erleichtern könnte, daß es so was gibt wie ein jüdisch-arabisches Kollektiv, mit dem man sich in irgendeiner Weise arrangieren müssen. Denn wenn man jetzt nicht im Jahrhundert planen will, ist klar, daß militärisch dieses politische Gemeinwesen sehr schwer in die Knie zu zwingen ist. Das heißt, daß der Bündnispartner die israelische Opposition ist. Man muß diese Opposition verstärken, indem man ihr sorzusagen etwas zu erlauben ist. Das nennt, um der Bündnispartner die israelische Opposition ist. Man muß diese Opposition verstärken, indem man ihr sorzusagen ein Minimum dessen gibt, was sie verlangt, was ihr ermöglichen kann, weitere Schritte zu tun auf die Palästinenser zu und auf ein gemeinsames Zusammenleben hin. Das Angebot Ararats, das viel wichtiger als alles andere im Interview ist, war, daß palästinensische und israelische Intellektuelle gemeinsam — er benutzt das Wort „profond“, also: in aller Tiefe — die gesamte Problematik diskutieren sollen und vielleicht sogar eine neue programmatische Grundlage für die Palästinenser und die israelische Opposition schaffen könnten. Das bedeutet in B, auch einen Bruch mit der palästinensischen Charta oder mit bestehenden Punkten, die für Israel, welcher Fraktionierung auch immer, natürlich Anathema sind: das heißt, daß die Juden als Religion angesehen werden. Wenn dies sorzusagen erstmal aufgehoben ist, und es braucht nicht unmittelbar formalisiert zu werden, allein die öffentliche Debatte darüber... das heißt, den Rubikon überschritten zu haben. Und genau wie es in Israel ein Prozeß ist, genauso ist es auch auf Seiten der Palästinenser ein Prozeß. Diese Prozesse u beschleunigen, wäre auch eine Aufgabe der nicht jüdisch/israelischen und der nicht palästinensisch/arabischen Linken, nämlich der Linken schließlich, die sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen und die für solche Debatten Raum und Rahmen schaffen müßten.

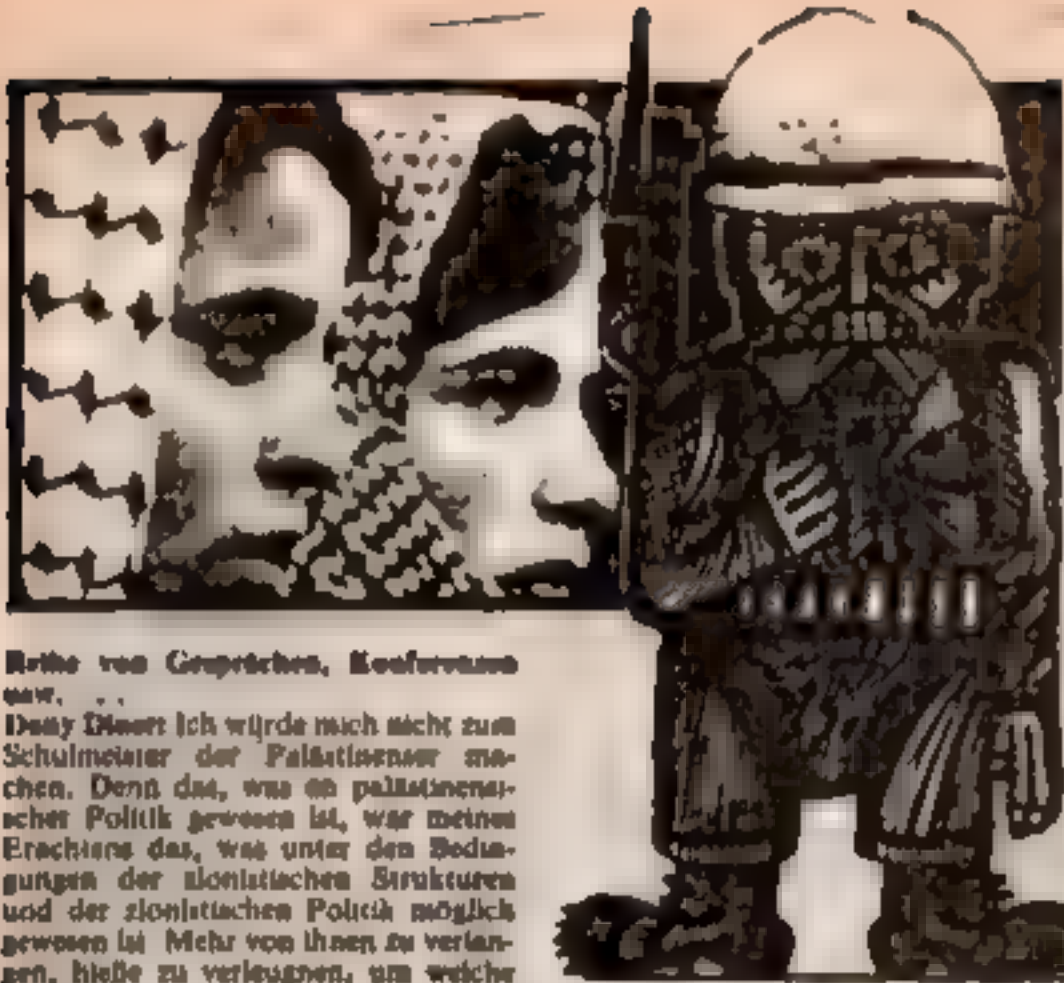
AK: Wie betrachtet ihr denn hierzu die bisherige politische Praxis der palästinensischen linken Organisationen?

Kann man diese Erklärung Ararats — was diese Frage betrifft — tatsächlich als ein non saehen? Es gab/gibt beispielsweise den israelisch-palästinensischen Friedensrat mit einer

Linken in Europa zu tun gehabt als mit der realen Entwicklung im Lande. Entscheidend ist bei Matzpen gewesen, daß sie die einzige Organisation, die einzelnen Individuen waren, die wirklich eine Theorie des Zionismus im Lande selbst hatten. Das ist eigentlich ihre immense Stärke. Ihre Vorstellungen, ihre Form der Kritik fließen jetzt auch in die Bewegung mit ein. Ohne daß man sagen könnte, daß sie bereits angenommen wären, aber das ist der Prozeß. Je weniger sie sich organisiert verhalten — das heißt in unserer Sprache: je weniger sektiererisch — um so größer ist ihre Wirkung. Sie nehmen an den verschiedenen Solidaritäts-Komitees teil, an bestimmten Aktionen, sei es in der israelischen Presse, sei es in Form von Demonstrationen. Je stärker sich dieser Bruch erweitert, desto größer wird ihre einwirkende Bedeutung sein. Denn die meisten der Leute, die heute protestieren, wissen gar nicht, wie weit sie in ihrem Protest gegangen sind. Einmal wollen sie ihre Absicht über die Art, über die Form des Krieges, über die Führung des Staates zum Ausdruck bringen, nicht über diese Politik prinzipiell.

Das ist aber sorzusagen das Tor, wo das Ferment der Erkenntnis überhaupt eingehen kann. Wenn man vom Bruch des nationalen Konsenses in Israel spricht, hat das eine ganz praktische Bedeutung. Es bedeutet nicht den Bruch mit der Begin/Sharon-Regierung. Es bedeutet etwas ganz anderes, was weniger ausgesprochen wird, aber gemeint ist. Es bedeutet für die Leute, die demonstrieren, den Bruch mit der Arbeiterpartei. Mit der Arbeiterpartei, die nicht als Opposition aufgetreten ist, die diese Regierungspolitik vertreten hat mit der Metapher der 40 Kilometer. Obwohl jeder, der von militärischen Dingen was versteht, ganz genau weiß, daß man nach 40 km nicht einfach hal-





Rolle von Gesprächen, Konfrontation

Dany Diner: Ich würde mich nicht zum Schulmeister der Palästinenser machen. Denn das, was ein palästinensischer Politiker gewesen ist, war meines Erachtens das, was unter den Bedingungen der zionistischen Strukturen und der zionistischen Politik möglich gewesen ist. Mehr von ihnen zu verlangen, hieße zu verlangen, um welche Konflikte es sich handelt und welche Bewußtseinsdeformationen dieser Konflikte mit sich führt. Das war meine persönliche Meinung, die ich vertreten habe, daß die Palästinenser nur diesen enormen Schritt tun können, von dem ich meine, daß er jetzt als Prozess im Gange ist, wenn sich in Israel etwas regt. Und das ist jetzt m.B. passiert.

Die bisherigen Gespräche waren auf der rein diplomatischen Ebene, die solltens aus einem Dritten etwas erleichtern, nämlich vielleicht Österreich, der BRD, vielleicht den Amerikanern. Die Israelis, die darüber debattierten, hatten sicher die Absicht, sich eine Anerkennung mittels der PLO einzuholen, ignorierten aber dabei das objektive Unvermögen beispielsweise Arafats, das überhaupt tun zu können. Die größte inhaltliche Bewegungsfreiheit der PLO ist, so schrecklich es klingt, aber das ist eben dialektisch, nur um diesen schrecklichen Krieg und um die israelische Opposition herum, die sich aufgrund des Krieges entwickelt hat, möglich geworden.

Miche Brumlik: Ich verstehe es aber immer noch nicht. Heißt das, daß Arafat in diesem „Le Monde“-Interview den zionistischen Staat, seine totale Grundgesetze, anerkennt?

Dany Diner: Nein, das heißt es nicht. Meiner Meinung nach hat er einen Schritt in eine Richtung gemacht, der sich die jüdische oder israelische Opposition immer gewünscht hat. Nicht eine formelle Anerkennung Israels, die heute in Israel keine relevanten Adressaten hätte, keine Basis hat und keine Basis im Sinne von Staatsrepräsentativität hätte, sondern Schritte in eine Richtung, die einen Prozess auslösen könnte, bei dem etwas herauskommen könnte, was vielleicht die Frage der Anerkennung von zwei Staatswesen überflüssig machen würde. Das ist das Entscheidende daran: Sich auf einen Prozess einzulassen, wo beide an ihren ursprünglichen Forderungen sehr, sehr viel verlieren, aber an Neuheit sehr viel gewinnen können. Die Palästinenser, die am Schluß dieses Prozesses stehen werden, werden nicht mehr die Palästinenser sein, die diesen Prozess begonnen haben. Die Israelis, die am Schluß dieses Prozesses stehen werden, werden nie wieder die Israelis, nämlich die zionistische Israelis, sein wie die, die ihn begonnen haben. Aber sie können diesen Prozess nicht anti-zionistisch beginnen. Zu fordern, daß sie schon Anti-Zionisten sind, bevor sie diesen Prozess eingehen, ist absurd. Sich darauf einzulassen, ist absurd. Sich darauf einzulassen, ist absurd. Sich darauf einzulassen, ist absurd.

AK: Mir ist aber immer klar, für wen innerhalb der palästinensischen Widerstands Armee überhaupt spricht. Seine Verhandlungen, die er durchführt, finden auch nicht gerade in einer palästinensischen Öffentlichkeit statt.

Dany Diner: Ich denke, daß Arafat, der immerhin mindestens 15 Jahre bewaffneter Kampf geführt hat, legitimiert genug ist, im Namen aller Palästinenser zu sprechen. Erhebungen in der West-Bank und im Gaza-Streifen führen zu Ergebnissen, daß die PLO zu 90% akzeptiert wird, damit auch Arafat. Wer das bezweifelt, der möchte es eigentlich nicht, daß Arafat die Palästinenser repräsentiert, das ist aber Fakt.

AK: Die Arafat-Gruppe sowie andere palästinensische Organisationen wie die DFLP und auch Linke Juden und Araber Israels vertreten das Konzept einer Aufteilung in zwei Staaten, ohne palästinensisch-arabischen und ohne jüdisch-israelischen Staat. Zudem steht für eine „arabische Phase“. Kann aber überhaupt ein halbwegs zufriedensetzendes Zusammenleben existieren, solange der himel Israel Instrument zionistischer Politik, eine Kolonisation, Vertreibung und Entschöpfung ist? Ist so was überhaupt realistisch als Perspektive?

Miche Brumlik: Das sind zwei Fragen. Die eine ist, ob es ein wünschenswertes Konzept ist, die andere, ob es ein mög-

liches Konzept ist. Unabhängig davon, daß natürlich jeder israelische Oppositionelle für das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat eintreten muß, glaube ich, daß die materielle Basis für diesen Nationalstaat mittlerweile dahingeschwommen ist. Soweit ich die israelische Siedlungspolitik und die Integration der Wirtschaft auf der Westbank in die israelische Ökonomie und die sogenannten israelischen „Sicherheitsmaßnahmen“ verfolge. Wenn ich nur die Beschlagnahme von Boden und Territorien ansehe, so bin ich der Meinung, daß es zu einer Freigabe von Boden im Westjordan-Land für die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates kaum kommen kann. Nicht zuletzt deswegen, weil in E. in der israelischen Bevölkerung auf absehbare Zeit eine Sperrminorität von mindestens 50% geben wird, die gegen eine solche Rückgabe sein wird.

Also unabhängig davon, ob man das für wünschenswert hält oder nicht, glaube ich, daß die materielle Basis für dieses Konzept bereits dahin ist.

Dany Diner: Ich bin auch nicht sehr optimistisch über die Möglichkeiten eines palästinensischen Staatsgründung. Aber ich möchte trotzdem sagen, daß die Forderung für einen palästinensischen Staat eigentlich das Entscheidende in der israelischen Argumentation ist. Real sehe ich kaum eine Möglichkeit. Deshalb sind wir auch für – und das ist der Begriff, den wir in die Diskussion gebracht haben – einen binationalen Staat. Das heißt, daß Menschen zweier Völker, zweier Sprachgruppen, zweier Identitäten in einem Land leben und daß sie unabhängig davon, an welchem Ort sie leben, die gleichen Rechte haben und ihre eigenen nationalen kulturellen Institutionen aufrechterhalten.

AK: Das ist ein sehr schwierig bzw. langwierig sein.

Dany Diner: Es würde in diesem Interview zu weit führen, aber die israelische Ökonomie integriert die Palästinenser als Arbeiter, sie reist sie vom Boden weg, aber sie zieht sie ein. Es ist ja nicht so, daß die Palästinenser sowasagen außer Lande sind. Zweifelslos ist die israelische Politik darauf gerichtet, sie letztendlich zu vertreiben. Von daher auch die aktuelle Gerde von einem Palästinenser Staat Jordaniens. Das ganze hat natürlich nur den Sinn, auf der Westbank und dem Gazastreifen die Palästinenser im Falle eines Konfliktes an dieser sogenannten Ostfront in einer Situation zu stellen, die sie nicht zu ihren Gunsten hat.

Stipendiat Staat Jordaniens. Das ganze hat natürlich nur den Sinn, auf der Westbank und dem Gazastreifen die Palästinenser im Falle eines Konfliktes an dieser sogenannten Ostfront in einer Situation zu stellen, die sie nicht zu ihren Gunsten hat. Das ist eigentlich das Ziel der gegenwärtigen israelischen Führung. Aber ich bezweifle, daß die gegenwärtige israelische Regierung lange diese Politik verfolgen können. Denn Israel kann nicht existieren ohne die USA. Ich sehe noch keine, sagen wir mal, fundamentalen Veränderungen der Politik der USA, aber ich sehe ganz, ganz tiefe Irritationen. Ich würde sagen, die USA haben jetzt gar keine Politik. Sie haben weder die alte Politik, Israel auf Teufel komm raus zu unterstützen, noch haben sie eine neue Politik, die von ihren imperialistischen Interessen her nötig ist. Israel wieder an die Kasse zu nehmen. In dieser Situation von weder noch ist Israels Kriegspolitik überhaupt erst möglich. Perspektivisch gesehen geht es nicht davon aus, daß wir die Existenz eines unabhängigen palästinensischen Staates im Gazastreifen und auf der Westbank erleben werden, weil er aus vielen Gründen nicht denkbar ist. Aber die Argumentation muß auf die Selbstbestimmung mit dem Recht der Staatsgründung hinauslaufen. Darum geht es ja heute. Jeden Tag, der ins Land geht, wird eine neue Siedlung errichtet. Das muß verhindert werden, das kann man nur verhindern, wenn die Menschen, die dort am Ort leben, politische Rechte erhalten. Politische Rechte bedeutet eben, eine öffentliche Sphäre in Form eines Staates zu errichten. Gibt keine Frage. Wenn wir deshalb sagen: Staat? Ja!, dann meinen

wir, daß bestimmte politische Widerstände oder Defensivrechte der Palästinenser erhalten werden müssen, um diesen zionistischen Kolonisationsprozess stoppen zu können.

Wenn wir aber analytisch reden und fragen: Ist dieser Staat möglich? Dann gehen wir davon aus, daß es vermutlich oder höchstwahrscheinlich nicht möglich ist. Das ist der analytische Ebene und das andere ist die politische Ebene.

Wenn Experten über diesen Staat reden, dann werden sie wahrscheinlich dazu kommen, daß er nicht möglich ist. Aber politische Menschen, die heute eine Bewegung antreiben, werden denjenigen, die heute den ersten Schritt auf der Straße tun, nicht sagen: „Ach, du kannst dich sofort wieder hinstellen, das wird sowieso nicht gehen.“ Sondern sie werden natürlich sagen: „Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser!“ oder sogar „Ein palästinensischer Staat!“

AK: Wenn ich die Voraussetzung für einen binationalen Staat ist, ohne die Gleichberechtigung – zionistische Ideologie und Politik sind genau auf dem Gegenteil aufgebaut...

Dany Diner: Das geht natürlich nur in einer nicht-zionistischen Perspektive, das steht außer Frage. Es geht aber auch um die Vermittlung zwischen der real existierenden Wirklichkeit und dem real existierenden Bewußtsein. Das ist das politisch interessante. Sonst sind es Propaganda oder Spekulationen.

AK: Zum Schluß noch zur westdeutschen Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk. In der „linke“ wird mit Worten eine rege Diskussion geführt. In Leuzkirchen, zum Teil auch in Artikeln der „linke“-Zeitschriften wird im Zusammenhang mit dem Libanon-Krieg viel über Anarchisten, Holocaust, Entfremdung von...

Leuzkirchen und eine ähnliche Begriffsumwälzung dabei betrieben. Dieser Flut von Leuzkirchen steht als Kontraprogramm die Tatsache entgegen, daß die bisherigen Demonstrationen gegen den Krieg im Libanon (ebenso) immer bemerkt wurden. Genaß abgelesen davon, daß die meiste Meinung auch in keiner Relation zum Antisemitismus hier in der BRD steht. Das zu bestrafen, halte ich nicht für eine Abkehrung von der in erster Linie an sich selbst gerichteten Kritik der Palästinenser. Sondern nach der ist das absolut notwendig.

Dieser Solidaritätsbewegung findet nicht im Zusammenhang mit dem Libanon-Krieg statt, sondern eben hier, in der BRD. Dany Diner: Ich will nicht sagen: Im Libanon, ich würde sagen anhand des Krieges im Libanon werden zwei Kriege geführt. Es gibt den realen Krieg, der schrecklich ist, der verwerflich ist. Wo es gar keine Frage ist, auf welcher Seite man sich zu stellen hat und mit wem man solidarisch zu sein hat – nämlich mit den Palästinensern. Dieser Krieg ist schrecklich – aber er ist nicht schrecklicher als andere Kriege, die von einer Armee geführt werden gegen einen Gegner der im menschlichen Sinne einen „unregelmäßigen“ Krieg führt, einen notwendigerweise irregulären Krieg. Die Palästinenser wollen ja überhaupt erst Staat werden, man läßt sie ja nicht, sie würden ja ganz gerne. Und solche Kriege kennt man aus Algerien und aus anderen Orten, wie z.B. Vietnam, mit Unterschieden, aber es sind bekannte Kriege. Das ist nichts Neues.

Dann gibt es noch einen Krieg, und das ist der Krieg der Geister und Geistes. Es geht um die beiden Kriege. Das ist nichts Neues.

Dann gibt es noch einen Krieg, und das ist der Krieg der Geister und Geistes. So würde ich das nennen. Wenn für Beginn der Hitler im Bonner in Beirut sein, wenn Beginn gegen Hitler Krieg führt und der zweiten Weltkrieg nochmal nachvollziehen will in seinem Bewußtsein, dann ist es doch alles offensichtlich, daß es nicht der Krieg im Libanon ist. Wenn ich auf der anderen Seite so viele Leute, die sich Linke nennen, so erschallern, dann habe ich den Eindruck, es geht gar nicht um die Palästinenser, sondern sie kämpfen selber auch einen Krieg. Einen Krieg der Geister und Geistes. Nur wegen der selbst noch nicht, auf welcher Seite sie stehen. Und ich habe die Vermutung, daß sie auf der Seite ihrer Eltern stehen. Ohne es zu wissen, indem sie die Schrecken der NS-Regimes und der Massenvernichtung der Juden dahingehend wahrnehmen möchten, daß es sich um einen ganz normalen Krieg handelt. Das ist ein zionistischer Prozess, daß die nationalzionistischen Vernichtungskriege ganz normale Kriege waren, und daher möchten sie, daß der israelische Vernichtungskrieg gegen die PLO eigentlich als Ausrottungskrieg im Sinne der Nationalzionisten wäre. Das ist der Punkt.

Solange diese beiden Kriege nicht erkannt werden können, der reale und der imaginäre Krieg, solange wird die Diskussion weitergehen ohne Ende. Wenn die deutsche Vergangenheit in der deutschen Seele nicht aufgearbeitet wird, dann wird jeder Konflikt, der dort ist, finden wieder die Vergangenheit verbindend sein.

AK: Können Sie in dem Zusammenhang sowohl negative als auch positive „Erkenntnisse“ nennen in der innerdeutschen Diskussion?

Dany Diner: Ich habe bei vielen politischen Bekannten in letzter Zeit eine zunehmende Sensibilität für dieses Problem erfahren, bei welchen, bei denen ich vor Jahren sowas nicht gespürt habe. Aber das sind wesentlich älter, das heißt gleichaltrig mit uns. Miche Brumlik: Als wir im November letzten Jahres unsere Veranstaltung gemacht haben, hatten die meisten von uns immer noch das Gefühl, daß die Frage der Sensibilisierung bezüglich der deutschen Vergangenheit einzig und alleine auf unseren Schultern ruhte und daß wir einseitig in der Wüste wären. Dieses Gefühl habe ich nicht mehr. Das erleichtert es mir zumindest, auch mit vorwärtswendenden Fragen des israelisch-palästinensischen Konfliktes auseinanderzusetzen und nicht mehr nur immer wieder gebannt auf die Art und Weise zu starren, wie das hier in Deutschland bearbeitet wird. Aber ich will sagen, daß dies unter vielen der Vorhinein als links betriebl. Juden durchaus nicht Konsum ist. Es gibt eine ganze Reihe, die bei der Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit vorangehen und glauben, daß es ihre Pflicht als Juden sei, sich genau mit diesen Fragen, die wir zum Schluß angesprochen haben, auseinanderzusetzen. Ich empfinde diese Linie gerade dadurch nicht mehr so, daß eine ganze Reihe deutscher Genossen sich für diese Fragen nicht nur sensibilisiert hat, sondern auch argumentativ eingetreten ist. AK: Mit diesem Lob auf die westdeutsche Linke können wir ja aufhören...

Eine abschließende Frage: Zu welchen Themen, zu welchen Fragen möchte unsere Meinung nach die Diskussion weiter laufen bzw. womit sollte sich befassen werden?

Dany Diner: Ja, mit der Geschichte, mit der realen Geschichte. Meistens besteht aus Mythen von Geschichte, die in die eine oder in die andere Richtung gehen. Also zum Beispiel, daß die Linke über ihre eigene Geschichte so wenig kann. Das wundert mich einfach. Wenn ich die Bücherwände angucke, da wundere ich mich, daß zu den Themen, die ihnen eigentlich am nächsten stehen müßten, wo sie auch eine Last tragen – da ist nichts.

AK: Eben und wenn man die Leuzkircher in der „linke“ liest, müßte man den Eindruck gewinnen, daß diese Menschen sich Tag und Nacht mit der sogenannten deutschen „Vergangenheit“ befassen.

Dany Diner: Ja, genau. Und das Größte ist, daß es zum Beispiel in einem Leuzkircher in Neonazi-Manier heißt: „nicht 6 Millionen, sondern zwei Millionen.“ Wichtig ist auch, verstehen zu lernen, in welchem schrecklichen Dilemma die Juden damals nach Palästina oder nach Israel gekommen sind, ohne das rechtfertigen zu wollen. Auf der anderen Seite muß begriffen werden, mit welcher Wucht diese Geschichte auf die Palästinenser niedergegangen ist. Das betrifft die Palästinenser genauso wie die Juden. Sie hat eine Keule getroffen, und aus dieser Ohnmacht sind sie bis heute nicht erwacht. Diese Dinge gehören zusammen. Dieses Dilemma auszuhalten, läßt den Linken ganz gut, das ist auch Thema der letzten Jahre gewesen. Man hat primär, Anti-Zionismus und Antisemitismus. Diese Dinge gehören zusammen. Dieses Dilemma auszuhalten, läßt den Linken ganz gut, das ist auch Thema der letzten Jahre gewesen. Man hat primär, daß Geschichte und Gesellschaft kein linearer Prozess sind. Und das ist hier in Deutschland die Geschichte mit den Juden. Die kann ganz einfach vorbei sein. Das merkt man an den Reaktionen. Die Leute bestätigen das. Die Leute sagen nein und schreien dabei ja. Das ist widersprüchlich!

#### Literaturhinweise zum Thema

Der Diner: Israel in Palästina, Über Tausend und Oberst im Vorlesung Ornat, Altmann-Verlag 1980.  
John Burt King, Israel-Politik, Klausel, Netzer und Beiruth, 10. November-Konflikt, Junfermann-Verlag, 1980.  
Das Buch enthält eine Reihe Autoritätswörter, unter anderem ein Gespräch zwischen Said Hammami (Vizepräsident der PLO in London, 1978) und Moshe Machover (Mitbegründer des zionistischen linken Netzwerks).  
Walter Hasencamp, Kein Frieden mit Israel, 3. Ausgabe, 1977.  
Ein Buch zur Sozialgeschichte der Entstehung des Nahost-Konflikts.  
Lydia Rokach, Israel, 1977.  
Ein Buch zur Sozialgeschichte der Entstehung des Nahost-Konflikts.  
Lydia Rokach, Israel, 1977.  
Über das Leben der Palästinenser in Gaza, Beirut und auf der Westbank.  
John Burt King und die Palästinenser, Beiruth-Verlag, 1982.  
Unterstützung der westdeutschen Politik gegenüber den Palästinensern.

# Nahost

## Kontaktadressen

Flensburg  
K8/Gruppe Flensburg  
c/o Buchladen Tigrisberg  
Hardenstraße 89  
2300 Flensburg

M. Lachau  
Postfach 88 88 83 A  
2300 Kiel 1

Postfach 08 23 14 A  
2400 Lübeck 1

Bremen  
K8 c/o Arbeiterbuch  
Sonnenstraße 8  
Postfach 10 31 41  
Tel. 0471/47507

Bremen  
Postfach 10 31 41

Postfach 06 13 78  
3010 Braunschweig

Postfach 08 74 88 A  
3810 Emden

Göttingen  
Postfach 10 31 41  
Tel. 0571/47507

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41

Göttingen  
Postfach 10 31 41



# Aktion für gemeinsame Perspektive von Juden und Arabern



Kein Ruhmesblatt für die westdeutsche Linke war der Diskussionsprozeß und die Vorbereitung zu einer überregionalen Palästina-Libanon-Demonstration am 21.8. in Frankfurt. Dennoch konnte vielleicht ein Schritt gemacht worden sein, der eine wirkungsvollere Solidaritätsarbeit als bisher ermöglicht und auch die Perspektive weist, wie eine Anti-Kriegs-Bewegung, bezogen auf das „Puverfall Nahost“, in der Bundesrepublik aussehen könnte.

Es begann damit, daß das Frankfurter El Salvador-Komitee zu Treffen einlud, um die Schwäche der bisherigen Aktivitäten gegen die israelische Invasion zu reflektieren und eine neue Initiative zu diskutieren. Neben mehr oder weniger „algedienten Internationalist/innen“ der Frankfurter Szene nahmen sowohl linke jüdische Intellektuelle als auch Palästinenser teil, wobei die letzteren aus ihrem Unmut über „mangelnde Aktivitäten“ der Vorstände ihrer Organisationen keinen Hehl machten. Schnell kam die (kleine) Runde überein, es solle a) r a s h eine möglichst große, und daher bundesweite Demonstration organisiert werden und b) eine Plattform erarbeitet werden, die es sowohl den Palästinensern als auch oppositionellen Juden in der BRD ermöglicht, daran teilzunehmen. In aller Bescheidenheit ist anzumerken: Die einzige politische Organisation der BRD-Linken, die bei dieser Idee (b) mit Geburtshelfer spielte, war der KB, KBW und GIM schlossen sich dem an, ohne freilich irgendeine besondere „Avantgarde-Rolle“ einzunehmen.

Der Frankfurter Kreis lud zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen, das am 7.8. in Neu-Isenburg mit ziemlich zahlreicher Beteiligung stattfand. Palästina- und andere Internationalismus-Komitees, ML-Gruppen, Autonome und Antisipia, schließlich auch DKP-nahe Kräfte waren dort vertreten, nicht aber: Grüne, Demokratische Sozialisten und Sportler.

Die tollsten Sektierer, irgendwelche ML-Rotten vornehmlich aus NRW, bezeichneten den Frankfurter Aufruf-Entwurf als provokant. Denn darin fehlte

- der Begriff Völkermord für das Vorgehen der Israelis
- die Charakterisierung des Zionismus als Völkermord
- die Feststellung, daß Zionismus Vertreibung der Palästinenser nicht nur im Libanon sondern weltweit bedeute usw. uaf

Autonome und Antisipia waren der Meinung, daß die Anti-Kriegs-Proteste in Israel selbst viel zu sehr hervorgehoben würden, während sie in Wirklichkeit nur eine Variante des Zionismus seien.

Es wurde abgestimmt: „Wer ist dafür, daß die Formulierung **Zionismus gleich Rassismus** in das Flugblatt kommt?“ Mehrheit. Und so weiter.

Nach diesem verunglückten Verlauf des „Bundestreffens“ beschloß die Frankfurter Initiative, einen neuen, eigenen Aufruf nach ihren Vorstellungen zu formulieren und darunter Unterstützung zu sammeln. Nun kam tatsächlich ein breites oppositionelles Spektrum zusammen: Palästinenser,

oppositionelle Juden, die namentlich unterzeichneten, Linke, Alternative Listen, die besessenen Grünen, die DS bundesweit, Komitees, Astan usw. Die Sektierer standen im Regen. Ob überhaupt jemand den in Neu-Isenburg einheitlich durchgepackten Text druckte und verteilte, ist nicht bekannt. Aber damit waren die Schwierigkeiten nicht beendet. Der Bundesvorstand des Palästinensischen Studentenvereins (PSV) fühlte sich übergeben. Er wisse nicht, wie seine Unterstützung unter den Frankfurter Aufruf gekommen sei. Er selbst sei jedenfalls nicht an den Verhandlungen beteiligt gewesen. Die Vorstände von PSV und PAV hätten bereits für den 24.7. eine bundesweite Demo angestrebt. Von ihren westdeutschen Bundespartnern (das DKP-nahe ASK sowie die Bundes-

vorstände von Jusos und Judos, VDS, BBU) sei ihnen aber bedeutet worden, daß eine Großaktion wegen der Sommerpause und anderer Termine erst am 2.10. möglich sei. Nun könnten sie ihren Mitgliedern nicht vermitteln, weshalb zwei „bundesweite“ Demonstrationen zwischen **Frachthafen** und **Verfallungen** von se aus doch möglich, die Unterstützung des PSV-Vorstands für den Frankfurter Aufruf und eine regionale Mobilisierung dieses Verbandes für die Demo am 21.8. zu erreichen. Nach dieser Methode verfuhr auch die ASK: Alle regionalen Aktivitäten zur Solidarität mit den Palästinensern sind gut und werden unterstützt, aber die bundesweite Demo bleibt gefälligst die von u n s, am 2.10. - pardon, da findet ja die Kalkar Demo statt, also am 18.9. - oje, da ist ja die

Starbahrgegnen-Demo in Wiesbaden, also vielleicht am 25.9. ....? (Hoffentlich hat Eppeler oder ein anderer Einheits-Rundlagarodner da Zeit!)

Am 19.8. fand im überfüllten Frankfurter Volkshaus eine Libanon Veranstaltung zur Vorbereitung der Demonstration statt. Frangl (PLO) und Dan Diner hielten brillante Eingangsreferate, wie man sie auf solchen Veranstaltungen nur selten hört. Darin war eine Menge Diskussionsstoff enthalten. Doch die Westdeutschen brachten es nur zu einer Debatte: darüber, ob die PLO „Verraz“ begehe, und ob Diner ein „Zionist“ ist. Schade. Das war der Stand am Vorabend der Demonstration.

KB/Gruppe Frankfurt

„nicht mehr aktuell“  
„nicht mehr aktuell“

Organisation der BRD-Linken, die bei dieser Idee (b) mit Geburtshelfer spielte, war der KB, KBW und GIM schlossen sich dem an, ohne freilich irgendeine besondere „Avantgarde-Rolle“ einzunehmen.

Frankfurter Initiative, einen neuen, eigenen Aufruf nach ihren Vorstellungen zu formulieren und darunter Unterstützung zu sammeln. Nun kam tatsächlich ein breites oppositionelles Spektrum zusammen: Palästinenser,

## Vergangenheitsbewältigung

„Ein Jude reicht“, sagte Margit Schiller, als für die Abschlusskundgebung der Demo am 21.8. neben Frangl (PLO) Dan Diner und Jacob Moneta u n d Erich Fried vorgeschlagen wurden. Ausgerechnet Fried - der fehlte (den Antisemitisten) gerade noch... Sie hat den Trotta-Film („Die blickende Zeit“) nicht gesehen oder nicht verstanden. Der Gudrun wäre das jedenfalls nicht entchlüpft (oder etwa doch?).

„Nazi-Begin“ überschreibt die KPD/ML-Neue Einheit ihre Flugblätter (ja, die gibt es noch, wenngleich man nicht darüber aufgeklärt wird, wie der Kampf vom Vorsitzenden Klaus Sender mit den geheimnisvollen Strahlenwaffen, die ihn einst zum Exil in Schweden zwangen, ausgegangen ist). Hauptanliegen der provokanten Gruppe: den Zusammenhang zwischen Zionismus und Nationalsozialismus „klarzumachen“ (also daß es sich im Prinzip um dasselbe handelt). Man bekommt selten Flugblätter der KPD/ML-Neue Einheit. Man bekommt als Flugblätter der KPD/ML-Neue Einheit, in denen sich mit dem deutschen Faschismus auseinandergesetzt wird. Außer wenn es um Israel geht. Die KPD/ML-Neue Einheit hat erkannt: „Die Demonstration am 21.8. ist provokant“ (provokant-stuch?) und „der KB war am schärfsten“.

Wir wünschen guten Verlauf der Therapie und bleiben unseren liberalen Grundsätzen treu: Keine geschlossenen Ansichten! ..

Zitat von Leuten der autonomen Zeitung „Freiheit“ (Hamburg): „Wir lassen uns nicht wegen einigen sogenannten

progressiven Juden aus dem weltweiten Kampf gegen Imperialismus und Rassismus herauskaspulieren“. Mensch beachte: „sogenannt“!

„Ich bin kein Untertan des Staates“, meinte eine Debatte-Rednerin der Marxistischen Gruppe. „Was habe ich mit dem Verbrechen des Nazi-Staates zu tun?“ Freispuch I. Klasse, Richter: Wir selbst. Weiter MG: Ob es nicht zynisch sei, wenn Dan Diner am selben Tag, an dem der Abzug der PLO aus Beirut beginnt, an einer Demonstration gegen diesen Krieg teilnimmt. MG enthielt: Die heimlichen Zionisten haben das Datum dieser Demonstration gerade so gewählt, daß sie noch beim Protestieren über die Niederlage der Palästinenser frohlocken können. Juden ist jedenfalls alles zuzutrauen.

Alfred Dregger: Wir müssen endlich aus dem Schatten Hitlers herausretten.

Die „FAZ“ (19.8.) widmet der Frankfurter Palästina-Initiative einen Kommentar auf der Titelseite. Es sei geschmacklos, in Deutschland gegen Israel zu demonstrieren. Das Dilemma der Deutschen sei schließlich gewesen, daß die Mehrheit gegen den mordenden Antisemitismus der westlichen „Hilfen“ gewesen sei.

Israelische Medien widmen der Frankfurter Demonstration deutlich mehr Aufmerksamkeit als westdeutsche. Die Auseinandersetzung zwischen den aufrufenden Gruppen werden dargestellt. Der „FAZ“-Kommentar wird im israelischen Rundfunk zitiert. Auch der o.g. Satz?

„Danke schön für Ihr Angebot. Wir sind derzeit etwas stark mit der Palästina-Problematik im Programm vertreten. Morgen widmen wir auch 'Pro und Contra' diesem Stoff. Da ist ein wenig Zurückhaltung angebracht.“

„Ein bißchen Zurückhaltung, zu wenig Sendetermine, kein Geld - das sind Gründe, die nicht nur der Süddeutsche Rundfunk der Medienwerkstatt München nannte, um eine Sendung des Dokumentarfilms „Einem Tag werden wir zurückkehren“ abzulehnen, der sich mit der Situation der Palästinenser im Libanon beschäftigt. „Wir haben den Film allen ARD-Anstalten angeboten, auch dem ZDF und manchen sogenannten Rundfunk. Dem Bayrischen Rundfunkredakteur, dem wir die Rohschnittfassung gezeigt haben, hat es sogar ziemlich gefallen, aber nach zehn Minuten Film hat er auch gesagt, daß sie sich das nicht leisten können, den zu zeigen. Nach dem Erdmütze Helmer-Film 'Im Land der bitteren Kaktusen', auf den es Proteste gehagelt hat, trauen sie sich gar nichts mehr“, erklärte Stefanie Landgraf, eine der drei Filmemacherinnen im Gespräch nach einer Kinovorführung des von vornherein als Fernsehfeature geplanten Films.

Nachdem die Israelis ihren Angriff- und Vernichtungskrieg gegen die im Beirut lebenden Palästinenser begonnen hatten, ging die Medienwerkstatt München nochmal in den Funkhäusern haushieren. Das Interesse an ihrem Film war aber eher geringer geworden: dem BR fehlten diesmal die israelischen Positionen in dem Film; und der zuständige Redakteur hielt es auch nicht für möglich, eine der mittlerweile fast üblichen, eingeordneten Ausgewogenheitsdiskussionen mit „namhaften Vertretern“ zu machen, denn: „So eine Diskussion könnte die pro-palästinensische Wirkung des Films nicht aufheben“. Der WDR bot nur an, die 45 Minuten-Dokumentation auf 12 Minuten zusammenzuschneiden und statt des normalen Preises von etwa 30000 DM den Film für 12000 DM einzukaufen. Die Filmemacher lehnten das ab. Vor kurzem erreichte sie daraufhin ein Angebot des SWF, den Film doch für 10000 DM zu verschreiben. Die bezweifelnde Abgabe erhielt das Filmteam vom Norddeutschen Rundfunk: nach dem Angriff der Israelis im Libanon

konnte sich eine Sendung des Filmes wohl nicht mehr, weil die geeigneten Einrichtungen der Palästinenser und deren beschriebene Infrastruktur ja mittlerweile bereits zerstört und damit nicht mehr aktuell seien.

Mehr Mut als die öffentlichen-rechtlichen Medienverwalter hatte die katholische Kirche in der Schweiz, die die Dokumentation seit geraumer Zeit für ihre Bildungsarbeit einsetzt, aber auch die Landeszentrale für politische Bildung und das Holländische und das Deutsche Fernsehen, die sie bereits gesteckt haben. Warum die Fernsehschalter den Film auf gar keinen Fall zeigen wollen, ist deutlich: Stefanie Landgraf, Johannes Gulde und Rüdiger Lorenz haben wochenlang das Leben in den palästinensischen Flüchtlingslagern beobachtet, haben die Flüchtlinge bei der Arbeit begleitet, und mit den Kindern in die Schule gegangen und haben sie nach ihrer Heimat befragt. Würden bundesdeutsche Fernsehzuschauer das alles sehen, könnte ihr Nahostbild gefährlich ins Wanken geraten. Keine blutrünstige, terroristische PLO, die kleine israelische Kinder freisetzen will, sondern eine politische Organisation, die beispielweise dafür Sorge getragen hat, daß die Flüchtlingskinder eine vernünftige Schulausbildung erhalten können, die sich um Waisen kümmern, die die SAMED-Workshops mitorganisieren, in denen Palästinenser eine vernünftige Ausbildung erhalten können, und in denen auch Kriegskörper Arbeit finden... Ein besonderes Interesse hatte das Filmteam an den Ansichten und dem Leben der palästinensischen Jugendlichen, die ihre Heimat nur aus Erzählungen ihrer meist seit 30 Jahren vertriebenen Eltern und Verwandten kennen. Die etwa 13jährige Mosa im Oeschelshausmutter über von der UNRA betriebenen Schule, in der fast alle Lehrer der PLO angehören: „Das palästinensische Volk wurde vertrieben, weil Palästina ein strategisch wichtiges Land ist. Heute leben die Zionisten an unserer Stelle dort. Unser Ziel ist, unser Land wieder zu bekommen und dahin zurückzukehren“. Die Hoffnung und den Willen, in ihre Heimat zurückzukehren, haben alle befragten Jugendlichen. Besonders deutlich wird deren Wille bei Übungen der größten

Jugendorganisation der PLO, der Al Ashabi und der Al Zahara. Auch dort haben die Münchner Filme dürfen. Ein Junge im Trainingsdreh: „Von Palästina haben mir zuerst meine Eltern erzählt und auch viele alte Leute, die dort noch groß geworden sind. Zweitens in der Schule. (...) Und drittens von der Revolution, die uns erklärt, daß wir ein Recht haben, in unser Land zurückzukehren“.

Auch mit der ständigen Anwesenheit von Krieg beschäftigt sich der fast ausschließlich aus „üblichen“ Fernsehreportagen angelegte (viel Kommentar als Erklärung zu den Bildern, kurze, wenig beobachtende Bildsequenzen) Film sehr eindrücklich. Die knapp zwanzigjährige Tochter der Familie Tarek, bei der das Team einen Teil seiner Drehzeit verbracht hat: „Heute bombardieren die Israelis gewöhnlich die Lager und versuchen uns mit solchen Attacken einzuschüchtern. Als eine palästinensische Familie haben wir uns daran gewöhnt. Angriffe sind für uns zum Alltag geworden. Wir würden nicht einmal erschrecken, wenn z.B. jetzt ein israelischer Luftangriff käme“. Das war 1980...

Eine der wesentlichen Schwächen des Filmes, die sich aber aus dem völlig fehlenden Wissen eines möglichen BRD-Publikums und der relativen Kürze der Dokumentation erklärt, ist es, daß Konflikte innerhalb der PLO, aber auch Differenzen und Belastungen im Verhältnis der Generationen zueinander (beispielsweise in der Frage der Gleichberechtigung der Frau) nicht angeschnitten werden. Overzeig wird fast ausschließlich der gemäßigten PLO-Flügel und dessen Anhänger. Nichtsdestotrotz ist der Film sehr sehenswert und eine gute Diskussionsgrundlage für Veranstaltungen. Die Filmemacher setzen aus, da ihnen die öffentliche-rechtliche Öffentlichkeit versperrt bleibt, darauf, daß Initiativen, Programmings und andere Interessierte sich ihre Öffentlichkeit selber schaffen.

Wer den Film vorführen will oder eine Videokassette davon leihen möchte, soll sich an die Medienwerkstatt München, Elisabethstr. 49, 8000 München 40 wenden.



# Honduras als Ordnungsmacht des Imperialismus Auf dem Weg zum mittelamerikanischen Krieg

Durch den Einsatz honduranischer Truppen in El Salvador ist dort die Schwelle zur Internationalisierung des Krieges überschritten.

Auch bei der Ausweitung der Überfälle konterrevolutionärer Verbände aus Honduras in Nordcaragua zu einem regulären Krieg mischt honduranisches Militär massiv mit.

Ausgestattet mit immer umfangreicherer Militärlieferung der USA schicken sich Regierung und Armeeführung von Honduras an, eine zentrale Rolle beim Kampf gegen die antiliberalistische Revolution in Mittelamerika zu übernehmen.

Nach der erzwungenen Evakuierung aller salvadorianischen Flüchtlinge und der einheimischen Bevölkerung aus dem Grenzgebiet zu El Salvador, ist die Einmischung der honduranischen Armee in die Kämpfe zwischen FMLN und Regierungstruppen des Nachbarlandes systematisch verstärkt worden.

Soldaten der honduranischen Spezialtruppe zur Grenzüberwachung „cobras“ drängen am 21.2.82 70 km weit nach El Salvador ein, um im Departamento San Vicente Stellungen der FMLN zu zerstören. Gleichzeitig überschritten 300 salvadorianische Soldaten die honduranische Grenze und griffen das Flüchtlingslager „la Virtud“ an, ohne daß honduranische Stellen auch nur verbal reagierten.

In der ersten Juliwoche unterstützten honduranische Truppen eine Großoffensive der salvadorianischen Armee in der Provinz Chaltenango. Flüchtlinge, die aus dem Kampfgebiet entkommen wollten, wurden von honduranischen Grenztruppen gefoltert und getötet. Am 10. Juli kamen der Chef der honduranischen Streitkräfte, der salvadorianische Verteidigungsminister und die beiden Generalstäbe zu einem Gespräch zusammen. Mit ihrer Intervention vom 23.6.82 trat die honduranische Armee dann endgültig in den Krieg gegen die Befreiungskräfte der FMLN ein: Im Kontingent von 1.600 Mann marschierte an diesem Tag von Norden her in die Hochburg der

salvadorianischen Guerilla, Morazan, ein.

Der Versuch, die hier erstmals zu einem Stellungskrieg angetretenen FMLN-Streitkräfte zwischen der honduranischen Armee und 6.000 Mann Regierungstruppen El Salvadors „aufzulösen“, scheiterte. Dies konnte auch die erst kürzlich von ihrer Spezialausbildung in den USA zurückgekehrten Elitetruppen der salvadorianischen Armee nicht verhindern. Die honduranische Armee hält seither eines Gebietsstreifen von ca. 100 km<sup>2</sup> in El Salvador besetzt. Die FMLN verweigert zunächst so weit als möglich Zusammenstöße mit der honduranischen Armee, um eine Internationalisierung zu vermeiden. Guerillakommandant Joaquín Villalobos kündigte an, die FMLN werde ihre Operationen nach Honduras ausdehnen, falls auch die honduranische Armee nicht aus El Salvador heraushalle.

Nachdem die salvadorianische Armee in Morazan in Bedrängnis geriet, übernahmen honduranische Hubschrauber dort ihre Versorgung mit Munition und anderen Nachschubgütern sowie den Abtransport von Verwundeten auf honduranisches Gebiet. Am 9. August drang eine honduranische Einheit 70 km weit nach Morazan ein bis zu dem Ort Perquín. In dessen Nähe hatten die salvadorianischen Elitetruppen zuvor schwere Niederlagen erlitten.

Bei ihrem Vorgehen gegenüber der Bevölkerung El Salvadors bedient sich die honduranische Armee der gleichen Methoden wie die salvadorianischen Vollamdröcker, Flüchtlinge, die am 12.6.82 den Rio Sumpul nach Honduras überqueren wollten, getötet in die Hände honduranischer Truppen. 300 von ihnen wurden bei dem anschließenden Massaker ermordet.

Für den Kampf der salvadorianischen Oppositionsfront gegen das herrschende US-Staatsregime wie auch für den begonnenen Befreiungskampf in Guatemala hat das sandinistische Nicaragua immense Wichtigkeit zumin-

dest als Vorbild und politischer Rückhalt - ähnlich wie Anfang der sechziger Jahre die kubanische Revolution einen Aufschwung der revolutionären Bewegungen überall in Lateinamerika auslöste.

Höhe Berater von Reagan Ex-Außenminister Haig hatten schon im Frühjahr 81 verkündet, man werde die Aufstandsbewegungen in Zentralamerika nicht zerschlagen können, ohne die sandinistische Revolutionsregierung in Nicaragua zuvor beseitigt zu haben. Dementsprechend großzügig behandelten die US-Behörden die Ex-Nationalgardisten des besiegten Somoza-Regimes, die sich u.a. in Florida sammelten, neu bewaffnen und ausbilden konnten. Ebenfalls Trainingslager wurden mit offenkundiger Billigung der honduranischen Armee im Grenzgebiet zu Nicaragua auf honduranischem Boden errichtet. Inzwischen befallen sich dort auch der größte Teil der konterrevolutionären Einheiten aus Florida. Eine Rundfunkstation nahm von Honduras aus ihren Betrieb auf, die ständig Gräueltaten über die Sandinisten verbreitet, zur Sabotage und zum bewaffneten Kampf gegen die FSLN aufruft.

Besonders unter den Miskito-Indianern im Nordosten Nicaraguas lösten Hetzpropaganda, abenteuerliche Gerüchte und das Unwesen nordamerikanischer Sektens Verunsicherung und schließlich eine große Fluchtbewegung nach Honduras aus. Mit wohlwollender Duldung honduranischer Militärs warben ehemalige Nationalgardisten zahlreiche junge Miskitos an und errichteten eigene neue Lager für sie.

Seit dem Frühjahr 1981 haben die konterrevolutionären Verbände ihre bewaffneten Vorstöße über die honduranische Grenze ständig verstärkt. Wiederholt suchten ihnen die honduranische Armee durch Einsatz von Maschinengewehren und Hubschraubern den Rückzug.

Die Eskalation zu einem neuen Krieg begann in den ersten Junitagen d. J., als ca. 1000 Mann der „Contras“ die

Grenze überschritten und den Kampf gegen Einheiten der sandinistischen Volksherrschaft im Norden der Provinz Zelaya aufnahmen. Nach neuen Berichten rückten im Juli noch mehrere Tausend der in Honduras trainierten Ex-Nicaraguaner auf nicaraguianisches Territorium vor und versuchten, die Hafenstadt Puerto Cabezas zu erobern. Nach erheblicher Verstärkung der sandinistischen Truppen griff selbst die honduranische Luftwaffe mit Kampfmaschinen auf Seiten der Invadierten ein.

Just zur selben Zeit, als die konterrevolutionäre Heer von Somoza-Honduras aus in Nicaragua einfiel, führten die honduranische Armee und die US-Luftwaffe ein dreitägiges Manöver durch, bei dem gemeinsam der Transport von Truppen und Material in diese unzugängliche Region Südosthonduras geübt wurde. Ein Sprecher der US-Streitkräfte bestätigte das Manöver, beruhigte jedoch, es habe sich nicht um eine „Kampfabübung“ gehandelt.

Für jede Art von Angriffen auf Nicaragua dient Honduras als Sprungbrett: Am 19. Juli drang ein von Honduras kommendes Flugzeug bis nach Comito, der wichtigsten Hafenstadt Nicaraguas, vor und feuerte Raketen auf eine Brücke und auf Treibstofftanks ab, am 27. Juli schafften es zwei Flugzeuge aus Honduras, bis nach Managua vorzustoßen; sie versuchten, Bomben auf die einzige Raffinerie abzuwerfen; am 18. Juli besetzte ein 80köpfiges Kommando aus Honduras den Ort San Fernando, 17 km von der Grenze entfernt, ermordete mehrere Menschen, raubte die im Aufbau begriffenen Kooperativen aus und entführte auf ihrem Rückzug über die Grenze vier Einwohner, zurück blieben in San Fernando ein brennendes Gefährt und ein brennendes Rathaus sowie einige Verpflegungsbeutel, wie sie die honduranische Armee verwendet.

Honduras hat mit seinen Grenzen zu El Salvador, zu Nicaragua und zu Guatemala, wo der Befreiungskampf eben-

falls begonnen hat, eine Schlüsselposition auf der mittelamerikanischen Landenge. Bisher kaum von inneren revolutionären Strömungen erschüttert, ist das Land damit wie geschaffen für eine Polizeifunktion im Dienste des Imperialismus.

Neuerdings mit einem zivilen Präsidenten ausgestattet, wird es entsprechend großzügig mit US-Kriegsmaterial und Militärlieferungen versorgt. Von 3,6 Mio. Dollar 1980 stieg die Militärhilfe auf jetzt mehr als 15 Mio. Bei seinem Besuch Mitte Juli in Washington bekam Präsident Suazo Cordova nochmals 21 Mio. Dollar für dieses Jahr, um damit 3 Flugplätze auszubauen, die später nötigenfalls von der US-Luftwaffe mitbenutzt werden dürfen. Etwa 100 US-Militärberater arbeiten gegenwärtig in Honduras, wie honduranische Offiziere erklärten. Nach Angaben des ehemaligen US-Botschafters in El Salvador, Robert White, leitet eine Reihe von ihnen den Einsatz der honduranischen Truppen gegen die FMLN in Morazan.

Auch die Bundesregierung leistet jetzt „ihren“ finanziellen Beitrag zur Vorbereitung der honduranischen Armee auf einen mittelamerikanischen Krieg: mit zwei Millionen DM hilft sie, das militärische Kommunikationssystem zu verbessern (siehe „Offener Brief“ an die Bundesregierung und die Antwort darauf in diesem AK).

Durch die Internationalisierung des Krieges wird aktuell möglicherweise eine entscheidende Niederlage der salvadorianischen Armee verhindert. Auch für die anderen revolutionären Bewegungen, insbesondere die sandinistische Revolution in Nicaragua, stellt die jüngste Entwicklung eine ernsthafte Gefahr dar. Noch steht aber nicht fest, ob sich die Imperialisten einem Gefallen tun, wenn sie Honduras zur Drehscheibe eines konterrevolutionären Roll-Back machen: schon wurden die ersten Guerilla-Aktionen in Honduras gemeldet.

(Quellen: ides, MD, taz, FR)  
Lateinamerika - Konzeption

## Im Wortlaut:

## Terroristin fraß Kalaschnikow

Nach langem Laugen haben die Regierungen von Honduras und El Salvador zugegeben, daß sich die honduranische Armee im Kampf gegen die Guerilla in El Salvador aktiv beteiligt. Vor wenigen Wochen soll sie am Grenzfluß Rio Sumpul 300 Flüchtlinge aus El Salvador, die meisten Frauen und Kinder, massakriert haben. Gleichzeitig wurde bekannt, daß das Auswärtige Amt in Bonn Ausreisegenehmigung für die honduranische Armee genehmigt hat. Aus diesem Grunde erhielt die „Internationalistische Arbeitsmarkte“ (I.A.) die sich auf die literarische von Wissenschaftlern, Publizisten und Organisationen stützen kann, einen paragraflich-korrekten Brief an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister!

Mit größter Genugtuung dürfen wir erfahren, daß die Bundesregierung am 18. Juni dieses Jahres endlich auch Ausreisegenehmigung für Honduras in Höhe von 3 Millionen DM beschlossen hat. Wir entnehmen dieser erfreulichen Nachricht einer Note aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 20.6.82, daß es unter anderem, die Hilfe der Bundesregierung sei ausschließlich für Infrastrukturmaßnahmen der honduranischen Armee bestimmt. Der Ministerium, Herr Bundesaußenminister, habe in diesem Zusammenhang angeführt, die Grenze zwischen Honduras und El Salvador müsse besser gesichert werden.

Unsere oben erwähnte ganz besondere Genugtuung beruht nun ganz auf dieser Auffassung Ihres Ministeriums, ist die Anerkennung für die Dringlichkeit und Notwendigkeit unserer eigenen Öffentlichkeitsarbeit. Tatsächlich wird es höchste Zeit, daß die honduranische Armee - ebenso wie jene in El Salvador - in die Lage versetzt wird, mit allen erdenklichen Mitteln gegen die Kräfte des Terrorismus vorgehen zu können. Wie nötig, eine gutgeordnete Armee in den Grenzgebieten von Honduras und El Salvador ist, zeigt nicht nur der oben bekannte Flüßkrieg zwischen den beiden Ländern - der wie gerade jetzt, während der Fußballweltmeisterschaft wieder schmerzhaft ins Gedächtnis zurückgerufen wurde - das haben auch jene Ereignisse am Rio Sumpul - am 14. Mai 1982 300 Flüchtlinge aus El Salvador - deutlich bewiesen. In beiden Fällen versuchte eine größere Gruppe, salzden, rignische Terroristen den Rio Sumpul nach Honduras hin zu überqueren. Den Armen von Honduras und El Salvador gelang es, beide Anschläge zurückzuwerfen. Die Terroristengruppen gehen vor, Bomben zu setzen, die angeblich vor dem Terror der Armee El Salvadors fliehen wollten.

Flüsse von Mörkern und Kuhn gesteuerten Lärmer waren aber nicht zu erklären. Sie selber kommen von drüben. Herr Bundesaußenminister, Ihnen kann man da nichts vormachen. Diese ehrlichen Bauern besaßen sogar die Freiheit, Frauen, Kinder und Alte mitzunehmen. Die Hintergedanken dafür sind aber auch hier einfach zu durchschauen: der Troß dient dem männlichen Terroristen zur Tarnung des ganzen Unternehmens. Einzelne, anderswärts werden aus den Kindern neue Terroristen herangezogen, während die Frauen dazu dienen, Terroristen nachwuchs zu gebären und für die erwachsenden männlichen Terroristen zu arbeiten. Mörkern schreut er belohnen noch so müssen Trich suchen!

Aber - es ist höchste Zeit, daß die Terroristen aus Rio Sumpul hätten gar keine Waffen bei sich gehabt. Auch dafür gibt es eine einleuchtende Erklärung: die angeblichen Bauern waren sehr wohl bewaffnet, sie waren aber Gewehre und Panzer in den Fluß als sie bemerkten, daß sie zwischen der Front der tapferen Armee von Honduras und El Salvador gerieten waren. Eine gefangen genommene knapp 17-jährige Terroristin soll - nach offiziellsten Berichten - eine Kalaschnikow, die sie nicht mehr hatte wegwerfen können, stattdessen verschluckt haben.

In der Tat, diese Kriminalscheitern vor nicht nur, sondern die populäre Straßenszene aus El Salvador und Honduras gerungen waren, so jenseit Rio Sumpul einmal 800 und in den letzten Tagen weitere 300 als Bauern verkleidete Terroristen zu erledigen. Die Soldaten erfüllten zur eine bittere Pflicht. Gerade deshalb, Herr Bundesaußenminister, sind wir so froh darüber, daß die Bundesregierung bei der Erfüllung dieser Pflicht endlich zur tatkräftigen Hilfe bereit ist.

Wie Terroristen - die kleinen, lächerlichen - immer behaupten,



Ihre schändlichen Aktionen aus sozialen Gründen zu brechen - zu behandeln sind, ergreife eine allein der berühmte Einmarsch der internationalen Truppen in den I. benen. Das mag die Bundesregierung vielleicht dazu bewegen haben, sich endlich den Wünschen der US-Administration zu beugen und in Zentralamerika neben die letzten Reden der Sozialistischen Internationalen auch einmal militärische Gewalt mit harten Köpfen und Wörtern zu setzen.

Sicherlich ist diese Bundesregierung nicht in der Lage, mit nur einseitig vergleichbarer Wirksamkeit in Honduras einzugreifen, wie die israelische Armee im Libanon. Aber das liegt offensichtlich auch gar nicht in ihrer Intention. Die Bundesregierung und Sie, Herr Außenminister, wollen zweifellos und die demokratischen Kräfte in Honduras stärken, und da - dies mag es betreffen die Antikommunisten - ist eine Aufrüstung der Armee immer wieder das probierste Mittel.

Die Armee alleine ist in der Lage, sogenannte soziale Probleme, die zumindest in Mittelamerika nicht anders sind als in Lateinamerika, zu bewältigen. Aufwühlversuche, wirkungsvoll zu sein. (Das sagt jedenfalls die derzeitige US-Regierung.)

Wir wünschen Ihnen und dieser Regierung weiterhin viel Erfolg auf ihrem Weg, zusammen mit der US-Regierung in Mittelamerika für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Marsch der Menschen dieser Region werden Ihnen dafür dankbar sein!

Mit freundlichen Grüßen  
für die I.A.  
Dr. Gernot Wirth

Frankfurt am Main, den 9.7.82

Telegraph vom 1. Oktober 1982, Nr. 1  
Auswärtiges Amt, Bonn, den 1.10.82

An den Mitglied  
Auswärtiges Amt, Bonn  
Westen 1. aus Thüringen  
Bundeshaus

0-3700 Bonn 1

100-440 70 10 1

Brief: Schriftliche Anfragen für Monat Juli 1982,  
Fragen Nr. 129 und 130

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Fragen zur Gewährung von Ausreisegenehmigung für I.A. habe, beantwortet ich wie folgt

Zu Nr. 129

Mit Honduras sind noch keine Lieferabsprachen abgeschlossen worden. Es ist aber beabsichtigt, durch die Bundesregierung den Ausbau der Infrastruktur, die für die I.A. zu unterstützen. Wir hoffen, daß eine solche Absprache befristet, die Versorgung der I.A. in Honduras verbessert sowie die Hilfe bei der I.A. in Honduras weiterentwickelt werden kann. Die I.A. wird sich bemühen, bessere Nachrichtenverbindungen zu etablieren, die eine erfolgreiche Bekämpfung der I.A. in Honduras und führenden Helferschuppen ermöglichen.

In Entwicklungsländern wie Honduras bleibt häufig die I.A. der Militär die einzige vorhandene Infrastruktur auf dem Gebiet des Transport- und Fernmeldewesens, die die I.A. abgelegenen Gebieten wohnenden Bevölkerungsteile versorgen können. Staatsminister Dr. Genscher hat sich zu seinem kürzlichen Besuch in Honduras davon überzeugt, daß sich zum Beispiel die Versorgung der I.A. in Honduras in wesentlichen auf das Militär und seine Verbindungen stützen muß.

Die Verbesserung des Fernmeldewesens der honduranischen Armee hilft somit unmittelbar der I.A. in Honduras.

Zu Nr. 130

Die Regierungen von Honduras und El Salvador haben den Friedensvertrag von 1980 den elfjährige Kriegszustand beendet. Ein Teilstück der salvadorianischen Armee in der Grenze muß nach zwischen beiden Regierungen festgelegt und markiert werden. Dies wird eschweren, die I.A. die Guerrillabewegungen gerade in dem unstrittigen Grenzgebiet.

Honduras ist nach der Wiederherstellung der Grenzgebiete besonders an der Kontrolle seiner Grenzen interessiert, um einen Übertritt der salvadorianischen Guerilla auf sein Staatsgebiet und damit eine krisenartige Entwicklung in eigenen Lande zu vermeiden. Dies ist ein Teil ihres Anliegen eines jeden Staates.

Die Verbesserung des honduranischen Fernmeldewesens ist eine verbesserten Grenzüberwachung beitragen, die die größere Sicherheit der I.A. in Honduras.



# Rebellion ist gerechtfertigt!

## Zur chinesischen Kulturrevolution

Die Ausrufung des Kriegrechts in Polen und die gewaltsame Zerschlagung der „Solidarität“ hat erneut die Frage nach den Perspektiven sozialistischer Politik in den realsozialistischen Ländern aufgeworfen. Der Prozeß der „gesellschaftlichen Erneuerung“ wurde von den Militärs abrupt beendet; der Spielraum für auf friedlichem Wege durchsetzbare Reformen hat sich auch in Polen als gering erwiesen. Die chinesische Kulturrevolution, wie sie vielen von uns noch in Erinnerung ist, hat das scheinbar ein völlig anderes Bild: Eine vom obersten Parteiführer initiierte, siegreiche Revolution, die die „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg“ aus ihren Posten jagte, neue revolutionäre Machtorgane installierte und das Kultur- und Erziehungswesen von Grund auf umgestaltete. Tatsächlich war das Grundproblem dasselbe: Hier wie dort ging es in letzter Instanz um die Frage der Macht im Staat, hier wie dort hat die Volksbewegung diese Frage nicht für sich entscheiden können. In Polen wurde sie von uns noch in Erinnerung ist, daß es sich um einen Versuch handelte, die „Solidarität“ zu erhalten, die die „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg“ aus ihren Posten jagte, neue revolutionäre Machtorgane installierte und das Kultur- und Erziehungswesen von Grund auf umgestaltete. Tatsächlich war das Grundproblem dasselbe: Hier wie dort ging es in letzter Instanz um die Frage der Macht im Staat, hier wie dort hat die Volksbewegung diese Frage nicht für sich entscheiden können. In Polen wurde sie rasch und brutal zerschlagen, in China unter Zugeständnissen des („reformistischen“) Flügels der Staatsbürokratie um Zhou Enlai zunächst integriert, dann Stückweise aus dem öffentlichen Leben verdrängt und unterdrückt.

Hierzuhause wird daraus gern ein „no future“ für jeden Versuch revolutionärer Veränderung (nicht nur in den realsozialistischen Ländern, sondern überhaupt) gemacht. Während mit der „Solidarität“ noch vielfältige Identifikationsbedürfnisse befriedigt werden konnten, wird die Kulturrevolution zur massenfeindlichen Repression umgewertet und mit dem Stalinismus gleichgesetzt. Die vorherrschende Unkenntnis über ihre Inhalte und ihren Ablauf erleichtert es, ihren Charakter als Klassenkampf, als Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, zu verleugern.

Wer heute den tatsächlichen Ablauf der Klassenkämpfe in der Zeit von 1966 bis 1969 rekonstruieren will, muß nicht nur durch den Dreck waten, den Deng Xiaoping und seine Anhänger samt einer Heerschar bürgerlicher Wissenschaftler und Journalisten über die Kulturrevolution gekübelt haben; auch die Blumensträuße und Siegerkränze, die ihre damaligen — angeblichen oder wirklichen — Vorkämpfer über sie geküßt haben, müssen belächelt geräumt werden. Diese Aufgabe obliegt es, aus der revolutionären Bewegung und Organisation in China selbst vorbehaltlos bleiben. Die Artikelreihe zur Kulturrevolution im AK kann — basierend auf unvollständigem und keineswegs immer gesichertem Faktenmaterial — nur einen ersten, in vieler Hinsicht diskussions- und verbesserungswürdigen Versuch einer Analyse darstellen. Bisher sind Artikel erschienen zur Entwicklung der Klassenkämpfe bis zum großen Sprung nach vorn 1958/59 (AK 301), zur bürgerlichen Restauration Anfang der 60er Jahre (AK 202) und zur frühen, von studentischen Rotgardistengruppen geprägten Phase der Kulturrevolution (AK 204).



### Der „Januar-Sturm“ 1967

Gegen Ende des Jahres 1966 war die Kulturrevolution an einem Wendepunkt angelangt. Nach ersten Erfolgen der Parteilinken und der aus Studenten und Schülern entstandenen Roten Garden war es der Parteibürokratie gelungen, die gegen sie gerichteten Angriffe einzudämmen, sich hinter loyalen Rotgardistenverbänden zu verschanzen und ihre Machtbasis zu stabilisieren (1).

Ende Dezember begann daher die Parteilinke, die Bildung von Rebellenorganisationen auch in den Produktionseinheiten, die bis dahin ausdrücklich verschont werden sollten, zu propagieren und selbst mit voranzutreiben.

Schon ab November 66 hatten Arbeiter in den Peking- und Shanghai-Größbetrieben, unterstützt durch studentische Linke Rotgardistengruppen, begonnen, sich — zunächst noch illegal — zu organisieren (2). Ihre soziale Basis hatten diese Arbeitergruppen vor allem unter den Jungarbeitern und Lehrlingen, den Vertrags- und Zeitarbeitern. Deren soziale Lage war wesentlich schlechter als die der regulären Arbeiter, die (durch das Bonus- und Prämienwesen) oft Spitzenlöhne einstreichen konnten und auch in Bezug auf die Kranken-, Unfall- und Altersversicherungen besser gestellt waren (3).

Um die Jahreswende 66/67 traten diese Gruppen, die sich selbst „Revolutionäre Rebellen“ nannten, mit der Gründung von überbetrieblichen Dachorganisationen in die Öffentlichkeit.

Dem Paukenschlag von Shanghai (zur „Kommune von Shanghai“ folgt ein Artikel in einem der nächsten AKs) folgte nur wenig später der „Rebellensturm“ auch in einer Reihe von anderen wichtigen Großstädten: Überall wurden öffentliche Gebäude, Zeitungen, Radiostationen, Fabriken und Versorgungseinrichtungen besetzt und die jeweiligen Parteimachthaber für abgesetzt erklärt. In Peking richteten sich die Angriffe gegen verschiedene Ministerien, deren Chefs eng mit der offenen Parteirechten und/oder mit Zhou Enlai verbunden waren, darunter vor allem das Ministerium für Öffentliche Sicherheit unter Xie Fuzhi sowie die Ministerien für Landwirtschaft und für die verschiedenen Industriezweige.

### Die Verwirklichung der Massendemokratie

### Die Verwirklichung der Massendemokratie

Es war die Zeit der extensiven Demokratie; nie zuvor seit der Zeit der Stützpunktgebiete im Befreiungskrieg war ein so großer Teil der Bevölkerung als politische Geschehen aktiv mit einbezogen. Für die Bildung von politischen Organisationen in den Basiseinheiten gab es keinerlei Einschränkungen mehr. Jede Gruppe konnte ihre Meinung auf Wandzeitungen, Flugblättern und eigenen Zeitungen darlegen. Papier und Druckmöglichkeiten mußten von den staatlichen Stellen zur Verfügung gestellt werden. Tag und Nacht fanden in allen größeren Hallen und Sälen Diskussionen statt. In großem Umfang wurden Materialien über die politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre veröffentlicht, die sich meist völlig hinter verschlossenen Türen, unter dem äußeren Anschein der Einheitslichkeit der Partei abgespielt hatten. Für viele der Rebellen entstand zum ersten Mal die Möglichkeit, sich ein einigermaßen zutreffendes Bild der politischen Verhältnisse in ihrer Einheit und im Staat überhaupt zu verschaffen (4).

Die scheinbar unangreifbare Autorität von Partei- und Verwaltungsfunktionären brach zusammen. Tausende und Abertausende von Leitungskadern, die sich durch ihre bürgerlichen Praktiken verhaßt gemacht hatten, wurden von ihren Posten abgesetzt und mit „Schandhüten“ durch die Straßen geführt oder mußten sich vor Massenversammlungen verantworten. Auch wo die Kader auf ihren Posten blieben, konnten sie meist nicht mehr schalten und walten wie bisher, sondern mußten ihre Arbeit unter den kritischen Augen der Rebellengruppen und der mobilisierten Massen verrichten.

An einigen Stellen wurden neue Formen der Machtausübung und der Basiskontrolle gesucht. Neben Shanghai wurde auch in Chengchow, Kaifeng, Loyang (Provinz Henan) und Changchun (Provinz Jilin) versucht, die Volksmacht in Form von Kommunen zu organisieren.

„In dieser kurzen Periode wurde tatsächlich an einigen Orten, wenn auch noch nicht sehr gründlich, das Wesentliche der „Volkskommune China“ verwirklicht; die Gesellschaft befand sich in einer Situation der „Massendiktatur“ ähnlich jener der Pariser Kommune“.

schreibt die „Proletarische Allianz Hunan“ in ihrer rückblickenden Analyse (5).

### Die Kämpfe in den Betrieben und die Spaltung der Arbeiterklasse

Doch ist es den Rebellen nur in wenigen Fällen gelungen, tatsächlich (und nicht nur auf der Ebene von Proklamationen) die Macht zu ergreifen. Die Parteibürokratie machte Ende 1966 große Anstrengungen, um ihr ergebene Massenorganisationen in den Betrieben aufzubauen. Ob es die „Arbeitercharlachgarden“ in Shanghai waren, die „Rote Schutztruppe“ in Peking oder Organisationen unter den verschiedensten Namen in Kanton, Wuhan und einer Reihe von anderen Provinzhauptstädten: Immer handelte es sich um Gruppen vor allem der neuen Arbeiteraristokratie, die gutbezahlten Facharbeiter und Techniker. Sie wurden geführt von Vorarbeitern, Meistern, Partei-, Betriebs- oder Gewerkschaftsfunktionären, die ihrerseits in enger, wenn auch gut getarnter Pöhlung mit den jeweiligen Parteileitungen handelten.

Im Dezember hatten solche Arbeitergruppen vor dem 1. Ministerium für Maschinenbau in Peking gegen die anhaltenden Arbeitsstörungen durch die Rebellen protestiert. In Shanghai hatten sie dem „Arbeiterrebellenhauptquartier“ blutige Straßenschlachten geliefert. Damals hatten die Betriebs- und Gewerkschaftsführungen die „Protestzüge“ ermutigt, indem sie überaus freigiebig Reischeine und -spesen verteilten. Zugleich wurden materielle Forderungen der Arbeiter bereitwillig erfüllt, wurden Sonderprämien und -bonuses ausgeschüttet; alles in der Absicht, die Arbeiter auf diese Weise für die Interessen der Bürokratie einzunehmen. Für die kostspielige Bühnerei um die Sympathie der Arbeiter wurden die betrieblichen Investitions- und Umlauffonds sowie die von den Gewerkschaften verwalteten Sozialfonds geplündert. Alle diese Maßnahmen wurden später (von der Linken) unter dem Begriff „Schwarzer Wind des Ökonomismus“ zusammengefaßt. Sie verfolgten das Ziel, durch zunehmendes wirtschaftliches Chaos die zentralen Organe zum Durchgreifen zu zwingen.

Nach der „Mächtigkeitsgriff“ der Rebellen gingen die rechten Arbeiterorganisationen auf breiter Front zu Streiks und Sabotageaktionen über. Betroffen waren vor allem das Transportwesen (Eisenbahnen, Häfen), sowie die Energie- und Wasserversorgung.

und Sabotageaktionen über. Betroffen waren vor allem das Transportwesen (Eisenbahnen, Häfen), sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Auch ein nicht geringer Teil der Fabriken stand still (6). Damit war in Teilen des Landes die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Brennstoffen akut gefährdet, und die Produktionsausfälle nahmen für die Volkswirtschaft bedrohliche Ausmaße an. Da es gerade die nicht leicht zu ersetzenden Facharbeiter und Techniker waren, die die Streiks trugen, war es den jungen und oft in den Betrieben noch nicht fest verankerten Rebellen Gruppen schwer möglich, die Produktion wieder in Gang zu bringen. Nur in Shanghai gelang das in größerem Umfang, und auch dort nur um den Preis des Kompromisses mit den „Schlachgardern“ und der gleichzeitigen Ausgrenzung der „Ultradlinken“. Wo sie sich stark fühlten, gingen die rechten Arbeiterorganisationen sogar vom Streik zum Angriff über und vertrieben die Rebellen aus ihren gerade eroberten

### Die Grabenkämpfe in der Verwaltung

In den Büros und Verwaltungen sahen auch die Rebellen einer feigefügten Front aller dort Beschäftigten gegenüber. Die Zahl der jüngeren Kader aus den unteren Rängen, die schon in den Anfangsphasen der Kulturrevolution gegen ihre Vorgesetzten rebelliert hatten, war sehr gering, so daß sich die Rebellen nur in glücklichen Einzelfällen auf feu in den Büros verankerte Widerstandskräfte stützen konnten. Das erleichterte es den Behörden, die Rebellen als Eindringlinge von außen zu diffamieren und zu isolieren.

Die Rebellen versuchten, ihre zahlenmäßige Schwäche durch eine „Taktik der fliegenden Einsatzgruppen“ auszugleichen: „Man zog von einem Komplex zum anderen, um jedesmal eine kleine Gruppe, einen heissen revolutionären Kern“ ab die neue „reale Machtfraktion“ zurückzulassen. Diese Methode hatte nur bei breiter Binnenunterstützung durch die unteren Kader Erfolg haben können. Bei der gegebenen Lage einer geschlossenen Abwehrhaltung waren die Behörden in dem heftig entzündenden Kinnkrieg eindeutig im Vorteil. Ganz wie der Parti-



den inmitten einer ihm gewogenen Bevölkerung einen enormen Informationsvorsprung genießt und sich nach Belieben zurückzieht und ausweicht, konnten die Führungskader mit den bei ihnen stationierten Rebellen Katz und Maus spielen" (7). Diese Führungskader organisierten „unterirdische Widerstandsgruppen“, die von ihren Untergeordneten weiterhin als die „echten“ Vorgesetzten respektiert wurden. „Während die Rebellen mit einer Unmenge von Aktionen, die ihnen als den neuen Volkskommissaren zur Prüfung vorgelegt werden, voll beschäftigt und in Trub geschult sind" (8).

Rebellenabteilungen, die aufgrund ihrer isolierten Position für jede Verstärkung aus dem Büro selbst dankbar sein mußten, wurden nach allen Regeln der Kunst unterwandert, bis sie hoffnungslos von heimlichen Anhängern der alten Behördenchefs majorisiert waren. Dann wurden auf einer „Kampfsitzung“ die Rebellen konterrevolutionärer Vorgehen gegen die Massenlinie beschuldigt, kaltgestellt und oft auch ganz aus den Büros vertrieben. Auch die Korruption von einzelnen, wenig klassenbewußten Rebellen durch das Versprechen, sie in Kadernpositionen aufrücken zu lassen, gehörte zu den Tricks der Büro-Bonzen.

Oder aber weitblickende Behördenchefs organisierten in ihrer Einheit selbst „Rebellengruppen“ und inszenierten mit einigem Theateraufwand deren „Machtübernahme“, während unter der Hand alles beim alten blieb. (So geschah in einer ganzen Reihe von Peking-Ministerien.)

Unter dem Deckmantel der vielerorts vollzogenen und enthusiastisch in Flugblättern, Zeitungen und Rundfunk gefeierten „Machtübernahme“ vollzog sich also ein scharfer Klassenkampf in den verschiedensten Formen.

## Die Zersplitterung der Rebellen

Eines der schwersten Handicaps der Rebellenbewegung in diesen Kämpfen war ihre Zersplitterung. Die politische Szene war für „Normalbürger“ völlig unübersichtbar, und auch Insider konnten wohl kaum erklären, was die einzelnen Gruppen trennte und worin sie übereinstimmten. Um ein Beispiel zu nennen: Allein in dem Großkomplex der Jiangnan-Werften in Shanghai gab es über 90 verschiedene, sich gegenseitig bekämpfende „Rebellengruppen“ (9). Das allgemeine nicht hohe politische Niveau begünstigte Cliquenkämpfe und eine Mentalität, der es vor allem anderen um die Stabilisierung und Ausweitung des eigenen Einflusses ging. Aktionseinheit war nicht angesagt, und die „Vereinigten Hauptquartiere“ der radikalen Linken hatten nicht allzuviel Einfluß auf die darin zugegenen (9). Das allgemeine nicht hohe politische Niveau begünstigte Cliquenkämpfe und eine Mentalität, der es vor allem anderen um die Stabilisierung und Ausweitung des eigenen Einflusses ging. Aktionseinheit war nicht angesagt, und die „Vereinigten Hauptquartiere“ der radikalen Linken hatten nicht allzuviel Einfluß auf die darin zugegenen (9).

„Zur Zeit mochte sich ein extremer Demokratismus breit. Die einzelnen Gruppen tun so ziemlich, was sie wollen. Viele fordern nur die Demokratie, nicht den Zentralismus. Sie kümmern sich nicht um die Anordnungen der Gruppenführung und kommen und gehen, wenn sie gerade Lust dazu haben. Selbst im Einsatz gibt es kein gemeinsames Vorgehen, und alle fürchten die Fessel der Disziplin. Wenn jemand einschreiten will, um eine Versammlung zur Handverfälschung einzuberufen, heißt es überall sofort: „Was soll diese alte Masche! Wozu haben wir denn rebelliert?““ (10).

„Kann Konzilianz zu etwas führen?  
Nein!  
Kann Reformismus zu etwas führen?  
Nein!  
Kann Mäßigung zu etwas führen?  
Abermals Nein!  
Die Welt gehört uns. Der Staat ist unser Staat. Die Gesellschaft ist unsere Gesellschaft. Wer wird sprechen, wenn wir nicht sprechen? Wer wird handeln, wenn wir nicht handeln?“  
Wenhuiabao, 14.1.67

Im Grunde sind diese Kinderkrankheiten nicht verwunderlich, wenn man sich vor Augen hält, daß viele Organisationen innerhalb von zwei Monaten von einigen Dutzend oder hundert Aktivisten auf Tausende oder Hunderttausende von Mitgliedern angewachsen



## Formen der Doppelherrschaft als Ergebnis der Januarrevolution

### Formen der Doppelherrschaft als Ergebnis der Januarrevolution

Jedenfalls, die Folge der beschriebenen Kräftekonstellation — Zersplitterung und politische Unerfahrenheit auf der Seite des linken Massensturms gegenüber starken, organisierten Kräften der Rechten mit nicht unbeträchtlicher Basis in der Arbeiteraristokratie — war ein zunehmend erbitterter geführter Kleinkrieg in den Städten um wichtige Verwaltungsstellen, Versorgungs- und Produktionsstätten, die mal in die Hände der einen und dann wieder in die der anderen Seite gerieten.

Im Verlauf des Kleinkriegs kam es zu der Lage, die eben laut proklamierte „Übernahme der Macht“ auch tatsächlich zu vollziehen, was bedeuten hätte, die von ihnen eroberten Fabriken, Bu-

den in Shanghai und einer Reihe von anderen Industrie-Metropolen — der neuen, vorwiegend proletarischen Massenbewegung nicht Herr werden, wie das noch mit der Schüler- und Studentenbewegung des Vorjahres weitgehend gelungen war. Es entstanden Formen der Doppelherrschaft, wobei keine der beiden Seiten in der Lage war, die an-

der in Shanghai und einer Reihe von anderen Industrie-Metropolen — der neuen, vorwiegend proletarischen Massenbewegung nicht Herr werden, wie das noch mit der Schüler- und Studentenbewegung des Vorjahres weitgehend gelungen war. Es entstanden Formen der Doppelherrschaft, wobei keine der beiden Seiten in der Lage war, die an-

der Situation drängte dahin, in den Entscheidungskampf eine Kraft einzubringen, die sich bis dahin abwartend verhalten hatte: die Volksbefreiungsarmee (VBA).

## Die Armee greift ein

In einem Brief vom 18.1.67 forderte Mao den Verteidigungsminister Lin Biao auf: „Es ist notwendig, die Volksbefreiungsarmee einzusetzen, die die breiten Massen der Linken zu unterstützen ... Wenn immer von nun an die wirkliche revolutionäre Fraktion von den Truppen verlangt, ihr zu helfen oder sie zu retten, dann müssen alle dementsprechend handeln. Die sogenannte „Nichtintervention“ ist falsch“ (11). Am 23.1. folgte ein ähnlich formulierter Erlaß des ZK, des Staatsrates, der Militärkommission des ZK und der KRO an alle Organe der Partei-, Staats- und Militärapparate (12).

Wer in dem ganzen Durcheinander sich bekämpfender Gruppen als die „wirkliche revolutionäre Fraktion“ zu betrachten war, war aus keinem der Dokumente zu entnehmen. Es sollte sich in den folgenden Monaten zeigen, daß regionalen Militärkommandanten diese (letztlich entscheidende) Frage selbst unterschiedlich, und zwar ganz entsprechend den eigenen politischen Positionen, beantworteten.

Von Teilen der Linken innerhalb und außerhalb Chinas wurde oft die VBA mit der Person Lin Biao gleichgesetzt. Ein Rückblick auf die Geschichte der VBA zeigt jedoch, daß es in der Armee schon seit Jahrzehnten scharfe Widersprüche gegeben hatte.

## Der Kampf zweier Linien in der Armee

Bei der Gründung der VR China war

die VBA noch stark von den Erfahrungen des über 30-jährigen Befreiungskrieges geprägt. Vom solidarischen Umgang der Soldaten untereinander, unabhängig von militärischen Rängen und von der Fähigkeit, durch die enge Verbindung mit dem Volk zu überleben und den gemeinsamen Kampf zu organisieren.

Die VBA noch stark von den Erfahrungen des über 30-jährigen Befreiungskrieges geprägt. Vom solidarischen Umgang der Soldaten untereinander, unabhängig von militärischen Rängen und von der Fähigkeit, durch die enge Verbindung mit dem Volk zu überleben und den gemeinsamen Kampf zu organisieren.

Fortgesetzte Kriegsdrohungen und -provokationen seitens Taiwans und der USA sowie Erfahrungen aus dem Koreakrieg (1950/51) führten jedoch zu einer Umstrukturierung der Armee. Mit Hilfe der Sowjetunion und ihrer Berater wurde die „Modernisierung und Professionalisierung“ der VBA, die Ausrüstung mit modernen Waffensystemen und auch eine „Weiterentwicklung des militärischen Denkens“ (nach sowjetischem Modell) betrieben.

Einen traurigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung 1955 mit der Einführung eines Rangsystems und militärischen Ehrenzeichen. Gleichzeitig wurde die Wehrpflicht eingeführt und das egalitäre „Versorgungssystem“ für alle Armeeangehörigen durch eine breitgefächerte Soldatalkala ersetzt. Anfang der 60er Jahre erhielten (einem Bericht Edgar Snows zufolge) ein einfacher Soldat umgerechnet 2,50, ein Oberleutnant bereits 24, ein Oberst 62 - 64 und ein Marschall 360 - 400 US-Dollar (13).

Nach der Absetzung Peng Dehuai 1959 (infolge der Auseinandersetzungen über den Großen Sprung) war Lin Biao Verteidigungsminister geworden. Er versuchte mit einer Reihe von Kampagnen für das Prinzip der Politik in der Armeearbeit und mit einer Reihe von administrativen Veränderungen die eingetretene Verbürgerlichung der VBA zurückzudrängen. Der von der Militärkommission des ZK geleitete Apparat der Politkommissare gewann größeren Einfluß in den Einheiten — gegen den Widerstand der professionellen Militärs. Wie stark dieser Widerstand war, wird vielleicht daran deutlich, daß erst im Mai 1965 die Rangabzeichen in der Armee (und die Wehrpflicht) wieder abgeschafft wurden. Eine Reihe von Kampagnen zur ideologischen Schulung (14) wurde durchgeführt, ab 1964 mit Hilfe einer Zusammenstellung von Mao-Zitaten, die später als „Rotes Buch“ weltberühmt wurde.

Gegen diese Neuerungen wandte sich der Generalstabschef der Armee, Luo Rongguang, zugleich Sekretär des ZK und stellvertretender Verteidigungsmini-

ster, der die Berufsoffiziere repräsentierte. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Luo und Lin Biao (15), die um die Jahreswende 1965/66 mit der Absetzung Luos und seiner Ersetzung durch Yang Changwu als Generalstabschef endeten.

Im 16-Punkte-Beschluß des ZK vom August 66 war die Kulturrevolution in der Armee ausdrücklich unter die Leitung des politisch-militärischen Apparats gestellt worden. Ob und wie die Auseinandersetzungen innerhalb der Armee bis Anfang 67 geführt wurde, dazu ist wenig bekannt. Am 14. Januar hieß es in einem Leitartikel der Armeezeitung, es sei von entscheidender Bedeutung, daß die KR auch in der Armee gründlich ausgetragen werde. Dabei müsse viel Widerstand gebrochen werden. „Solchen Widerstand leistet vor allem die Handvoll Leute, die sich in die Armee eingeschlichen hat, die aber Machtpositionen verfehlt und die den kapitalistischen Weg geht, sowie äußerst wenige Reaktionen, die an der bürgerlichen Linie festhalten“ (16).

Für die Art des Kampfes gegen diese bürgerlichen Offiziere wurden allerdings — nach einer kurzen Zeit der freien Kritik von Mitte Januar bis Mitte Februar — einschneidende Beschränkungen vorgeschrieben: Offens und freie Diskussionen, Wandzeitungen und breite Debatten sollte es nur auf der Ebene der Armeehauptquartiere, Militärregionen, Provinzmilitärdistrikte und -unterdistrikte geben, auf der mittleren Befehlsebene und in den Basiseinheiten aber ausdrücklich nicht. Dort sollte grundsätzlich nur mit der „Erläuterung durch positive Beispiele“ gearbeitet werden. Der „Austausch von revolutionärer Erfahrung“ zwischen den Basiseinheiten untereinander und mit den Massenorganisationen war strikt verboten. Auch auf höherer Ebene sollte es keine eigenständigen kulturrevolutionären Kampforganisationen geben, sondern die Auseinandersetzungen sollten vom jeweiligen Parteikomitee angeführt werden. „Machtergreifungen“ von unten durfte es nur in den Randbereichen (z.B. Militärakademien) geben, nicht aber in den eigentlichen militärischen Institutionen; auch dort mußten sie von oben beauftragt werden. Die Einheit und die durchgängige Befehlsstruktur der VBA sollte unter allen Umständen gewahrt bleiben (17).

Zwar wurden in den ersten Wochen des Jahres 1967 der Marschall He Long und eine Reihe seiner Anhänger, die offen gegen die Kulturrevolution Stellung bezogen hatten, entlassen. Doch sonst war in der Armeeführung alles beim alten geblieben.

Am 24.2. betonte ein Leitartikel der Armeezeitung unter dem Titel „Die Volksbefreiungsarmee — Pfeiler der Diktatur des Proletariats“, daß die VBA „in der gegenwärtigen Situation eine sehr wichtige historische Mission trägt“. Zu deren Erfüllung, so wurde immer wieder betont, sei die „Einheit des Denkens, des Willens und der Hand-

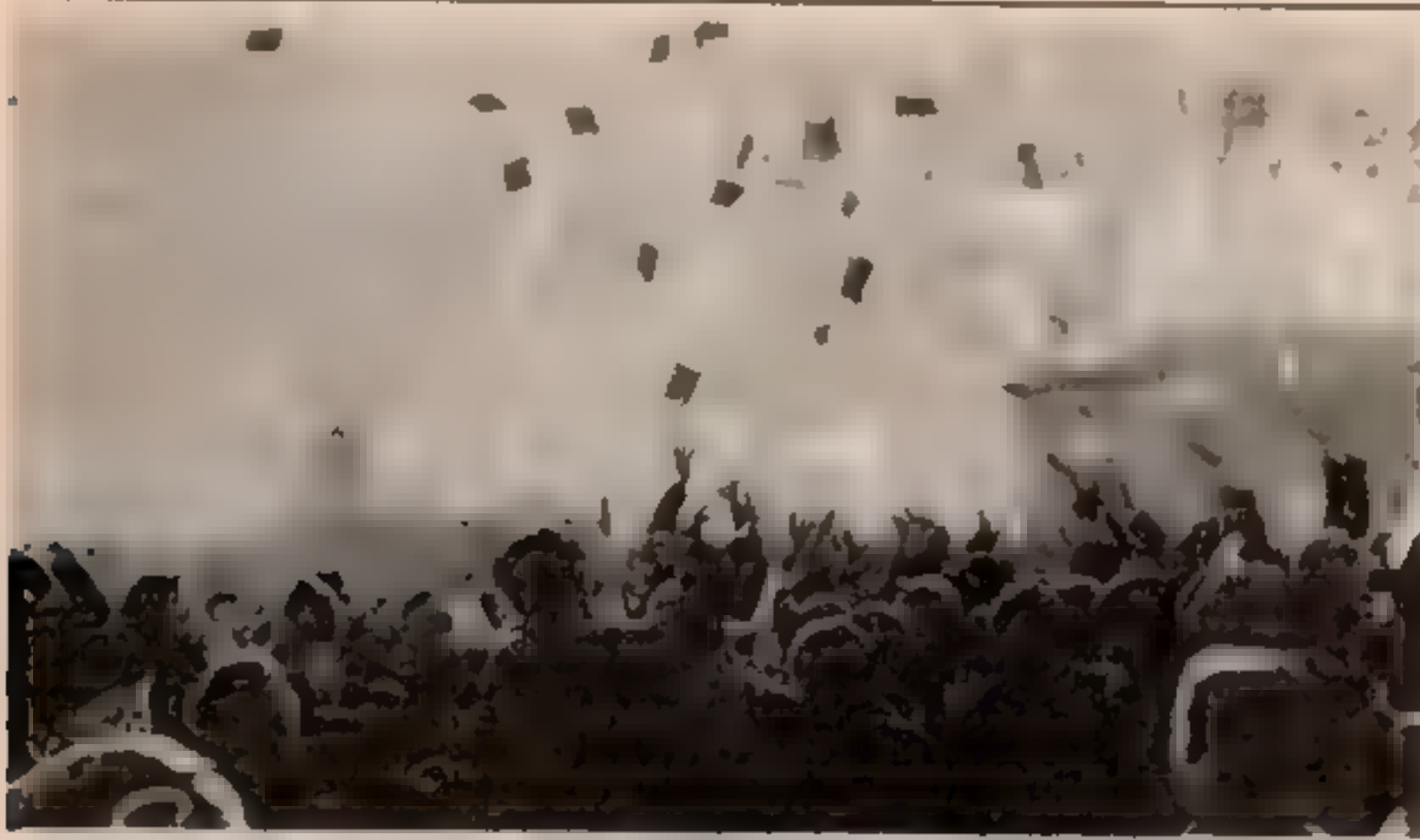
Armezeitung unter dem Titel „Die Volksbefreiungsarmee — Pfeiler der Diktatur des Proletariats“, daß die VBA „in der gegenwärtigen Situation eine sehr wichtige historische Mission trägt“. Zu deren Erfüllung, so wurde immer wieder betont, sei die „Einheit des Denkens, des Willens und der Hand-

Das Nicht-Zulassen bzw. Abwürgen der kritischen Diskussion schuf die Grundlage dafür, daß unter der Führung vor allem auf Ordnung und Stabilität bedacht. Offiziers Einheiten der Armee gegen die Massenbewegung eingesetzt werden konnten.

## Das Eingreifen der Armee im Januar 67

Zum ersten Mal griffen Militärs in der Provinz Shaanxi in die Massenkämpfe ein. Am 14. Januar (also noch vor der entsprechenden Anweisung Mao!) setzte der dortige VBA Kommandeur die Bildung eines „Rebellenoberkommandos“ durch, das das alte Parteikomitee absetzte und dessen Macht übernahm. „In diesem „Oberkommando“ befinden sich nur wenige genuine Rebellen, dafür zahlreiche Vertreter von Massenorganisationen der Arbeiterpartei in den Talyuaner Großbetrieben sowie Führungskader, die sich von der alten Parteileitung um Wei Feng und Wang Chien abgespalten und der Armee zugewandt hatten“ (18). Das „Rebellenoberkommando“ sah sich heftigen Angriffen ausgesetzt, da es nur die „gemäßigte“ Fraktion der Rebellenbewegung repräsentierte. Um seine Autorität zu unterstreichen, ließ daher Garnisonskommandeur Chen Jingyu, zweimal, am 28. und 30. Januar, Panzer durch die Straßen Talyuans rollen. Es wurde sogar eine provisorische „Kommune“ ausgerufen (am 4.2.), um den Linken den Wind aus den Segeln





zu nehmen. Die Auseinandersetzungen waren jedoch weiter so massiv, daß erst am 18. März das Provinzrevolutionärkomitee (RK) gebildet werden konnte (Die „Kommune“ war stillschweigend wieder in der Verenkung verschwunden).

Die 249 Mitglieder des RK setzten sich aus 118 Vertretern der Massenorganisationen, 68 Vertretern der VBA und 59 „revolutionären Kadern“ zusammen. In dem „Ständigen Ausschuß“ des RK, der faktisch die Macht ausübte, sah die Sache jedoch ganz anders aus: Dort saßen einem Vertreter der Rebellenbewegung zwei VBA-Vertreter und vier „revolutionäre Kader“ gegenüber. Vorsitzender wurde Liu Kuoping, früher Vizegouverneur der Provinz und führender Mann auch schon des „Rebellenoberkommandos“ (20).

Ebenfalls noch Mitte Januar verdrängte der Kommandeur der Militärregion Qinqao, Yang Dazhi, die sechs radikalen Gruppen bestehende Rebellenallianz von den eroberten Machtpositionen in der Provinzhauptstadt Qinqao und ersetzte sie durch eine Dreier-Koalition unter dem Namen „Revolutionäres Rebellen Komitee“ (21).

In Heilongjiang schließlich entstand Ende Januar das erste offizielle Revolutionskomitee in der Provinzhauptstadt Qinqao und ersetzte die durch eine Dreier-Koalition unter dem Namen „Revolutionäres Rebellen Komitee“ (21).

In Heilongjiang schließlich entstand Ende Januar das erste offizielle Revolutionskomitee (siehe unten). Unmittelbar nachdem die Pekingische Volkszeitung am 25.1. das Vorgehen in Shaanxi ausdrücklich begrüßt hatte, „ergriffen Wang Jiaodao (VBA-Befehlshaber der Provinz) und der Erste Parteisekretär Pan Fusheng die organisatorische Initiative, mobilisierten die Arbeiter vornehmlich der Eisenbahndepots und der Metallindustrie und drängten die um das Harbiner Militär-Technikum herum konzentrierten Rebellen beiseite“ (22). Zu diesem Zeitpunkt hatten die Rebellen bereits in fast allen wichtigen Institutionen „die Macht ergriffen“, waren aber mit dem Widerstand rechter Organisationskonfrontiert. Durch die Armee wurde nun einerseits der Widerstand der Rechten gebrochen, andererseits aber ihre breite Basis sowie eine ganze Anzahl ihrer leitenden Kader politisch in die neue Provinzverwaltung integriert, während die radikale Linke von vornherein ausgegrenzt blieb. Die Vertreter der Rebellengruppen spielten im RK eine zunehmend geringere Rolle und wurden auch auf der Ebene der einzelnen Betriebe und Institutionen zurückgedrängt. Chef der Provinz-RKs wurde Pan Fusheng, sein Stellvertreter Wang Jiaodao (23).

Immerhin hatten in den genannten Fällen die Militärs zumindest im nachhinein die Billigung der zentralen Instanzen (warum, wird weiter unten noch die Rede sein); ihr Vorgehen wurde in der Parteipresse als beispielhaft gepriesen. Andererseits wollten sich VBA-Kommandeure jedoch auch offen gegen die Politik der KRO (24).

Bei den Massenkämpfen in Guangzhou (Kanton) ließ sich der Chef der Großen Militärregion, Huang Yungshen, von rechten Verbänden als „Schlichter“ anrufen und ließ die Rebellen durch seine „neutralen“ Einheiten in drei Tage währenden Mann-zu-Mann-Kämpfen aus ihren Stellungen vertreiben. In dem von ihm ausgerufenen „Militärischen Verwaltungskomitee“ waren „revolutionäre Kader“ und Mitglieder rechter Massenorganisationen reichlich vertreten. Die Linke, die das „Militärische Verwaltungskomitee“ in ihren Flugblättern heftig kritisierte, wurde mit einer Hitzekampagne („Konterrevolutionäre“, „dunkle Elemente“ etc.) in Presse und Radio belegt. In einer Nacht- und Nebelaktion, die in ganz China großes Aufsehen erregte, verhafteten schließlich Anfang März Sicherheitskräfte und Militärpolizei die wichtigsten Führer der Kantonischen Linken und erklärten ihre Organisationen für aufgelöst (25).

Auch in anderen Regionen scheint dieser massive Einsatz staatlicher Machtmittel durch einen Militärkommandanten Nachahmer gefunden zu haben.

Ein undurchsichtiges Kapitel stellt das Verbot der sogenannten „nationalen Organisationen“ dar, das am 12.2. vom ZK ausgesprochen wurde. Gemeint waren Gruppen, die sich nicht auf einen nur lokalen Organisationsrahmen beschränkten. Ihnen wurde vorgeworfen, durch eine kleine Gruppe von Söhnen und Töchtern höherer Kader aufgebaut und nach elitären Prinzipien geleitet worden zu sein, um die „Parteiemacht auf dem kapitalistischen Weg“ in Schutz zu nehmen. Es ist heute schlechterdings unmöglich herauszufinden, inwieweit das stumme oder inwieweit auch (oder vor allem) linke Kräfte von dem Verbot betroffen waren, die versuchten, die dringend notwendige nationale Koordinierung im zerstückelten Kampf zu schaffen (26).

#### Kulturrevolution und Armeeinsatz auf dem Land

#### Kulturrevolution und Armeeinsatz auf dem Land

Auf dem Land nahm die Kulturrevolution einen anderen Verlauf als in den großen städtischen Zentren. In dem politischen Freiraum, der in den ersten Januarwochen entstanden war, gingen erhebliche Teile der Bauernschaft daran, ihre unmittelbaren materiellen Interessen gegen „den Staat“ durchzusetzen.

Während der Restaurationsperiode von 1961-65 (und z.T. auch schon vor der Periode des Großen Sprungs) hatten sich zwei Widersprüche herausgebildet, die für einige Erbitterung unter den chinesischen Bauern sorgten (die immerhin 80 % des chinesischen Volkes ausmachten).

Einmal hatte die (Wieder-)Zulassung von Privatland, -handel und von freien Märkten dazu geführt, daß sich eine neue Schicht reicher Bauern herausbildete, die eng mit den lokalen Partei- und Kommunistenstrukturen verflochten war, während gleichzeitig die Organisationen armer Bauern ihren politischen Einfluß einbüßten. Zugleich entstand wieder eine Schicht von Landleuten, „zum Teil junge Leute, die sich ihren Lebensunterhalt damit verdienen, daß sie den Arrivierten ihr angesammeltes Familienvermögen beileihen oder beim regen Handelsbetrieb die Verlade- und Transportarbeit übernehmen, oder gar — durchaus illegal, aber trotzdem vorhanden — in eine Art Pächterverhältnis zu neuen landlichen Oberknechten treten“ (27).

In der staatlichen Wirtschaftspolitik hatte sich währenddessen ein Akkumulationsmodell durchgesetzt, das einzig auf Kosten der Bauern ging. Durch die staatliche Handelsorganisation, der die Bauern den größten Teil ihres Getreideüberschusses zu relativ niedrigen Preisen verkaufen mußten, wurde das Kapital für die riesigen Industrie- und Infrastrukturinvestitionen abgeschöpft, die zum Aufbau der nationalen Volkswirtschaft notwendig waren. Da diese Gelder vor allem (mit Ausnahme der Großen-Sprung-Periode) in Großprojekte in den wenigen Industriezentren, und zwar ganz überwiegend in die Großindustrie, gesteckt wurden, brachten sie den Bauern keinerlei sichtbare Verbesserung ihres harten Lebens. Sie sahen sich durch „die Städte“ ausgeplündert.

Dieser zweite Widerspruch wurde für die weitere Entwicklung bestimmend. In großen Teilen des Landes wurden „Sofortmaßnahmen“ zur Hebung des bäuerlichen Lebensstandards gefordert, Getreideablieferungen verweigert und die alten Partei-, Rechnungs- und Verwaltungsbehörden vom Dorf verjagt. Das Getreide wurde dann auf lo-

kalen freien Märkten verkauft, die überall aus dem Boden schossen.

Mancherorts ging man noch weiter: Nicht nur die Getreideüberschüsse wurden verteilt, sondern auch die kollektiven Guthaben der Kommunistenmitglieder, die Investitions- und sozialen Versorgungsfonds und die Saugulage. „Vor allem im nordchinesischen Raum wurde die Lehre von den drei Alles propagiert (Alles aufessen! Alles aufteilen! Alles aufbrechen!)“ (28).

Wenn R. Hoffmann das lediglich dem „antiautoritären, antistatistischen Grundzug der Rebellenideologie“, gemäß durch „unreife anarchistische Neigungen der chinesischen Bauernschaft“ (29) zuschreibt, ist das doch ein bißchen blauäugig. Die Wiederherstellung freier Märkte, die Ruinierung der kollektiven Wirtschaft und die teilweise Wiederaufrichtung kapitalistischer Produktionsverhältnisse mußte kurz oder lang vor allem den reichen Bauern, die auch im Handel stark engagiert waren, zugute kommen. Die Verweigerung der Getreideablieferungen und die Zerschlagung der staatlichen Versorgungsorganisation mußte in kurzer Zeit zu einer schweren Versorgungskrise in den Städten führen. Kräfte, die auf eine offene Konterrevolution abzielen, „sagte“ „Antibürokratismus“ und Verweigerung der Getreideablieferungen und die Zerschlagung der staatlichen Versorgungsorganisation mußte in kurzer Zeit zu einer schweren Versorgungskrise in den Städten führen. Kräfte, die auf eine offene Konterrevolution hoffen, dürften mit vollem Einsatz an der Förderung solcher Tendenzen gearbeitet haben.

Der massive Einsatz „Propaganda-Truppen“ der VBA auf dem Land ab Februar 67 war anscheinend das einzige zur Verfügung stehende wirksame Mittel, zumindest die Frühjahrsbestellung der Felder im erforderlichen Umfang sicherzustellen. Andernfalls wäre eine miserable Ernte und eine katastrophale Hungersnot zu befürchten gewesen. Die offiziell ausgesprochene Parole hieß nun: „Weniger feiern, weniger Revolution machen, mehr produzieren“ (30). „Überall wo die VBA in die Dörfer einzog, wurden sogenannte „Produktionskomitees“ gebildet, denen die alten Kader, vornehmlich die alten Finanzkader, angehören, und die, von den militärischen Einheiten sorgfältig überwacht, nahezu diktorische Vollmachten erhalten“ (31). Revolution sollte nun nur noch per ideologischer Schulung und Steigerung der Produktion stattfinden.

Die wirklichen Widersprüche, die zu dem Aufstand der Bauern geführt hatten, wurden von den staatlichen Stellen und der KRO nicht eingegangen. Das Problem der ungleichen Entwicklung von Stadt und Land, das eine enorme Sprengkraft für das Bündnis von Arbeitern und Bauern, und damit für die Grundlage jeder sozialistischen Entwicklung in China in sich barg, wurde in den vielen Veröffentlichungen dieser Zeit zur Kulturrevolution auf dem Land nicht einmal benannt (32).

#### Kurs auf Konsolidierung

Die leitenden Organe von Staat und Partei, die zu dieser Zeit eine Rolle in der Öffentlichkeit spielten — das ZK der KPCh, die Militärkommission des ZK, der Staatsrat und besonders die zentrale Gruppe für Kulturrevolution, die die wichtigsten Medien kontrollierte — hatten den Rebellensturm in den ersten Januarwochen selbst mit angefaßt oder doch zumindest offiziell begrüßt. Im Februar wurde hier ein Kurswechsel deutlich — in Richtung einer Konsolidierung der „chaotischen“ Verhältnisse im Land und in Richtung „geordneter Bahnen“ für die Massenbewegung.

Der Januursturm wurde durch die „Februar-Gegenströmung“ und den „Schwarzen Märzwind“ abgelöst, wie es die Rebellen ausdrückten.

„An der Revolution festhalten und die Produktion fördern!“, hieß der Slogan, der Ende Januar wieder groß in

„Die revolutionären Rebellen wissen sehr genau, daß die Revolution nicht mit einem Gastmahl oder mit dem Verfassen eines Gedichts verglichen werden kann; sie ist eine Revolte, ein Gewaltakt, in dem eine Klasse eine andere stürzt. Um die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao zu verteidigen, haben sie viele Handlungen unternommen, von denen gesagt wird, daß sie „alle Gesetze brechen“. Alle Gesetze brechen“ heißt gerade Revolution! Alle Gesetze brechen“ heißt gerade Rebellion! Diese Handlungen, die „alle Gesetze brechen“, sind revolutionäre Handlungen, die neue Wege erschließen“.

Wenhilbao, 6.1.67

Mode kam. Die Betonung lag auf dem zweiten Halbsatz, und der bezeichnete auch das unmittelbare Ziel der Konsolidierungspolitik. Durch die Kämpfe in den Betrieben ebenso wie durch die Bauernaufstände war die Produktionsfähigkeit in weiten Bereichen drastisch abgesunken oder ganz zusammengebrochen. Die zentralen Stellen setzten ihre ganze Autorität ein, diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren. „Wirtschaftlichkeit bei der Revolution und Schutz des Staatseigentums“ (33) rückten in den Mittelpunkt der „revolutionären Politik“.

#### Die „Dreierverbindung“

In den Januarjahren war die Parole aufgestellt worden: „Alle Macht den revolutionären Rebellen!“ „Nur wenn alle Macht auf die revolutionären Rebellen übergegangen ist, wird es möglich sein, das geregelte Vorschreiten der umfassenden Demokratie unter der Diktatur des Proletariats zu sichern“ (34).

Nun hieß die Parole: „Schließt ein großes Bündnis!“ „Institutionalisiert werden alle Massenbewegungen in Form des übergeordneten, wird es möglich sein, das geregelte Vorschreiten der umfassenden Demokratie unter der Diktatur des Proletariats zu sichern“ (34).

Nun hieß die Parole: „Schließt ein großes Bündnis!“ „Institutionalisiert wurde dieses Bündnis in Form der „Dreierverbindung“, die alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte umfassen sollte: Die revolutionären Massenorganisationen der Rebellen, die örtlichen VBA-Garnisonen und die „revolutionären Kader“, die aus den etablierten Führungsorganen hervorgegangen waren. Auf keines dieser drei Bestandteile konnte verzichtet werden und keines durfte in irgendeiner Weise vernachlässigt werden. Die Revolutionäre, die ausdrücklich als „provisorische Machorgane“, d.h. nicht als endgültige neue Form der Machtausübung bezeichnet wurden, wurden nach dieser Formel der Dreierverbindung aufgebaut. Nachdem das erste RK Ende Januar in Heilongjiang ausgerufen worden war, folgten bis April (dann trat eine Stockung bis zum August 67 ein) rasch aufeinander die Bildung von RKs in den Provinzen und Städten Liaoning, Shanghai, Guizhou, Shaanxi und Peking. Für ihre Zusammensetzung war die oben angeführte Mitgliederverteilung des Shaanxi-RK typisch: ca. 50 % Vertreter der Massenorganisationen und je ca. 25 % „revolutionäre Kader“ und Armeevertreter — wobei die letzteren auf Führungsebene stets ein hohes Übergewicht hatten.

Nach dem Vorbild der RKs sollten Organe der Dreierverbindung die Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen übernehmen, und zwar auch wieder unter maßgeblicher Mitarbeit der VBA: „In den Institutionen, wo die Machtentfaltung notwendig ist, ist, von den obersten bis zu den untersten Ebenen, die Mitwirkung der Vertreter der Massenorganisationen oder Volkskomitees bei der Bildung der „Dreierverbindung“ unbedingt erforderlich. Sowohl in Fabriken und Dörfern, im Finanz- und Handelswesen als auch auf dem Gebiet der Kultur und im Bildungswesen (Hoch-, Ober- und Grundschulen), in Parteiorganisationen, Regierungsinstitutionen und Massenorganisationen muß so verfahren werden. Die Entsendung von Armeevertretern in alle Stufen auf Kreis- oder höherer und die Delegation von Vertretern der Volkskomitees in alle Volkskommunen und alle ihnen unterstellten Abteilungen sind eine ausgezeichnete Maßnahme. Reichen die Armeevertreter nicht aus, können ihre Posten zeitweilig unbemantelt bleiben und später besetzt werden“ (35).

Die VBA wurde so damit betraut, den angesetzten gesellschaftlichen Kompromiß auf allen Ebenen und in allen Bereichen praktisch durchzusetzen. Sie allein hatte die Machtmittel in der (Hinter-)Hand, auf eine Eindämmung der allgegenwärtigen Kämpfe und des „Chaos“ in den Einheiten zu

drängen und sowohl den Großteil der Rebellen als auch die überwiegende Mehrheit der alten Kader in das „Große Bündnis“ zu überführen (36).

Entsprechend fiel die politische Rückendeckung für die VBA aus: „Die Haltung, die man gegenüber der Volksbefreiungsarmee einnimmt, ist gleichbedeutend mit der Haltung gegenüber der Diktatur des Proletariats und ist auch ein wichtiger Prüfstein dafür, ob man zum wirklichen revolutionären Flügel gehört oder nicht“, schrieb die „Rote Fahne“ von Maos Vertrautem Chen Boda (37).

Dieses Heiligsprechen der VBA stand in krassem Gegensatz zu den vorhandenen Widersprüchen in der VBA und zu ihrem keineswegs durch und durch proletarischen Charakter.

Zwar, so hieß es, könnten einzelne Genossen der VBA Fehler begehen. Die Rebellen müßten dazu „in angebrachter Form den verantwortlichen Genossen der Armee die Lage auseinandersetzen und ihre Vorschläge unterbreiten. Jedoch dürfen sie keinesfalls diesen Genossen entgegenstehen und erst recht nicht den Hauptstoß des Angriffes gegen die Volksbefreiungsarmee richten“ (38).

Zusammen mit den entsprechenden Anordnungen wurde so jedem entschiedenen Widerstand gegen die bürgerlichen Tendenzen in der Armee und die Befehle rechter VBA-Kommandeure die Berechtigung abgesprochen. Eine entscheidende Stütze der Macht der neuen Bourgeoisie Chinas, die „bürgerlichen Machthaber in der Armee“, wurde nicht nur unangestastet gelassen, sondern auch noch mit der Kontrolle der Rebellenbewegung betraut.

Die Anstrengungen zur Eindämmung des ungezügelten Rebellensturms finden sich auch in den Anordnungen wieder, die die Machtübernahme in zentralen Institutionen durch Rebellen von außen verboten. In den verschiedenen Organen und Abteilungen des ZK, dem Ministerium für öffentliche Sicherheit, dem Außenministerium, verschiedenen mit Rüstungsindustrie beauftragten Institutionen, dem Finanzministerium sowie den zentralen Massenmedien („Volkszeitung“, „Rote Fahne“, VBA-Zeitung und allen Rundfunkstationen) — also den zusammen mit der VBA wichtigsten Schatzkammern der Macht — hatten nicht aus diesen Einheiten stammende Rebellen nichts zu machen (39).

Die meisten dieser Institutionen wurden unter militärischen Schutz gestellt, ebenso die Parteiarchive und Geheimdokumente. „Proletarische Disziplin“ hieß das neue, vielzitierte Schlagwort; der alte Slogan „Rebellion ist gerechtfertigt!“ war dagegen nur noch selten zu hören.

#### Die Kaderfrage

Bei der Bildung der RKs tauchte ein Problem auf, das in der Auseinandersetzung in den ganzen folgenden Monaten eine zentrale Rolle spielte: In der Januarrevolution war eine große Zahl von führenden Kadern von ihren Posten abgesetzt worden (40). Jetzt wurde in der Parteipresse immer wieder betont, die „revolutionären Kader“ müßten „die Rolle eines Kernes und des Rückgrats“ der neuen Machorgane übernehmen (29). Entsprechend wurden die Rebellen in der Parteipresse aufgefordert: „Die leitenden Kader, die an der proletarischen revolutionären Linie festhalten, sind wertvoller Besitz der Partei. Sie können zur Kerngruppe im Kampf um die Macht werden und in diesem Kampf auch die Führung übernehmen ... Wenn die revolutionären leitenden Kader sich erheben, ... so müssen die revolutionären Massenorganisationen sie unterstützen. Man







## In der Stunde der Not

„In der Stunde der Not lassen wir das Vaterland nicht im Stich“, mit diesen Worten mußte der spätere USPD-Mitbegründer Hugo Haase im August 1914 die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten vor dem Reichstag begründen. Diese offizielle „Begründung“ knüpfte nahtlos an die offizielle Version der Reichsregierung von Verteidigungskrieg an: „Mit der Parole vom Verteidigungskrieg schien die deutsche Reichsleitung von vornherein einen Verzicht auf Eroberungen ausgesprochen zu haben. Doch schon im Verlaufe von wenigen Wochen wandelte sich diese Parole zu dem Ziel — auch im Blick auf einen möglichen zweiten Krieg —, für die Zukunft das deutsche Reiches 'Sicherungen' und 'Garantien' zu erkämpfen, bevor die Waffen niedergelegt werden dürfen“ (1). Dieser Parole — „Sicherung der deutschen Grenzen“ — schloß sich auch die SPD an, natürlich nicht ohne gleichzeitig die allzu offenen annexionspolitischen Forderungen des Reiches und großdeutscher Kreise zu verurteilen: „empfiehlt David auch in der Kriegszustimmung Konzessionen von Seiten der Sozialdemokratie: 'Auch in der Frage der eventuellen territorialen Veränderungen dürfen wir uns nicht durch doktrinaire Negation im Gegensatz zu der allgemeinen Stimmung — Kompensation für die gebrachten Opfer — stellen. Scheidemann scheint diese Gedankengänge im wesentlichen zu teilen, ist aber der vorsichtige Mann, der nicht Gefahr laufen will, in die Minderheit zu kommen“ (2). David ... wollte zur Durchsetzung dieser Politik sogar die Parteiloyalität in Kauf nehmen“ (2). Auch von einer Täuschung der SPD-Führung über den Angriffskrieg des Reiches kann keine Rede sein: „Vor der Marne-Schlacht, am 13. August, hatte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Scheidemann im Gespräch mit Parteifreunden die Auffassung vertreten, 'daß die deutsche Regierung den Krieg gewollt habe, als Präventivkrieg'. Eduard David notierte in seinem Tagebuch: 'Scheidemann ist davon überzeugt und scheint besonders Anhalte dafür zu haben'“ (3). Teilen der SPD war der offensive, imperialistische Charakter des Kriegs und die deutsche Verantwortung für seinen Ausbruch also nicht nur bekannt, sondern wurde in seiner Intention von ihnen auch unterstützt. Zum anderen war die Rolle der Sozialdemokratie von der Reichsleitung durchaus mit eingeplant. So konnte Reichskanzler Bethmann-Hollweg schon vor Kriegsaus-

# Fromme Wünsche — und biedere Gefühle

Die Entwicklung der USPD (III)

In den beiden letzten Ausgaben des Arbeiterkampf haben wir versucht, die Entwicklung der USPD von der zughafte innerparteilichen Opposition in der SPD bis hin zur organisatorischen Trennung und Gründung einer eigenen Partei darzustellen. Insbesondere waren wir dabei auf das Spannungsverhältnis eingegangen, in dem sich diese Entwicklung vollzog: einerseits der Druck der SPD-Spitze auf die innerparteilichen Kritiker, andererseits wachsender Druck der Massen und Formierung der Spartacusgruppe als revolutionäre Alternative. Wir hatten betonen lassen, daß die Gründung der USPD — die Formierung des Zentrums als Partei zwischen Spartacus und SPD — sowohl ein (unvermeidbarer) Schritt der Loslösung von der SPD, als auch eine (präventive) Maßnahme gegen die sich langsam aber sicher formierende kommunistische Bewegung war.

In diesem dritten Teil wollen wir etwas genauer untersuchen, wie sich diese Spannungsverhältnisse in den inhaltlichen Positionen der USPD bzw. ihres Vorläufers, der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft, zur Frage von Krieg und Frieden niederschlug, der Frage, um der entlang sich die Gründung der USPD entwickelte. An einigen Beispielen, die auch am eiliche zu ergänzen wären, wollen wir zeigen, wie sich der Zentrismus in der USPD-Programmatik widerspiegelt.

## Das Gebot der Stunde

Die Entscheidung innerhalb der SPD-Führung war also längst gefallen, als die Führer der gemäßigten SPD-Opinion im Juni 1915 — ein Jahr nach Kriegsbeginn — ihren Aufruf „Das Gebot der Stunde“ veröffentlichten, in dem sie schrieben: „Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Die deutsche Sozialdemokratie ist vor eine Frage gestellt, die für die Geschichte des deutschen Volkes, für die Zukunft der Kulturwelt von der größten Tragweite ist, Forderungen, die schon in früheren Monaten eine gewisse Presse sowie

diesem Ziel (wirklicher Frieden) zu tun... Wir zweifeln nicht, daß unsere Partei diejenigen Forderungen ziehen wird, die sich für unsere parlamentarische und außerparlamentarische Haltung heraus ergeben“ (9).

Da sich, zumindest was die Haltung der USPD zum August 1914 anbelangt, auch in den folgenden Jahren an der offiziellen Einschätzung nichts veränderte, das die dahin deutliche Zeichen des Überlaufens der SPD auf die Seite der Herrschenden zu keiner Zeit einer klaren Analyse und Kritik unterzogen wurde, stand die Ideologie der USPD immer auf sehr wackligen Beinen. Für die Führungslinie der USPD muß es sogar noch härter formuliert werden: „Denn wenn der USPD-Bund sich ein Ideal setzt, das dem Sozialismus nicht entsprechen kann, mußte eben diese grundsätzliche Abrechnung mit der Kriegspolitik der SPD unterbleiben.“

Immer auf sehr wackligen Beinen. Für die Führungslinie der USPD muß es sogar noch härter formuliert werden: „Denn wenn der USPD-Bund sich ein Ideal setzt, das dem Sozialismus nicht entsprechen kann, mußte eben diese grundsätzliche Abrechnung mit der Kriegspolitik der SPD unterbleiben.“ an den extremen Erscheinungsformen dieser SPD-Politik, die von Teilen der SPD-Anhängerschaft sowieso schon hart kritisiert wurde. Die Abwendung der Opposition von der SPD beschränkte sich vor allem auf organisatorische Fragen, auf einen radikaleren Stil, ein größeres Maß an Entgegenkommen bzw. Hinterherlaufen hinter den Forderungen der Massen. Mit dieser sich entwickelnden organisatorischen Abgrenzung, Gründung der SAG, dann der USPD, hielt die Entwicklung der politischen Positionen vor allem in der Kriegsfrage nicht annähernd Schritt, die gewisse Nähe zur Sozialdemokratie blieb unberührbar.

Was für einen Teil der USPDler sich ein Fortschritt war, die Abwendung von der SPD, war gleichzeitig für einen anderen Teil der genelle Versuch, diese Abwendung in Grenzen zu halten, die Rückkehr eines erheblichen Teils der USPD-Mitgliedschaft in die Reihen der Sozialdemokratie war somit bereits in der Gründung angelegt und auch bezweckt.

## Das Friedensmanifest

Auf der Gründungskonferenz der USPD am 6. April 1917 in Gotha verabschiedeten die Delegierten ein von Karl Kautsky verfaßtes Friedensmanifest, dem — als erster gemeinsamer politischer Stellungnahme der neuen Organisation — durchaus programmatischer Charakter zukommt. Dieses Dokument muß sich u.E. an drei Dingen festhalten lassen:

— An der zu der Zeit von der SPD betriebenen Politik und Propaganda, denn die neue Partei war ja zumindest teilweise in Abgrenzung zur SPD entstanden;



neuen Partei in komplett unter Wahrung der eigenen organisatorischen Strukturen beigetreten war und schon einige Zeit vorher die Auseinandersetzung mit Strömungen des Unabhängigen eingeleitet hatte.

— Und nicht zuletzt am realen Verlauf des Krieges, d.h. der Politik der Herrschenden.

## Krieg dem Krieg?

## Krieg dem Krieg?

Das Friedensmanifest beginnt mit der wenig bescheidenen Feststellung, die Gründung der USPD fasse die Oppositionsgruppen der SPD zu einer einheitlichen Organisation zusammen, „um ihre Kräfte nicht zu verzerren, sondern sie zu wichtiger Beteiligung im Dienste des proletarischen Kampfes zusammenzufassen.“ Es folgt eine Kritik der SPD, die diesem Kampfe „schwer geschädigt habe“, als Forderungen werden aufgestellt: Amnestie, Sicherung des Koalitionsrechtes, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht, Wahlrecht für Frauen, usw.

Der alten SPD-Politik gegenüber „haben jetzt die Arbeiter Rußlands ein leuchtendes Beispiel der entgegengekehrten Politik gegeben“ (10). Wäre diese Aussage noch mit etwas Wohlwollen als Bekenntnis zur proletarischen Revolution interpretierbar, so wird dies an anderer Stelle der Resolution wieder entscheidend abgeschwächt: „Es gilt sich zu wappnen für die großen Kämpfe der Zukunft, es gilt Kraft zu gewinnen, um die Not der Gegenwart zu steuern. Der erhebliche grundlegende Umgestaltung des herrschenden Regierungssystems. Sache der Massen ist es, nicht nachzulassen, bis sie das erreicht haben. Der Volkswille muß oberstem Gesetz werden.“ War den russischen Proletariats noch bescheinigt worden, sie hätten „für Demokratie gekämpft, für die Eröffnung der Bahn zum Sozialismus, als auch für den Frieden“, so fehlt doch genau diese Stütze in der USPD-Manifest, der Aufruf zum Sturz der Herrschenden als konsequenter Schritt zur Beendigung des Krieges. E. Frage, selbst USPD-Mitglieder, kommt nicht unklar, zuzugeben, daß die realen Möglichkeiten hierfür so schlecht nicht waren: „Die deutsche Kriegspolitik war schon zusammengebrochen, kaum daß sie begonnen hatte. Der Beginn des endgültigen (1) Bankrotts datiert vom Frühjahr 1917. ... Auch die russische Revolution, die die deutsche Ostfront zu erleichtern versprochen, konnte der deutschen Kriegsführung keine Rettung mehr bringen. Es ist deshalb kein Zufall, daß das Jahr 1917 mit dem

Kampf um den Frieden ausgefüllt ist, ... Wir erleben, die Zeit der Auflösung der inneren Front (Sperrung i. Orig.), der der Zusammenbruch der äußeren Front im nächsten Jahr folgen muß“ (11).

Die unausgesprochene Folgerung, erst Frieden, dann Änderung der herrschenden Verhältnisse (s. Manifest: „die großen Kämpfe der Zukunft“ — „die Not der Gegenwart meistern“), richtete sich auch gegen die radikaleren Vorstellungen der Spartacusgruppe, die bereits seit 1915 unter der Parole „Krieg dem Krieg“ den Sturz der eigenen Bourgeoisie propagierte. In ihren

„die Not der Gegenwart meistern“, richtete sich auch gegen die radikaleren Vorstellungen der Spartacusgruppe, die bereits seit 1915 unter der Parole „Krieg dem Krieg“ den Sturz der eigenen Bourgeoisie propagierte. In ihren „Leitsätzen“ — ebenfalls eine Art programmatischer Festlegung — hatte die Spartacusgruppe bereits ein Jahr vor der USPD-Gründung (Spartacusbriefe vom 3.2.1916) ausgeführt: „Das einzige Mittel ihnen (den kapitalistischen Klassen, d.V.) erfolgreich Widerstand zu leisten und die einzige Sicherung des Weltfriedens ist die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Waagschale zu werfen... Das sozialistische Endziel wird von dem internationalen Proletariat nur verwirklicht, indem es gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie Front macht und die Lösung des Krieges unter Ausbeutung der vollen Kraft und des äußersten Opfermut zur Richtschnur seiner praktischen Politik erhebt“ (13).

Demgegenüber äußerte Hugo Haase von der unabhängigen Opposition noch Ende 1916, als der Aufschwung der Massenbewegung im Reich schon nicht mehr zu übersehen war: „Keiner von uns empfiehlt wilde Streiks, aber man soll Verständnis für die darin ausbrechenden Gefühle haben“ (14).

Somit propagierte die USPD eine eindeutige Schwerpunktsetzung auf die Parlamentsarbeit: „Unsere Aufgabe ist es jetzt vor allem, auch von der Reichstagstribüne aus zum Volk zu sprechen. Das ist jetzt der einzige Platz, wo man noch ein freies Wort sprechen kann“, meinte Ledebour auf dem Gothaer Gründungskongress.

Der Versuch, sich einerseits durch verbale Bekundungen auf die Seite der Massen zu stellen, ohne andererseits auf den eigenen Kurs der gemäßigten Kritik gegenüber der Regierung zu verzichten, wird hier offensichtlich.

Die Politik der USPD in dieser Frage — und das läßt sich an verschiedenen anderen Punkten ebenso deutlich aufzeigen — ließ also im Kern darauf hinaus, zwischen der Bürgerkriegspolitik der SPD und der Bürgerkriegspolitik der radikalen Linken den berühmten goldenen Mittelweg zu suchen und zu propagieren. Um diesen Weg auch glaubwürdig propagieren zu können, war es allerdings notwendig, den Schwerpunkt mehr auf die Seite der radikalen Kritik zu legen, was letztlich auch mit

den wurde in seiner Intention von ihnen auch unterstützt. Zum anderen war die Rolle der Sozialdemokratie von der Reichsleitung durchaus mit eingeplant. So konnte Reichskanzler Bethmann-Hollweg schon vor Kriegsausbruch beruhigt feststellen: „Auch von der Sozialdemokratie und dem Sozialdemokratischen Parteivorstand (sic) nichts zu befürchten, wie er aus Verhandlungen mit dem Reichstagsabgeordneten Südekum glaube schließen zu können. Von einem Generalstreik oder Partialstreik oder Sabotage werde keine Rede sein“ (4).

Die Parole des Verteidigungskrieges wie auch die Mobilisierung der antirassistischen Stimmung in der SPD entsprachen vor allem dem Kalkül, ohne die von ihr geführte Arbeitererschaft den Krieg nicht führen zu können. Wie der Haase ließ, mußten die SPD-Abgeordneten bereits erkennen, als sie in ihrer Zustimmungserklärung zu den Krediten einen Passus gegen die Ausweitung des „Verteidigungskrieges“ zu einem Eroberungskrieg vorzuziehen wollten, die SPD-Spitze sich aber nach Verhandlungen mit den anderen Parteien zum Verzicht auf diesen Absatz bewegen ließ.

Lediglich Karl Liebknecht wich von der „Verteidigungspropaganda“ ab: „Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarkts... Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Weltfriedens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei ... hervorgerufenen Präventivkrieg.“ (5). Auch dem allerletzten Politiker mußte klar sein, was gespielt wurde, als im September 1914 die Kriegszustimmung des Alldeutschen Clubs erteilt, in dem es u.a. hieß: „daß Mitteleuropa ... zusammen mit den Landesrassen, die das deutsche Reich und Österreich-Ungarn als Siegespreis gewinnen, ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden wird, liegt als geradezu gebieterische Forderung in der Luft.“ (6). Es folgten konkrete geographische Forderungen in alle vier Himmelsrichtungen. Es wurde also bereits im September 1914 öffentlich über großräumige Annexionspläne diskutiert. Von diesem Hintergrund muß die Zustimmung der SPD zu Krediten und Burgfrieden bewertet werden, aber auch die Stellungnahmen der USPD zum Charakter des Krieges, zum Burgfrieden und zur SPD.



dazu beitrug, der USPD bis heute ihren radikalen Nimbus zu sichern. Zweifellos waren die Forderungen nach inneren Reformen erheblich ernsthafter gemeint als die teilweise wortreichen Phrasen der SPD (Wahlrecht), bei der sogar ernsthafte Überlegungen zur Beibehaltung der Monarchie auch nach dem Krieg angestellt wurden. Die Kämpfe für diese Reformen — im Manifest als „Kämpfe der Zukunft“ bezeichnet, — setzten die USPDler im Gegensatz zur Spartacusgruppe aber nicht in Beziehung zu einer Strategie zur Beendigung des Krieges. Der Spartacus-Auffassung, den Krieg durch Klassenkampf, durch den Sturz der Herrschenden zu beenden, setzten die Unabhängigen ihre Strategie des „Friedens ohne Annexionen“, eines Vereinbarungsfriedens unter den beteiligten kriegführenden Ländern entgegen, dem dann der Kampf um innenpolitische Veränderungen folgen müsse. Sowell richtete sich das USPD-Konzept auch gegen radikale, revolutionäre Ideen, mit denen es ja nicht nur während des Konstituierungprozesses der eigenen Partei durch die mitbeteiligten Spartacusanhänger, sondern auch durch die anwachsenden Massen kämpfe täglich konfrontiert wurden. „Worin mündet die Forderung der Arbeitgemeinschaft? (des USPD-Vorläufers, d. V.). Die Verständigung ist ihr das erlösende Wort, die 'Verständigung der Völker', die, abgetrennt vom Klassenkampf des Proletariats im eigenen Lande, nicht anderes bedeutet, als den Kuhhandel der Regierungen auf dem Boden des Imperialismus und auf Kosten der Völker“ (15).

### Friede ohne Annexionen?

„Wir wissen, daß die Friedensbedingungen, die von einer Seite der Kriegführenden der anderen aufzuerzwingen werden, keinen wirklichen Frieden bringen, sondern nur neue Rüstungen mit dem Ausblick auf neuen Krieg bedeuten. Ein wirklicher und dauernder Friede ist nur möglich auf der Grundlage freier Vereinbarung“ (16), so hieß es im Juni 1915 im zentralistischen „Geboet der Stunde“ von Haase, Bernstein und Kautsky.

Auf einer Oppositionskonferenz im Januar 1917 wurde ein ebenfalls von Kautsky verfaßtes Manifest verabschiedet, in dem es hieß, „... hat die Opposition in der deutschen Sozialdemokratie sich stets der Parole des Durchhaltens bis zum Siege widersetzt und stets von der Regierung verlangt, daß sie ihre Friedensbereitschaft bekannt... Was die Opposition fordert, war nicht die Bereitschaft zum Frieden um jeden Preis, als auch nicht die bloße Bereitschaft zu einem Frieden an sich, ohne jede nähere Angabe seiner Bedingungen. Was sie fordert, war die Bereitschaft zu einem Frieden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gibt, zu einem Frieden ohne Vergewaltigung“ (17). Und schließlich zum Gründungsmanifest: „Wir verlangen einen Frieden durch Verständigung der Völker, ohne der Sieger noch Besiegte gibt, zu einem Frieden ohne Vergewaltigung“ (17). Und schließlich zum Gründungsmanifest: „Wir verlangen einen Frieden durch Verständigung der Völker, ohne direkte oder versteckte Annexionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen mit internationaler Beschränkung der Rüstungen und obligatorischen Schiedsgerichten. Wir sehen in diesen Einrichtungen nicht Zaubermittel, den ewigen Frieden zu sichern, wohl aber die kräftigsten Stützpunkte für den proletarischen Kampf um Erhaltung des Friedens, unsere wichtigste Aufgabe nach dem Kriege. Nicht auf die Regierungen bauen wir, weder in Bezug auf Herbeiführung noch auf Erhaltung des Friedens. Auch hier vertrauen wir bloß auf die Kraft des Proletariats, das am stärksten ist in seiner internationalen Zusammenfassung“ (18). Ein „Friede ohne Annexionen“ bedeutete für die USPD z.B. auch, daß der Kolonialbezug unangetastet bleiben sollte. Sie forderte lediglich „die Selbstverwaltung der eingeborenen Bevölkerung“ und lehnten „Verschiebungen ... auf kolonialem Gebiet, ... die einen neuen Krieggrund bilden könnten“ ab.

Auffallend ist zunächst, daß sich die Stellungnahme der USPD über den stolzen Zeitraum von zwei Jahren kaum geändert hat, daß weder der konkrete Kriegsverlauf noch das Anwachsen des Widerstandes im Reich Eintrag in ihre Überlegungen fanden. Die Replik der Spartacusgruppe auf die Forderungen, deren illusionärer Charakter — daß die USPDer nicht vom Sturz der Regierung ausgingen, haben wir oben beschrieben — genauso unübersehbar ist wie ihre originär sozialdemokratische Stoffrichtung, bel entsprechend hart aus: Das Schlüßwort von der Verständigung der Völker sei „abgetrennt vom Klassenkampf des Proletariats im eigenen Lande nichts anderes ... als Kuhhandel der Regierungen auf dem Boden des Imperialismus und auf Kosten der Völker“ (19). Wie im Brennspiegel faßte Kautsky die trüben Strah-

len dieser hilflos schwankenden Theorie und Praxis, dieser Trümmerteile einer vergammelten Fackel zusammen: „England und das englische Proletariat seien sofort zum Frieden bereit, wenn von der deutschen Regierung gewährleistet würde: keine Annexionen, die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens, die Anerkennung internationaler Schiedsgerichte durch Deutschland, eine Verständigung mit England über die Rüstungen. Das sind die Erkenntnisse, die der Theoretiker der Arbeitgemeinschaft aus zwei Jahren des imperialistischen Weltkrieges schöpft, und dies der Leitstern ihrer politischen Praxis! Wenn die Mehrheit (der SPD, d. V.) die positive Hilfsorganisation der Arbeiterschaft für den Imperialismus darstellt,

der sozialistischen Arbeiterschaft, deren sozialdemokratische Führer es immer schwerer hatten, ihre Anhänger von der Richtigkeit und Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen, der zu einem erheblichen Teil für die Erhaltung deutscher Kriegsziele geführt zu werden schien. Wie sehr die Regierung ernsthafte Folgen für die Kriegsführung befürchtete, zeigt die Konferenz in der Reichskanzlei vom 31.3.1917, die zu dem Schluß kam, daß die Preis ganz in den Dienst einer politischen Beeinflussung der Bevölkerung gegen die revolutionären Ideen gestellt werden müsse“ (22).

Auch die Führung der SPD bemühte sich um eine schnelle Reaktion auf die russischen Ereignisse: „Am 19. April

**„Wir verlangen einen Frieden durch Verständigung der Völker, ohne direkte oder versteckte Annexionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen mit internationaler Beschränkung der Rüstungen und obligatorischen Schiedsgerichten. Wir sehen in diesen Einrichtungen nicht Zaubermittel, den ewigen Frieden zu sichern, wohl aber die kräftigsten Stützpunkte für den proletarischen Kampf um die Erhaltung des Friedens, unsere wichtigste Aufgabe nach dem Kriege.“**  
Friedensmanifest der USPD

so die Arbeitgemeinschaft die Organisation der Hilfslosigkeit gegen den Imperialismus, der frommen Wünsche und der biedersten Gefühle, die nur allzuoft in den unfreiwilligen Helferdienst für den Gegner umschlagen“ (19).

Die ganze Hilflosigkeit und Halbherzigkeit der Forderung des Friedens ohne Annexionen wird erst richtig deutlich, hält man sich vor Augen, daß die SPD-Mehrheit sich praktisch während der gesamten Kriegszeit mehrmals in Worten (!) ebenfalls gegen die Annexionspläne der deutschen Regierung aussprach, jedoch schon lange eine entgegen gesetzte Zielsetzung hatte: „Die verschiedenen Interpellationen und Proteste der SPD während des Krieges haben die Mehrheitssozialdemokraten in den Ruf grundsätzlicher Annexionen gebrückt. Das ist für ihre offiziellen Äußerungen nach außen hin richtig, aber intern hat eine erhebliche Zahl ihrer führenden Köpfe 'maßvolle Kriegsziele' zumindest stillschweigend hingenommen, manche haben sie auch bejaht, umso stärker, je weiter rechts sie standen. Im Jahre 1913 jedenfalls war nach Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten die Mehrheit des Parteivorstandes durchaus für Annexionen in Flandern und Polen zu haben“ (20).

Auch wenn es in der Praxis einen entscheidenden Unterschied gab — nämlich ab Dezember 1913 die Ablehnung der Kriegskredite durch die USPD und offensivere Opposition — so bleibt doch auf der propagandistischen Ebene und auch im ideologischen Fundament die Verwandtschaft bzw. die nur sehr vorsichtige und punktuelle Loslösung der USPD von den Mehrheitssozialdemokraten unübersehbar.

### Hindenburg-Frieden oder Scheidemann-Frieden?

Eine grundsätzliche Veränderung der Kriegslage wurde zum Jahresende 1916/7 deutlich. Immer klarer wurde, daß der Krieg nicht zu gewinnen war, die deutsche Kriegsführung aber dennoch entschlossen war, zumindest um Westen den Krieg bis zur Errichtung aller seit September 1914 formulierten Kriegsziele fortzusetzen. Dazu war sie ganz zum Abschluß eines Separatfriedens im Osten bereit. Um der zunehmenden Kriegsmüdigkeit entgegenzuwirken, machte sogar Reichskanzler Bethmann-Hollweg ein sog. „Friedensangebot“ an die gegnerischen Mittelmächte: „Lernen unsere Feinde es ab, sich auf Friedensverhandlungen einzulassen — und hermit müssen wir rechnen — so fällt auf sie das Odium für die Fortsetzung des Krieges. Die Ablehnung unseres Friedensangebotes, die Erkenntnis, daß die Fortsetzung des Kampfes lediglich durch die Schuld unserer Gegner unvermeidlich ist, wurde als ein neuer Ansporn zu äußerster Kraftanstrengung und Entsagung für die siegreiche Beendigung des Krieges wirksam sein“ (21).

Andererseits zeigte auch die russische Februarrevolution ihre Auswirkungen in Deutschland. „Am 27. März 1917 hatten die russischen Revolutionäre ... die Parole vom baldigen Frieden 'ohne Annexionen und Kontributionen' den kriegsmüden Völkern in beiden Lagern verkündet. In Deutschland fand diese Formel Wiederhall unter

veröffentlichte die SPD einen gemeinsamen Beschluß des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, der die russische Parole vom Frieden 'ohne Annexionen und Kontributionen' zum offiziellen Programm der SPD erhob. Hierbei spielten ... auch innenpolitische und parteipolitische Gründe eine nicht zu verkennende Rolle: nur knapp zwei Wochen zuvor ... hatte sich die USPD gebildet und warb unter der Arbeiterschaft mit dem entscheidenden Versprechen nach einem baldigen Frieden“ (21). Die Forderung „Friede ohne Annexionen“ wurde nun also schon von drei Seiten erhoben.

— den russischen Revolutionären, nachdem es ihnen gelungen war, gravierende innenpolitische Veränderungen durchzusetzen, den verhassten Zaren zu entmachten und die somit die Frage der weiteren Kriegsbeteiligung bzw. des Friedens von einem anderen, klassenmäßigen Standpunkt stellen und beantworten konnten, — in Deutschland von der Mehrheitssozialdemokratie, die diese Forderung allerdings erst nach der russischen Februarrevolution erhob, zudem obene dabei von ihrer malencischen Unterstützung der deutschen Kriegsführung abzugehen (Burgfriede) — von der USPD, die diese Forderung vom Klassenkampf im eigenen Lande weitgehend trennte. Im Unterschied zur radikalen Linken hielt sie einen

druck des Inneren der USPD vorherrschenden Idealismus und der Illusionen über die Reformierbarkeit des Systems gewesen, so hatte sich dies bis Anfang 1917 insoweit verändert, als zu diesem Idealismus noch objektive Faktoren hinzugekommen waren: „ist es vernünftig, daß ... Kautsky ... in der deutschen sozialdemokratischen Praxis mit fünf besonders dummen pazifistischen Artikeln hervorgetreten ist, in denen natürlich ebenfalls das durch die Ereignisse auf die Tagesordnung gestellte Geschwätz von einem konstanten demokratischen Frieden 'paraphrasiert' wird?“ (23), fragte Louis Anfang 1917 im russischen „Sozialdemokrat“ (24).

„Und dieses Geschwätz unterscheidet sich jetzt tatsächlich von dem früheren, und zwar dadurch, daß es eine gewisse objektive Grundlage hat. Diese Grundlage ist geschaffen durch die Wendung in der Weltpolitik vom imperialistischen Krieg, der den Völkern das größte Elend und den größten Verrat am Sozialismus durch die Herren Plechanow, Albert, Thomas, Legien, Scheidemann u.a. beschert hat, zum imperialistischen Frieden, der die Völker mit dem größten Betrug durch schöne Phrasen, halbe Reformen, halbe Zugeständnisse usw. belohnen soll“ (25). In Deutschland spielte auch diese allgemeine Friedensdebatte unter den Parolen des „Verständigungsfriedens“, auch „Scheidemann-Frieden“, „Siegfriedens“, ab. Gemeinsam war beiden die Einschätzung, daß sowohl von den materiellen Ressourcen als auch der Kriegsmüdigkeit der Massen her der Krieg nicht mehr lange würde fortgesetzt werden können, es jetzt also nur noch um die Modalitäten des anstehenden Friedens ging.

In die Politik und Programmatik der USPD fand diese „Wendung in der Weltpolitik“ (Lenin) jedenfalls keinen Eingang, der geringste Vorwurf an sie wäre, daß die Planungen der Bourgeoisie in ihren Überlegungen keine Rolle spielten. Lenin ging einen Schritt weiter in seiner Kritik: „Das ist ja das Tragikomische an den Reden und Artikeln Turatils und Kautskys, daß diese Leute sich der tatsächlichen, objektiven politischen Rolle, die sie spielen, nicht bewußt sind, der Rolle von Pfaffen, die den Völkern Trost zusprechen, anstatt sie zur Revolution aufzurufen, der Rolle bürgerlicher Advokaten, die die widerwärtige Nachtheit des Völker verwechselnden und Länder zerstörenden imperialistischen Friedens mit pomposen Phrasen über allenthalben gute Dinge im allgemeinen und über den demokratischen Frieden im besonderen vertuschen, verdecken, beschönigen und herausputzen. Darin besteht ja die prinzipielle Einheit der Sozialchauvinisten (der Plechanow und Scheidemann) und der Sozialpazifisten (der Turatils und Kautsky), daß sowohl diese als auch jene objektiv Bedienstete des Imperialismus sind: die einen 'die-

**„Der Weltfriede kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne, wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische Abmachungen über 'Abrüstung', 'Freiheit der Meere', 'Abschaffung des Seebeuterechts', 'europäische Staatenbünde', 'Mitteleuropäische Zollvereine', 'Nationale Pufferstaaten' und dergl. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen oder einzudämmen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben. Das einzige Mittel, ihnen erfolgreich Widerstand zu leisten, und die einzige Sicherung des Weltfriedens ist die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Waagschale zu werfen.“**  
(Leitsätze der Spartacusgruppe)

**„Der Weltfriede kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne, wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische Abmachungen über 'Abrüstung', 'Freiheit der Meere', 'Abschaffung des Seebeuterechts', 'europäische Staatenbünde', 'Mitteleuropäische Zollvereine', 'Nationale Pufferstaaten' und dergl. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen oder einzudämmen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben. Das einzige Mittel, ihnen erfolgreich Widerstand zu leisten, und die einzige Sicherung des Weltfriedens ist die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Waagschale zu werfen.“**  
(Leitsätze der Spartacusgruppe)

Kampf für Reformen erst nach einem Friedensschluß für möglich und glaubte, ein demokratischer Friede ohne Annexionen sei auch unter den herrschenden Machtverhältnissen möglich, wobei es Teilen der USPD-Spitze vor allem darauf ankam, diesen Glauben gegen die revolutionären Alternativen zu konservieren! Der Unterschied zur SPD bestand bei der USPD darin, daß sie die Forderung des annexionlosen Friedens nicht nur taktisch benutzte, sondern auch tatsächliche praktische Aktionen gegen den Krieg unternahm.

### Vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden?

War die Lösung des Friedens ohne Annexionen zunächst vorwiegend Aus-

nen ihm, indem sie den imperialistischen Krieg dadurch beschönigten, daß sie den Begriff der 'Vaterlandsverteidigung' auf ihn anwandten, die anderen den demselben Imperialismus, indem sie mit Phrasen von einem demokratischen Frieden den heranreifenden und in Vorbereitung befindlichen imperialistischen Frieden beschönigten... Wenn solche 'Führer' des Sozialismus wie ... Kautsky ... durch das Verschweigen von Tatsachen (darin ist Kautsky Meister) — den Massen einreden, der jetzige imperialistische Krieg könne zu einem demokratischen Frieden führen, daß der Weiterbestand der bürgerlichen Regierungen, ohne revolutionären Aufstand gegen das ganze Netz der internationalen imperialistischen Wechselbeziehungen, dann sind wir verpflichtet zu erklären, daß eine solche Propaganda Volkstörung ist, daß sie mit Sozialismus nichts gemein hat, daß sie nur auf eine Beschönigung des imperialistischen Friedens hinauszielt“ (26).

### Gegen „Verteidigungs nihilismus“

Wieweit die ideologischen Fundamente des Sozialdemokratismus auch nach der organisatorischen Trennung innerhalb der USPD dominierend blieben, erhellt fast noch deutlicher die Haltung zur Frage der „Vaterlandsverteidigung“. Obwohl sowohl Reichsregierung als auch die SPD ihre Zustimmung zum Krieg mit dem „Argument“, den Verteidigungskrieg verkauft hätten, und obwohl die Gründer der USPD genau wußten, daß es weder ein Verteidigungskrieg war, noch die damalige SPD-Führung nur getauscht würden wäre, die Kredite gewissermaßen „in gutem Glauben“ bewilligt hätte, bestanden sie nach wie vor auf der prinzipiellen Rechtmäßigkeit der imperialistischen „Vaterlandsverteidigung“. In aller Deutlichkeit wandte sich Ledebour auf dem Gründungsparteitag gegen den „Verteidigungs nihilismus“ der Spartacusgruppe und betonte ausdrücklich das Recht auf Verteidigung des Vaterlandes: „Die internationalen Kongresse hätten die Richtschnur für unser Verhalten im Krieg festgelegt. Man sollte nicht von Landesverteidigung oder Vaterlandsverteidigung reden, sondern von Selbstbestimmung der Völker. Der sogenannte Verteidigungs nihilismus sei gar nicht sozialdemokratisch.“ Zur Begründung dieser Position bemühte er gar die russische Revolution: „Unter Umständen also, wenn eine Regierung da ist, die in unserem Sinne die Geschäfte führt, sei eine Selbstverteidigung auch mit den Waffen in der Hand notwendig“ (27). Da die Spartacusgruppe letzterem nun mit Sicherheit nicht widersprochen hat, erhält Ledebours Stellungnahme nur dann einen Sinn, wenn sein „Selbstbestimmungsrecht“ auch für den Fall eines imperialistischen Krieges gilt, zumal ja die Abneigung der USPDler gegen die Forderung „Krieg dem Krieg“ hinreichend nachgewiesen wurde.

Die Tür zur SPD sollte und konnte nicht zugeschlagen werden, denn letzterer hätte ja zumindest eine sehr kritische Auseinandersetzung auch mit der eigenen politischen Vergangenheit erfordert. „Sie (die USPDler, d. V.) wandten sich dagegen, daß zur Frage der Landesverteidigung, d.h. zum Angelpunkt des Internationalismus und der ganzen Politik während des Krieges eindeutig Stellung genommen werde, schon weil sie meinten, die große Masse stiehe nur wegen der jetzt vollzogenen Sicherung der Landesgrenzen zur 'Opposition'“ (28).

Die Tatsache, daß es sich bei der Gründung der USPD zu einem Gutteil um eine „Spaltung wider Willen“ (s. AK 222) gehandelt hatte, hinterließ dementsprechend auch ihre Spuren in der Programmatik und Praxis der USPD. „Die Arbeitgemeinschaft bewegte sich in ihren Anträgen und Reden fast durchweg in den Bahnen eines gemäßigten Reformismus. Statt beim Militarismus die großen Forderungen der 'Demokratisierung der Wehrverfassung' zu erheben, stieß, wie es dringendste Pflicht war, weit über das hinauszuweisen, was die Sozialdemokratie in den ... Jahren ... freies gemäßigten Reformismus. Statt beim Militarismus die großen Forderungen der 'Demokratisierung der Wehrverfassung' zu erheben, stieß, wie es dringendste Pflicht war, weit über das hinauszuweisen, was die Sozialdemokratie in den idyllischen Friedenszeiten zu fordern pflegte, blieb sie dahinter zurück ... Nur sehr unsicher tastete sich die Arbeitgemeinschaft zum Anfang eines gewissen Widerstandes gegen den parlamentarischen (!) Burgfrieden durch, Angriffe gegen die alte Fraktion verminderte sie ... noch immer vorsichtig, obgleich die alte Fraktion mit Wohlstand jede Gelegenheit ergriff, um sich vor aller Öffentlichkeit an der Arbeitgemeinschaft zu reiben...“ (29). Eben „fromme Wünsche und biedere Gefühle“ (Spartacus). L./K.B. Göttingen

### Anmerkungen

- 1 F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 87.
- 2 F. Fischer, Krieg der Illusionen, S. 751.
- 3 ebd., S. 865.
- 4 Fischer, Griff ..., S. 87.
- 5 Spartacubriefe, Nr. 1, Dezember 1914.
- 6 Fischer, Griff ..., S. 95.
- 7 Eugen Prager, Das Geboet der Stunde, S. 68.
- 8 ebd.
- 9 Prager, S. 70.
- 10 Et nach Dokumenten zum deutschen Geschichte 1914-17, S. 113 f.
- 11 ebd.
- 12 Prager, S. 143.
- 13 Spartacubriefe, Nr. 14, Februar 1916.
- 14 Spartacubriefe, November 1916.
- 15 ebd.
- 16 Prager, S. 70.
- 17 Prager, S. 123.
- 18 Prager, S. 144.
- 19 Spartacubriefe, November 1916.
- 20 Fischer, Griff ..., S. 149.
- 21 St. a. Dokumenten 1914-1917, S. 107.
- 22 Fischer, Griff ..., S. 269.
- 23 Fischer, Griff ..., S. 270.
- 24 Lenin: Eine Wendung in der Weltpolitik, Januar 1917, Ges. Werke 23, S. 274.
- 25 ebd., S. 274.
- 26 ebd., S. 278.
- 27 Prager, S. 140.
- 28 Spartacubriefe, Nr. 13, März 1916.
- 29 Spartacubriefe, Nr. 18, April 1916.











# »Aus Hitlers Schatten treten«

## Zur Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger



1976: Verleihung des Schülerpreises an Ernst Jünger durch Fühlinger

Nachdem es der CDU mit tatkräftiger Beihilfe des SPD-Dezernenten H. Hoffmann („Kultur für alle“) gelungen ist, das alte TAT zu vergrauen, die Mitbestimmung im Schauspielhaus zu kippen, die Alte Oper prunkvoll zu restaurieren, soll jetzt der bis 1941 „nationalrevolutionäre“, seitdem „nur noch“ rechtsradikale Schriftsteller Ernst Jünger mit dem Goethepreis der Stadt Frankfurt ausgezeichnet werden. Um Jünger, der als literarische Repräsentationsfigur der Adenauer-Ära mit Literaturpreisen, Bundesverdienstkreuz und BDI-Auszeichnung überschüttet wurde, war es in den 60er Jahren still geworden. Aber bereits 1975 erhielt er wieder eine angesehene Auszeichnung: den Schillerpreis. Kaltenbrunner, einer der Wortführer des „Neuen Konservatismus“, pries 1977 in der „FAZ“ Jüngers Schrift „Der Arbeiter“, den Entwurf einer konservativ-reaktionären Gesellschaft, der „nur wenige Schritte von der nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung entfernt“ (Lukacs) ist, als „erregendes furioses, ja ungeheures Buch“, das heute nicht „veraltet, sondern wahrer als vor zweihundert Jahren“ ist. Und K.H. Bohrer, ebenfalls Mitarbeiter der „FAZ“, versuchte in seinem Buch über die „Ästhetik des Schreckens“, 1978, Jüngers Darstellungen der Materialschlachten des 1. Weltkriegs als literarisch vorbildlich hinzustellen, indem er Jünger in die Tradition der Rimbaud, der Surrealisten bis hin zu Aragon einreichte.

Diese Versuche, Jünger wieder „salonfähig“ zu machen, haben jetzt mit der Verleihung des Goethepreises vorerst ihren Höhepunkt erreicht. Entscheidender als dies ist allerdings die Signalwirkung, die von dieser Preisverleihung ausgeht. In einer Zeit, in der die Kriegsgefahr wächst, in der Drogger von den Deutschen fordert „aus dem Schatten Hitlers (zu) treten“, stellt diese Auszeichnung Ernst Jüngers zweifellos eine große Ermahnung für alle konservativen Kreise dar. Konservative Gedanken lassen sich eben leichter in der Öffentlichkeit schmuckhaft und diskussionsfähig machen, wenn sie als „literarisch wertvoll“ angeboten werden. Übrigens, passend zur Verleihung des Goethepreises und der z.T. schon in den Medien geforderten „produktiven Auseinandersetzung“ mit einem „international bekannten Schriftsteller“ (so beispielsweise in „titel, thesen, temperamente“ (ARD) am 18.8.) erscheint im Klett-Verlag Ernst Jüngers „Der Arbeiter“ — als Band 1 einer neuen Reihe „Bibliothek der Moderne“. Das Timing ist wirklich ausgezeichnet!

Im folgenden drucken wir — auszugewiesen — die Erklärung der Frankfurter Grünen gegen die Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger ab. Eine Erklärung, die in konzentrierter Form Jüngers Ansichten bis 1933 darstellt und nachweist, daß der Herr Goethepreisträger sich von diesen Ansichten nie distanziert hat.

Kulturratungskommission

### Auszüge aus der Erklärung der Frankfurter Grünen gegen die Goethe-Preisverleihung an Ernst Jünger

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, auf unserer heutigen Pressekonferenz haben wir begründet, weshalb wir einen Antrag an das Stadtparlament gestellt haben, der beinhaltet, daß der Goethepreis 1982 nicht an Ernst Jünger verliehen werden soll. Wir legen Ihnen unsere ausführliche Stellungnahme bei. Einleitend einige Bemerkungen:

Uns ist es relativ gleichgültig, ob Ernst Jünger ein guter oder schlechter Schriftsteller ist. In einem Land wie der Bundesrepublik, daß einen zum Teil noch immer unbewältigten Faschismus hinter sich hat, können Literatur- und andere Preise nicht ohne Ansicht der politischen Moral einer Person verliehen werden. Es gibt keinen moralischen Freiraum, neben dem eine „abstrakte Leistung“ gewürdigt werden kann. Bei der ausführlichen Untersuchung seiner Bücher haben wir — und das ist die Grundlage unserer Ablehnung — zwei Punkte, zwei Linien festgestellt:

1. Er war unstrittig ein ideologischer Wegbereiter des Faschismus und ein Träger des Nationalsozialismus von Kopf bis Fuß. Ein Kriegsverherrlicher und erklärter Feind der Demokratie. Kein Nazi im Sinne von Parteimitgliedschaft, sondern einer, der die Nazis von einer elitären Position des „besseren Faschisten“ aus kritisierte, dem die Nazis „zu flach“, „stillos“ und nicht energisch und wirksam genug waren. Bis heute gibt es keine Aufarbeitung des Faschismus, keinen Bruch, eher einen Rückzug in scheinbar unpolitische Themen, in die Innerlichkeit bei gleichzeitiger ungebrochener Kontinuität zu seiner faschistischen Vergangenheit. Noch 1973 wirft er Hitler in einer französischen Zeitung vor, das „wunderbare Instrument“, diese Armeen verschwendet/mißbraucht zu haben.

2. Er war und ist ein durch und durch amoralischer Mensch, in dem Sinne, daß er Krieg, Schmerzen, Blut usw. nur unter dem Gesichtspunkt der Erlebnisintensität für sich selbst, nicht aber als grauenhafte Ereignisse, die Menschen wehtun, unter denen Menschen leiden, betrachten kann.

Völlig im Gegensatz zur Begründung des Kuratoriums Goethepreis in Frankfurt kann man Ernst Jünger sicher eines NICHT zuschreiben: menschliche Anteilnahme für andere Menschen als für sich selbst.

Unter diesen Gesichtspunkten und denen in der nachfolgenden Ausführung halten wir die geplante Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger für einen bundespolitischen Skandal, weil durch sie menschenfeindliches und antidemokratisches Gedankengut wieder „hoffähig“ gemacht wird.

Mit freundlichen Grüßen  
Jutta Dufurth  
Pressesprecherin DIE GRÜNEN

#### 1. Die Kriegsverherrlichung Jüngers

Jünger verherrlicht den Krieg in fast mystisch-religiöser Weise, er beschreibt ihn als den Sinn des Menschen schlechthin: „In göttlichen Funken spritzt Blut durch die Adern, wenn man zum Kampf über die Felder klirrt im klaren Bewußtsein eigener Kühnheit. Unterm Sturmgeschloß verwehen alle Werte der Welt wie herbstliche Blätter. Auf solchen Gipfeln der Persönlichkeit empfindet man Ehrfurcht vor sich selbst... Gewiß wird der Kampf durch seine Sache geheiligt; mehr noch wird eine Sache durch Kampf geheiligt... Mir ist Kampf immer noch etwas Heiliges, ein Gottesurteil über zwei Ideen.“

Dahinter steht ein konkreter politischer Konzept. Jünger will die große Revolution für den ersten Weltkrieg. Dafür fordert er die totale Mobilmachung. Er schreibt, daß der kommende Krieg, den er verlangt und gleichzeitig naturgemäß kommen sieht, weder eine „partielle“ noch eine „allgemeine“ sondern eine totale Mobilmachung voraussetzt, „die sich selbst auf das Kind in der Wiege“ erstrecken muß, wenn man ihn gewinnen will. Der erste Weltkrieg war ihm zu wenig kriegerisch:

„Deutschland aber mußte den Krieg verlieren, auch wenn es die Marneplacht und den Unterseebootskrieg gewonnen hätte, weil es bei aller Verantwortung, mit der es die partielle Mobilmachung vorbereitet hatte, große Gebiete seiner Kraft der totalen Mobilmachung entzog und weil es aus ebendiesen Gründen rein dem inneren Charakter seiner Rüstung nach, wohl einen partiellen, nicht aber den totalen Erfolg zu erringen, zu ertragen und vor allem auszuwerten imstande war.“

Doch er macht allen Nationalisten, allen Kriegsheimkehrern die sich nicht an den Frieden gewöhnen wollen oder sollen, allen, die sich in der Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit von 1918 Vertrag gedemütigt fühlen, Hoffnung: „Wildes Vergnügen bei der Entdeckung, daß unser Einseitig nur aus Rechenfehlern besteht, daß die wichtigsten Reser-

ven noch gar nicht mobilisiert, nicht im Treffen waren, daß die Stollen zur entscheidenden Schlacht noch nicht getrieben sind. Wir waren kaum bis an die Zähne gerüstet, geschweige denn bis ins Innerste Herz, ins innerste Mark.“

Und drohend fordert er: „Wir brauchen für die kommenden Zeiten ein eiserne, rücksichtsloses Geschlecht. Wir werden wieder die Feder durch das Schwert, die Tinte durch das Blut, das Wort durch die Tat, die Empfindsamkeit durch das Opfer ersetzen — wir müssen es, sonst treten uns andere in den Dreck.“

Wie könnte man besser einen Nährboden für Hitlers „Totalen Krieg“ schaffen?

Jünger faßt sein Weltbild lapidar zusammen: „Leben heißt töten.“

#### 2. Jüngers Menschen- und Lebensverachtung

Weite Teile seines Werkes sind von Menschen- und Lebensverachtung durchzogen, wie sein Verhältnis zum Krieg als „vom überschäumenden Blute der Jugend berauschte Fest“, als die Stunde der „großen Gefühle“ zeigt. Beispielsweise schreibt er auf einer einzigen Seite:

„Blutdurst“ — „Wollust des Blutes“ — „Sich auf den Gegner stürzen, ihn packen, wie es das Blut verlangt“ — „Lechten, sich im Kampfe völlig zu entfesseln“ — dies mündet schließlich in „Orgien der Wut“... „an grenzenlosem Schwunge nur dem Eros verwandt“.

Hier wird die Kriegsbegeisterung zur Nekrophilie, zur fast erotischen Todesbegeisterung.

Die Ästhetisierung des Krieges, des Völkermordes, ist ein Kennzeichen des Faschismus. Bei Jünger ist die belletristische Begeisterung für das Schlachten von Menschen pathologisch. Einmal schildert er eine Exekution, die mitzuerleben er gewünscht hatte und bezeichnet diesen Wunsch als einen „Akt höherer Neugier“ (FR 14.7.73), ein anderes Mal beschreibt er, wie er bei einem Fliegerangriff auf Paris auf dem Balkon steht, zuschaut und ein Glas Champagner in der Hand hält, in dem Erdbeeren schwimmen (FR 14.7.73).

#### 4. Rassismus

Den vorhandenen Antisemitismus findet Jünger zu inkonsistent:

#### 4. Rassismus

Den vorhandenen Antisemitismus findet Jünger zu inkonsistent:

„Hiermit hängt der Mangel an Folgerichtigkeit zusammen, die dem Antisemitismus der nationalen Bewegungen, die sich als revolutionäre bezeichnen, eigenständig ist. Auch wenn man von jenen Sekten absieht, die aus der Negation eine Weltanschauung machen, wird man durch den Mangel an Instinktsicherheit überrascht, aus dem heraus der Stoß gegen den Juden zwar oft unter großem Aufwand, aber immer viel zu flach angesetzt wird, um wirksam zu sein. Dies aber liegt daran, daß man gemäß den Methoden eines echt individualistischen Denkens den Einfluß des Juden auf das deutsche Leben zu ermitteln und zu zerstören sucht. Beliebte sind Vorstellungen volksheilkundlicher Art, in denen die Unschädlichkeit von Schwärmen stonisch angreifender Bakterien und Spilpilze eine große Rolle spielt.“

Er definiert „den Juden“ als das schlechthin „Andere“. Jünger will den Juden entlarven:

„Die Erkenntnis und Verwirklichung der eigentümlichen deutschen Gestalt scheidet die Gestalt des Juden ebenso scharf und deutlich von sich ab, wie das klare und unbewegte Wasser das Öl als eine besondere Schicht sichtbar macht. In dem Augenblick jedoch, in dem der Jude als eine eigentümliche und eigenen Gesetzen unterworfenen Macht unverkennbar

wird, hört er auf, ein Deutschen virulent und damit gefährlich zu sein. Die wirkungsvollste Waffe gegen ihn, den Meister aller Masken, ist: i h n s u e h e n... Im gleichen Maße jedoch, in dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbarer werden, und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet: in Deutschland entweder Jude zu sein oder nicht zu sein.“

Er will die „Judenfrage“ grundsätzlich lösen, ohne sich in den konkreten Maßnahmen festzulegen.

#### 5. Die Vernichtung Andersdenkender — Jüngers Haß auf die Demokratie

Jünger kühlt 1925 sein Verhältnis zur Demokratie mit einem Satz:

„Ich hasse die Demokratie wie die Pest.“

Natürlich mußte Ernst Jünger, um sich nach 1945 als Schriftsteller weiter „gesellschaftsfähig“ halten zu können, auf eindeutig faschistische Aussagen verzichten. Er verstand es, nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder sehr geschickt, jede klare Stellungnahme über seine Arbeit für den Faschismus zu vermeiden, indem er nach 1945 fast nur noch unpolitische Tagebuchnotizen, Meditationen über Sanduhren, Schleifen und Schmetterlinge und mythisch abstrakte Fiktionen veröffentlichte. Jünger brauchte für die Herausgabe seiner gesammelten Werke 10 Jahre (!), denn er hielt es für notwendig, weite Teile seiner Bücher subtil zu verändern, auch um nach der menschenverachtenden Realität des 3. Reiches weiter „hoffähig“ bleiben zu können.

Trotzdem wird sein ungebrochenes Verhältnis zu seinem faschistischen Werk immer wieder deutlich. So führt er 1963 mit einem Vorwort folgendermaßen in den Band „Der Arbeiter“ ein, das gleichzeitig eine Hymne und eine Gebrauchsanweisung für den „totalen Staat“ ist:

„Das Werk über den Arbeiter erschien im Herbst 1932, zu einer Zeit, in der bereits an der Unhaltbarkeit des Alten und der Herkunft neuer Kräfte kein Zweifel mehr bestand. Es stellte und stellt den Versuch dar, einen Punkt zu gewinnen, von dem aus die Ereignisse in ihrer Vielfalt und Gegenätzlichkeit nicht nur zu begreifen, sondern, obwohl gefährlich, auch zu begreifen sind.“

Wie stark er sich mit dem totalen Krieg des NS-Staates bis zuletzt und noch nach dem 2. Weltkrieg identifizierte, obwohl ihm die Nazis zu flach und unästhetisch waren, zeigt ein Lesebrief von ihm in der Deutschen Soldatenzeitung (!) vom 9.5. 1960:

„... als die Lemuren, die sich das Kommando angeeignet hatten, längst desertiert waren. Ich habe unter anderem dafür gesorgt, daß in meinem Bezirk keine weiße Fahne gehißt wurde.“

Gerade wenn er versucht sich gegenüber dem NS-Staat öffentlich abzugrenzen, zeigt er unfreiwillig seine Nähe zu ihm. Auf die Frage nach seinem Verhältnis zum 3. Reich in „Le Monde“ antwortet er:

„Aujourd'hui encore, je ne puis pardonner à Hitler... d'avoir gaspillé cet instrument magnifique qu'était notre armée.“ — „Heute noch kann ich Hitler nicht verzeihen, dieses wunderbare Instrument, das unsere Armeen ist, mißbraucht/verschwendet zu haben.“

Jünger ist also unversöhnlich enttäuscht über Hitler, weil die gute Sache, für die Jünger gelobt hat, nämlich den „totalen Krieg“, von Hitler so dilettantisch kaputt gemacht wurde. Seine Kritik am Nationalsozialismus ist nie eindeutig, ist nicht grundsätzlich, nie menschlich. So sagt er 1973, daß ihm „diese Leute (die Nazis) mißfallen hätten“. In den „Strahlungen“ erklärt er sie zur „flächsten Schule“ und er findet es „stillos“, wenn jemand die Ermordung von Geiseln gut findet. Auch die Judenvernichtung will er nicht und zwar auch deshalb:

„Es heißt, daß seit der Sterilisation und Tötung von ihren die Zahl der geistigsten geborenen Kinder sich vervielfacht hat, ganz ähnlich, mit der Unterdrückung der Bettler die Armut allgemein geworden und führt die Dezimierung der Juden zur Verbreitung jüdischer Eigenschaften in der Welt, in der ältesten menschlichen Züge sich ausbreiten. Durch Ausrottung löst man die Urbilder nicht aus; man macht sie eher frei.“

Seine Kritik am Nazi-System ist technisch, nicht menschlich. Er kritisiert die Nazis wie Leute, die seine „reine Lehre“ beschmutzt haben, wie politische Freunde, die ihm nicht streng genug gefolgt sind. So schreibt er noch 1963 in seinem Vorwort zum Arbeiter, daß man „viele unnötige“ hätte vermeiden können, wenn die Nazis seinen genauen Vorstellungen vom totalen Militärstaat tatsächlich gefolgt wären. Diese Enttäuschung über seine Freunde, die Nazis, kommt aus der Nähe, die er zu ihnen hatte. Immerhin hatte sich Jünger vor 1933 für einen Zusammenschluß aller Kräfte „die Endfront“, die er für seine reaktionäre Revolution braucht, gekämpft. Wie es für Jünger typisch ist, schließt er selbstverständlich die Nazis in das Bündnis ein, ohne irgendwelche politischen Gruppenkontrolle zu betonen:

„Es wird sich zusammenzusetzen aus den Angehörigen der nationalen Frontsoldatenverbände. Dazu müssen stoßen die heute noch abseits stehenden Kräfte der radikalen, der völkischen und der nationalsozialistischen Gruppen, ferner der blutdürstige Kern der Frontsoldaten und der Arbeiterschaft...“



Ernst Jünger (links) und seine Gratulanten bei der Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern



## Antwort zu P.'s Leserbrief »Über die Klassenfrage in der Bildenden Kunst«

Es ist wichtig, daß im Zusammen-  
hang mit Kultur endlich auch auf die  
bildende Kunst hingewiesen wird. Zu  
Malern, die die Antagonismen und  
Klassengegensätze in unserer Gesell-  
schaft direkt darstellen, fällt mir zu-  
allererst HANEFI YETER, ein in  
Berlin lebender türkischer Maler, ein.  
Es ist wohl auch beachtenswert, daß es  
ein am Rande dieser Gesellschaft  
Stehender ist, ein Ausländer, ein  
zwischen zwei Kulturen Lebender,  
der Bilder von großer Sensibilität zu  
malen imstande ist. Bilder zur Zer-  
rissenheit der in der BRD lebenden  
Ausländer/innen, zu ihrem „zu Hause  
— in der Fremde“ — Sein, zu den po-  
litischen Repressionen, Bilder zu di-  
rekten politischen Ereignissen in der Türkei  
wie zu dem Blutbad, das Polizei und  
Faschisten am 1. Mai 1977 anrichteten,  
als sie in die Mai-Demonstration schossen;  
Bilder zu den Hun-  
gernden und den Satzen dieser Welt  
und ebenso Bilder unserer Hoffnungen.

Haneft Yeters Bilder sind inzwi-  
schen durch Postkarten, Poster und  
Ausstellungen einem breiteren  
Publikum zugänglich gemacht wor-  
den. Sehr empfehlenswert ist auch  
das Buch:

Haneft Yeter. Ein türkischer Maler  
in Berlin. Berlin, Elefant Press

1980. Darin sind viele Bilder nachge-  
druckt, zusammen mit passenden  
Gedichten von Nazim Hikmet.

Als zweites Beispiel fällt mir noch  
der Jugoslawe DRAGO TRUMBETAS  
ein, der Bilder direkt zur Gastarbeiter-  
problematik malt. In seinen Bildern  
kommt die demütigende Situation  
der Gastarbeiter besonders zum Aus-  
druck. Menschen, die von Arbeits-  
markt und Profitinteressen um ein  
würdevolles Leben gebracht werden,  
die zusammengepfercht in Baracken  
wohnen, in den Gängen des Arbeits-  
amtes sitzen, sich nach der Heimat  
sehnen.

Widersprechen möchte ich dem Le-  
serbrief von P. in dem Punkt, wo er  
schreibt: KUNST MUSS POLITISCH  
SEIN! Kunst ist politisch, egal wie  
direkt sie sich für die Unterdrückten  
oder für die Herrschenden einsetzt.  
Auch Bilder wie "Die traurigen Lie-  
benden" von H. Yeter haben eine  
politische Aussagekraft. Nichtsdesto-  
trotz ist es auch mir lieb, wenn ein/e  
Künstler/in sich explizit zu der  
Gesellschaft äußert, in der sie/er lebt.

H., Tübingen

Buchtip: Haneft Yeter. Ein türkischer  
Maler in Berlin. Berlin, Elefant  
Press 1980.



Haneft Yeter, Die traurigen Liebenden

## 3. bundesweites Gegen-BILD- Treffen

Rund ein Dutzend Gegen-BILD-  
Initiativen bestehen zur Zeit in der Bun-  
desrepublik; die einen arbeiten schon  
seit einigen Jahren, andere haben sich  
gerade erst gebildet.

Anfang Juni fanden sich die Initia-  
tiven zum 3. bundesweiten Gegen-BILD-  
Treffen zusammen. Erfahrungen und  
Ideen wurden ausgetauscht, Probleme  
der praktischen Arbeit diskutiert.

Während es auf den ersten beiden  
Treffen kaum gelang, einen Zusam-  
menhalt zwischen den im ganzen Bun-  
desgebiet verstreuten Gruppen zu  
schaffen, wurden dieses Mal gemeinsa-  
me Projekte in Angriff genommen.

Alle zwei Monate soll künftig ein  
Rundbrief erscheinen. Die „KILLT“,  
die bisher von Günter Waltraff und ei-  
nigen Mitarbeitern herausgegeben wur-  
de, soll in Zukunft von einer Redaktion  
erstellt werden, die sich aus Mitgliedern  
der verschiedenen Initiativen zusam-  
mensetzt. Die nächste Ausgabe ist be-  
reits in Arbeit und erscheint im Okto-  
ber.

Im Herbst soll an mehreren Orten  
eine Aktionswoche durchgeführt wer-  
den. Es bestehen auch Überlegungen,  
während dieser Woche zu einer De-  
monstration gegen die Fusion von Bur-  
da und Springer aufzurufen, da in den  
nächsten Wochen mit der Entschel-  
dung des Bundesministers über diesen  
Zusammenschluß zu rechnen ist. Das  
nächste bundesweite Treffen wird am  
6./7. November in Bielefeld stattfin-  
den.

Kontakt:  
Gegen-BILD-Stelle  
Postfach 14 31 62  
4300 Elmen

S., Hamburg

## Buchvorstellung: Israels heiliger Terror

Im Libanon tobt der Völkermord der  
Zionisten an der palästinensischen  
Bevölkerung. Doch die Massenmedi-  
en der „zivilisierten“ Welt überschla-  
gen sich wie üblich in der Propaga-  
dabereitschaft für Israel. Schön sei  
es zwar nicht gerade, was Israel da  
macht, aber immerhin Selbstverteidi-  
gung gegen die palästinensischen Ter-  
roristen und somit mindestens ent-  
schuldbar. Wie Israels Kriege ja über-  
haupt immer Selbstverteidigungs-  
aktionen waren, sei es nun der Ein-  
marsch im Südlibanon 1979, der  
Jom-Kippur-Krieg 73, der Sech-  
stagekrieg 67, der Einmarsch im Sinai  
56 oder die zahllosen Kommando-  
und Terroraktionen zwischen durch.  
Alles Selbstverteidigung, schließlich  
wollen die Araber die Israelis ja ins  
Mittelmeer treiben, oder?

Der deutsche Leser, Hörer,  
Glötzer glaubt und ist hilflos,  
seinen Holocaust-Komplex durch  
Israels „gerechte Kriege“ entschul-  
digt zu sehen.

Mit dem Mythos der israelischen  
„Selbstverteidigung“ hat jetzt ein  
Buch endgültig aufgeräumt, das vor-  
kurzum vom Frankfurter Projekt  
„Sonnenstaat“ veröffentlicht wurde.  
Es wurde verfaßt von Livia Rokach  
und herausgebracht von der „Associa-  
tion of Arabo-American University  
Graduates“ (AAUG).

Das Buch stützt sich auf die Tage-  
buchaufzeichnungen von Moshe Sha-  
ratt, die vor einigen Jahren in  
Israel reichlich Wirbel gemacht haben.  
Dieser Sharatt weiß nämlich wovon  
er schreibt, er war Israels Premier-  
minister in den Jahren 1954/55.

Sharatt gehörte zu den „gemäßig-  
ten Zionisten“, die die Entwicklung  
Israels durch diplomatische Aktionen  
erreichen wollten. In den Jahren  
nach Israels Gründung gab es einen  
erbitterten innenpolitischen Machtkampf  
zwischen „gemäßigten“ Kräf-  
ten um Sharatt und den „Falken“  
um Israelis ersten Ministerpräsidenten  
Ben Gurion, Begin, Dayan, Peres und  
Sharon, die eine Etablierung Israels  
durch Terror und Krieg propagierten.

Das Ziel beider Gruppen war das  
Gleiche und ist es bis heute geblieben,  
die Schaffung von „Erez Israel“  
(Groß-Israel) unter Einbeschluß des  
Gaza, West-Jordanien, Süd-Libanon  
und der Golan-Höhen. Israel sollte  
die Macht im Nahen Osten werden.  
Die beiden Gruppen unterschieden  
sich nur in der Wahl ihrer Mittel.

Die Ernennung Sharatts zum  
Premierminister war dann auch ein  
taktischer Wink. Nachdem Israel  
auch nach dem Waffenstillstand 1949  
fortgefahren war, Terroranschläge  
auf Palästinenser und Stützpunkte  
seiner arabischen Nachbarn zu verü-  
ben, mußte Ben Gurion 1954 aus

Sorge um die zunehmend unzufrie-  
denen USA erst einmal eine kleine  
Pause einlegen und zurücktreten. Er  
sag sich auf seinen Kibbuz zurück,  
behielt jedoch nach wie vor alle Fä-  
den in der Hand. An seiner Stelle  
wurde Sharatt nominiert, der als Be-  
führer einer Verhandlungslösung  
galt. Als sich die Lage zwei Jahre  
später wieder änderte und die USA  
„grünes Licht“ für einen israelischen  
Einmarsch in Ägypten gaben, wurde  
Sharatt wieder kaltgestellt und Ben  
Gurion kehrte zurück.

Sharatt, der offiziell die israelische  
Terrorpolitik legitimierte und intern  
versuchte, zumindest die schlimm-  
sten Auswüchse zu verhindern, hat in  
seinen Tagebüchern das Ausmaß des  
Terrors bis in alle Einzelheiten dokum-  
mentiert. Allein in den zwei Jahren  
seiner Amtszeit berichtet er über  
zahlreiche Terroranschläge gegen die  
palästinensische Bevölkerung, Über-  
fälle auf ägyptische und syrische  
Grenzposten, eine von Moshe Dayan  
befehlzte Flugzeugentführung, Er-  
mordung von eigenen Landsleuten  
zum Zweck der Vergeltung, die Pla-  
nung der Eroberung Süd-Syriens und  
des Süd-Libanons und die bereits  
1953 vorbereitete Eroberung des  
Sinai im Jahre 1956.

Im Zusammenhang mit dem mo-  
mentanen Geschehen im Libanon  
wird von Sharatt belegt, daß diese  
Aktionen seit 28 Jahren geplant sind,  
15 Jahre bevor es die PLO überhaupt  
gab und zu einer Zeit, in der Israel  
mit Libanon als einzigem Nachbar-  
staat in „Frieden“ lebte.

Damals sprach Ben Gurion bereits  
schon von der Notwendigkeit, im Li-  
banon einen Christenstaat zu schaf-  
fen und das Land damit zu zerpflü-  
cken.

An diesem Beispiel wird deutlich,  
wie die israelische Führung über Jahr-  
zehnte hinweg, ohne Rücksicht auf  
irgendwelche politische Großwetterlage,  
versucht, den Traum von „Groß-  
Israel“ zu verwirklichen. Doch nicht  
nur um den „Lebensraum“ geht es  
der „israelischen Führung“. Erklärter-  
maßen soll Israel die einzige Groß-  
macht im östlichen Mittelmeer und  
im Nahen Osten werden. Begin  
Kriegsminister Sharon definiert das  
so:

„Daß die strategischen Interessen  
sich in den nächsten Jahren über die  
arabischen Staaten hinaus bis zu den  
Küsten des Mittelmeeres unter Ein-  
schluß von Ländern wie der Türkei,  
Iran, Pakistan, Gebieten des persi-  
schen Golfs und Afrika ausdehnen  
werden, insbesondere auf Nord- und  
Zentralafrika.“

Die Methode, um dies zu erreichen,  
war immer die gleiche: Destabilisie-  
rung des Nahen Ostens und des  
Mittelmeerraumes. Als die USA im  
Zuge ihrer „Kalten-Kriegs-Strategie“  
Mitte der fünfziger Jahre versuchten,  
Ägypten in ihren Einflußbereich zu

ziehen, bombten israelische Geheim-  
dienst-Spezialisten, als Modembru-  
derchaft getarnt, amerikanische Ein-  
richtungen in Ägypten in die Luft,  
um die USA zu militärischen Aktio-  
nen zu verleiten. In den sechziger Jah-  
ren beteiligte sich Israel an Putsch-  
versuchen in Italien und Griechen-  
land und heute bilden israelische In-  
strukturen im Haddads „Befreitem  
Süd-Libanon“-europäische Faschisten  
jeder Couleur aus, auf deren Konto  
auch das Attentat von Bologna gebau  
soil. Und alles mit dem Ziel, danach  
als einziger und treuester Verbünde-  
ter des Westens dazustehen.

Genauer definiert das die Parteizei-  
tung von Simon Peres „Labor“-  
Opposition:

„Wir sollten zur Politik der fünfziger  
Jahre zurückkehren ... um die Gefahr  
abzuwenden, daß die israelische Stel-  
lung durch andererseits Interessen  
der USA in dieser Region revidiert  
wird, müssen wir damit drohen, die  
Oliveten am Golf zu sprengen —  
ebenso um dem Westen, insbesondere  
den USA, zu verdeutlichen, wer  
die wirkliche Hüter seiner Interessen  
in dieser Region ist, und daß es eine  
Grenzlinie gibt, die der Westen in Be-  
zug auf Israel nicht überschreiten  
darf.“

Um diese Politik durchzusetzen ist  
es eine Notwendigkeit immer neue  
Provokationen zu schaffen um die  
Legitimation für militärisches Han-  
deln zu haben, dazu magis Ben  
Gurion laut Sharatt:

„Es (Israel) muß seine Schritte eng-  
stirnig planen und mit dem Schwert  
leben. Es muß das Schwert als das  
Hauptinstrument annehmen, mit  
dem es seine Moral hochhalten und  
seine moralische Spannung erhalten  
kann. Gegenüber diesem Ziel darf er  
— nein muß er — Gefahren erfinden,  
und um das zu tun, muß er die Me-  
thode von Provokation und Rache  
anwenden. ... und als Krönung:  
Hoffentlich gibt es einen neuen Krieg  
mit den arabischen Ländern, so daß  
wir vielleicht endlich unsere Sorgen  
loswerden und unseren Lebensraum  
erwerben.“ (26.5.55).

Wenn man bedenkt, daß diese  
Terroristen mittlerweile über ein  
Arsenal von 200 Atombomben ver-  
fügen ...

Ein AK-Leser aus Moers

Livia Rokach  
Israels heiliger Terror  
Mit einer Einführung von  
Noam Chomsky  
Minotaurus  
Projekt

DM 14

Ein Sonderzusatz der „Spitzen  
Feder“ beschäftigt sich mit der  
Kampagne gegen die  
„BILD“-Zeitung. Die Broschüre  
wurde von der Deutschen Jugend-  
presse in Zusammenarbeit mit der  
Gegen-BILD-Stelle herausgegeben  
und enthält zahlreiche Informa-  
tionen zum Stand der Arbeit gegen  
den Springer-Konzern.  
Zu bestellen über (bei Einzelbestel-  
lungen 3 Mark beilegen):  
Deutsche Jugendpresse e.V.  
KPostfach 200 621  
8000 München 2

Ob dieser Testausgabe weitere fol-  
gen werden, war aus dem Hause Spri-  
nger nicht zu erfahren.

S., Hamburg

## Beschäftigungs- therapie

Taglich in der U-Bahn „BILD“,  
„BILD am Sonntag“ zum Frühstück  
am Wochenende... Man sollte wirklich  
meinen, das reicht! Doch Springer  
sucht nach weiteren Umsatzmöglich-  
keiten und wirft ein neues Blatt auf den  
Markt: „BILD der frau“. Nichts be-  
sonderes im Grunde genommen: Wie  
Romy sich selbst zerrörte. Das neue  
Eheglück des Rainer Barzel, das ver-  
lorenge der Hilde Knef. Dauerhafte  
Schokoladenbräune, alles essen —  
trotzdem dünner... Das alles kennen  
wir zur Genüge aus den zahlreich vor-  
handenen Frauengazetten. Doch  
„BILD“ wäre nicht „BILD“, Springer  
nicht Springer, wenn er sich nicht be-  
mühen würde, den anderen an Unver-  
schämtheit einen Schritt voraus zu sein.  
Sein Sonderangebot: Di's Kleider — 17  
Modelle zum Ausschneiden mit kleiner  
Anziehpuppe. Nein, keine der üblichen  
Kinderseiten. Auch Frauen wollen be-  
schäftigt werden! „Zieh'n SIE Diana  
an — So wird's gemacht.“ Springer  
weiß, was Frauen wünschen.

Ob dieser Testausgabe weitere fol-  
gen werden, war aus dem Hause Spri-  
nger nicht zu erfahren.

S., Hamburg

Ein Sonderzusatz der „Spitzen  
Feder“ beschäftigt sich mit der  
Kampagne gegen die  
„BILD“-Zeitung. Die Broschüre  
wurde von der Deutschen Jugend-  
presse in Zusammenarbeit mit der  
Gegen-BILD-Stelle herausgegeben  
und enthält zahlreiche Informa-  
tionen zum Stand der Arbeit gegen  
den Springer-Konzern.  
Zu bestellen über (bei Einzelbestel-  
lungen 3 Mark beilegen):  
Deutsche Jugendpresse e.V.  
KPostfach 200 621  
8000 München 2





# Initiative Soziale Sicherheit

Auf Initiative der Zeitschrift „Revier“, der Falken/NRW und betrieblicher Gruppen aus Nordrhein-Westfalen wurde Anfang dieses Jahres die „Initiative Soziale Sicherheit“ gegründet. Seit einigen Monaten verbreitet sie einen Sozialappell „Wir wollen Leben, Arbeit, Demokratie“, unter den inzwischen einige zehntausend Unterschriften gesammelt wurden. Ausgehend von der „Initiative Soziale Sicherheit“ gibt es jetzt einen Aufruf zu einer bundesweiten Demonstration mit dem Tenor: „Gemeinsam gegen Sozial-

abbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit!“

Der Unterzeichnerkreis für diese Demonstration geht heute schon erheblich über die ursprünglichen Organisationen der Initiative hinaus. Aufgerufen werden bundesweit die Falken, die Jusos, die DS, die Grünen, die AL/Frieden und andere alternative Listen, die GAL/Hamburg. Diese Demonstration ist die erste bundesweite Initiative, die die soziale Frage in den Mittelpunkt stellt, während dieses Thema auch in der Linken über die Diskussion der

„Null“-Wachstumstheorie in den vergangenen Jahren in den Hintergrund getreten ist. Es ist zu hoffen, daß mit dieser Demonstration dieser Frage, die für die Masse der arbeitenden Menschen die drängendste ist, wieder mehr Gewicht bekommt.

Wir dokumentieren im folgenden den „Sozialappell“ und den Aufruf zur Demonstration und rufen alle Gewerkschaften und Genossen und AK-Leser auf, sich an der Diskussion um den Aufruf und der Verbreitung zu beteiligen.

## Gemeinsam gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit

Der Lack ist ab vom „Modell Deutschland“!

Auch wenn es einigen von uns vielleicht noch besser geht als „unseren Nachbarn“, so geht es vielen schon schlecht genug:

- Seit 1975 hatten wir fast in jedem Jahr 1 Million Arbeitslose, seit Beginn der 80er Jahre sind es mehr als 2 Millionen.
- Über 1 Million Menschen sind auf die viel zu niedrigen Sozialhilfe-Erlöse angewiesen.
- Hunderttausende trauen sich nicht zum Sozialamt, weil sie sich ihrer Armut schämen.
- Jeder 3. Rentner in der BRD muß heute bereits mit weniger als DM 600,— im Monat auskommen.
- Arbeitslosen, Kranken, Kleinrentnern, Frühinvaliden, Behinderten, Auszubildenden, Schülern und Studenten werden zusätzliche Lasten aufgebürdet.
- Aber nicht nur diese sog. Problemgruppen sind von Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung betroffen, alle Arbeiter- und Angestelltenfamilien, kleinere und mittlere Beamtenhaushalte spüren es täglich:
- Niedrigeren Einkommen stehen Preiserhöhungen und Gebührenerhöhungen in fast allen Bereichen gegenüber.
- Die Erziehung und Ausbildung der

Kinder wird für viele unerschwinglich.

- Immer mehr Frauen werden aus dem Berufsleben gedrängt.
- Hunderttausende von Jugendlichen finden weder Ausbildungs- noch Arbeitsplatz.

Nicht Ölkrise, zu hohe Zinsen oder „die Ausländer“ sind schuld, sondern das Wirtschaftssystem: nicht die Bedürfnisse der Menschen sind entscheidend, sondern der Unternehmergewinn. Der alte, nur scheinbar beseitigte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit tritt wieder zu Tage. Für ihre Gewinne nehmen die Unternehmer alles in Kauf: Arbeitslosigkeit und Massenarmut, Arbeitsheize und Raubbau an der Gesundheit der Kollegen, Umweltzerstörung und hemmungslose Aufrüstung.

Die Politiker der Bonner Parteien zeigen mit ihren sog. „Sparmaßnahmen“, auf welcher Seite sie stehen: statt die Unternehmen und die gut Verdienenden höher zu besteuern, werden die Opfer der Krise wieder zur Kasse gebeten. Statt Arbeitsplätze durch gezielte Beschäftigungsprogramme (Fernwärme, Wohnungsbau, Soziale Dienste) zu schaffen, werden den Unternehmen mit Investitionsbeihilfen weitere Rationalisierungen finanziert. Statt das Soziale Netz — die Existenz von Millio-

nen — zu sichern, werden Milliarden für die Aufrüstung der NATO, für den „Schnellen Brüter“ und andere sinnlose Großprojekte verschleudert.

Die Interessen der Unternehmer sind nicht unsere Interessen. Damit sich niemand wehrt, wird einer gegen den anderen ausgespielt: Arbeitslose gegen Beschäftigte, Ausländer gegen Deutsche, Jung gegen Alt, Frauen gegen Männer.

Gegenwehr ist nötig! Nur gemeinsam sind wir stark! Gegen den Klassenkampf der Unternehmer müssen wir antreten! Nutzen wir unsere Gewerkschaften, Organisationen, Verbände und Initiativen zum Widerstand!

- Wir fordern:
- die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
  - sofortige Umsetzung des DGB-Beschäftigungsprogramms.
  - Schaffung neuer Arbeitsplätze unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten.
  - die Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich.
  - keine bürokratische Bevormundung der Betroffenen.
  - den Ausbau der sozialen Sicherung.
  - gegen Ausländerfeindlichkeit: für soziale und politische Gleichberechtigung.

**Deshalb rufen wir auf zur bundesweiten Demonstration, Samstag, den 23. Oktober 1982 in Gelsenkirchen**

Wenn wir selbst uns nicht bewegen, bewegt sich nichts!

## WIR WOLLEN LEBEN, ARBEIT, DEMOKRATIE !

Die Krise erfordert nicht den Abbau, sondern den Ausbau des Sozialstaats. Die ökonomische Krise darf nicht auf dem Rücken der Schwachen und Schwächsten ausgetragen werden. Solidarität erweist sich gerade in Krisenzeiten. Verbünden Sie, daß ganze Bevölkerungsgruppen in den Schatten gestellt werden. Wer den Sozialstaat abbaut, muß wissen, daß es einen Grundpfeiler der Demokratie im Westen bringt.

Wir wissen, daß existenzielle Politik finanzielle Voraussetzungen hat. Es gibt einen Weg, den Sozialhaushalt zu entlasten: die Vergabe materieller Ressourcen für den Rüstungswettlauf muß zum Halt gebracht werden. Rüstungsgelder müssen eingesparrt werden.

Wir appellieren an alle verantwortungsbewußten und verantwortlichen Politiker des Bundestages, der Landtage, der Kreistage und Gemeinden, an alle Gewerkschaften, Parteien und Kirchen, an alle Mitglieder:

**UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG!**

- Wir fordern:
- Sicherung des Lebensstandards
  - Sicherung eines menschenwürdigen Existenz bei Arbeitslosigkeit
  - Sicherung der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit
  - Sicherung der Gesundheitserfolge
  - Sicherung des Lebensbrot
  - Sicherung der Zukunft der arbeitenden und lernenden Jugend.

## SOZIALAPPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG

Das Gesicht der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Aus dem vermeintlichen krisenfreien Wirtschaftswunderland wurde ein Land mit mehr als einer Million Dauerarbeitslosen. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 1,1 Millionen im Jahr 1975 auf 2,1 Millionen im Jahr 1981 gestiegen. Obwohl Hunderttausende von ausländischen Kollegen in ihre Heimatländer zurückkehrten, obwohl Frauen zunehmend am Berufsleben gedrängt wurden, obwohl ältere Kollegen auf der Frührentenliste abgeschrieben wurden.

Tausende von Jugendlichen leben ohne eine Chance auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz; sie haben ihre Zukunft schon hinter sich. Das Einkommen vieler Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Rentner liegt beim Existenzminimum.

In dieser Situation klagt die sozialliberale Bundesregierung bei der Arbeitslosenversicherung, der beruflichen Bildung und Rehabilitation, der Förderung der Arbeitsaufnahme, bei Alters- und Krankenversicherung, bei Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen, beim Kurzarbeitergeld, bei der Renten- und Krankenversicherung, bei Behinderten, beim Wohnungsbau und der Ausbildungsförderung. Betroffen sind Arbeitslose, Alte, Kranke, Rentner, Kriegsopfer, Behinderte, Auszubildende, Studenten und über die Wohnplatzsituation der unteren Einkommensgruppen; betroffen sind also die Bedürftigsten und Schwächsten.

Ganzes Branchen (z.B. Textil, Stahl) droht der Zusammenbruch. In anderen Bereichen soll — mit öffentlicher Hilfe — rasch Konkurrenzfähigkeit wieder hergestellt werden. Weiteres Arbeitsplatz- und Beschäftigungsprogramm. Die ausgedehnte existenzielle Arbeitslosigkeit ist Resultat der Konjunktur- und Strukturkrise. Fortwährende Krisenverschärfungen der Wirtschaft, die im Bereich der sozialliberalen Koalition unter dem Stichwort „Geldmangel“ bekämpft wurden, werden ihnen hinzugesetzt. Mitte der 70er Jahre wurde dem arbeitenden Menschen versprochen: „Die Inflationen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen.“ Heute wissen wir: die Rationalisierungsmaßnahmen von damals beschleunigen die Arbeitslosigkeit von heute.

Wohin führt eine solche Politik? Steuern wir englischen Zuständen mit mehr als 3 Millionen Arbeitslosen entgegen? Werden die Entlassenen, Verzweifelten und Hoffungslosen überhaupt rechtlichkeits Rattenrängen in die Arme getrieben? Wer den Sozialstaat abbaut, muß wissen, daß es einen Grundpfeiler der Demokratie im Westen bringt.

Statt in dieser schwierigen Situation den betroffenen Arbeitnehmern, Rentnern, Arbeitslosen, Jugendlichen, Sozialhilfeempfängern etc. helfend unter die Arme zu greifen, bewirken die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung das genaue Gegenteil.

Die bisherige Lebenssituation der arbeitenden Menschen darf sich nicht verschlechtern.

Deshalb fordern wir:

- Öffentliche Subventionen nur mit Beschäftigungsauftrag!
- Bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln Eigentumsanleihe für die öffentliche Hand!
- Garantie einer qualifizierten beruflichen Ausbildung!
- Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit!
- Beschäftigungsprogramme unter öffentlicher Kontrolle!

Insbesondere fordern wir im einzelnen:

## abonniert den Arbeiterkampf

An die Hamburger Satz- und Verlagekooperative  
Unter den Eichen 4  
Postfach 7886  
2000 Hamburg 19

- Ich will wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.
- Halbjahresabo DM 33,—
  - Fördersabo DM 80,—
  - Jahresabo DM 60,—
  - Fördersabo DM 100,—
- Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagekooperative Postbank Hamburg, BLZ 250 100 20, Konto 27 175-303
- Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum Unterschrift

**Einzugsermächtigung**  
Hiermit ermächtige ich/wir die Hamburger Satz- und Verlagekooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos.

Kto. Nr. Kto.-Inhaber bei der mittelste Lastschrift einzuleiten

(Unterschrift)

Bonn 10.6.



Bilder, Reportagen, Reden, Kontroversen und Dokumente vom „Gipfel-Treffen“ der 400 000 in Bonn.

Außerdem: I.D.E.E. Hannover, Reagan in Westberlin und andere Friedensaktionen Artikel zu Geschichte und Politik der NATO und zur Strategie einer Friedensbewegung „von unten“.

Herausgeber: die Vertreter der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) sowie des Bundeskongresses Autonome Friedensgruppen (BAF) im Koordinationsrat der Demo.

Umfang: 120 Seiten A4, Preis: 9,80 Bezugsstellen an den Verlag Die Werkstatt, Datteln-Lichtenweg 5, 3400 Göttingen, Tel. (0531/42014). Einzelbestellungen nur gegen Vorauszahlung (10 DM incl. Porto). Bei Abnahme von mind. 3 Exemplaren gibt's 35 % Rabatt. Für je 10 bezahlte Bücher zusätzlich ein Freisemplar.

**Die Sicherung des Lebensstandards**  
Stopp dem weiteren Ausbau indirekter Verbrauchssteuern, die besonders Einkommensschwache treffen!  
Keine Erhöhung der öffentlichen Tarife (Bahn, Post) für Privatverbraucher!  
Kein Abbau öffentlicher Dienstleistungen (Krankenversicherung, Beratungsstellen etc.)!  
Kein Abbau von Arbeitsplätzen in Kindergärten, Schulen und Berufshäusern!

**Die Sicherung der menschlichen Existenz bei Arbeitslosigkeit**  
Keine Kürzung des Arbeitslosengeldes!  
Keine Abschreibung der ausländischen Kollegen bei Arbeitslosigkeit!  
Keine Erweiterung der „Zusatzberufshilfe“!

**Die Sicherung der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit**  
Die Tarifautonomie der Gewerkschaften darf nicht untergraben werden!  
Gewerkschaftliche Erfolge, wie z.B. die Lohnfortzahlung, dürfen nicht auf dem Wege der Gesetzgebung abgeschafft werden!  
Rücknahme der verordneten Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst!

**Die Sicherung der Gesundheitserfolge**  
Krankensicherungen dürfen ebenso wenig gestrichen werden wie notwendige Maßnahmen der Rehabilitation!  
Statt einer Eigenbeitragsbindung der Versicherten ist das Gesundheitssystem nach übertragener Kosten- und Versicherungsbeitragsbindung zu durchdenken!  
Die Versicherten dürfen im Krankheitsfall nicht durch einen denatigen Lohnverlust bestraft werden!

**Die Sicherung des Lebensbrot**  
Beibehaltung der existenziell notwendigen Rente einschließlich der Krankenkassenbeitragsanteile!

**Die Sicherung der Zukunft der arbeitenden und lernenden Jugend**  
— Keine Kürzung des Ausbildungsstellenangebots!  
— Hände weg vom Kindergeld und der Lohn- und Lohnmittelfreiheit!  
— Maßnahmen der Jugendbildung und -erziehung und mindestens in der bisherigen Höhe zu gewähren!

Wir wissen, daß existenzielle Politik finanzielle Voraussetzungen hat. Es gibt einen Weg, den Sozialhaushalt zu entlasten: die Vergabe materieller Ressourcen für den Rüstungswettlauf muß zum Halt gebracht werden. Rüstungsgelder müssen eingesparrt werden.

Wir appellieren an alle verantwortungsbewußten und verantwortlichen Politiker des Bundestages, der Landtage, der Kreistage und Gemeinden, an alle Gewerkschaften, Parteien und Kirchen, an alle Mitglieder:

**Unterstützen Sie unsere Forderungen an die Bundesregierung!**

Die Krise erfordert nicht den Abbau, sondern den Ausbau des Sozialstaats!

Die ökonomische Krise darf nicht auf dem Rücken der Schwachen und Schwächsten ausgetragen werden!

Solidarität erweist sich gerade in Krisenzeiten. Verbünden Sie, daß ganze Bevölkerungsgruppen in den Schatten gestellt werden!